

Antwort auf eine Große Anfrage

- Drucksache 16/2861 -

Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktion der SPD vom 22.09.2010

Zunehmende kommunale Handlungsunfähigkeit durch wegbrechende Einnahmen und steigende Ausgaben für Pflichtaufgaben - Welche Strategie verfolgt die Landesregierung in der Gemeindefinanzkommission?

Im Rundschreiben 627/2010 vom 21. Juli 2010 berichtet der Niedersächsische Landkreistag über die bisherigen Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission. Dabei fällt auf, dass das Land Niedersachsen nicht mit eigenen Positionen in die laufende Diskussion gegangen ist.

So stellt das Niedersächsische Finanzministerium in der Beurteilung der Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes und der Kommunen vom 17. Juni 2010 auf Seite 4 fest, dass die Einnahmen der Kommunen trotz der Konjunkturspritzen um 2,6 % zurückgegangen sind, gleichzeitig stiegen die Gesamtausgaben um 6,3 %. Die steuernahen Einnahmen gingen sogar um 6,8 % zurück. Das Finanzministerium konstatiert, „dass bei zahlreichen Kommunen Kassenkredite weiterhin nicht zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe, sondern infolge dauerhaft defizitärer Verwaltungshaushalte aufgenommen werden.“

Aktuell wies Innenminister Uwe Schünemann bei der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage am 19. August 2010 auf Anfragen von Banken bezüglich der Werthaltigkeit von kommunalen Krediten hin, und schon vor zwei Jahren konstatierten Vertreter des Kreditgewerbes anlässlich des jährlich stattfindenden Bankengesprächs zweier Landtagsausschüsse, dass es eine Frage der Zeit sei, bis auch bei Kommunen über Ratings nachgedacht werden müsse.

Beim Kommunalforum des Sparkassenverbandes Niedersachsen im Mai 2010 wurde die Situation wie folgt beschrieben: „Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die bereits angespannte Finanzlage der Kommunen weiter verschärft.“

Es mehren sich Schlagzeilen in den Tageszeitungen wie in der *Nordwest-Zeitung* vom 11. August 2010: „Wo selbst sparen nicht mehr hilft - können Gemeinden eigentlich pleitegehen?“ In Hannover sagte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes laut *NWZ*: „Ich bin seit 40 Jahren im Dienst, aber eine so hoffnungslose Zeit habe ich noch nie erlebt.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Mit welchen Vorgaben ging und geht sie in die Arbeitsgruppe „Standards“, bezogen auf die Konkretisierung der größten Ausgabenblöcke, und welche konkreten Vorschläge zu den Bereichen
 - a) Kosten für Unterkunft und Heizung,
 - b) Kosten für die Kindertagesbetreuung und den Ausbau der U3-Betreuung,
 - c) Kosten für Hilfe zur Erziehung,
 - d) Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen,
 - e) Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,
 - f) Kosten der Hilfe zur Pflege im SGB XIIwurden eingebracht?

2. Wie ist das gleiche Vorgehen (siehe Frage 1) in der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ bezüglich der Gewerbesteuer, hier besonders unter Berücksichtigung folgender Prüfkriterien für die Bewertung des Prüfmodells nach dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009, zu beurteilen?
 - a) Interessenband zwischen Kommunen und örtlicher Wirtschaft,
 - b) Hebesatzrecht der Kommunen,
 - c) Aufkommenswirkungen
 - bundesweit (insgesamt für die Gebietskörperschaften),
 - Konjunkturreakibilität (Verringerung), auch Vergleich zu den übrigen Steuereinnahmen und des kommunalen Finanzausgleichs,
 - d) Sicherung des deutschen Steuersubstrats,
 - e) Verteilungswirkungen
 - zwischen Bund, Ländern und Kommunen,
 - zwischen Gemeinden,
 - f) Be-/Entlastungswirkungen zwischen den Steuerpflichtigen,
 - g) Breite der Bemessungsgrundlage,
 - h) Rechtsvereinfachung,
 - i) Gestaltungsanfälligkeit,
 - j) Administrierbarkeit
 - aus der Sicht der Steuerpflichtigen,
 - aus der Sicht der Verwaltung,
 - k) Qualität des Standortes Deutschland,
 - l) Vereinbarkeit mit übergeordnetem Recht
 - Grundgesetz,
 - EU-Recht,
 - Internationale Verträge.
3. Wie bewertet sie nach gleichen Prüfkriterien (siehe Frage 2) die von den kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagene Weiterentwicklung der Gewerbesteuer?
4. Wie beurteilt sie Bewertungen des Prüfmodells durch die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen zu den einzelnen Prüfkriterien (siehe Frage 2)?
5.
 - a) Mit welcher finanziellen Entlastung könnten bisherige Gewerbesteuerpflichtige in Niedersachsen auf der Basis der Steuerzahlungen in 2009 und des Prüfmodells in Summe schätzungsweise rechnen?
 - b) Mit welchem Steueraufkommen wird im Bereich der bisher nicht steuerpflichtigen Bürger nach dem Prüfmodell gerechnet, und in welcher Höhe würde es hier auch auf der Basis des Jahres 2009 eine Entlastung bei den bisher gezahlten Einkommensteuern geben?
6.
 - a) Wie positioniert sie sich auch verfassungsrechtlich bei der Grundsteuerreform, hier besonders unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Modellüberlegungen von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die als Bemessungsgrundlage die Grundstücksfläche und die darauf errichteten Gebäude ohne Grundstückswerte vorsehen?
 - b) Wird sie sich an der gemeinsamen Studie zur Grundsteuer nach niederländischem Vorbild (Verkehrswert) der Bundesländer Niedersachsen, Berlin, Bremen, Sachsen und Schleswig-Holstein orientieren, und wie wird sie dazu im Bundesrat aktiv werden?

- c) Teilt die Landesregierung die Erwartung der kommunalen Spitzenverbände, wonach die Grundsteuer so zu reformieren ist, dass sich das Aufkommen zugunsten der Kommunen deutlich verbessert?
7. Wird sie an der Aufteilung der Feuerschutzsteuer nach dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz, nachdem 25 % des Aufkommens für das Land und 75 % für die Kommunen zur Verfügung stehen, auch nach den Plänen zum Ausbau der Feuerwehrschule in Celle, Groß Hehlen, mittelfristig festhalten?
8. a) Wie viele von den 38 niedersächsischen Landkreisen haben einen nicht ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, und wie hoch ist das neu zu veranschlagende Haushaltsdefizit in 2010 (einschließlich Region Hannover) sowie insgesamt einschließlich der bisher aufgelaufenen Defizite, der Kassenkredite und der langfristigen Kommunaldarlehen?
- b) Wie stellt sich die gleiche Situation bei den kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen in Summe dar?
- c) Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der vorliegenden Erhebung des LSKN zur Entwicklung der Defizite der niedersächsischen Kommunen von 1995 bis 2008 unter Berücksichtigung der Bemerkungen der kommunalen Spitzenverbände im „6. Bericht zur Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften in Niedersachsen“ vom 15. September 2010, Seiten 10 bis 12?
- d) Mit welchem finanziellen Aufkommen tragen kommunale Betriebe wie z. B. Stadtwerke durch Konzessionsabgaben oder Gewinnausschüttungen niedersachsenweit seit 2003 zum Haushaltsausgleich bei oder ermöglichen zusätzliche finanzielle Leistungen der Kommunen?
- e) Wie viele in Eigenregie betriebene kommunale Einrichtungen sind seit 2003 von den Kommunen und Kommunalverbänden privatisiert worden, und um welche Einrichtungen hat es sich dabei gehandelt? In welcher Größenordnung sind durch diese Privatisierungen kommunale Kreditbelastungen reduziert worden?
- f) Wie beurteilt sie die Aussagen zur Verschuldungssituation der Kommunen auf den Seiten 22 bis 25 des genannten Berichts?
9. a) Wie haben sich die Kostenblöcke (siehe Frage 1 a bis f) in den einzelnen Landkreisen, in der Region Hannover und in den kreisfreien Städten jeweils seit 2003 entwickelt (absolut und relativ in Prozent)?
- b) Welche Gründe gibt es für die Veränderung für jeden einzelnen Kostenblock?
- c) Welche Schlussfolgerung zieht sie aus der jeweiligen Entwicklung?
- d) Wie beurteilt sie die Bemerkungen der kommunalen Spitzenverbände zur Aufgabenentwicklung im Sozialbereich und bei den Schulen auf den Seiten 13 bis 20 des genannten Berichts?
- e) Welche Maßnahmen schlägt sie den Kommunen zur Bewältigung der Belastung vor, und was ist vonseiten des Landes im Interesse der Kommunen bisher unternommen worden?
10. Ist sie der Meinung, dass durch den vorgelegten Zukunftsvertrag sowie die jährlich veranschlagten Bedarfszuweisungen die finanzielle Handlungsfähigkeit aller niedersächsischen Kommunen wiederhergestellt werden kann? Wenn nein, warum nicht, und welche Maßnahmen sind geplant?
11. a) In welcher Höhe stehen noch insgesamt finanzielle Mittel für die Gewährung von Bedarfszuweisungen einschließlich der Haushaltsreste mit Stand 31. Juli 2010 zur Verfügung?
- b) Wie unterscheiden sich die Zielvereinbarungen der Kommunen mit dem Land für die Gewährung von Bedarfszuweisungen anhand von konkreten Beispielen von den Zielvereinbarungen, die nach einem Zukunftsvertrag abgeschlossen wurden?
- c) In welcher Höhe sind Bedarfszuweisungen im Mipla-Zeitraum bis 2013 vorgesehen?

- d) Mit welchen Begründungen anhand von konkreten Beispielen wurden Anträge auf Bedarfszuweisungen in der Vergangenheit abgelehnt, und wie sieht das nach den neu gefassten Bestimmungen aus?
- e) Welches finanzielle Volumen hatten die abgelehnten Bedarfszuweisungsanträge seit 2003?
- f) Gibt es eine Bedarfszuweisungswarteliste, und mit welchem finanziellen Volumen liegen hiernach noch nicht genehmigte Bedarfszuweisungsanträge vor?
12. a) Nach welchen Kriterien am Beispiel schon abgeschlossener Zukunftsverträge gilt eine Kommune (Samtgemeinde, Gemeinde, Stadt und Landkreis, Region Hannover) als „auskonsolidiert“?
- b) In welchen Ausgabenblöcken der Kommunen wurden in den Zukunftsverträgen im Einzelnen Reduzierungen vorgenommen und mit welchen Begründungen?
13. a) Wie haben sich die Gemeindesteuersätze in den einzelnen Kommunen in Niedersachsen in den jeweiligen Einwohnergrößenklassen seit 2003 entwickelt?
- b) Wie viele Kommunen haben in 2010 die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuern erhöht, und welche Mehreinnahmen sind landesweit dadurch geplant?
- c) Wie hat sich die Kreisumlage der niedersächsischen Landkreise seit 2003 entwickelt, und welche Landkreise haben sie in 2010 um wie viele Punkte erhöht?
14. a) Welche Wirkung hat die Aufhebung der Investitionsbindung von Anteilen des kommunalen Finanzausgleichs auf die kommunalen Investitionen gehabt (bitte jeweils Gesamtinvestitionssummen nach der Haushaltsrechnung der niedersächsischen Kommunen seit 2003 vorlegen)?
- b) Wie viele der kreisangehörigen Kommunen, Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden und Landkreise konnten ihre Haushalte nur durch die Aufhebung der Investitionsbindung des KFA ausgleichen, und wie haben sich dort seitdem die kommunalen Investitionen landesweit, mit und ohne Konjunkturprogramm, in Summe entwickelt?
15. Wie beurteilt sie die Hinweise der Kreditwirtschaft, nach denen die Kommunen ihre Liquiditätskredite (früher Kassenkredite) wegen des Zinsrisikos auch unter Nutzung von neuartigen Finanzprodukten, aber zumindest durch Zinsbindungen umschulden sollten, und wird sie dafür den Landkreisen für die Haushaltsgenehmigung Hinweise geben oder den Landkreisen solche Schritte genehmigen?
16. Wie verfahren vergleichbare Flächenländer bei den Fragen 7 bis 14 gegenüber den Kommunen, und um welche Finanzvolumina geht es dort jeweils?
17. Kommunale Fachleute führen die Finanzmisere der Kommunen auf die seit Jahren nicht veränderte Verteilung der niedersächsischen Steuereinnahmen (KFA) zwischen Land und Kommunen zurück, insofern greife der jährlich vorgelegte Bericht der Finanz- und Haushaltslage von Land und Kommunen zu kurz, weil die Zunahme von kommunalen Aufgaben bzw. das Ausgabenwachstum bestimmter kommunaler Kostenblöcke nicht berücksichtigt werde.
- a) Wie haben sich die kommunalen Aufgaben in Umfang und kostenmäßiger Belastung seit Festsetzung der Prozentanteile im Jahr 2003 im FAG für das Land und die Kommunen entwickelt?
- b) Welche kommunalen Aufgaben sind mit welchem finanziellen Aufwand seitdem von den Kommunen zusätzlich zu bewältigen?
- c) Wie haben sich die kommunalen Einnahmen (eigene Steuern und Gebühren) und der kommunale Finanzausgleich seitdem entwickelt, und in welcher Höhe gab es seit 2002 für die niedersächsischen Kommunen Einnahmeverluste im FAG durch Steuerrechtsänderungen unter Zustimmung der Landesregierung im Bundesrat?

- d) Wie hat sich der Anteil der freiwilligen Leistungen seit 2003 jeweils in den einzelnen Landkreisen, in der Region Hannover, in den einzelnen kreisangehörigen Kommunen in den jeweiligen Haushalten absolut und relativ in Prozent entwickelt?
 - e) Wie war diese Entwicklung (a bis d) in anderen vergleichbaren Flächenländern?
 - f) Welcher Anteil der jeweiligen Steuereinnahmen wird dort an die Kommunen seitens des jeweiligen Landes weitergeleitet?
 - g) Ist der Anteil der Förderung der Kommunen durch direkte Finanzierung kommunaler Aufgaben dort jeweils vergleichbar, und wie stellt er sich dar?
18. Zeitungsberichten zufolge soll die neue Brennelementesteuer mit der Gewerbe- und Körperschaftsteuer aufgerechnet werden können.
- a) Wie bewertet die Landesregierung diese Regelung in Bezug auf die Kommunen?
 - b) Wie hoch sind die aus der Anrechnungsmöglichkeit resultierenden Steuermindereinnahmen von Land und Kommunen?
19. Wie beurteilt die Landesregierung die im genannten Bericht geäußerte Kritik der kommunalen Spitzenverbände an der tatsächlichen Umsetzung des verfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzips?
20. Welche Auswirkungen haben die Föderalismusreform II und die sogenannte Schuldenbremse auf die kommunalen Haushalte?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 33.21-10461/011 (07) -

Hannover, den 01.03.2011

Vor etwa zwei Jahren begann die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Von Anfang an hat die Niedersächsische Landesregierung den Ernst der Lage weder verheimlicht noch beschönigt, sondern die Auswirkungen auf das Land und die Kommunen klar benannt. Die niedersächsischen Kommunen waren für die Bewältigung der vor ihnen liegenden Aufgaben, nicht zuletzt dank der Vorarbeit dieser Landesregierung, gut gerüstet.

Mittlerweile ist bei den Finanzen von Land und Kommunen ein deutlicher Aufwärtstrend zu erkennen. Es darf aber auch nicht verkannt werden, dass die Auswirkungen der Krise noch nicht vollständig überwunden sind. Solides Wirtschaften und sparsames Haushalten werden weiterhin oberstes Gebot bleiben.

Wie befürchtet, haben im Jahr 2010 die Finanzen von Land und Kommunen einen harten Einbruch hinnehmen müssen. Neben einem Absturz bei den Steuereinnahmen konnte, anders als noch in 2009, auch der kommunale Finanzausgleich die Auswirkungen der Krise nicht mehr wie bisher kompensieren. Für 2010 ergibt sich ein Steueraufkommen von 5,9 Mrd. Euro für die niedersächsischen Kommunen. Das ist zwar immerhin noch das dritthöchste Aufkommen nach 2007 mit 6 Mrd. Euro und 2008 mit 6,6 Mrd. Euro, aber nach dem ebenfalls schwachen Ergebnis in 2009 mit 5,8 Mrd. Euro ein erneuter Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren.

Der kommunale Finanzausgleich, in „normalen“ Zeiten zugleich ein wirksames Mittel, um Einbrüche bei den Steuereinnahmen auszugleichen, konnte dieser Funktion, bedingt durch den Ausnahmezustand der Krise, noch bedingt gerecht werden. Die Einnahmen daraus gingen 2010 deutlich zurück, nämlich auf 2,5 Mrd. Euro nach 3,1 Mrd. Euro in 2007, 2,9 Mrd. Euro in 2008 und 3 Mrd. Euro in 2009. Trotzdem ist auch dieser Betrag noch immer ein durchschnittliches Ergebnis.

Natürlich haben diese Ergebnisse Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte. Die Liquiditätskredite der Kommunen, die bereits zuvor auf einem hohen Stand waren, sind weiter gestiegen. Dies ist umso bedauerlicher, weil es der Landesregierung zuvor erstmals in der Geschichte Niedersachsens gelungen war, eine Trendumkehr bei dieser bisher ausschließlich anwachsenden Verschuldung zu erreichen. Hier hat die Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst einen Strich durch die eingeleitete positive Entwicklung gemacht. Ohne diese Trendumkehr aber würde das Ergebnis noch deutlich schlechter ausfallen.

Deshalb wird die Landesregierung weiterhin an der Verbesserung der Situation arbeiten. Bereits 2003 hat die Landesregierung zur Stärkung der kommunalen Einnahmen eine Initiative im Bundesrat unterstützt, die ab 2004 zu einer massiven Absenkung der Gewerbesteuerumlage und damit einer deutlichen Entlastung der Kommunen um etwa 300 Mio. Euro jährlich geführt hat. Mit dem mit den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossenen Zukunftsvertrag wurde bereits in 2009 ein Instrumentarium zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und damit auch ein Beitrag zur Entspannung der strukturellen Finanzprobleme einzelner Kommunen geschaffen.

Die anschließend durch die Krise verschlechterte Einnahmesituation konnte zum Teil mit dem Konjunkturpaket II des Bundes kompensiert werden. In Niedersachsen ist es mit der Initiative Niedersachsen gelungen, die Finanzhilfen des Bundes einschließlich des Landesanteils mit einem neuen und pauschalierten Verfahren schnell und pragmatisch an die kommunalen Körperschaften weiterzugeben. Von den Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen sind nicht nur die vom Bund geforderten 70 v. H., sondern sogar 78 v. H. der Bundesmittel an die kommunale Ebene weitergegeben worden; insgesamt haben die Kommunen im Rahmen des Konjunkturpakets II daher rund 720 Mio. Euro erhalten. Zudem konnten die Gemeinden und Landkreise im Rahmen der Vorgaben des Bundes weitestgehend selbstständig entscheiden, wofür sie die Mittel ausgeben. Da die vorgenommenen Investitionen zu einem großen Teil in energetische Sanierungen fließen, sorgt dies mittelfristig auch für eine zusätzliche dauerhafte Entlastung der Kommunen bei den laufenden Betriebsausgaben.

Mut macht der Ausblick auf die Jahre 2011 und 2012. Nach den Prognosen werden die kommunalen Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich im laufenden Jahr wieder die 9 Mrd. Euro-Grenze überschreiten. Der vorläufige Finanzausgleich beläuft sich 2011 mit etwas über 3 Mrd. Euro auf den dritthöchsten Wert in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Die Steuerschätzer gehen von knapp 6,2 Mrd. Euro kommunaler Steuereinnahmen aus.

Für 2012 ergeben sich für die Kommunen nach den bisherigen Prognosen knapp 6,6 Mrd. Euro Steuereinnahmen und nahezu 3 Mrd. Euro Finanzausgleich. Mit fast 9,6 Mrd. Euro werden die kommunalen Einnahmen damit erstmals über dem bisherigen Höchstwert 2008 von etwas über 9,5 Mrd. Euro liegen.

Dennoch wird die Landesregierung ihre Anstrengungen zur Konsolidierung der kommunalen Finanzen auch weiterhin fortsetzen. Innenminister Schünemann und Wirtschaftsminister Bode sind Mitglieder der Gemeindefinanzkommission in Berlin. Dort hat die Landesregierung von Anfang an deutlich gemacht, dass eine Reform nur unterstützt wird, wenn die kommunalen Einnahmen damit verstetigt und nachhaltig gestärkt werden. Ganz konkret hat sich Wirtschaftsminister Bode namens der Landesregierung auch im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Hartz-IV-Regelbedarfsgesetz dafür eingesetzt, dass die Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft festgeschrieben wird.

Im Übrigen begrüßt die Landesregierung außerordentlich das im Vermittlungsausschussverfahren zum Hartz-IV-Gesetz vom Bund gemachte Angebot, die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter ab 2012 bis 2014 schrittweise vollständig zu übernehmen.

Auch ist der Landesregierung bewusst, dass die Einnahmen nur eine Seite der Medaille sind. Neben den strukturellen Defiziten auf der Einnahmenseite stellt sich vor allem auch die Ausgabenseite als äußerst problematisch dar. Das gilt insbesondere für den Bereich der sozialen Sicherung. Sowohl in den entsprechenden Gremien der Gemeindefinanzkommission als auch im Bundesrat setzt sich die Niedersächsische Landesregierung für eine deutliche Entlastung der kommunalen Körperschaften von Aufgaben oder zumindest deren Finanzierung ein. Auf Landesebene wurden mit der

Festschreibung der strikten Konnexität in die Landesverfassung im Jahr 2006 die Hausaufgaben längst gemacht.

Es bleibt festzuhalten, dass in den kommenden Jahren auch auf kommunaler Seite weiterhin alle Anstrengungen zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte unternommen werden. Die Landesregierung wird ihrerseits alles tun, die Kommunen bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Sie wird den kommunalen Körperschaften Niedersachsens auch weiterhin ein zuverlässiger Partner sein.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Die Gemeindefinanzkommission hat sich am 4. März 2010 in Berlin konstituiert. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der kommunalen Finanzen befasst sie sich grundlegend mit dem System der Gemeindefinanzierung. Ihre Aufgabe ist es, die kommunalen Einnahmen und Ausgaben zu analysieren und Alternativen für eine nachhaltige Verbesserung der Finanzsituation aufzuzeigen. Der Kommission arbeiten die Arbeitsgruppen „Kommunalsteuern“, „Standards“ und „Rechtsetzung“ zu. Der Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe „Standards“, die von Herrn Staatssekretär Gatzter (BMF) geleitet wird, ist wie folgt beschrieben:

- „Benennung durch Bundesrecht gesetzter Standards mit finanziellen Auswirkungen auf Kommunen. Erste Zusammenstellung von Standards als Arbeitsgrundlage durch Länder und Kommunen. Sie verfügen über das entsprechende Wissen, welche Standards nach ihrer Einschätzung die Kommunen belasten.
- Volumen der Auswirkung auf die Kommunalfinanzen beziffern.
- Mögliche Flexibilisierung der Standards definieren und entsprechende Entlastungsvolumina benennen.
- Fachliche Pro-/Contra-Abwägung zu den benannten Flexibilisierungsmöglichkeiten.
- Notwendige Gesetzesänderungen benennen.“

Am 19. März 2010 hat sich die Arbeitsgruppe „Standards“ konstituiert und sich zunächst auf eine Begriffsdefinition verständigt.

„Ein Standard ist eine einheitliche oder vereinheitlichte durch Bundesregelungen fixierte anzuwendende oder anzustrebende Art und Weise, wie ein politisches Ziel oder eine Aufgabe erfüllt bzw. durchgeführt werden soll.“

Zunächst sah der Arbeitsauftrag die Befassung mit der Änderung von sozialen Standards nicht vor. Dies sollte gesondert geschehen. Erst aufgrund nachdrücklicher Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände stimmte das federführende Bundesfinanzministerium zu, im Bereich Sozialausgaben eine Bestandserhebung der die Kommunen belastenden Ausgaben für soziale Leistungen, die auf bundesrechtlichen Vorgaben beruhen, durchzuführen. Niedersachsen hat die Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände unabhängig vom weiteren Verlauf des Beratungsverfahrens und der Anzahl der letztlich geänderten Standards unterstützt, da die Sozialausgaben die kommunalen Haushalte überdurchschnittlich und mit steigender Tendenz belasten. Allein durch Standardänderungen lässt sich die angespannte Situation der kommunalen Finanzen aber keinesfalls lösen.

In der Arbeitsgruppe „Standards“ bestand Einigkeit bei Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, dass sich eine signifikante und nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzen nur durch Maßnahmen im Bereich der Sozialausgaben erreichen lässt. Hier sind daher durchgreifende Änderungen erforderlich, die die kommunale Ebene auf der Ausgaben- und/oder auf der Einnahmenseite entlasten. Länder und kommunale Spitzenverbände forderten neben der im Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe definierten Standardänderung eine weitergehende Befassung mit der Thematik Soziallasten, um diesbezügliche Entscheidungen der Gemeindefinanzkommission bzw. der politischen Entscheidungsträger vorbereiten zu können. Vor diesem Hintergrund hatte die Arbeitsgruppe „Standards“ beschlossen, der Gemeindefinanzkommission eine Bestandsaufnahme zu den finanziellen Belastungen der Kommunen durch Sozialausgaben mit dem Zwischenbericht vom 25. Juni 2010 vorzulegen. Dabei wurde die Entwicklungsdynamik der stärksten Kostenblöcke dargestellt.

Die Arbeitsgruppe „Standards“ stellte erwartungsgemäß fest, dass die Mehrbelastungen eine Dimension erreicht haben, die nicht allein durch eine Flexibilisierung von Standards kompensiert werden kann. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich die oben beschriebene Steigerung bei den von den Kommunen zu tragenden Sozialausgaben zukünftig fortsetzen wird. Die Unterkunftskosten für die SGB-II-Bezieher werden weiter wachsen. Die Kommunen gehen weiterhin davon aus, dass die Finanzierung der Ausbaukosten der Kindertagesbetreuungsangebote nicht gesichert ist, da der Ausbau auf eine Versorgungsquote von 35 % aus ihrer Sicht möglicherweise nicht ausreichen dürfte, um den Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr ab 2013 erfüllen zu können. Darüber hinaus wird die demografische Entwicklung hin zu einer immer älter werdenden Bevölkerung zu weiteren Ausgabenerhöhungen bei der Grundsicherung im Alter und bei der Pflege führen. Und auch die Aufwendungen für die Leistungen an behinderte Menschen werden weiter wachsen.

Einen konkreten Beschlussvorschlag hinsichtlich der von den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden erwarteten spürbaren und dauerhaften Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben, der eine große Bedeutung beigemessen wird, hat der Bund abgelehnt. Der Bund hält unter Berücksichtigung der Ergebnisse der anderen beiden Arbeitsgruppen ein Gesamtpaket für möglich und hat u. a. Entlastungsmaßnahmen für einzelne Kostenblöcke wie Kosten der Unterkunft und Heizung, Kosten der Grundsicherung im Alter und/oder bei den Eingliederungshilfen für behinderte Menschen in Aussicht gestellt. Niedersachsen hat sich mit Schreiben vom 27. Oktober 2010 zum Entwurf des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe „Standard“ für einen konkreten Vorschlag des Bundesministerium der Finanzen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen durch Entlastung von den Sozialausgaben ausgesprochen und die angebotene Lösung als „unbefriedigend“ kritisiert.

Benennung durch Bundesrecht gesetzter Standards mit finanziellen Auswirkungen auf Kommunen

Bis zum Juni 2010 wurden insgesamt 216 Vorschläge von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Standards“ zur Prüfung vorgeschlagen. Als Mitglied der Arbeitsgruppe hat Niedersachsen 17 Vorschläge eingebracht, die überwiegend positiv geprüft wurden (s. nachfolgende Tabellen). Zwölf Vorschläge betrafen die Sozialgesetzgebung, fünf Vorschläge waren dem Justizbereich zuzuordnen. In sechs Arbeitsgruppensitzungen und sechs Arbeitskreissitzungen wurden die eingereichten Vorschläge näher geprüft. Im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe werden 87 gesetzliche Standards der Gemeindefinanzkommission zur Weiterverfolgung, Beratung und vertieften Prüfung vorgeschlagen. Der Arbeits- und Sozialbereich ist mit 38 Handlungsempfehlungen betroffen. Die zuständigen Bundesressorts sollen aufgefordert werden, unter Beteiligung der Länder und der kommunalen Spitzenverbände, möglichst viele der Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen umzusetzen. Der Finanzministerkonferenz, den kommunalen Spitzenverbänden und nachrichtlich den Mitgliedsländern der Gemeindefinanzkommission soll zum 30. Juni 2011 durch das Bundesfinanzministerium über den Umsetzungsstand berichtet werden.

Konkretisierung der größten Ausgabenblöcke

Nachfolgend sind die Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Standards“ den größten Ausgabeblöcken zugeordnet worden. Nach erläuternden Bemerkungen zu jedem der einzelnen Bereiche erfolgt die Darstellung hier wie im Abschlussbericht in Tabellenform. In Spalte 1 und 2 ist die gesetzliche Fundstelle genannt, niedersächsische Vorschläge sind in Spalte 1 besonders gekennzeichnet. Darüber hinaus wird in Spalte 2 der jeweilige belastende Standard inhaltlich beschrieben. In Spalte 3 wird der Prüfauftrag für das Fachressort benannt, wie er von der Arbeitsgruppe „Standards“ der Gemeindefinanzkommission vorgeschlagen wurde.

a) Kosten für Unterkunft und Heizung

Bei den Kosten der Unterkunft im SGB II handelt es sich um ein austariertes System der Finanzströme zwischen Bund und Kommunen. Niedersachsen hat sich stets dafür eingesetzt, dass die gesetzlich garantierte Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro jährlich gemäß § 46 Abs. 5 SGB II erreicht und nach § 46 Abs. 7 SGB II unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung und nicht entsprechend der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften berechnet wird.

Niedersachsen wird sich im Dialog und in Kooperation mit den Kommunen als Leistungsträger im SGB II für eine dezentrale eigenverantwortliche Aufgabenerledigung einsetzen und den niedersächsischen Kommunen bei Neujustierungen der Finanzströme im SGB II helfen.

Die Kommunalen Spitzenverbände unterstreichen die Auffassung der Landesregierung und merken im 6. Bericht zur Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften vom 15. September 2010 auf Seite 15 an:

„Ausdrücklich unterstützen wir das Bestreben der Niedersächsischen Landesregierung, dass die Bundesbeteiligung künftig nicht mehr nach der bisher in § 46 Abs. 7 SGB II niedergelegten Formel bestimmt, sondern so bestimmt werde dass die garantierte Entlastung in jedem Jahr erreicht werde. Nur so besteht die Möglichkeit, dass durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine tatsächliche Entlastung bei den kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt erreicht werden kann.“

Die Niedersächsische Landesregierung sieht diese Bewertung als Bestätigung ihres kooperativen Vorgehens im Interesse der Kommunen. Die Handlungsempfehlungen im Einzelnen:

Gesetz*	Standard	Handlungsempfehlung
SGB II*	SGB II, § 9 Abs. 2 Satz 3; Anrechnung des Einkommens zuerst auf den Bedarf des Einkommensbeziehers, Verteilung des Überhangs auf die übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft. Dadurch ergäbe sich eine Verringerung leistungsbeziehender Personen und der Aufwendungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung.	Prüfung hinsichtlich Verwaltungsaufwand und möglicher Lastenverschiebung zwischen Bund und Kommunen
SGB II	SGB II, § 22 Abs. 7 Unterkunfts- und Heizkostenzuschuss für nach dem BAföG oder SGB III geförderte Auszubildende: Verlagerung der Förderung in die Ausbildungsförderungsgesetze SGB III und BAföG	Prüfung hinsichtlich Fallzahl und möglichem Effizienzgewinn

b) Kosten für die Kindertagesbetreuung und den Ausbau der U3-Betreuung

In den Beratungen der Arbeitsgruppe „Standards“ konnten die Kosten für die Kindertagesbetreuung und den Ausbau der U3-Betreuung von den Kommunalen Spitzenverbänden nicht dargestellt werden, da die tatsächlichen Bedarfe an U3-Betreuungsangeboten nicht erhoben werden konnten. Die Kommunalen Spitzenverbände gehen jedoch davon aus, dass der Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten (U3) das gesetzlich vorgesehene Angebot für das Jahr 2013 von 35 v. H. - regional unterschiedlich - übersteigen wird.

c) Kosten für Hilfe zur Erziehung

Zu den Leistungen der Hilfen zur Erziehung, die als Rechtsanspruch (in Form einer geeigneten und notwendigen Hilfeform) ausgestaltet sind, gehören insbesondere Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege, Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen. Die Ausgaben für Leistungen der Hilfen zur Erziehung sind seit Ende der 90er-Jahre kontinuierlich gestiegen. Ursache dafür sind insbesondere sozial-strukturelle Gründe wie die Belastung junger Menschen durch familiäre Konflikte, mangelnde Erziehungskompetenzen in den Familien, Auflösung familiärer Strukturen durch Trennung und Scheidung, Arbeitslosigkeit, Überschuldung etc. Bei einer differenzierten Betrachtung der finanziellen Aufwendungen wird deutlich, dass im Jahr 2008 etwa 54 % der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung im Bereich der Heimerziehung und betreuten Wohnformen gemäß § 34 Sozialgesetzbuch VIII (ohne Hilfen für junge Volljährige) ausgegeben wurden (Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Standards“ vom 25. Oktober 2010, S. 10 und 11)

* Entsprechend markierter Standard geht ganz oder teilweise auf einen Vorschlag Niedersachsens zurück.

Die Arbeitsgruppe „Standards“ hat sich für eine Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts in der Jugendhilfe (SGB VIII), den Vorrang ambulanter Maßnahmen sowie die Ermittlung des Nutzens einer einkommensabhängigen Kostenbeteiligung der Eltern nach den §§ 90 ff. SGB VIII ausgesprochen. Hierzu wird auf die Darstellung der sonstigen Handlungsempfehlungen im Arbeits- und Sozialrecht zu Buchstabe g) verwiesen, die Änderungen im SGB VIII vorsieht.

d) Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Die Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sind Bestandteil des in Niedersachsen zum 1. Januar 2001 eingeführten Quotalen Systems in der Sozialhilfe. Es handelt sich dabei um einen die Sozialausgaben betreffenden Finanzierungsmechanismus, der bei unveränderten Zuständigkeiten so ausgestaltet ist, dass sich das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe sowie die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Region Hannover als örtliche Träger der Sozialhilfe mit einem bestimmten Prozentsatz gegenseitig an den Ausgaben des jeweils anderen beteiligen. Aus den im Rahmen der Abrechnung des Quotalen Systems erhobenen Daten ergibt sich, dass die Nettogesamtausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe seit dem Jahre 2007 mit wechselnder Tendenz ansteigen. Das Quotale System hat sich bewährt und entlastet die örtlichen Träger der Sozialhilfe. Gleichzeitig verfolgt es das Ziel, über die Kooperation zwischen den kommunalen Körperschaften und dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe neue Wege zur Fortentwicklung der Leistungen der Sozialhilfe zu schaffen (siehe auch Antwort zu Frage 9 e).

Die Handlungsempfehlungen im Einzelnen:

Gesetz*	Standard	Handlungsempfehlung
SGB XII	Sechstes Kapitel SGB XII, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen: Länder, Kommunen und Verbände fordern eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe bzw. ein bundesfinanziertes Leistungsgesetz für behinderte Menschen. SGB XII: Bundesleistungsgesetz, das die Hilfen neu und im Zusammenhang regelt sowie die Kostentragung Bund, Ländern und Kommunen zu gleichen Teilen auferlegt.	Prüfung der Forderungen nach bundesfinanziertem Leistungsgesetz und Bundesteilhabegeld u. a. hinsichtlich neuem Pflegebedürftigkeitsbegriff, Kompatibilität mit SGB XI und Leistungen der Eingliederungshilfe; Ablehnung Lastenverschiebung durch Bund
SGB IX, XII	SGB IX, § 43, SGB XII, § 82 Abs. 2 Nr. 5; Werkstattgänger: Anrechnung des Arbeitsförderungsgeldes als Einkommen	Prüfung hinsichtlich Reform der Eingliederungshilfe, Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention und möglicher Lastenverschiebung zwischen Bund und Kommunen
SGB XII	SGB XII, Kapitel X Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe in vollstationären Einrichtungen; Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts (§ 9 SGB XII); Eröffnung der Möglichkeit der Ausschreibung von Leistungen im Bereich der vollstationären Eingliederungshilfe	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“
SGB XII	SGB XII, § 9 Abs. 2, Das Wunsch- und Wahlrecht bei Leistungen der Sozialhilfe ist eingeschränkt, wenn Leistungen zu unverhältnismäßigen Mehrkosten führen. Streichung des Wortes „unverhältnismäßigen“. Eine Zumutbarkeitsprüfung hätte weiterhin zu erfolgen.	Prüfung hinsichtlich Verwaltungsaufwand und Angemessenheit des Vorschlags; Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“

* Entsprechend markierter Standard geht ganz oder teilweise auf einen Vorschlag Niedersachsens zurück.

Gesetz*	Standard	Handlungsempfehlung
SGB XII	SGB XII, § 12, Leistungsabsprachen zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Leistungsberechtigten, Klarstellung, dass für Personen in Pflegeeinrichtungen in der Regel keine Leistungsabsprachen notwendig sind, Klarstellung, dass der Gesamtplan für behinderte Menschen die Leistungsabsprache ersetzt.	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“
SGB XII*	SGB XII, § 35 Abs. 1 Satz 1, Klarstellung des SGB XII, dass (Mittag-)Essen in teil- (und voll-)stationären Einrichtungen Leistung der Grundsicherung bzw. der Hilfe zum Lebensunterhalt ist und nicht der Eingliederungshilfe. Stärkere Kostenbeteiligung der Eltern an den in Einrichtungen erbrachten Kosten des Lebensunterhalts	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“
SGB XII*	SGB XII, §§ 76 ff, Größerer Einfluss der Träger der Sozialhilfe auf die Gestaltung von Pflegesätzen etc.	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“
SGB XII*	SGB XII, § 82 Abs. 1, 39) Anrechnung des Kindergeldes, Gesetzliche Klarstellung 40) Anrechnung des Kindergelds als Einkommen des Leistungsempfängers, auch wenn das Kindergeld an die Eltern des Berechtigten geleistet wird.	Prüfung hinsichtlich Systematik des Sozialhilferechts, zu beschränkender Unterhaltspflicht der Eltern und umfassender Reform der Eingliederungshilfe
SGB XII	SGB XII, § 92 Abs. 1, Sogenanntes Bruttoprinzip bei behinderten Menschen (d. h. der volle Umfang der Leistung wird durch Sozialhilfeträger gezahlt, eventuell einzusetzendes Einkommen/Vermögen muss im Nachhinein erstattet werden), Umstellung des Bruttoprinzips auf das im übrigen Sozialhilferecht geltende Nettoprinzip, zumindest Klarstellung, dass diese Privilegierung auf Leistungen nach dem 6. Kapitel beschränkt ist.	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“
SGB XII	SGB XII, Kapitel X Individualanspruch der Leistungsberechtigten auf die Vergütung der in einer Einrichtung erbrachten Leistung: Eröffnung der Möglichkeit, ein Einrichtungsbudget festzulegen.	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“
SGB XII	SGB XII, § 75, Einrichtungen, die zur Erbringung der Leistungen geeignet sind, können mit dem Sozialhilfeträger Vereinbarungen abschließen: Begrenzung auf Einrichtungen, die dem regionalen Versorgungsbedarf entsprechen (Entwurf KEG) bzw. Zulassungsbeschränkung	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“
SGB XII	SGB XII, § 92 Abs. 2 Satz 2, Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen werden ohne Berücksichtigung von Vermögen erbracht: Wiedereinführung einer Vermögensfreigrenze für Werkstattbesucher (ab 1. Juli 2001 entfallen)	Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“

* Entsprechend markierter Standard geht ganz oder teilweise auf einen Vorschlag Niedersachsens zurück.

e) Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Niedersachsen hat sich auf Bundesebene für eine Kompensation des durch die Einführung der Leistung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bedingten Ausgabenanstiegs bei den Kommunen eingesetzt. Im Ergebnis wurde dies durch die in § 46 a SGB XII normierte Bundesbeteiligung erreicht. In Niedersachsen wird diese Bundesbeteiligung zur Entlastung der Kommunen gemäß § 12 Abs. 4 Nds. AG SGB XII vollständig an diese weitergegeben. Vorrangiges Ziel der Niedersächsischen Landesregierung ist es jedoch, Voraussetzungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglicht, durch Erwerbstätigkeit eine ausreichende Alterssicherung aufzubauen.

Die Handlungsempfehlungen im Einzelnen:

Gesetz	Standard	Handlungsempfehlung
SGB XII	SGB XII, § 118, Datenabgleich in der Sozialhilfe; Zulassung des automatisierten Datenabgleichs auch für Bewerber nach dem 4. Kapitel.	Prüfung eines voraussetzungslosen automatisierten Datenabgleichs hinsichtlich Auswirkungen auf Antragsprinzip und Befristung sowie auf vereinbarte Bundesbeteiligung an Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
SGB XII	SGB XII, § 44 Abs. 1 Satz 1, Öffnung der Klausel bezogen auf den Zwölfmonatszeitraum. Mit jährlicher Folgebeantragung und Bewilligung ergibt sich ein hoher Verwaltungsaufwand, bei einem Personenkreis von Personen über der Altersgrenze (ab 65 Jahren) und/oder voller Erwerbsminderung auf Dauer. SGB XII, § 44, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Grundsätzlich unbefristete Leistung.	Prüfung der im Zusammenhang mit Antragsprinzip stehenden Befristung hinsichtlich Verzicht auf Datenabgleich und vereinbarte Bundesbeteiligung an Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
	SGB XII, § 41 ff, Unterhaltsrückgriff bei Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Absenkung der Freigrenze hinsichtlich des Einkommens von Unterhaltsverpflichteten um die Hälfte auf 50 000 Euro sowie ausschließliche Finanzierung durch den Bund.; SGB XII; § 43 Abs. 2, Sozialhilfe: Der Betrag des jährlichen Gesamteinkommens könnte herabgesetzt werden, z. B. auf einen Betrag zwischen 70 000 und 75 000 Euro.	Prüfung hinsichtlich Zweck der Norm (Unterhaltsrückgriff nur im Ausnahmefall), Verwaltungsaufwand der geforderten Änderung und entsprechender Absenkung der Bundesbeteiligung

f) Kosten der Hilfe zur Pflege im SGB XII

Soweit das Quotale System betroffen ist, wird auf die Anmerkungen zur Antwort auf die Frage unter Buchstabe d und auf die Frage 9e verwiesen.

Die Handlungsempfehlungen im Einzelnen:

Gesetz	Standard	Handlungsempfehlung
SGB XII	SGB XII, Siebtes Kapitel, Hilfe zur Pflege: Vollständige Übernahme der pflegerischen Leistungen durch die gesetzliche Pflegeversicherung. Kostendeckende Beiträge der Kommunen an die Sozialversicherungen.	Prüfung hinsichtlich Höhe kostendeckender bzw. angemessener Beiträge, Vereinbarkeit mit Grundprinzip der gesetzlichen Pflegeversicherung und neuem Pflegebedürftigkeitsbegriff

g) Sonstige Handlungsempfehlungen zum Arbeits- und Sozialrecht

Die Handlungsempfehlungen im Einzelnen:

Gesetz*	Standard	Handlungsempfehlung
SGB VIII, IX, XII	SGB VIII, IX, XII; Wunsch- und Wahlrecht der Hilfebedürftigen in der Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Sozialhilfe: Gesetzliche Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts	Prüfung hinsichtlich tatsächlich kostengünstiger und ebenso wirksamer Verfahren, Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention, Vorrang ambulanter Versorgung
SGB XII*	SGB XII, Kostenbeteiligung der Eltern: Kindergeld den volljährigen Kindern zurechnen und bei der Deckung des Lebensunterhalts berücksichtigen. SGB XII, § 43: Kein Unterhaltsrückgriff bei Kindern und Eltern von Grundsicherungsempfängern, deren jährliches Gesamteinkommen unter einem Betrag von 100 000 Euro liegt: Wiedereinführung des Unterhaltsrückgriffs SGB XII, §§ 43, 82 ff; EStG, § 62: Für volljährige Kinder mit Behinderung gezahltes Kindergeld ist Einkommen der anspruchsberechtigten Personen, § 43 Abs. 2 SGB XII: Einkommensabhängige Kostenbeteiligung der Eltern, Anrechnung von Einkommen und Vermögen, Einsatz des Kindergeldes in voller Höhe zur Deckung der Kosten auch bei Volljährigen, die Leistungen zur Grundsicherung bei Erwerbsminderung erhalten. Kindergeld wird den volljährigen Kindern mit Behinderung zugerechnet und bei der Deckung der Leistungen zum Lebensunterhalt berücksichtigt, SGB XII; §§ 82, 94 Einsatz des Kindergeldes: 1. Alternative: Zurechnung des Kindergeldes als Einkommen des volljährigen Kindes, sofern Leistungen in einer stationären Einrichtung nach dem 6. oder 7. Kapitel erbracht werden. Folge: Das Kindergeld kann als Einkommen bei der Leistungsgewährung berücksichtigt werden.	Prüfung der Kindergeldanrechnung hinsichtlich erforderlichen Wegfalls der Bundesbeteiligung und Gleichbehandlung zwischen häuslicher und stationärer Unterbringung sowie Verwaltungsaufwand. Erörterung im Rahmen der Beratungen der ASMK zur „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“

* Entsprechend markierter Standard geht ganz oder teilweise auf einen Vorschlag Niedersachsens zurück

Gesetz*	Standard	Handlungsempfehlung
	2. Alternative: Gesetzesänderung, dass das Kindergeld in Fällen des § 94 Abs. 2 an den Sozialhilfeträger zu zahlen ist. Dies könnte erreicht werden durch Änderung des EStG dahin gehend, dass Kindergeld für behinderte volljährige Kinder diesen selbst zusteht (dann könnte ein entsprechender Kostenbeitrag gemäß § 92 Abs.1 festgesetzt werden). Änderung der Unterhaltsverpflichtung von Eltern vollstationär betreuter behinderter Kinder auf das vor dem 1. Januar 2002 geltende Recht, zumindest a) Heranziehung bei stationären Leistungen bis zur Höhe des Kindergeldes und b) Erhöhung des Kostenbeitrags für Leistungen an minderjährige Kinder in teilstationären Einrichtungen	
SGB IX	SGB IX, § 145, 148-150, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen, Erstattung der Fahrkostenausfälle an Transportunternehmen): Wegfall der kostenfreien Beförderung oder einkommensabhängige Ausgestaltung oder Anhebung der Behinderungsgrade	Prüfung hinsichtlich kumulativer Förderung (Befreiung von Kraftfahrzeugsteuer und Inanspruchnahme der sogenannten Freifahrtregelung im ÖPNV) und Verwaltungsaufwand der geforderten Änderung
SGB	SGB insgesamt; Entflechtung von Träger- und Entscheidungsstrukturen, Ausschluss der Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte, die den freien Trägern durch das SGB eingeräumt werden	Mitwirkung der freien Träger erforderlich, aber Ausmaß und Umfang prüfen
SGB IV	SGB IV, § 93 in der Fassung vom 12. November 2009; Aufgaben der Versicherungsämter, Ausbau von E- Government sowohl für Versicherungsämter und Gemeindebehörden als auch für Versicherte unter Beibehaltung des § 93 SGB IV	Bereits eingeleitete Prüfung der Deutschen Rentenversicherung hinsichtlich Zulässigkeit einer Erweiterung der Zugriffsbefugnis auf weitere Daten, um den Versicherungsämtern und Gemeindebehörden die Antragsaufnahme zu erleichtern
SGB XII	SGB XII, § 29 i. V. m. SGB XII, § 44 Abs. 1 Satz 3, Anrechnung der Guthaben aus KdU-Jahresendabrechnungen ermöglichen.	Prüfung hinsichtlich Anzahl relevanter Fälle und Gleichbehandlung SGB II und SGB XII
SGB	SGB, Beitragshöhe bei privaten Kranken- und Pflegeversicherungen: Einfügung eines Verweises in § 32 Abs. 5 SGB XII auf die Regelung des § 12 Abs. 1 c Satz 6 VAG	Prüfung hinsichtlich resultierender „Beitragslücke“ im SGB XII und der Rechtssprechung durch Sozialgerichte in vergleichbaren Fällen des SGB II
SGB XII	SGB XII, § 82 Abs. 3 Berechnung des Freibetrags bei Erwerbstätigkeit: Angleichung an die SGB-II-Regelung, die generell 100 Euro freilässt.	Änderung SGB XII denkbar, wenn Mehraufwendungen gegenüber geltendem Recht durch Einsparungen im Verwaltungsverfahren überkompensiert werden
SGB XII	SGB XII, Fünftes Kapitel, Hilfen zur Gesundheit: Einbeziehung aller Krankenhilfeberechtigten in die GKV. Kostendeckende Beiträge der Kommunen an die SV.	Prüfung hinsichtlich Höhe kostendeckender bzw. angemessener Beiträge, Vereinbarkeit mit Grundprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung und geltendem Höchstbeitrag

Gesetz*	Standard	Handlungsempfehlung
ASiG	Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure u. andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG) sowie entsprechende Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitgeber auch der öffentlichen Hand haben nach Maßgabe dieses Gesetzes Betriebsärztinnen u. Betriebsärzte u. Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen: Vereinheitlichung der Mindesteinsatzzeiten auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei gleichem beruflichem Gefährdungspotenzial in Einrichtungen der Kommunen und des Landes	Prüfung im Rahmen der laufenden Reform der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV Vorschrift 2), wo Mindesteinsatzzeiten geregelt sind (nicht im ASiG selbst)
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG), §§ 32 ff. i. V. m. § 2 der Jugendarbeitsschutzuntersuchungsverordnung (JArbSchUV), Untersuchungsberechtigungsscheine zur Vorlage bei der ärztlichen Untersuchung für Jugendliche unter 18 Jahren nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz: Verzicht auf die Ausstellung von Untersuchungsberechtigungsscheinen im Bundesrecht.	Erörterung im Rahmen der Bundesländer-Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
SGB XII	SGB XII, § 75 Abs. 2: Ergänzung um das Erfordernis des regionalen Bedarfs	Prüfung insbesondere hinsichtlich Rechtssicherheit bei Abstellen auf „regionalen Bedarf“
SGB XII	SGB XII; § 102, Sozialhilfe: Tatbestände, die Ersatzpflicht begrenzen, könnten gestrichen/modifiziert werden	Prüfung hinsichtlich die Ersatzpflicht begrenzender Tatbestände
SGB II*	SGB II, § 19, Satz 3, Einkommen wird primär auf die Leistungen des Bundes angerechnet, nur der Überhang auf die kommunalen Leistungen: Änderung des Vorrangs der Anrechnung von Einkommen und Vermögen	Prüfung hinsichtlich Systematik im SGB II; Ablehnung Lastenverschiebung durch Bund
SGB VIII*	SGB VIII, §§ 90 ff., Pauschalisierte Kostenbeteiligung: Einkommensabhängige Kostenbeteiligung der Eltern, Anrechnung von Einkommen und Vermögen	Prüfung auch hinsichtlich Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag; Evaluierung der im Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) getroffenen Neuregelungen beabsichtigt;
SGB III*	SGB VIII, § 89d Vereinfachung der Kostenerstattungsregelungen im Zusammenhang mit den Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Vereinfachung des Verfahrens schnellstmöglich anstreben

Zu 2:

Die Landesregierung wird sich zu den Ergebnissen des Prüfauftrages der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ erst dann abschließend äußern, wenn alle in die Kommissionsarbeit eingebrachten Finanzierungsmodelle bundesweit - und zwar gemeindescharf - quantifiziert wurden und die Ergebnisse der Landesregierung auch tatsächlich vorliegen. Die Landesregierung hat seit Bestehen der Gemeindefinanzkommission immer wieder ausdrücklich darauf hingewiesen, Ministerpräsident McAllister in seiner Regierungserklärung am 1. Juli 2010, dass die Kommunen die Unterstützung des Landes benötigen und auch erhalten werden. Gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen

* Entsprechend markierter Standard geht ganz oder teilweise auf einen Vorschlag Niedersachsens zurück

strebt sie eine Verstetigung und Verbesserung der kommunalen Einnahmen für die Zukunft an. Gleichzeitig müssen die Kommunen endlich in die Lage versetzt werden, mittelfristig sicher planen zu können. Um ihre eigenen an sich gestellten Anforderungen erfüllen zu können, ist es unabdingbar, dass die Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ ihren Arbeitsauftrag gewissenhaft und vollständig ausführt. Die Landesregierung wird sich nicht drängen lassen, Position zu einem bestimmten Finanzierungsmodell zu beziehen, solange ihr keine konkreten Ergebnisse und die Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen für alle Modelle vorliegen. Daher wird sie auch an dieser Stelle keine eigenen wertenden Ausführungen zu dem Prüfmodell nach der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP abgeben.

Der Arbeitsauftrag der von der Gemeindefinanzkommission eingesetzten Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ lautet, eine Bestandsaufnahme der bestehenden Gewerbesteuer vorzunehmen und der Kommission Vorschläge zur Zukunft der Gewerbesteuer unter Einbeziehung von Alternativmodellen zu unterbreiten. Deshalb kann sie ihren Prüfauftrag nicht nur auf das nach dem Koalitionsvertrag vorgegebene Prüfmodell beschränken. Sie hat weitere Finanzierungsmodelle - und hierfür hat sich auch insbesondere die Minister Schünemann und Bode namens der Landesregierung innerhalb der Gemeindefinanzkommission eingesetzt - wie das Kommunalmodell und das Modell der Stiftung Marktwirtschaft in ihren Prüfauftrag einzubeziehen. Denn nur unter dieser Prämisse kann die Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung nachhaltige Vorschläge zur „Verstetigung und Stärkung der Kommunalfinanzen“ vorlegen. Daher ist es auch insbesondere der Initiative der Landesregierung zu verdanken, dass die Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ in ihrer dritten Sitzung am 28. Januar 2011 beschlossen hat, der Gemeindefinanzkommission zu empfehlen, das Kommunalmodell sowie das „Niedersächsische Modell“ bundesweit - gemeindegemein - zu quantifizieren. Die Kommission selbst hat seit dem 8. Juli 2010 noch nicht wieder getagt.

Das Niedersächsische Modell basiert auf dem Finanzmodell der Stiftung Marktwirtschaft und wurde zuvor aufgrund einer Beauftragung durch Minister Schünemann vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden gemeindegemein für die niedersächsischen Städte und Gemeinden berechnet. Die Ergebnisse aus diesen Berechnungen stellen sich positiv dar. So lassen sich die Vorteile des Niedersächsischen Modells wie folgt kurz zusammenfassen:

- Durch weniger konjunkturunabhängige Finanzierungselemente werden die kommunalen Einnahmen dauerhaft verstetigt.
- Von der mit der Verstetigung einhergehenden Einnahmenverbesserung profitieren Kernstädte, Umlandgemeinden und Gemeinden im ländlichen Raum nahezu gleichermaßen.
- Durch die Ausweitung des Hebesatzrechtes werden die Finanzautonomie und damit die kommunale Selbstverwaltung gestärkt.
- Mit der vorgesehenen kommunalen Unternehmensteuer wird eine seit langem von den kommunalen Spitzenverbänden erhobene Forderung nach Verbreiterung der Steuerbasis umgesetzt.

Selbstverständlich wurden auch die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens fortlaufend von Minister Schünemann über sein Vorgehen unterrichtet, darüber hinaus haben ihn Vertreter aus der Wissenschaft begleitet.

Vorschläge zur Veränderung des Systems der Gemeindefinanzierung liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Gemeindefinanzkommission nicht vor.

Zu Buchstabe a:

Das Prüfmodell der Bundesregierung sieht die Abschaffung der Gewerbesteuer mit gleichzeitiger Einführung eines Hebesatzrechtes auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer vor. Mit einer unkompensierten Abschaffung der Gewerbesteuer würde das Interessenband zwischen Kommunen und örtlicher Wirtschaft zerschnitten. Um diese Tatsache zu vermeiden, hatte die Gemeindefinanzkommission am 8. Juli 2010 beschlossen, von der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ überprüfen zu lassen, ob aufgrund einer Beteiligung der Betriebsstättengemeinden am Lohnsteueraufkommen das Interessenband aufrecht erhalten bleiben kann. Nach den der Landesregierung vorliegenden Berichten der der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ zuarbeitenden Arbeitskreise „Administrierung“, „Quantifizierung“ und „Strukturanalyse“ (Stand: 28. Januar 2011) wurde anstelle einer kommunalen Beteiligung am Lohnsteu-

eraufkommen die kommunale Zuordnung der Einkommensteuer gesplittet. Danach wurden die Auswirkungen auf die kommunalen Einnahmen untersucht, die entstehen, wenn der Einkommensteueranteil aus den Gewinneinkünften den Betriebsstättengemeinden und der Einkommensteueranteil aus den Überschusseinkünften den Wohnsitzgemeinden zugeordnet werden würden. Nach dem Bericht des Arbeitskreises „Strukturanalyse“ (Stand: 26. Januar 2011) soll „das heute schon bestehende Band zwischen lokaler Wirtschaft und der Kommune durch den Zuschlag zur Körperschaftsteuer aufrecht erhalten werden und durch den Einkommensteuerzuschlag um eine zusätzliche Verbindung der Kommune zu den lokalen Arbeitnehmern und allen Selbstständigen ergänzt werden“.

Zu Buchstabe b:

Das Hebesatzrecht für eine wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle ist den Gemeinden verfassungsrechtlich garantiert (Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes). Die einzige Steuer, die diese Voraussetzungen gegenwärtig erfüllt, ist die Gewerbesteuer (vgl. BFHE 203, 263 <267 f.>). Aufgrund dieser verfassungsrechtlichen Vorgabe erfordert die Ersetzung der Gewerbesteuer durch das Prüfmodell eine Grundgesetzänderung.

Zu Buchstabe c:

Die wesentlichen Auswirkungen des Prüfmodells auf Kommunen und Bund/Länder sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt, wobei die Berechnungen auf einem bundesweit durchschnittlichen kommunalen Zuschlag in Höhe von 17,65 v. H. beruhen:

Auswirkungen des Prüfmodells auf Kommunen
(Auszug aus dem Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“, Stand: 24. Januar 2011)
- Beträge in Mrd. Euro („-“: Steuermindereinnahmen, „+“: Steuermehreinnahmen) -

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Abschaffung Gewerbesteuer (nach Umlagen)	-33,99	-26,38	-25,92	-28,53	-30,29	-31,61	-32,84
Wegfall des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer nach geltendem Recht	-25,19	-22,85	-20,95	-22,30	-23,76	-25,29	-26,82
Neuer Kommunalzuschlag	+40,00	+35,25	+33,10	+35,03	+36,81	+38,69	+40,55
davon:							
zur Einkommensteuer/Kapitalertragsteuer	32,51	29,37	27,21	28,49	29,92	31,54	33,15
zur Körperschaftsteuer	7,49	5,88	5,89	6,54	6,89	7,15	7,40
Saldo Gemeinden = rechnerischer zusätzlicher kommunaler Anteil an der Umsatzsteuer	-19,19	-13,98	-13,77	-15,81	-17,23	-18,21	-19,11
nachrichtlich: Saldo Bund/Länder vor Erhöhung des Umsatzsteuerausgleichs zugunsten der Kommunen	+15,25	+9,81	+9,70	+11,66	+12,96	+13,87	+14,61
Gesamtdefizit Bund/Länder (nach Umsatzsteuerausgleich ist das Gesamtdefizit der Gemeinden = 0)	-5,55	-5,45	-5,35	-5,56	-5,76	-5,89	-6,10

Die erheblichen Mindereinnahmen in den Haushalten von Bund und Ländern würden dauerhaft entstehen, die im Hinblick auf die Anforderungen zur Einhaltung der Schuldenbremse ebenfalls dauerhaft tragfähig gegenfinanziert werden müssten. Diese Mindereinnahmen (nur Bund und Länder) resultieren im Wesentlichen aus dem durchgängigen Ansatz der Kinderfreibeträge beim Kommunalzuschlag. Ein Einbezug des Kommunalzuschlags zur Einkommensteuer in die Günstigerprüfung zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag wäre nach Feststellung des Arbeitskreises „Quantifizierung“ nur mit enormen, nicht zumutbaren Verwaltungsaufwand umsetzbar (Auszug aus dem „Bericht des Arbeitskreises ‚Quantifizierung‘ zum kommunalen Steueraufkommen nach geltendem Recht, zu den interkommunalen Auswirkungen des Prüfmodells und zu den finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells“, Stand: 24. Januar 2011).

Im geltenden Recht beruhen die kommunalen Steuereinnahmen zu 45 v. H. auf der volatilen Gewerbesteuer. In den Jahren 2000 bis 2008 waren bei durchschnittlich 41 v. H. aller Gemeinden die Gewerbesteuereinnahmen eines Jahres um durchschnittlich knapp ein Viertel niedriger als im jeweiligen Vorjahr. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich: sowohl Aufkommensverluste aufgrund von sinkenden Unternehmensgewinnen oder Betriebsschließungen kommen in Betracht, als auch „Normalisierungen“ nach Jahren mit überproportional hohem Aufkommen (z. B. Gewerbesteuer-nachzahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen). Entwicklungen und Rückgangsrisiken sind bei der gewinnbezogenen Gewerbesteuer zwei Seiten derselben Medaille.

Im geltenden Recht entfallen insgesamt rund 57 v. H. der kommunalen Steuereinnahmen auf volatile Komponenten (Gewerbesteuer 45,4 v. H., auf Gewinneinkünfte entfallender kommunaler Einkommensteueranteil 11,4 v. H.). Dementsprechend rechnen im geltenden Recht rund 43 v. H. der kommunalen Steuereinnahmen zur stabilen Einnahmekategorie (Grundsteuer, Umsatzsteueranteil, auf Überschusseinkünfte entfallender kommunaler Einkommensteueranteil).

Im Prüfmodell beruhen 20 v. H. auf dem volatilen Kommunalzuschlag zur Körperschaftsteuer und auf dem Kommunalzuschlag zur Einkommensteuer, soweit er auf Gewinneinkünfte entfällt. 80 v. H. der kommunalen Steuereinnahmen entfallen beim Prüfmodell auf die grundsätzlich stabilen Einnahmen aus der Grundsteuer, aus dem kommunalen Umsatzsteueranteil und aus dem kommunalen Einkommensteuerzuschlag auf Überschusseinkünfte. Jedoch sind auch die stabileren Elemente im Prüfmodell vor jährlichen Aufkommensschwankungen nicht gänzlich gefeit. So bestimmt sich der kommunale Umsatzsteueranteil, der im Prüfmodell gut ein Drittel der Steuerbasis ausmacht, für jede Gemeinde nach der Summe der sozialversicherungspflichtigen Entgelte der dort angesiedelten Arbeitgeber. Diese Lohnsumme kann sich z. B. durch Betriebsöffnungen oder Betriebsschließungen, durch Zuzug oder Wegzug von Unternehmen, durch Schaffung oder Abbau von Arbeitsplätzen oder auch die Änderung der Beitragsbemessungsgrenze zur Sozialversicherung positiv oder negativ entwickeln. (Auszug aus dem „Bericht des Arbeitskreises ‚Quantifizierung‘ zum kommunalen Steueraufkommen nach geltendem Recht, zu den interkommunalen Auswirkungen des Prüfmodells und zu den finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells“, Stand: 24. Januar 2011).

Die jeweiligen Finanzausgleichssysteme mildern die Umverteilungseffekte bei einer Systemumstellung auf das Prüfmodell nicht automatisch ab. Bei den derzeitigen kommunalen Finanzausgleichssystemen sind in besonderen Fällen Konstellationen denkbar, in denen bei einer Gemeinde mit überdurchschnittlichem Hebesatz zwar in den verschiedenen Szenarien ein steigendes Steueraufkommen ausgewiesen wird, zugleich aber die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich stärker absinken würden, als der Gewinn an Steueraufkommen ausgefallen ist (Auszug aus der Anlage 15 zum Bericht des Arbeitskreises „Quantifizierung“, Stand: 24. Januar 2011).

Zu Buchstabe d:

Der Charakter der Gewerbesteuer als lokale Steuer verhindert, dass Verluste aus dem Ausland in die Gewerbesteuerberechnung einfließen. Die Anrechnung ausländischer Verluste erfolgt - soweit nach geltendem Recht möglich - nur bei allgemeinen Ertragsteuern, wie der Körperschaftsteuer. Dies führt dazu, dass es aufgrund des im internationalen Vergleich niedrigen deutschen Körperschaftsteuersatzes von 15 v. H. für Unternehmen meist nicht rentabel ist, Verluste nach Deutschland zu „transportieren“. Andere Länder mit höheren Kapitalsteuersätzen bieten höhere „Verlustverrechnungsrenditen“ und sind deshalb als „Zielland“ für Verluste attraktiver.

Sollte nun die Gewerbesteuer - wie im Prüfmodell vorgesehen - entfallen, so stiege der Körperschaftsteuersatz deutlich von heute 15 v. H. auf ca. 25 v. H., wodurch für sich betrachtet der Anreiz gesteigert würde, ausländische Verluste in Deutschland zu realisieren. Doppelbesteuerungseinkommen dämmen jedoch diesen Effekt hinreichend ein, sodass die Möglichkeit, Verluste in Deutschland zu realisieren, nur für Verluste aus relativ wenigen Ländern besteht, mit denen kein diesbezügliches Doppelbesteuerungsabkommen existiert (Auszug aus dem Bericht des Arbeitskreises „Strukturanalyse“ (Stand: 26. Januar 2011)).

Zu Buchstabe e:

Die Verteilungswirkungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind der Tabelle zur Beantwortung der Frage 2 Buchstabe c zu entnehmen.

Ohne Berücksichtigung des kommunalen Finanzausgleichs und ohne Einbeziehung eventueller Verhaltensanpassungen, werden durch interkommunale Umverteilung der Finanzmasse 4 292 Gemeinden, die durchschnittlich 61 Euro je Einwohner mehr einnehmen, besser gestellt. Bei 7 114 Gemeinden treten Mindereinnahmen von durchschnittlich 52 Euro je Einwohner ein. 58 v. H. der insgesamt 12 227 Gemeinden werden finanziell schlechter gestellt. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Umlandgemeinden (62 v. H. Verlierer) und den Gemeinden im ländlichen Raum (57 v. H. Verlierer). Die Verliererquoten können je nach Land deutlich höher liegen, vor allem in den westdeutschen Flächenländern mit wirtschaftsstarke Ballungsräumen.

Bei Gemeinden im ländlichen Raum verringern sich die Steuereinnahmen je Einwohner insgesamt nur geringfügig von bisher durchschnittlich 681 Euro je Einwohner um 3 Euro auf durchschnittlich 678 Euro je Einwohner (Verringerung weniger als 0,5 v. H.). Die Gruppe der Kernstädte wird begünstigt: Die Einnahmen je Einwohner erhöhen sich von durchschnittlich 1 149 Euro je Einwohner um 25 Euro auf durchschnittlich 1 174 Euro je Einwohner (Zuwachs um 2,2 v. H.). Bei Gemeinden mit mittlerer und schwacher Steuerkraft verbessern sich die Einnahmen je Einwohner, bei steuerstarken Gemeinden verringert sich das Steueraufkommen je Einwohner (Auszug aus dem „Bericht des Arbeitskreises ‚Quantifizierung‘ zum kommunalen Steueraufkommen nach geltendem Recht, zu den interkommunalen Auswirkungen des Prüfmodells und zu den finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells“, Stand: 24. Januar 2011).

Zu Buchstabe f:

Die rechnerisch ermittelbaren zurechnungsfähigen Veränderungen bei den finanziellen Beiträgen der einzelnen Gruppen von Steuerpflichtigen zur kommunalen Steuerbasis können keine Grundlage für realistische Schlussfolgerungen hinsichtlich der Entwicklung der Steuerbelastung sein. Das Prüfmodell ist unter Berücksichtigung der ursprünglich zugrunde liegenden Annahmen so „konstruiert“, das für die Steuerpflichtigen insgesamt bei einem Zuschlagssatz von 17,65 v. H. auf die Einkommensteuer die Belastung grundsätzlich unverändert bleibt. Trotz grundsätzlich unveränderter individueller Steuergesamtbelastung lassen sich deutliche Änderungen beim Beitrag zur kommunalen Steuerbasis nicht ausschließen. Ein höherer oder geringerer Beitrag einer bestimmten Gruppe von Steuerpflichtigen zur kommunalen Steuerbasis darf also nicht mit Steuer mehrbelastungen bzw. Steuerentlastungen gleich gesetzt werden. Im Rahmen des komplexen Übergangs vom geltenden Recht auf das Prüfmodell ließen sich nicht alle Effekte auf die verschiedenen Gruppen von Steuerpflichtigen aufteilen bzw. zurechnen (Auszug aus dem „Bericht des Arbeitskreises ‚Quantifizierung‘ zum kommunalen Steueraufkommen nach geltendem Recht, zu den interkommunalen Auswirkungen des Prüfmodells und zu den finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells“, Stand: 24. Januar 2011).

Zu Buchstabe g:

Für die Untersuchung des Prüfmodells wurde beim Kommunalzuschlag für die Körperschaftsteuer und Einkommensteuer von einer Ausgestaltung als Annexsteuer ausgegangen. Grundsätzlich knüpft diese Annexsteuer an die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens und die darauf festzusetzende Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer an. Daher ist eine Veränderung der Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nicht vorgesehen. Nach Ergebnissen des Arbeitskreises „Administrierbarkeit“ wäre eine Einbeziehung des Kommunalzuschlags in die Günstigerprüfung zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag in Verbindung mit dem Aufteilungsmodell nur mit sehr hohem Verwaltungsaufwand umsetzbar. An der generellen Berücksichtigung des Kinderfreibetrags beim Kommunalzuschlag wird daher festgehalten (Auszug aus dem „Bericht des Arbeitskreises ‚Quantifizierung‘ zum kommunalen Steueraufkommen nach geltendem Recht, zu den interkommunalen Auswirkungen des Prüfmodells und zu den finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells“, Stand: 24. Januar 2011).

Zu den Buchstaben h bis j:

Das Prüfmodell in seiner ursprünglichen Ausgestaltung (z. B. ohne Familienlastenausgleich bei der Einkommensteuer) ist administrativ umsetzbar. Die Steuerverwaltungen der Länder und der Kommunen sind in all ihren Bereichen (Festsetzung und Erhebung sowie deren jeweiliger Automationsunterstützung) von den damit verbundenen Anpassungen betroffen. Das Prüfmodell wird insbesondere bei der Steuerverwaltung und bei Arbeitgebern zu einem erheblichen Personalmehraufwand

führen; bei den Kommunen zu einem geringeren Aufwand. Nach Ergebnissen des Arbeitskreises „Administrierbarkeit“ wäre eine Einbeziehung des Kommunalzuschlags in die Günstigerprüfung zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag in Verbindung mit dem Aufteilungsmodell nur mit sehr hohem Verwaltungsaufwand umsetzbar. (vgl. Ergänzungsbericht des Arbeitskreises „Administrierbarkeit“ vom 7. Oktober 2010).

Zu Buchstabe k:

Die Auswirkungen des Prüfmodells auf die Standortattraktivität hängen zum großen Teil von den jeweiligen kommunalen Hebesätzen für Körperschaft- und Einkommensteuer ab, die die Kommunen im Wettbewerb festsetzen werden. Niedrigere Hebesätze, aber auch bessere Infrastruktur finanziert durch höhere Sätze, können die Kommunen im interregionalen und internationalen Standortwettbewerb stärken. Eine generelle Verbesserung der Standortattraktivität wird aber auch durch ein transparenteres und einfacheres Steuersystem erreicht. Nach dem Prüfmodell müssen Unternehmen nicht mehr zwei Steuererklärungen (für Körperschaft- und Gewerbesteuer) abgeben, für die die Gewinnermittlung jeweils unterschiedlich geregelt ist. Zukünftig reicht nur noch eine Steuererklärung aus.

Zu Buchstabe l:

Die Einführung des Prüfmodells erfordert komplexe gesetzestechnische Regelungen einschließlich einer Grundgesetzänderung. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Buchstabe d verwiesen.

Zu 3:

Die Landesregierung wird sich zu den Ergebnissen des Prüfauftrages der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ und hierzu gehören auch die Untersuchungsergebnisse zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer erst dann äußern, wenn sie ihr vollständig vorliegen und sie eine abschließende Bewertung vornehmen kann. Mit Beschluss vom 8. Juli 2010 hat die Gemeindefinanzkommission in ihrer zweiten Sitzung die Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ beauftragt, das Kommunalmodell also die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer auf der Grundlage der festgelegten Prüfkriterien zu bewerten. Die Arbeitsgruppe ihrerseits hat den Prüfauftrag an ihre drei Arbeitskreise „Administrierung“, „Quantifizierung“ und „Strukturanalyse“ weitergeleitet. Die Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ hat in ihrer Sitzung am 28. Januar 2011 beschlossen, der Gemeindefinanzkommission zu empfehlen, dass auf Bitte der kommunalen Spitzenverbände das Kommunalmodell parallel zu den in der Gemeindefinanzkommission fortlaufenden Beratungen zumindest nach den Gemeindetypen quantifiziert werden sollte. Die Analyse würde sich dann auf Gemeindegruppen in verschiedener Abgrenzung: Kernstädte, Umlandgemeinden, Gemeinden im ländlichen Raum jeweils differenziert nach Steuerstärke (steuerschwach, mittlere Steuerkraft, steuerstark) und Gemeinden nach Ländern beschränken. Da die Gemeindefinanzkommission bisher noch nicht wieder getagt hat, bleibt zunächst ihr Beschluss sowie die daraufhin zu folgenden vom Arbeitskreis „Quantifizierung“ Berechnungen abzuwarten.

Zu 4:

Der Landesregierung steht es nicht zu, die von anderen Bundesländern vorgenommenen Bewertungen des Prüfmodells zu beurteilen. Minister Schünemann hat sich namens der Landesregierung in der Gemeindefinanzkommission dafür eingesetzt, dass die Prüfung der dort vorliegenden Finanzierungsmodelle (Prüfmodell, Kommunalmodell, Niedersächsisches Modell) ergebnisoffen zu erfolgen hat. Erst wenn die vollständigen Bewertungen aller Finanzierungsmodelle der Landesregierung vorliegen, wird sie mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens entscheiden, ob und welches Finanzierungsmodell den Interessen der Kommunen, aber auch denjenigen des Landes Niedersachsen am Besten dient.

Zu 5:

Zu Buchstabe a:

Der Landesregierung stehen weder die erforderlichen Daten, noch die technischen Mittel zur Verfügung, die benötigt werden, um diese Frage umfassend und detailliert beantworten zu können. Auch liegen der Landesregierung keine entsprechenden Berechnungen aus der Tätigkeit der Gemeindefinanzkommission vor. Das Bundesfinanzministerium hat allerdings Beispielrechnungen er-

arbeitet; diese betreffen einkommensteuerpflichtige Einzelunternehmer und Gesellschafter von Personengesellschaften und werden nachfolgend dargestellt:

Bei den Einzelunternehmen wurde ein Gewinn vor Steuer von 100 000 Euro, bei den Kapitalgesellschaften von 300 000 Euro und bei Personengesellschaften von 500 000 Euro unterstellt. Diese Größenordnungen sind laut Gewerbesteuerstatistik 2004 in den jeweiligen Personengruppen, die einen positiven Gewerbesteuermessbetrag haben, in etwa das Mittel bzw. häufig vertreten.

Das jeweils erste Beispiel (Grundscenario) bildet einen Fall ohne gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen, Verlustvorträge oder andere Einkünfte ab. Die weiteren Beispiele stellen Abwandlungen des ersten Beispiels dar und berücksichtigen die vorgenannten Einflüsse auf die Bemessungsgrundlage. Die Berechnungen wurden für gewerbesteuerliche Hebesätze von 360 v. H., 400 v. H. und 460 v. H. durchgeführt.

Es zeigt sich zunächst, dass sich bei einem Hebesatz von 400 v. H. und einem Kommunalzuschlag von 17,65 v. H. im Grundscenario die Steuerbelastung aller dargestellten Personengruppen nur wenig (zwischen 0,3 v. H. und 0,7 v. H.) ändert.

Bei den Einzelunternehmen ergeben sich aufgrund der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer nach geltendem Recht auch unter Berücksichtigung von gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen und Kürzungen usw. keine erheblichen Abweichungen in der Gesamtbelastung (Entlastungen).

Bei den Kapitalgesellschaften ergeben sich etwas größere Änderungsspannen. Dies ist zum einen auf die im Durchschnitt höheren gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen und Kürzungen zurückzuführen, welche im Prüfmodell wegfallen. Zum anderen ergibt sich eine stärkere Belastungsänderungen bei Vorliegen von Gewerbesteuer- und Körperschaftsteuerverlustvorträgen.

Die Auswirkungen bei Personengesellschaften hängen aufgrund der transparenten Besteuerung insbesondere von der Mitunternehmerstruktur ab. Je nachdem, ob die Mehrheit einkommensteuerpflichtige oder Körperschaftsteuerpflichtige sind, ergeben sich Auswirkungen eher ähnlich den Einzelunternehmen oder den Kapitalgesellschaften.

Bezogen auf die unter- und überdurchschnittlichen Hebesätze von 360 v. H. bzw. 460 v. H. wurden zunächst diejenigen Kommunalzuschlagssätze ermittelt, bei denen sich die Steuerbelastung von Einzelunternehmen im Grundscenario nur gering ändert. Es ergibt sich für die Einzelunternehmen Folgendes:

Hebesatz	360 v. H.	400 v. H.	460 v. H.
korrespondierender Kommunalzuschlag	15,82 v. H.	17,65 v. H.	23,50 v. H.

Nach dem Prüfmodell sind die Kommunalzuschläge für alle Gruppen - einkommensteuerpflichtige Bürger, einkommensteuerpflichtige Unternehmen und körperschaftsteuerpflichtige Kapitalgesellschaften - einheitlich festzulegen. Die nachfolgenden Ausführungen setzen voraus, dass diejenigen Kommunen, die gegenwärtig einen hohen Hebesatz für Unternehmen haben, künftig auch ihren Bürgern entsprechend höhere Steuern abverlangen und damit aus Sicht der Kommunen das Risiko der Abwanderung in Kauf nehmen. Unterstellt man für die betrachteten Beispiele auch für die Personen- und Kapitalgesellschaften die für Einzelunternehmen ermittelten Zuschlagssätze zeigt sich Folgendes:

Die Beispielrechnungen zeigen bei Personengesellschaften ein ähnliches Ergebnis - geringe Änderungen im Vergleich zum geltenden Recht - wie bei Einzelunternehmen (da 95 v. H. des Gesellschaftskapitals auf einkommensteuerpflichtige Mitunternehmer entfallen). Bei Kapitalgesellschaften ergeben sich hingegen begrenzte Mehrbelastungen für niedrige Hebesätze (+ 3,7 v. H.) und geringe Entlastungen (- 1,9 v. H.) für überdurchschnittliche Hebesätze, sodass sich bei Kapitalgesellschaften die Belastungsspanne zwischen niedrigen und höheren Hebesätzen etwas verringert.

Hebesatz	360 v. H.	400 v. H.	460 v. H.
korrespondierender Kommunalzuschlag	15,82 v. H.	17,65 v. H.	23,50 v. H.
Einzelunternehmen			
Belastungsänderung ¹	- 0,7 v. H.	- 0,7 v. H.	- 0,7 v. H.
Kapitalgesellschaften			
Belastungsänderung ¹	+ 3,7 v. H.	+ 0,3 v. H.	- 1,9 v. H.

In den Beispielrechnungen ist jeweils auch der den Gemeinden zufließende Steueranteil ausgewiesen. Die nachstehende Übersicht zeigt, in welchem durchschnittlichen Umfang sich das kommunale Steueraufkommen der einzelnen steuerpflichtigen Personengruppen unter Anwendung des o. g. korrespondierenden Zuschlagsatzes vor Umsatzsteuerausgleich verringert:

Hebesatz	360 v. H.	400 v. H.	460 v. H.
korrespondierender Kommunalzuschlag	15,82 v. H.	17,65 v. H.	23,50 v. H.
Einzelunternehmen			
Verringerung des kommunalen Steueranteils	- 62,8 v. H.	- 61,3 v. H.	- 53,6 v. H.
Kapitalgesellschaften			
Verringerung des kommunalen Steueranteils	- 64,2 v. H.	- 64,0 v. H.	- 58,4 v. H.

Allerdings knüpft der Umsatzsteueranteil im Gegenzug wieder an die Arbeitslöhne an und steht damit in Verbindung zu den in der Kommune ansässigen Unternehmen.

Die von den Einzelbeispielen abgeleiteten Werte deuten auf Folgendes hin:

Die relative Verringerung des kommunalen Steueranteils vor Umsatzsteuerausgleich

- beträgt durchweg mehr als 50 v. H.,
- fällt bei den unterstellten Zuschlagssätzen durchgängig bei niedrigen Hebesätzen am größten und bei hohen Hebesätzen am geringsten aus,
- ist bei Kapitalgesellschaften etwas größer als bei Personenunternehmen.

Diese Bewertung ist jedoch nur sehr begrenzt aussagefähig. Sie bezieht sich lediglich auf wenige plakative Beispiele und gilt nur, soweit die Zuschlagssätze sich entsprechend den unterstellten Annahmen entwickeln. Der Vergleich wurde unter Einbeziehung des geltenden 15 v. H.-Anteils der Kommunen an der Einkommensteuer vorgenommen. Da die für die Schlüsselzahlen maßgebenden Sockelbeträge jedoch naturgemäß nicht berücksichtigt werden können, entspricht der ausgewiesene Anteil der Gemeinde am Einkommensteueraufkommen im geltenden Recht nicht dem tatsächlichen Kommunalanteil, sondern stellt nur eine Größenordnung dar.

Nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände ist beim Prüfmodell - anders als nach geltendem Recht - die Rechtsformneutralität zwischen Unternehmen innerhalb einer Gemeinde nicht mehr gewährleistet. Aufgrund der Relevanz des Kommunalzuschlagssatzes im Wohnort der Anteilseigner einer Personengesellschaft kann auch bei gleicher Betriebsstättengemeinde der Zuschlagssatz für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften differieren. Bei einer Betriebsstätte in einer Gemeinde mit hohem Zuschlagssatz und dem Wohnsitz der Personengesellschafter in einer Gemeinde mit niedrigem Zuschlagssatz ist im Prüfmodell zwischen Kapitalgesellschaft und Personengesellschaft eine Belastungsdifferenz von mehreren Prozentpunkten zu erwarten. Das Prüfmodell würde starke Anreize zur steueroptimierenden Rechtsformwahl setzen.

Bei den natürlichen Personen ohne gewerbliche Einkünfte ergeben sich bei einem Kommunalzuschlag von 17,65 v. H. in der Regel geringe Entlastungen, da sich die festzusetzende Einkommenssteuer im geltenden Recht nicht von der im Prüfmodell inkl. Kommunalzuschlag unterscheidet. Da die Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags jedoch sinkt (kein Solidaritätszuschlag auf den Kommunalzuschlag) ergeben sich hieraus geringe Entlastungen, die im Folgenden exemplarisch für den Grundtabellenfall dargestellt sind:

¹ („-“: Entlastung; „+“: Mehrbelastung)

zu versteuerndes Einkommen	ESt und SolZ im geltenden Recht	ESt, Kommunalzuschlag und SolZ im Prüfmodell	Belastungsveränderung
25 000 Euro	4 332 Euro	4 297 Euro	- 35 Euro
75 000 Euro	24 611 Euro	24 420 Euro	- 191 Euro
150 000 Euro	57 844 Euro	57 393 Euro	- 450 Euro

Familien mit Kindern werden im Prüfmodell grundsätzlich stärker entlastet, da der Kommunalzuschlag generell unter Berücksichtigung des Kinderfreibetrags ermittelt wird. Die Entlastungen sind im Folgenden exemplarisch für den Splittingfall mit einem Kind dargestellt:

zu versteuerndes Einkommen	ESt und SolZ im geltenden Recht	ESt, Kommunalzuschlag und SolZ im Prüfmodell	Belastungsveränderung
20 000 Euro	630 Euro	536 Euro	- 94 Euro
40 000 Euro	5 598 Euro	5 292 Euro	- 306 Euro
65 000 Euro	13 414 Euro	13 016 Euro	- 398 Euro
100 000 Euro	26 365 Euro	26 175 Euro	- 190 Euro
125 000 Euro	37 247 Euro	36 973 Euro	- 273 Euro
150 000 Euro	48 324 Euro	47 966 Euro	- 359 Euro

Die Belastungsveränderungen bei Einkommensteuerpflichtigen ohne gewerbliche Einkünfte hängen von der Höhe des Kommunalzuschlags ab, bei Annahme eines im Vergleich zu 17,65 v. H. höheren oder geringeren Kommunalzuschlags ergeben sich für den Grundtabellenfall unter Berücksichtigung einer Schwankungsbreite der Zuschlagsätze um vier Prozentpunkte nach oben und unten folgende Belastungsveränderungen:

zu versteuerndes Einkommen	Belastungsveränderung bei Zuschlagsatz 17,65 v. H.	Belastungsveränderung bei Zuschlagsatz 13,65 v. H.	Belastungsveränderung bei Zuschlagsatz 21,65 v. H.
25 000 Euro	- 35 Euro	- 175 Euro	104 Euro
75 000 Euro	- 191 Euro	- 984 Euro	602 Euro
150 000 Euro	- 450 Euro	- 2 315 Euro	1 414 Euro

Zu Buchstabe b:

Die zu zahlende Einkommensteuer eines jeden Bürgers ergibt sich grundsätzlich durch Anwendung des Einkommensteuertarifs auf das zu versteuernde Einkommen als Bemessungsgrundlage. Da das Prüfmodell eine Änderung der Bemessungsgrundlage, also des zu versteuernden Einkommens nicht vorsieht, geht mit Anwendung des Prüfmodells eine Erweiterung des Steuerpflichtigenkreises nicht einher.

Die Auswirkungen des Prüfmodells auf die Steuerpflichtigengruppen für das Jahr 2009 ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle - Stand: 15. Juni 2010 - (Auszug aus dem Zwischenbericht des Arbeitskreises „Quantifizierung“ für die Sitzung der Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ am 17. Juni 2010)

Auswirkungen des Prüfmodells auf Steuerpflichtigengruppen
Belastungen (+)/ Entlastungen (-)
- Beträge in Mrd. Euro -

2009	
1. Kapitalgesellschaften	
- Abschaffung Gewerbsteuer	- 19,29
- Erhöhung Körperschaftsteuer	+ 13,94
- Kommunalzuschlag auf Körperschaftsteuer	+ 4,83

- Auswirkungen Kapitalertragsteuer ²	- 0,20
Auswirkungen für Kapitalgesellschaften insgesamt	- 0,72
2. Personenunternehmen	
- Abschaffung Gewerbesteuer	- 12,18
- Wegfall der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer	+ 11,66
Auswirkungen für Personenunternehmen insgesamt	- 0,52
3. Übrige Steuerpflichtige	
	- 4,21
Gesamtbelastung des Prüfmodells	- 5,45

Zu 6:

Zu Buchstabe a:

Die Notwendigkeit der Reform der Grundsteuer ist von Bund und Ländern unbestritten. Die Schaffung zeitgemäßer Bemessungsgrundlagen für Zwecke der Grundsteuer ist das Hauptanliegen der Reform.

Die Finanzministerkonferenz hatte daher am 28. Januar 2010 eine länderoffene Arbeitsgruppe unter Federführung von Nordrhein-Westfalen beauftragt, die vorliegenden Reformmodelle ergebnisoffen zu prüfen, zu bewerten und Vorschläge für das weitere Verfahren vorzulegen. Die Finanzministerkonferenz hat am 27. Januar 2011 den Bericht zur Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppe nunmehr beauftragt, für jedes Reformmodell eine Verprobung unter Einbindung der Kommunalen Spitzenverbände und des Statistischen Bundesamtes durchzuführen sowie anfallende Bürokratie- und Verwaltungskosten zu ermitteln und die Ergebnisse der Finanzministerkonferenz bis Ende 2011 vorzulegen. Eine Entscheidung über ein Reformmodell ist somit noch nicht gefallen.

Der maßgebliche Unterschied zwischen den vorliegenden Reformmodellen besteht darin, dass das wertunabhängige Pauschalwert-Modell (Modell der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen) eine gesonderte, von den sonstigen steuerlichen Betrachtungen völlig losgelöste eigene Bemessungsgrundlage anstrebt. Dies gilt auch für das von Thüringen vorgestellte gebäudewertunabhängige Kombinationsmodell, das in Abwandlung des Modells BY-BW-HE für den Grund und Boden zwar Bodenrichtwerte berücksichtigen soll, für Gebäude aber ebenfalls einen wertunabhängigen Ansatz vorsieht. Dagegen orientiert sich das Verkehrswertmodell der Länder Berlin, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Brandenburg am Bewertungsgrundsatz des § 9 Bewertungsgesetz, dem gemeinen Wert, und hat das Ziel, eine über die verschiedenen Steuerarten hinweg einheitliche Bemessungsgrundlage zu schaffen. Diese Einheitlichkeit der Bewertung in der Steuerrechtsordnung vermeidet eine weitere Zersplitterung des Steuerrechts und ermöglicht maximale Synergie-Effekte bis hin zur Verwendung im Banken- und Versicherungswesen

Alle Modelle setzen angesichts der hohen Zahl der zu bewertenden Objekte auf eine weitgehende EDV-Unterstützung (Kataster, Geoinformation etc.), die zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung und damit Kostenreduzierung führen wird.

Das Bundesverfassungsgericht verlangt mit zunehmender Deutlichkeit eine an dem Gebot der Folgerichtigkeit ausgerichtete gleichheitsgerechte Gestaltung der Bemessungsgrundlage, die die Werte der zu steuernden Güter in ihrer Relation realitätsgerecht abbildet. Als Richtschnur wird hierzu immer der Verkehrswert bzw. der gemeine Wert herangezogen. Der Gesetzgeber ist also gehalten, Bemessungsgrundlagen zu entwickeln, die dem Verkehrswert nahe kommen.

² Die Auswirkungen auf den Solidaritätszuschlag und auf die Abgeltungsteuer sind ebenfalls enthalten.

Der Bundesfinanzhof hat mit seinen Urteilen vom 30. Juni 2010 (II R 60/08 und II R 12/09) erneut hervorgehoben, dass der allgemeine Gleichheitssatz des Grundgesetzes die Ausrichtung der Steuerlast an den Prinzipien der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Folgerichtigkeit erfordert. Die Leistungsfähigkeit des Steuerobjekts wird durch das Verkehrswertmodell sachgerecht berücksichtigt. Zudem wird das Prinzip der Folgerichtigkeit beachtet, da durch verkehrswertnahe Werte wertvolle und weniger wertvolle Grundstücke in ihrer Relation realitätsgerecht besteuert werden.

Ob die allein auf physikalische Daten und Pauschalwerte setzenden „wertunabhängigen“ Grundsteuermodelle mit dieser Rechtsprechung vereinbar sind, wird in Literatur und Praxis in Frage gestellt. Dieser Ansatz wird daher Gegenstand einer sorgfältigen rechtlichen Prüfung sein müssen, um jede Gefährdung des Bestandes der Grundsteuer ausschließen zu können.

Zu Buchstabe b:

Angesichts der mittlerweile seit über 20 Jahren aktenkundigen verfassungsrechtlichen Mängel der bisherigen Regelung muss für eine Neuordnung jedes verfassungsrechtliche Risiko ausgeschlossen sein. Hierzu wird auf die Ausführungen zu Buchstabe a) verwiesen.

Zu Buchstabe c:

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder sowie die Landesregierung halten die Grundsteuer für einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Finanzbedarfs der Gemeinden für deren Aufgabenerfüllung bei der örtlichen Daseinsvorsorge. Mit der Reform der Grundsteuer wird eine Veränderung des Grundsteueraufkommens nicht verfolgt.

Zu 7:

Auch künftig wird die Landesregierung an der bewährten Verteilung des Feuerschutzsteueraufkommens zwischen den Kommunen und dem Land festhalten. Mit der Änderung des § 25 NBrandSchG durch das Haushaltsbegleitgesetz 2001 wird sichergestellt, dass den Kommunen auch künftig die Verteilungsquote von 75 v. H. prinzipiell erhalten bleibt. Lediglich die Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer, die über den Betrag von 32 Mio. Euro hinausgehen, werden zur Finanzierung des Bildungs- und Trainingszentrum für die niedersächsischen Feuerwehren in Celle-Scheuen eingesetzt. Steigen die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer auf mehr als 36 Mio. Euro, erhalten die Kommunen von der diesen Betrag übersteigenden Summe wiederum ihren Anteil von 75 v. H. Auch bei der neu geregelten Verteilung der Mittel werden die Kommunen damit auf jeden Fall mindestens die Summe erhalten, die sie zwischen 2005 und 2009 erhalten haben, nämlich 24 Mio. Euro. Eine grundsätzliche Abkehr von der Verteilungsquote 75/25 ist nicht vorgesehen. Im Übrigen wird auf Artikel 7 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 verwiesen (GVBl. 32/2010, S. 632).

Zu 8:

Zu den Buchstaben a und b:

Im Landtag wurde bereits mehrfach dargestellt, dass die wertende Betrachtung der Überschüsse bzw. Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände, wie sie in den letzten Jahren immer üblich war, aufgrund des Fortschritts bei der Umstellung der Kommunalhaushalte von der Kameralistik auf das neue doppische Haushalts- und Rechnungswesen in der Übergangsphase nicht mehr vorgenommen werden kann. Da es in dieser Übergangsphase sowohl doppisch als auch kameral buchende Körperschaften gibt, ist die stimmige und untereinander vergleichbare Darstellung eines Haushaltsausgleichs für alle Kommunen nicht möglich (siehe auch Plenarprotokoll 16/46, S. 5785, und Drs. 16/1929).

Eine ähnliche Problematik ergibt sich auch für die Frage nach einem allgemeinen Haushaltsdefizit. Zur Beantwortung der Frage wird daher das strukturelle Haushaltsdefizit, das sich bei kameral buchenden kommunalen Körperschaften ausschließlich aus der Differenz der Einnahmen und Ausgaben bzw. bei doppisch buchenden Körperschaften aus ordentlichen und außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen des Haushaltsjahres 2010 ergibt, betrachtet. Mit dem Haushaltsdefizit wird jedoch keine Aussage über die Frage, ob ein Haushalt abschließend im haushaltsrechtlichen Sinne als ausgeglichen zu bewerten ist, getroffen.

Bei den in der Anfrage gewünschten Zahlen zu Haushaltsdefiziten des Jahres 2010 kann es sich lediglich um Angaben aus der Haushaltsplanung handeln. Aufgrund der geringen Aussagekraft dieser Zahlen liegen diese nicht in Form einer amtlichen Statistik vor, sondern mussten bei den aufsichtführenden Stellen abgefragt werden. Zur Beantwortung der Frage 8 b im sind deshalb alle Landkreise und die Region Hannover als untere Kommunalaufsichtsbehörden um entsprechende Auskünfte zu ihren kreis- bzw. regionsangehörigen Kommunen gebeten worden. Entsprechend der Anfrage wurde lediglich die Höhe der Haushaltsdefizite und nicht die der -überschüsse abgefragt. Insofern handelt es sich bei der ausgewiesenen Zahl lediglich um die Summe der Haushaltsdefizite ohne Haushaltsüberschüsse.

Aktuelle Stände von Kassenkrediten und Schulden liegen derzeit nur bis zum 30. September 2010 vor.

Die Entwicklung der Schulden von Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Summe der Haushaltsdefizite 2010 sind der **Anlage 1 a** zu entnehmen.

Zu Buchstabe c:

Die Landesregierung hat sich in ihren Berichten zur Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen regelmäßig besorgt über die Entwicklung des Zuschussbedarfs beim Anteil der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben gezeigt. Zuletzt 2010 hat sie daher festgestellt:

„Trotz eines sprunghaften Anstiegs des absoluten Zuschussbedarfes bei den Aufgaben der pflichtigen Selbstverwaltung, blieb dieser Block relativ betrachtet stabil. Dennoch ist diese Entwicklung als besorgniserregend anzusehen, da der kontinuierlich und deutlich steigende absolute Zuschussbedarf darauf hinweist, dass für Aufgaben der pflichtigen Selbstverwaltung mehr und mehr Mittel der kommunalen Körperschaften verwendet werden müssen.“³

Sie kommt deshalb zu dem Fazit:

„Es ist kaum zu erwarten, dass sich ohne massive Aufgabenreduzierungen und Standardsenkungen der Betrag für die pflichtige Selbstverwaltung im Falle eines Rückgangs des Gesamtzuschussbedarfs erheblich reduzieren wird. Der relative Zuschussbedarf wird dann in diesem Bereich signifikant in die Höhe gehen.“⁴

In ihrer Schlussfolgerung zu diesem Abschnitt kommen die kommunalen Spitzenverbände, die ausschließlich die kommunale Finanzsituation betrachtet haben, aber aus nachvollziehbaren und interessengeleiteten Gründen naturgemäß zu einem anderen Ergebnis als die Landesregierung. Bei ihnen folgt aus der Bewertung die aus ihrer Sicht schlüssige Folgerung, dass das Land nach Artikel 58 NV den kommunalen Körperschaften mehr Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen muss. Im Gegensatz dazu muss die Landesregierung aber auch die Finanzsituation des Landes im Auge behalten. Sie tut dies, indem sie verschiedene Indikatoren zur Würdigung der Situation von Land und Kommunen heranzieht. Diese Maßstäbe, zu denen u. a. die Verteilungssymmetrie gehört, sind in mehreren Verfahren vor dem Staatsgerichtshof von diesem als geeignete und zulässige Kriterien für die Bemessung der den Kommunen vom Land zur Verfügung zu stellenden Finanzmasse beurteilt worden. Das Ergebnis der Bewertung der Landesregierung ist im Übrigen von der Verfassung gedeckt, Artikel 58 NV weist darauf hin, dass die vom Land den kommunalen Körperschaften zur Verfügung zu stellenden Mittel unter dem Vorbehalt der Leistungsfähigkeit des Landes stehen.

Zu Buchstabe d:

Entsprechende Statistiken können lediglich für öffentliche kommunale Betriebe erstellt werden. Ein Betrieb gilt als öffentlich, wenn die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. des Nennkapitals oder der Stimmrechte beteiligt ist. Die Einnahmen der niedersächsischen Kommunen aus Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen und Konzessionsabgaben sowie ge-

³ Niedersächsisches Finanzministerium: „Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen; Finanzstatus 2010“, S. 23

⁴ ebd.

zahlte Konzessionsabgaben der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen sind der **Anlage 1 b** zu entnehmen.

Zu Buchstabe e:

Wie bei der Beantwortung der Frage zu Buchstabe d erläutert, können entsprechende Statistiken lediglich für öffentliche kommunale Betriebe erstellt werden. Zur entsprechenden Definition wird auf die Antwort zu Buchstabe d verwiesen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die bei den privatisierten Einrichtungen aufgelaufenen Schulden ohne entsprechende Privatisierung direkt als kommunale Kreditbelastungen aufgelaufen wären und diese insofern reduzieren. Da nicht bekannt ist, um welche Einrichtungen es sich gehandelt hat, werden die Aufgabenbereiche ausgewiesen. Die Anzahl der neu entstandenen öffentlichen Unternehmen sowie deren Aufgabenbereiche sind der **Anlage 1 c**, die aufgelaufenen Schulden der **Anlage 1 d** zu entnehmen.

Zu Buchstabe f:

Die Landesregierung stimmt mit der Beurteilung der kommunalen Spitzenverbände überein, dass die Situation bei den kommunalen Liquiditätskrediten verbesserungsbedürftig ist. Wie in den Vorbemerkungen bereits ausgeführt, ist es bedauerlich, dass die vor der Finanz- und Wirtschaftskrise erstmalig erreichte Trendumkehr bei dieser bisher ausschließlich anwachsenden Verschuldung aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise keinen dauerhaften Bestand haben konnte. Allerdings wurde mit dem Zukunftsvertrag, ein Instrumentarium zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und damit auch ein Beitrag zur Entspannung der strukturellen Finanzprobleme einzelner Kommunen geschaffen. Nach derzeitigem Umsetzungsstand sind bereits knapp 100 Mio. Euro vertraglich gebunden. Die zurzeit geführten Gespräche lassen erwarten, dass mit diesem Instrumentarium ein ganz erheblicher Beitrag zur Entschuldung und nachhaltigen Steigerung der Leistungsfähigkeit einzelner Kommunen geleistet werden kann.

Sowohl vonseiten des Landes, aber auch von den kommunalen Körperschaften, werden weiterhin erhebliche Anstrengungen notwendig sein, eine nachhaltige Absenkung des Kassenkreditniveaus zu erreichen.

Zu 9:

Zu Buchstabe a:

Die Entwicklung der Kostenblöcke ist den **Anlagen 2 a bis f** zu entnehmen.

Zur Abgrenzung des Erhebungsbereichs der Anlagen 2 a bis f ist Folgendes anzumerken: Für die Statistik sind nur die unmittelbaren Aus- oder Einzahlungen nach der Finanzrechnung (ohne kalkulatorische Kosten, interne Leistungsverrechnungen und durchlaufende Gelder) zu melden. Maßgebend ist der Aufwand der jeweiligen Gebietskörperschaft, der direkt für Leistungen an den Letztempfänger erbracht wird, nicht der Nachweis der finanzmäßigen Belastung auf jeder föderalen Ebene (Bund, Land, Landkreis, kreisangehörige Gemeinde usw.). In der Kinder- und Jugendhilfestatistik werden daher Zuweisungen, Umlagen, Erstattungen und Darlehen der öffentlichen Haushalte untereinander (sogenannter Zahlungsverkehr) nicht erfasst. Die entsprechenden Beträge dürfen generell von der zahlenden Stelle nicht als Auszahlungen und von der empfangenden Stelle nicht als Einzahlungen zur Statistik gemeldet werden. Zur Statistik gemeldet werden die Mittel, die vom Zahlungsempfänger entweder direkt an den Letztempfänger für eigene Einrichtungen oder als Zuschüsse an freie Träger ausgezahlt werden.

Bei der Umstellung der kommunalen Haushalte von Kameralistik auf Doppik oder Produkt- und Kontengruppen kann es in den einzelnen Gemeindearten zu Verwerfungen kommen. Ebenso ist es den Kommunen nicht immer möglich, Kosten auf einzelne Hilfearten zu verteilen. Auch Personalkosten werden teilweise zusammengefasst über mehrere Hilfearten angegeben. Dies führt dazu, dass die verschiedenen Arten der Hilfen nicht immer „trennscharf“ den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen. Teile der Aufwendungen könnten unter Umständen auch unter anderen Posten beispielsweise unter sonstigen Ausgaben verbucht sein.

Für die Darstellung der Einzelposten bedeutet dies, je tiefer die Gebietsgliederung und die Untergliederung der Hilfearten, desto mehr Unschärfe könnte sich ergeben. Trends über die Jahre sind dennoch ersichtlich.

Zu den einzelnen Tabellen werden folgende Anmerkungen gegeben:

Hinsichtlich der in der Anlage 2 a dargestellten Ausgabenentwicklung der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) liegen dem Land spezifizierte Daten der einzelnen Landkreise für das Jahr 2005 nicht vor. Dies begründet sich mit der Einführung des SGB II zum 1. Januar 2005 und der damit verbundenen Umstellung der bisherigen Zahlungsläufe in der Übergangsphase. Für die Jahre 2006 bis 2009 sind die Daten in den Tabellen (Anlagen Kosten für Unterkunft und Heizung) dargestellt. Differenzierte Daten zu den Kosten der Unterkunft für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII liegen für den Zeitraum 2003 bis 2009 aufgrund der nach gesetzlichen Vorgaben erhobenen Statistiken nicht vor.

Die in der Anlage 2 b enthaltenen Kosten für die Kindertagesbetreuung und den Ausbau der U3-Betreuung ergeben sich aus einer Auswertung des LSKN zur Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe (Einzel- und Gruppenhilfe nach § 22, 22 a, 23, 25 SGB VIII sowie Tageseinrichtungen für Kinder).

Die Entwicklung der Kosten für Hilfe zur Erziehung (Anlage 2 c) in den einzelnen Landkreisen, in der Region Hannover und in den kreisfreien Städten ist in der Anlage zur Entwicklung der Ausgaben Einzel- und Gruppenhilfen nach den §§ 27 bis 35 Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) aufgeführt. Die Ausgaben und Einnahmen für Einrichtungen lassen sich nicht darstellen, da sich die Angaben über erbrachte Aufwendungen hierfür nicht den spezifischen Paragraphen (§§ 27 bis 35) zuordnen lassen, sondern zusammengefasst mit anderen Hilfearten der Kinder- und Jugendhilfe erhoben werden.

In den Anlagen 2 b und 2 c sind die Daten für die Jahre 2003 bis 2008 dargestellt, das Jahr 2009 befindet sich aufgrund von Daten-Nachlieferungen noch in der Auswertung.

Bei den in den Tabellen der Anlage 2 d Eingliederungshilfe und der Anlage 2 f Hilfe zur Pflege abgebildeten Daten handelt es sich ausschließlich um Beträge, die der sachlichen Zuständigkeit der örtlichen Träger der Sozialhilfe zuzuordnen sind und im Rahmen der Abrechnung der Sozialhilfeaufwendungen im Quotalen System - siehe Antwort zu Frage 9. e) - erhoben wurden.

Zu Buchstabe b:

Kosten für Unterkunft und Heizung

Die Veränderungen bei den Kosten der Unterkunft im SGB II ergeben sich aus den Regelungen zur Bundesbeteiligung nach § 46 Abs. 7 SGB II. Sie sind bedingt durch die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und den Ausgaben für die Kosten der Unterkunft.

Kosten für Kindertagesbetreuung

Bei den Zahlenreihen der Landkreise und kreisfreien Städte lassen sich deutliche Ausgabensteigerungen in den Jahren 2007 und 2008 feststellen, was der gestiegenen Bedeutung der frühkindlichen Bildung zuzurechnen ist.

Kosten für Hilfe zur Erziehung

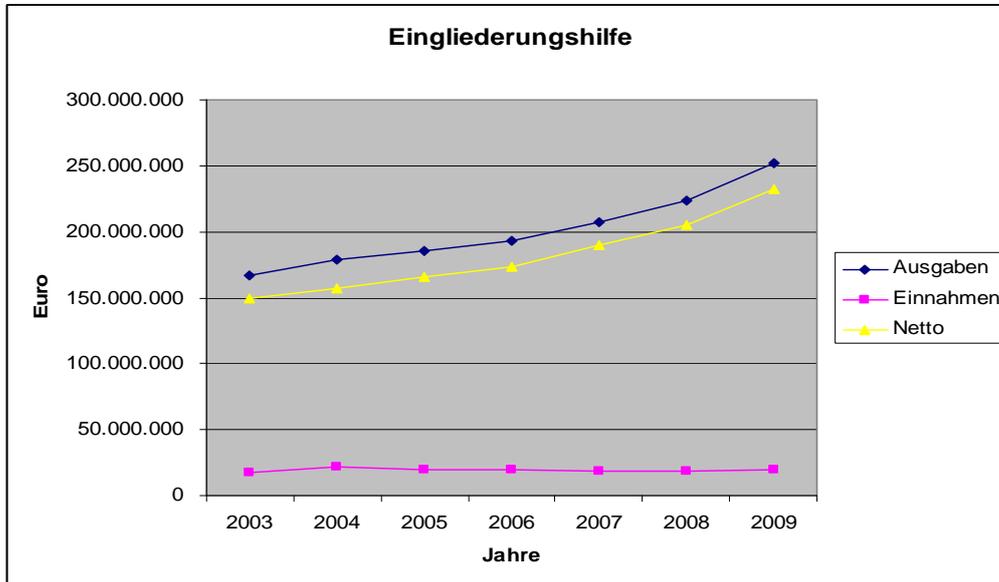
Die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen und hier speziell der Hilfen zur Erziehung ist von zahlreichen Einflüssen abhängig, z. B. den sich vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen oder der Erziehungsfähigkeit der Eltern.

Daneben kommt für die Bewertung auch eine positivere Wahrnehmung der Kinder- und Jugendhilfe in Betracht. So werden Leistungsangebote, insbesondere im ambulanten Bereich, häufig nicht mehr als Eingriff, sondern als Unterstützung empfunden und daher vermehrt nachgefragt.

Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen sowie die Nettogesamtausgaben für alle örtlichen Träger der Sozialhilfe in Niedersachsen für die Leistung *Eingliederungshilfe* nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in den Jahren 2003 und 2004 bzw. nach dem 6. Kapitel Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in den Jahren 2005 bis 2009 auf.

Der stetige Anstieg der Ausgaben ist in erster Linie in der Zunahme der Zahl der Leistungsberechtigten begründet.



Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die bedarfsabhängige Leistung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist durch das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erstmals zum 1. Januar 2003 eingeführt und zum 1. Januar 2005 in das SGB XII überführt worden. Die Ausgabenentwicklung in den Jahren 2003 auf 2004 und 2004 auf 2005 ist u. a. dem Umstand geschuldet, dass es in der Anfangszeit teilweise zu einem Rückstand hinsichtlich der Antragsbearbeitung gekommen ist.

Der sich in geringerem Umfang von 2005 bis 2009 kontinuierlich fortsetzende Anstieg der Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Die Anzahl der Menschen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, steigt stetig an und damit auch die Anzahl der potenziell leistungsberechtigten Personen. Während zum Stichtag 31. Dezember 2003 in Niedersachsen 1 458 681 Personen 65 Jahre und älter waren, stieg die Anzahl der Personen über 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2009 um fast 200 000 Personen oder ca. 13,3 v. H. auf 1 652 726 Personen.

Es wird außerdem davon ausgegangen, dass der Ausgabenanstieg auf eine zahlenmäßige Zunahme der Personen, die in der Erwerbsphase Risikofaktoren, wie z. B.:

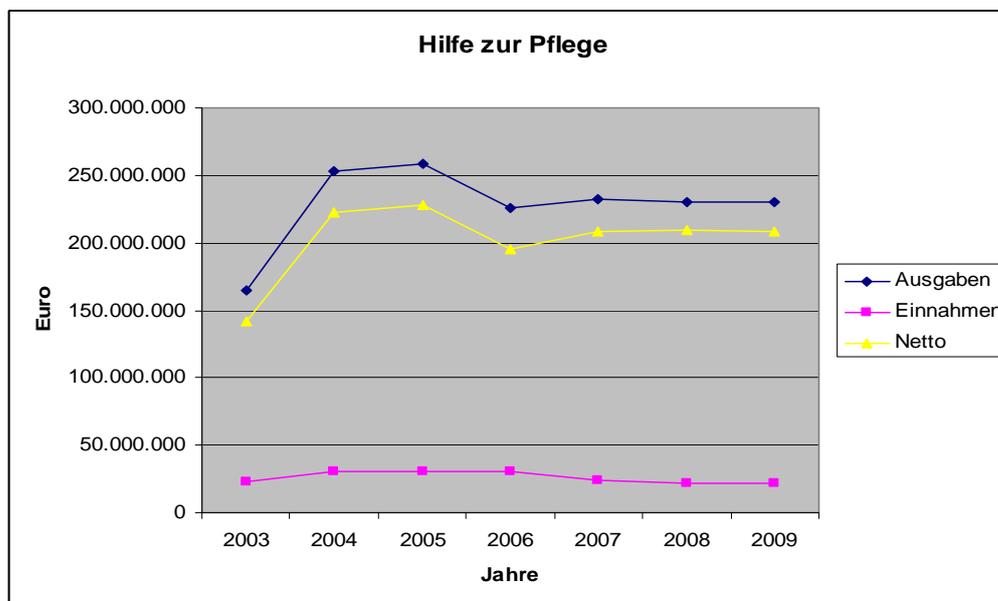
- selbstständige Tätigkeit mit geringem Einkommen und ohne obligatorische Alterssicherung,
- Beschäftigung im Niedriglohnsektor,
- unterbrochene Erwerbsbiografien und Langzeitarbeitslosigkeit,

ausgesetzt waren und deshalb keine ausreichende Altersvorsorge betreiben konnten, zurückzuführen ist.

Darüber hinaus führt auch die steigende Zahl der 18- bis 64-jährigen Personen, die Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung erhalten, zu einem Ausgabenanstieg. Im Jahr 2003 weist die Statistik für diesen Personenkreis 19 840 leistungsberechtigte Personen aus; im Jahr 2009 sind es bereits 41 721 Personen.

Kosten der Hilfe zur Pflege im SGB XII

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen sowie die Nettogesamtausgaben für alle örtlichen Träger der Sozialhilfe in Niedersachsen für die Leistung *Hilfe zur Pflege* nach dem BSHG in den Jahren 2003 und 2004 bzw. nach dem 7. Kapitel SGB XII in den Jahren 2005 bis 2009 auf.

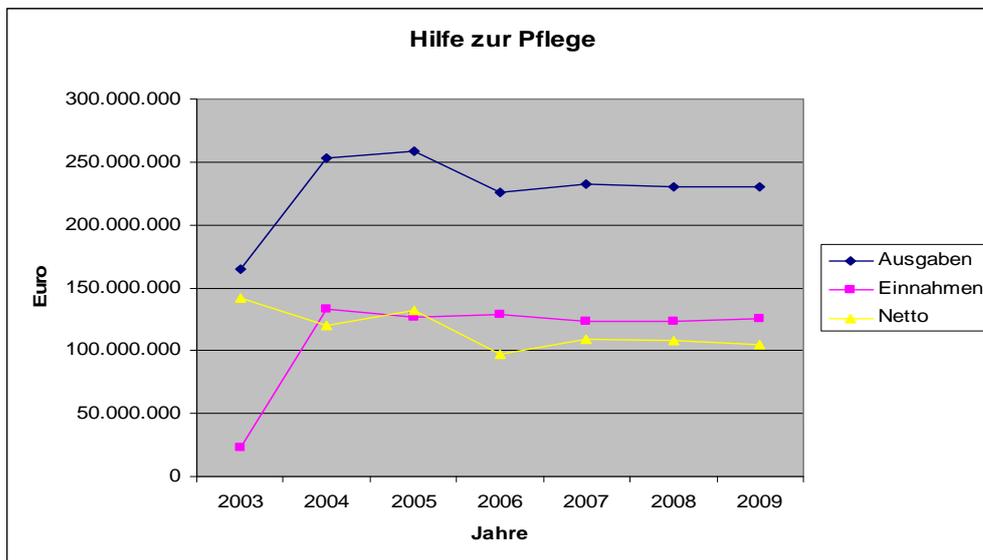


Bis zum 31. Dezember 2003 erhielten Träger von vollstationären Einrichtungen der Dauerpflege bewohnerbezogene Zuschüsse im Rahmen der damals geltenden §§ 12 und 13 des Gesetzes zur Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen nach dem Elften Buch des Sozialgesetzbuchs (Niedersächsisches Pflegegesetz - NPflegeG). Die Kosten dafür trug das Land Niedersachsen. Ziel war es, die Versorgung mit Pflegeeinrichtungen zu fördern und zu verbessern.

Die §§ 12 und 13 NPflegeG wurden mit Wirkung vom 1. April 2004 aufgehoben. Die Förderung von Investitionsaufwendungen von Pflegeeinrichtungen wurde geändert. Ziel war jetzt, die häusliche Versorgung pflegebedürftiger Menschen (nicht mehr die stationäre Versorgung) in Niedersachsen vorrangig zu fördern. Dazu sollen ab 1. Januar 2004 pflegebedürftige Menschen, die auf die Inanspruchnahme von Pflegediensten, von Tages-/Nachtpflege oder von Kurzzeitpflege angewiesen sind, nicht mit den Investitionsaufwendungen dieser Einrichtungen finanziell belastet werden. Investitionsaufwendungen in stationären Pflegeeinrichtungen, die bislang Gegenstand der Förderung waren, wurden ab 2004 im Rahmen der §§ 93 ff. BSHG als Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe übernommen und haben den Rechtscharakter einer Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen erhalten. Durch die Novellierung des NPflegeG kam es zu einer finanziellen Mehrbelastung der örtlichen Träger der Sozialhilfe ab 2004 im Bereich der Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen. Mit einer Übergangsbestimmung (§ 23 Abs. 1, danach § 18 Abs. 1 NPflegeG, jetzt § 14 a Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des SGB XII [Nds. AG SGB XII]) wurde für die örtlichen Träger der Sozialhilfe ab dem Jahr 2004 ein finanzieller Ausgleich in Höhe von jährlich anfänglich 102 Mio. Euro (2009 = 103,3 Mio. Euro) für die Mehrbelastungen geschaffen.

Die Finanzierung der Ausgleichszahlung wird im Quotalen System berücksichtigt; allerdings erfolgt die Darstellung des finanziellen Ausgleichs außerhalb der Darstellung der Einnahmen für das 7. Kapitel SGB XII. Die Ausgleichszahlung nach § 14 a Nds. AG SGB XII bleibt bei der Ermittlung der Einnahmen für das 7. Kapitel SGB XII unberücksichtigt wie auch die Bundesbeteiligung nach § 46a SGB XII/§ 12 Abs. 4 Nds. AG SGB XII bei den Einnahmen nach dem 4. Kapitel SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) unberücksichtigt bleibt.

Durch die nachfolgende Darstellung wird ergänzend sichtbar gemacht, wie sich die Berücksichtigung der Ausgleichsleistung des Landes nach § 23 Abs. 1/§ 18 Abs. 1 NPflegeG bzw. § 14 a Nds. AG SGB XI als Einnahme bei den Leistungen nach dem 7. Kapitel seit dem Jahr 2004 auswirkt.



Von einer Änderung der Darstellung im Quotalen System wird - auch in Anlehnung an die Sozialhilfestatistik des LSKN - abgesehen, da es sich auch bei der Ausgleichszahlung nach § 14 a Nds. AG SGB XII um Einnahmen außerhalb des 11. Kapitels SGB XII (Einsatz des Einkommens und Vermögens) handelt, die - wie die Einnahmen nach § 46 a SGB XII/§ 14 a Nds. AG SGB XII - weiterhin gesondert erfasst werden.

Auffallend ist, dass sich die Nettoausgaben für alle Leistungen nach dem 7. Kapitel SGB XII im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um ca. 32 Mio. Euro verringert haben. Anhand der Abrechnungsdaten im Quotalen System konnte festgestellt werden, dass die auffällige Ausgabenminderung im Bereich der stationären Pflege zu finden ist. Gründe für diese erhebliche Minderung der Ausgaben sind nicht bekannt.

Seit 2007 lassen sich bei den Leistungen *Hilfe zur Pflege* keine nennenswerten Schwankungen mehr feststellen.

Zu Buchstabe c:

Kosten für Unterkunft und Heizung

Bei den Kosten der Unterkunft im SGB II handelt es sich um ein fein justiertes System der Finanzströme zwischen Bund und Kommunen. Das Land Niedersachsen hat sich stets dafür eingesetzt, dass die gesetzlich garantierte Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro jährlich gemäß § 46 Abs. 5 SGB II erreicht und nach § 46 Abs. 7 SGB II unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung und nicht entsprechend der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften berechnet wird.

Kosten für Kindertagesbetreuung

Durch den Ausbau der U3-Betreuung, die Aufwendungen hierfür werden im Jahr 2008 für den sehr deutlichen Ausgabenanstieg verantwortlich sein, werden auch in Zukunft die Ausgaben für die frühkindliche Betreuung weiter steigen. Entsprechend der Vereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände vom 21. Oktober 2008 beteiligt sich das Land an den Ausbau- und Betriebskosten für die Kindertagesbetreuung der unter Dreijährigen bis zum Jahr 2013 mit mehr als 462 Mio. Euro.

Kosten für Hilfe zur Erziehung

Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen gemäß § 27 SGB VIII einen Anspruch auf Hilfe, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung verdeutlicht deren gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der Hilfe zur Pflege im SGB XII

Aus den im Rahmen der Abrechnung des Quotalen Systems erhobenen Daten ergibt sich, dass die Nettogesamtausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe seit dem Jahr 2007 mit wechselnder Tendenz ansteigen und im Bereich der Hilfe zur Pflege seit dem Jahr 2007 etwa 208 Mio. Euro jährlich betragen.

Bereits in der Vergangenheit erstellte Auswertungen zu Steigerungsraten der Ausgabekosten im Quotalen System haben gezeigt, dass in aller Regel keine Kontinuität in den Ausgaben zu verzeichnen ist. Hohen Steigerungsraten folgte in aller Regel ein Absinken der Steigerungsraten in den Folgejahren. Gleiches lässt sich auch für den umgekehrten Fall feststellen. Grund hierfür sind erfahrungsgemäß häufig abrechnungstechnische Vorgänge, auf die kein Einfluss genommen werden kann.

Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Ausgabenentwicklung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird maßgeblich dadurch geprägt, inwieweit es jedem Einzelnen gelingt, während der Erwerbsphase ausreichende Ansprüche zu erwerben oder Vermögen aufzubauen, um nach Erreichen der Rentenaltersgrenze (zurzeit 65 Jahre) über ausreichende finanzielle Mittel zu verfügen, die sie bzw. ihn unabhängig von der bedürftigkeitsabhängigen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung machen. Beeinflusst wird dies durch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wie z. B. die Anzahl der Beschäftigten im Niedriglohsektor oder unterbrochene Erwerbsbiografien und Langzeitarbeitslosigkeit (s. Risikofaktoren unter Frage 9 b). Deshalb wird vorrangig das Ziel verfolgt, Voraussetzungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, durch Erwerbstätigkeit eine ausreichende Alterssicherung aufzubauen.

Zu Buchstabe d:

Die kommunalen Spitzenverbände bemerken im Zusammenhang mit den Kosten für Unterkunft und Heizung: „Ausdrücklich unterstützen wir das Bestreben der Niedersächsischen Landesregierung, dass die Bundesbeteiligung künftig nicht mehr nach der bisher in § 46 Abs. 7 SGB II niedergelegten Formel bestimmt, sondern so bestimmt werde, dass die garantierte Entlastung in jedem Jahr erreicht werde. Nur so besteht die Möglichkeit, dass durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine tatsächliche Entlastung bei den kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt erreicht werden kann.“ Die Niedersächsische Landesregierung sieht hier ein gelungenes kooperatives Vorgehen.

Die Landesregierung hat sich auf Bundesebene für eine Kompensation des - durch die Einführung der Leistung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bedingten - Ausgabenanstiegs bei den Kommunen eingesetzt. Im Ergebnis wurde dies durch die in § 46 a SGB XII normierte Bundesbeteiligung erreicht. Auf die Antwort zu der Frage 9 e) wird ergänzend hingewiesen.

Die kommunalen Spitzenverbände sind in ihren Bemerkungen nicht dezidiert auf die Hilfen zur Erziehung eingegangen. Der Vorwurf der Kommunen, das Land mische sich mit neuen Förderprogrammen in kommunale Kompetenzen ein und schaffe neue Standards im Wege der Anschubfinanzierung, bei denen es sich nach wenigen Jahren aus der Finanzierungsverantwortung herausziehe, trifft auf den Bereich der Hilfen zur Erziehung nicht zu. Es werden weder Förderprogramme noch Anschubfinanzierungen durch das Land initiiert.

Kosten für Kindertagesbetreuung

Den Bemerkungen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zur Aufgabenentwicklung im Sozialbereich und hier insbesondere im Bereich der Zuschussbeträge nach dem KJHG/SGB VIII auf den Seiten 16 und 17 des genannten Berichts kann tendenziell zugestimmt werden.

Das Land beteiligt sich an den Ausgaben für die Betreuung der über dreijährigen Kinder mit 20 v. H. und der unter dreijährigen Kinder mit 43 v. H. an den Personalkosten der Tageseinrichtungen. Verausgabt wurden in den Jahren 2007 166,2 Mio. Euro, 2008 173,1 Mio. Euro und 2009 285,2 Mio. Euro. Veranschlagt sind für 2010 329 Mio. Euro, für 2011 352 Mio. Euro und für 2012 377 Mio. Euro. Hierin sind die Kosten des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung mit 99 Mio. Euro jährlich und die Betriebskosten für die Betreuung der unter Dreijährigen für 2009 mit 43,1 Mio. Euro, 2010 mit 65,4 Mio. Euro und 2011 mit 89,9 Mio. Euro enthalten.

Für das Investitionsprogramm Kinderbetreuung für unter Dreijährige des Bundes und der Bundesländer sind im Landeshaushalt 2010 26,6 Mio. Euro, 2011 26 Mio. Euro und 2012 25,5 Mio. Euro für den Ausbau von Kindertageseinrichtungen sowie 2010 11,4 Mio. Euro, 2011 11,1 Mio. Euro und 2012 10,9 Mio. Euro für den Ausbau der Kindertagespflege veranschlagt. Bis zum Ende des Investitionsprogramms im Jahr 2013 sind insgesamt 225,8 Mio. Euro veranschlagt.

Zudem unterstützt das Land die Kommunen in der Sprachförderung im Elementarbereich. Im Landeshaushalt sind seit dem Jahr 2006 Ausgaben von jährlich 6 Mio. Euro veranschlagt. Mit der „Offensive kinder- und familienfreundliches Niedersachsen“ sind für besondere Fördermaßnahmen für Kinder im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung (Brückenjahr) zur Förderung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten mit den Grundschulen für 2010 3,1 Mio. Euro und für 2011 1,8 Mio. Euro in den Landeshaushalt eingestellt worden.

Mit dem Programm „Familien mit Zukunft“ werden die Kommunen in den Jahren 2007 bis 2010 auch durch Förderung von Strukturen, die Grundvoraussetzung für den weiteren Ausbau der Tagespflege sind, mit jährlich rund 20 Mio. Euro, d. h. insgesamt 80 Mio. Euro unterstützt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei der Qualifizierung von Tagespflegepersonen, der Einrichtung von Familien-Service-Büros und der Übernahme von bisher 20 v. H. der Kosten (2007 und 2008) für die Kindertagespflege selbst (entsprechend der Finanzhilfe des Landes für Kindertageseinrichtungen). Damit werden in Niedersachsen ab dem Jahr 2007 erstmalig auch die „Betriebskosten“ der Tagespflege finanziell gefördert. Zum 1. Januar 2009 ist diese auf eine Förderung pro geleistete Betreuungsstunde umgestellt worden. Entsprechend der Erklärung der Niedersächsischen Landesregierung und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen über die Umsetzung der Vereinbarungen des Krippengipfels am 2. April 2007 ist eine Beteiligung des Landes an den Betriebskosten für den Bereich der Kindertagespflege von 2009 bis 2013 in Höhe von rund 119 Mio. Euro vorgesehen.

Kosten für Schulen

Die Ausführungen auf den Seiten 13 bis 20 im genannten Bericht zur Aufgabenentwicklung im Bereich der Schulen sind sehr kurz und pauschal gehalten, sodass eine detaillierte Beurteilung - auch mangels weiteren validen Datenmaterials - nicht möglich ist.

Dem Charakter der öffentlichen Schulen in Niedersachsen als gemeinsame nichtrechtsfähige Anstalten der Schulträger und des Landes (§ 1 Abs. 3 Satz 2 NSchG) entspricht die Aufteilung der Kosten in den §§ 112 und 113 NSchG. Danach trägt das Land die persönlichen Kosten für die Lehrkräfte, die Schulassistentinnen und Schulassistenten, die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für das Betreuungspersonal. Die Schulträger tragen die sächlichen Kosten der öffentlichen Schulen sowie die persönlichen Kosten, die nicht das Land trägt. Das sind insbesondere die Kosten für Hausmeister und Schulsekretärinnen.

Eine Unterscheidung nach „originären Landesaufgaben“ und Aufgaben für den Schulträger lässt sich in der Praxis nicht trennscharf einhalten: Schulsekretärinnen leisten einerseits Hilfe bei Verwaltungsaufgaben, die von Lehrkräften zu erledigen sind, während andererseits Lehrkräfte sowie Schulleiterinnen und Schulleiter in hohem Maße auch Verwaltungsaufgaben und Kontakte für den Schulträger wahrnehmen.

Die schulrechtliche Kostenlastverteilung des Schulgesetzes folgt damit aus praktischen Gründen nicht einer Unterteilung nach Landesaufgaben und Schulträgeraufgaben. Die dadurch entstehenden Vermischungen werden in der Praxis im Zusammenwirken von Schulleitungen, Schulsekretärinnen und Schulträgern in der Regel sachgerecht gelöst und haben sich über alles gesehen bisher ausgeglichen.

Die Kostenverteilung hat sich trotz gelegentlicher Differenzen zwischen kommunalen Schulträgern und dem Land bisher bewährt. Schulsekretärinnen sind nach ihrem Arbeitsvertrag nach näherer Weisung der Schulleitung für die Erledigung des Verwaltungs- und des Schreibdienstes in allen Schulangelegenheiten zuständig. Die Aufgaben der Schulleitung und der Schulsekretärinnen sind eng miteinander verknüpft. Durch die Eigenverantwortlichkeit der Schulen und die damit verbundene partielle Änderung und Ausweitung der Schulleitungsaufgaben ändert sich dies grundsätzlich nicht.

Aufgabenverlagerungen und sonstige Veränderungen in der Struktur von Schule und Schulaufsicht berühren die grundsätzliche Kostenlastverteilung nicht, die auch bei sich ändernden realen Verhältnissen fortbesteht.

Zu Buchstabe e:

Kosten für Unterkunft und Heizung

Es ist nicht das Anliegen der Landesregierung, den Kommunen bei Ausübung ihrer im eigenen Wirkungskreis wahrzunehmenden Trägeraufgaben konkrete Maßnahmen vorzuschlagen. Die Niedersächsische Landesregierung wird sich hingegen im Dialog und in Kooperation mit den Kommunen als Leistungsträger im SGB II für eine dezentrale eigenverantwortliche Aufgabenerledigung einsetzen und die niedersächsischen Kommunen bei Neujustierungen der Finanzströme im SGB II unterstützen.

Kosten für Kindertagesbetreuung:

Auf die Antwort zur Frage 9 d wird verwiesen.

Kosten für Hilfe zur Erziehung

Die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe werden von den Kommunen als Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung im eigenen Wirkungskreis wahrgenommen.

Mit dem Projekt „Einführung der Integrierten Berichterstattung in Niedersachsen (IBN)“ und der Landesjugendhilfeplanung unterstützt das Land die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Das Projekt IBN zielt mittels der Definition einheitlicher Ziele und Kennzahlen auf die Erhöhung der Steuerungsfähigkeit der Kommunen in der Kinder- und Jugendhilfe. Der Bereich Hilfen zur Erziehung wurde als erster Leistungsbereich untersucht. Die ersten Ergebnisse der ausgewerteten Projektberichte haben ergeben, dass die Inanspruchnahme von kostenintensiven stationären Erziehungshilfen mit der sozialen Lage und dem Bildungsstand der Bevölkerung korreliert, während die Inanspruchnahme der übrigen Jugendhilfeleistungen von anderen Faktoren gesteuert wird, beispielsweise von der Zugangsschwelle und der Verfügbarkeit der Angebote.

Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Kosten der Hilfe zur Pflege im SGB XII
(Quotales System in der Sozialhilfe)

Zum 1. Januar 2001 wurde in Niedersachsen das Quotale System in der Sozialhilfe eingeführt. Es handelt sich dabei um einen die Sozialhilfeausgaben betreffenden Finanzierungsmechanismus, der - bei unveränderten Zuständigkeiten - so ausgestaltet ist, dass sich das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe sowie die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Region Hannover als örtliche Träger der Sozialhilfe mit einem bestimmten Prozentsatz gegenseitig an den Ausgaben des jeweils anderen beteiligen. Bis zur Einführung des Quotalen Systems wurde in Niedersachsen durch die sogenannte namenlose Sammelabrechnung der Aufwand der örtlichen Träger für die im Wege der Heranziehung wahrgenommenen Aufgaben des Landes in der Sozialhilfe nach dem seinerzeit geltenden BSHG als überörtlicher Träger „spitz“ erstattet. Es bestand somit eine Trennung

zwischen Handlungsverantwortung (für das Land durch die herangezogenen Kommunen) und Finanzverantwortung. Dies betraf insbesondere den Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen in teilstationären und vollstationären Einrichtungen bis zum 60. Lebensjahr.

Angesichts der überwiegend positiven Erfahrungen, die mit der durch das Quotale System eingeführten gemeinsamen Finanzverantwortung des Landes als überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der örtlichen Träger der Sozialhilfe gemacht worden waren, hat der Niedersächsische Landtag mit der Verabschiedung des Nds. AG SGB XII im Dezember 2004 mit Wirkung ab dem 1. Januar 2005 entschieden, das Quotale System für die Leistungen nach dem SGB XII auch nach der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Bundesebene (sogenannte Hartz-IV-Gesetze) fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Das Quotale System bedeutet unter finanziellen Gesichtspunkten im Wesentlichen, dass die Aufwendungen für Leistungen nach dem SGB XII in der Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in Niedersachsen und die Aufwendungen in der Zuständigkeit der örtlichen Träger der Sozialhilfe als Gesamtaufwand rechnerisch „zusammengelegt“ werden und sich die Frage, welche Anteile an dem Gesamtaufwand jeweils zu tragen sind, nach einem im Verordnungswege festgelegten Schlüssel (der Quote) bemisst. Dabei wird keine landesweit einheitliche Quote festgelegt, sondern die örtlichen Träger sogenannten Quotenklassen (individuelle Quoten) zugeordnet.

Das Quotale System verfolgt darüber hinaus das Ziel, über eine Kooperation zwischen den kommunalen Körperschaften und dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe neue Wege zur Fortentwicklung der Leistungen der Sozialhilfe zu schaffen.

Kennzahlenvergleich

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (MS) und den Kommunalen Spitzenverbänden im Juni 2007 wurde der Bedarf einer stärkeren Steuerung in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erörtert. Festgestellt wurde, dass es trotz des damit verbundenen Aufwandes geboten ist, durch die Einrichtung eines landesweiten Kennzahlenvergleichs und die dadurch zu erzielende Transparenz Effizienzreserven zu lokalisieren. Dadurch gilt es zu ermöglichen, die anhaltende Zunahme der Ausgaben in der Eingliederungshilfe zu beobachten und auf diese Weise inhaltliche und fiskalische Steuerungsmöglichkeiten zu erkennen.

Nachdem im Januar 2008 ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt wurde, konnte unter Federführung des MS ein Kennzahlenvergleich aufgebaut werden, an dem bislang 26 Landkreise und Städte aktiv und zwei Kommunen mit Gaststatus mitarbeiten. Darüber hinaus sind ab 1. Januar 2011 die Landkreise Hildesheim und Oldenburg als neue Modellversuchskommunen hinzugekommen.

Die Kommunalen Spitzenverbände tragen den Kennzahlenvergleich ausdrücklich mit und haben Ihre Mitglieder in einem Rundschreiben dazu aufgefordert, sich zu beteiligen.

Im Oktober 2009 haben die Teilnehmer entschieden, zur technischen Unterstützung des Kennzahlenvergleichs eine web-basierte IT-Lösung zu nutzen, um dezentral in den beteiligten Städten und Landkreisen die Daten direkt zu erfassen und tabellarische sowie graphische Auswertungen aufzurufen. Die Startfinanzierung hatte seinerzeit MS übernommen (das bis dato die Datenverarbeitung vorgenommen hatte), die laufenden Teilnehmerkosten werden von den Städten und Landkreisen getragen.

Nachdem die Pilotphase beendet und eine Verständigung über eine IT-Lösung hergestellt ist, wird es zukünftig darum gehen, den Kennzahlenvergleich im Arbeitsalltag der Teilnehmer zu installieren, um fortlaufende, vollständige Daten zu gewinnen. Dabei wird es die gemeinsame Aufgabe von MS und Kommunen bleiben, die Daten zu plausibilisieren und auszuwerten.

Erst wenn die beiden ersten „Regeljahre“ eingegeben und ausgewertet sind, können verbindliche und überregionale Schlüsse aus den Kennzahlen gezogen werden. Gleichwohl können einzelne Kommunen schon jetzt konkrete Erkenntnisse aus ihrer Teilnahme am Kennzahlenvergleich gewinnen, weil sie ihre eigenen Ausgaben nun erstmalig mit den Ausgaben anderer Kommunen vergleichen und einordnen können.

Alle Teilnehmer am Kennzahlenvergleich erwarten, dass sich neue Erkenntnisse und damit Steuerungsmöglichkeiten ergeben, sobald der Kennzahlenvergleich vollständig installiert ist und die ersten Vergleichsjahre zur Verfügung stehen.

Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Um die Ausgaben auszugleichen, die den Trägern der Sozialhilfe durch die Nichtanwendung des § 36 Satz 1 SGB XII (Vermutung der Bedarfsdeckung) sowie durch die Nichtberücksichtigung von Unterhaltsansprüchen (§ 43 Abs. 2 SGB XII) bei der Gewährung von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entstehen, beteiligt sich der Bund zweckgebunden hieran (§ 46 a SGB XII). Im Jahr 2010 beträgt der Bundesanteil 14 v. H. der Nettoausgaben des Vorjahres. Der Bundesanteil steigt im Jahr 2011 auf 15 v. H. und ab dem Jahr 2012 auf 16 v. H. an. In Niedersachsen wird diese Bundesbeteiligung zur Entlastung der Kommunen gemäß § 12 Abs. 4 Nds. AG SGB XII vollständig an diese weitergegeben. Im Haushaltsjahr 2010 beträgt der auf Niedersachsen entfallende Anteil der Bundesbeteiligung ca. 57,0 Mio. Euro (2009: ca. 49,9 Mio. Euro).

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind Bestandteil des Quotalen Systems. Insoweit gelten die vorstehenden allgemeinen Ausführungen zum Quotalen System entsprechend.

Zu 10:

Die Herstellung der Handlungsfähigkeit einer kommunalen Gebietskörperschaft ist im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zuerst Aufgabe der Kommune selbst. Sie wird dabei durch die Arbeit der Kommunalaufsicht unterstützt. Soweit eigene Maßnahmen nicht ausreichen, unterstützt die Landesregierung die Anstrengungen der Kommunen durch flankierende Maßnahmen; dazu gehören u. a. die Bedarfszuweisungen und der Zukunftsvertrag.

Zwischen der Landesregierung und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände ist im sogenannten Zukunftsvertrag u. a. vereinbart worden, dass zur Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kommunen mit besonders strukturellen Problemen ein gemeinsamer Entschuldungsfonds gebildet wird, dem ab dem Jahr 2012 ein Volumen von bis zu 70 Mio. Euro jährlich zur Verfügung steht. Liegen die Voraussetzungen des § 14 a des Niedersächsischen Finanzausgleichgesetzes vor, schließt die Landesregierung mit der betroffenen Kommune einen individuellen Vertrag, in dem die Schritte zur Haushaltskonsolidierung im Einzelnen festgelegt werden. Demnach kann durch die Entschuldungsverträge die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen grundsätzlich wiederhergestellt werden. Bei allen bisher abgeschlossenen Verträgen ist jeweils ein dauerhafter Haushaltsausgleich im Vertragszeitraum vereinbart worden. Mit einem dauerhaften Haushaltsausgleich ist die finanzielle Handlungsfähigkeit gegeben. Der Zukunftsvertrag ist jedoch ein freiwilliges Angebot, sodass die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit von dessen Inanspruchnahme durch die Kommunen abhängt.

Nach § 2 Satz 1 Nr. 1 NFAG werden jährlich 1,6 v. H. der Zuweisungsmasse für Bedarfszuweisungen bereitgestellt. Diese Mittel erhöhen sich um „ersparte Bedarfszuweisungen“, die entstehen, wenn eine Kommune anstelle von Bedarfszuweisungen Mittel aus dem Zukunftsvertrag erhält. Die Bewilligung von Bedarfszuweisungen erfolgt nach pflichtgemäßer Ermessensausübung und soll die Berücksichtigung atypischer Einzelfälle ermöglichen, die innerhalb des allgemeinen Finanzausgleichssystems nicht sachgerecht behandelt werden können.

Das kommunale Finanzausgleichssystem stellt insbesondere durch die Schlüsselzuweisungen die finanzielle Mindestausstattung und damit die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicher. Nur im Ausnahmefall kommen hier die Bedarfszuweisungen als ergänzendes Instrument in Betracht. Dies findet seinen Ausdruck auch in der Formulierung des § 13 NFAG, wonach eine Bedarfszuweisung wegen einer außergewöhnlichen Lage bewilligt werden kann.

Anders als in der Fragestellung suggeriert, sind die Bedarfszuweisungen daher nicht dazu angelegt, die finanzielle Handlungsfähigkeit aller niedersächsischen Kommunen wiederherzustellen. Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat dies in seinen Urteilen deutlich zum Ausdruck gebracht (StGH 6/99, Nds. MBl. 21/2001, S.457 ff. und 742; StGH2/05, Nds. MBl. 15/2008, S. 488 ff.). Er zeigt auf, dass in Extremsituationen durch die Bewilligung von Bedarfszuweisungen der Gewährleistung einer finanziellen Mindestausstattung Rechnung getragen werden kann, der Finanzaus-

gleich als solcher aber über andere Instrumente abgewickelt werde. Eine Extremsituation wäre dann zu unterstellen, wenn die Erfüllung freiwilliger Aufgaben beispielsweise durch das Fehlen einer freien Spitze unmöglich wäre.

Die Bedarfszuweisungen haben also die Aufgabe, die im Allgemeinen durch die Schlüsselzuweisungen sichergestellte Finanzgarantie zu Gunsten der Kommunen im Ausnahmefall zu gewährleisten, wenn trotz aller zumutbaren Eigenanstrengungen im Einzelfall ein Haushaltsausgleich auf längere Sicht nicht erreicht werden kann und damit das verfassungsrechtlich gewährleistete kommunale Selbstverwaltungsrecht leer zu laufen droht.

Eine Möglichkeit der nachhaltigen Entschuldung und dauerhaften Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit ist finanzschwachen Kommunen nunmehr über den Zukunftsvertrag eröffnet worden.

Zu 11:

Zu Buchstabe a:

Zu dem in der Fragestellung genannten Stichtag (31. Juli 2010) waren die aus dem Haushaltsansatz 2010 für Bedarfszuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der Haushaltsreste, bereits vollständig verplant bzw. teilweise schon an die begünstigten Kommunen ausgezahlt. Die Haushaltsstelle, aus der Bedarfszuweisungen geleistet werden, wies am 31. Juli 2010 einen Betrag in Höhe von 63 998 534,91 Euro aus. Dieser Betrag verringerte sich im Laufe des zweiten Halbjahres 2010 durch weitere Auszahlungen an die Kommunen deutlich und betrug am 31. Dezember 2010 noch 35 216 234,91 Euro. Die Auszahlung der in das Jahr 2011 zu übertragenden Mittel wird erfolgen, sobald der Konsolidierungswille der Antrag stellenden Kommunen über akzeptable Zielvereinbarungen hinreichend nachgewiesen ist.

Zu Buchstabe b:

Eine Zielvereinbarung im Rahmen des Bedarfszuweisungsverfahrens verpflichtet die Kommune, durch konkrete und nachhaltige Maßnahmen eine dauerhafte Entlastung ihres Verwaltungs- bzw. Ergebnishaushalts zu erreichen. Die Höhe der jährlichen Haushaltsentlastung soll im Regelfall der Höhe der Bedarfszuweisung entsprechen. Als Beispiel kann hier die Zielvereinbarung vom 17. November bzw. 3. Dezember 2009 mit einem Landkreis genannt werden. Die Höhe der Bedarfszuweisung belief sich auf 3 000 000 Euro. Im Gegenzug verpflichtete sich der Landkreis zu Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 3 093 800 Euro pro Jahr. Es wurde vereinbart, dieses Ziel insbesondere durch eine Hebung der Kreisumlage, den Abbau von Personalstellen, die Aufgabe von nicht mehr benötigten Immobilien, Optimierung von wirtschaftlichen Betätigungen und Einsparungen im Rahmen von Interkommunaler Zusammenarbeit anzugehen.

Die Voraussetzungen für eine Entschuldungshilfe nach dem Zukunftsvertrag sind strenger und fordern in der Regel die Sicherstellung eines dauerhaften Haushaltsausgleichs. In den Verträgen nach dem Zukunftsvertrag werden im wesentlichen konkrete Konsolidierungsziele vereinbart, dass heißt Vereinbarungen dazu, wann, wie und in welchen Schritten ein Haushaltsausgleich erreicht werden soll.

Zu Buchstabe c:

Die mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 sieht für den Zeitraum 2011 bis 2013 für Bedarfszuweisungen einen Gesamtbetrag in Höhe von 137,9 Mio. Euro vor.

Zu Buchstabe d:

Das Bedarfszuweisungsverfahren erfolgt auf Basis der mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten Neukonzeption vom 17. Oktober 2005. Die Neuausrichtung des Verfahrens nach Auflösung der Bezirksregierungen hat zu einer Vereinheitlichung der Vergabepaxis geführt. Die Rahmenbedingungen werden den Antrag stellenden Kommunen transparent dargelegt.

Die Konzeption sieht vor, dass - im Interesse eines effektiven Mitteleinsatzes - nur besonders bedürftige und finanzschwache Antragsteller Bedarfszuweisungen aufgrund einer außergewöhnlichen Lage gemäß § 13 N FAG erhalten sollen. Als Maßstab wird eine landeseinheitliche Mindestgesamtfehlbetragsquote (zurzeit 40,0 v. H.) und Mindestabweichung von der durchschnittlichen Steuerein-

nahmekraft der Kommunen von den jeweiligen Vergleichswerten (zurzeit - 15,0 v. H.) festgelegt. Diese Schwellenwerte werden in jedem Antragsverfahren überprüft und gegebenenfalls entsprechend des Antragsvolumens angepasst. Erfüllt eine Kommune beide Schwellenwerte, so ist der Antrag aussichtsreich; anderenfalls wird der Antrag abgelehnt. Beispielsweise wurde der Antrag einer Stadt vom 30. April 2010 abgelehnt, da die durchschnittliche Steuereinnahmekraft in den Jahren 2007 bis 2009 insgesamt 8,5 v. H. oberhalb des Durchschnitts einer entsprechenden Vergleichsgruppe lag und somit keine besondere Finanzschwäche vorlag.

Aussichtsreiche Anträge führen nur dann zur Bewilligung einer Bedarfszuweisung, wenn eine akzeptable Zielvereinbarung zur Erreichung nachhaltiger Haushaltskonsolidierung mit dem MI abgeschlossen wird. In diesem Rahmen wird das Haushaltsgebaren der Kommune, d. h. insbesondere das Ausgabeverhalten, überprüft. Sofern das Haushaltsgebaren unzureichend ist oder keine akzeptable Zielvereinbarung vorgelegt wird, werden die Anträge auf Bedarfszuweisung wegen „Bedarfszuweisungsunwürdigkeit“ abgelehnt. Eine solche, vollständige Ablehnung ist bislang in keinem Fall erfolgt.

Zu Buchstabe e:

In den Bedarfszuweisungsverfahren werden von den Kommunen keine konkreten Beträge beantragt. Die Frage kann daher nicht beantwortet werden.

Zu Buchstabe f:

Nein, in den jährlichen Bedarfszuweisungsverfahren wird abschließend entschieden, ob die Anträge aussichtsreich sind. Nicht aussichtsreiche Anträge werden abgelehnt und die Antragsteller hierüber durch Bescheid in Kenntnis gesetzt.

Zu 12:

Zu Buchstabe a:

Der Begriff „auskonsolidiert“ ist kein formaler Begriff oder Tatbestandsmerkmal im Entschuldungsverfahren und wird in den Zukunftsverträgen nicht verwendet. Das Ausmaß der Konsolidierungsmaßnahmen orientiert sich im Wesentlichen am auszugleichenden Fehlbetrag.

Zu Buchstabe b:

In den Verträgen nach dem Zukunftsvertrag werden Konsolidierungsziele vereinbart. Von den Kommunen werden somit dem Grunde nach keine konkreten Maßnahmen gefordert. Erwartet wird jedoch ein, im Vergleich zu repräsentativen anderen Gemeinden, eher unterdurchschnittliches Ausgabe- bzw. überdurchschnittliches Einnahmeverhalten. Die Kommunen entscheiden somit im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung selbst über die abzuschließenden Zielvereinbarung und die daraus resultierenden konkreten Konsolidierungsmaßnahmen.

Zu 13:

Zu Buchstabe a:

Die Entwicklung der Realsteuersätze seit 2003 kann der **Anlage 3 a** entnommen werden.

Zu Buchstabe b:

In 2010 haben 200 Gemeinden den Hebesatz der Grundsteuer A erhöht. Auf Basis der Einnahmen von 2009 könnten damit fiktiv 1, 238 Mio. Euro Mehreinnahmen erzielt werden.

In 2010 haben 199 Gemeinden den Hebesatz der Grundsteuer B erhöht. Auf Basis der Einnahmen von 2009 könnten damit fiktiv 16,667 Mio. Euro Mehreinnahmen erzielt werden.

In 2010 haben 190 Gemeinden den Hebesatz der Gewerbesteuer erhöht. Auf Basis der Einnahmen von 2009 könnten damit fiktiv 26, 969 Mio. Euro Mehreinnahmen erzielt werden.

Zu Buchstabe c:

Die Entwicklung der Kreisumlage in den niedersächsischen Landkreisen seit 2003 kann der **Anlage 3 b** entnommen werden. Welche Landkreise die Kreisumlage in 2010 erhöht haben und in welcher Höhe dies geschah, kann der **Anlage 3 c** entnommen werden.

Zu 14:

Zu Buchstabe a:

Die Aufhebung der Investitionsbindung im kommunalen Finanzausgleich erfolgte durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2008 erst zum 1. Januar 2009. Zugleich wurde mit dem Niedersächsischen Zukunftsinvestitionsgesetz die Grundlage für ein umfangreiches Investitionsprogramm bei den kommunalen Körperschaften für die Jahre 2009 bis 2011 geschaffen. Insofern ist es zu diesem frühen Zeitpunkt unmöglich, abschließende und fundierte Aussagen zu den Auswirkungen der Abschaffung auf die kommunalen Investitionen zu machen. In erster Linie wurde mit dieser Maßnahme der haushaltspolitische Spielraum erhöht. Die Entwicklung der Gesamtinvestitionssummen niedersächsischer Kommunen seit 2003 kann der **Anlage 4 a** entnommen werden.

Zu Buchstabe b:

Zur Frage des Haushaltsausgleichs verweise ich zunächst auf die Antwort zu Frage 8 a. Schon deshalb kann der erste Teil der Frage nicht aussagekräftig beantwortet werden. Zudem lässt sich der Haushaltsausgleich einer kommunalen Körperschaft keinesfalls ausschließlich auf die Aufhebung der Investitionsbindung zurück führen. Die landesweite Entwicklung der kommunalen Investitionen auf Gemeindeebene kann der **Anlage 4 b** entnommen werden.

Zu 15:

Liquiditätskredite dienen zur Überbrückung des verzögerten Eingangs von Deckungsmitteln durch in der Regel kurzfristige Bankverbindlichkeiten, insbesondere Kontokorrentkredite, soweit keine anderen Mittel zur Verfügung stehen (§ 59 Nr. 36 Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung). Sie sollen die Liquidität der Kasse (§ 98 NGO) sicherstellen. Liquiditätskredite sind Darlehen nach dem BGB, jedoch keine Kredite im Sinne von § 92 NGO. Sie zählen allerdings wegen der mit der Aufnahme entstehenden Rückzahlungsverpflichtung zu den Schulden der Gemeinde und sind deshalb auf der Passivseite der Bilanz als „Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung“ auszuweisen. Im Haushaltsplan werden Liquiditätskredite nicht veranschlagt, der Höchstbetrag der aufzunehmenden Liquiditätskredite ist allerdings Bestandteil der Haushaltssatzung der Gemeinde.

Gegenwärtig liegen die Zinssätze für Liquiditätskredite mit ca. 0,55 v. H. p. a. nahe dem historischen Tiefpunkt. Für die Zukunft besteht allerdings immer ein Zinsänderungsrisiko. Höhere Zinsen wirken sich damit zunächst auf Liquiditätskredite aus und verteuern diese, da sie vom Grundsatz her nur einer kurzfristigen Zinsbindung unterliegen.

Um das Zinsänderungsrisiko bei den Liquiditätskrediten durch steigende Zinsen zu verringern, wurde den niedersächsischen Kommunen bereits mit Erlass vom 29. Januar 2008 ermöglicht, Liquiditätskredite in Höhe eines unabwiesbaren Sockelbetrags für einen Zeitraum von maximal vier Jahren abzuschließen, um so günstige Finanzierungsmöglichkeiten mittelfristig abzusichern. Die Nutzung dieser Möglichkeit ist nicht genehmigungspflichtig.

Da es sich bei Liquiditätskrediten in der Regel um kurzfristige Bankverbindlichkeiten mit entsprechenden Zinsbindungsfristen handelt, kommt eine Umschuldung vom Wesen dieser Kreditart nicht in Betracht. Nur für den mittelfristig finanzierten Sockelbetrag könnte eine Umschuldung Sinn machen. Dabei muss die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme berücksichtigt werden. Eine Umschuldung ist nicht genehmigungspflichtig.

Mit der Möglichkeit Liquiditätskredite über vier Jahre abzuschließen eröffnet sich auch die Möglichkeit der Nutzung neuartiger Finanzinstrumente in Form von Finanzderivaten.

Die Regelungen zur Nutzung von Finanzderivaten finden sich im Erlass zur Kreditwirtschaft der kommunalen Körperschaften einschließlich ihrer Sonder- und Treuhandvermögen vom 22. Oktober 2008 (Krediterlass - Nds. MBl. 2008, S. 1149).

Finanzderivate dürfen dabei in der Regel nur zur Zinsabsicherung und nur im Rahmen eines abgeschlossenen Kreditgeschäfts genutzt werden (zeitliche und inhaltliche Konnexität). Beim Einsatz von Finanzderivaten ist immer das allgemeine Spekulationsverbot zu beachten. Soweit Finanzderivate eingesetzt werden, setzt dies einschlägige, in der Regel durch Schulung bzw. Qualifizierung erworbene Kenntnisse bei den mit diesen Aufgaben betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

voraus. Es ist außerdem ein adäquates Finanz- und Schuldenmanagement aufzubauen, welches Informationen über die aufgenommenen Kredite mit den Fälligkeitsterminen der Zins- und Tilgungsleistungen sowie eine Zeittafel der Zinsanpassungstermine, eine Analyse des Zinsänderungsrisikos bzw. der Auswirkungen einer zu erwartenden Zinsänderung auf bestehende Finanzpositionen der Kommune (Kredite und Geldanlagen) sowie eine Übersicht über die Entwicklung der für die kommunalen Finanzpositionen entscheidenden Zinsen (z. B. EURIBOR, LIBOR) enthält.

Des Weiteren ist ein Kontroll- und Berichtssystem festzulegen, welches den spekulativen Einsatz von Derivaten verhindert und umfassende interne Dokumentationspflichten vorsieht. Inhalte, Organisation und Verfahren sind in geeigneter Form verbindlich zu regeln.

Zur Beurteilung der Zulässigkeit von Finanzderivaten zur Zinsabsicherung wird auf Nr. 1.11 des Krediterlasses verwiesen. Sofern Finanzderivate finanzwirtschaftliche Risiken von besonderer Bedeutung beinhalten, sind sie im Rechenschaftsbericht nach § 57 Abs. 2 Nr. 2 GemHKVO darzustellen. Beim Erwerb von Derivaten ist die Wirtschaftlichkeit ihres Einsatzes zu berücksichtigen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Verwendung von Zinssicherungsinstrumenten weder der Genehmigung der Kommunalaufsicht bedarf noch diese anzuzeigen ist. Deshalb können im Rahmen der Genehmigung von Haushaltssatzungen oder außerhalb dieser Verfahren keine weiteren Vorgaben erfolgen. Aufgrund vorhandener Erfahrungen beim Einsatz einzelner Derivate sollten sich die Kommunen allerdings der besonderen Risiken dieses Instrumentes bewusst sein.

Zu 16:

Bezug zur Frage 7:

Vergleichbare Flächenländer finanzieren Landesaufgaben, insbesondere die Landesfeuerwehrschulen, aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer. So stehen beispielsweise in Schleswig-Holstein bis zu 15 v. H. des Aufkommens für die Rückzahlung der Kosten für die Erweiterung und den Ausbau der Landesfeuerwehrschule zur Verfügung. In Baden-Württemberg verzichten die Kommunen auf Mittelzuweisungen in Höhe von 35 Mio. Euro, um den Neubau und Umzug der Landesfeuerwehrschule zu finanzieren. Der kommunale Anteil am Aufkommen der Feuerschutzsteuer beträgt in Hessen nicht mehr als 43 v. H. In anderen Ländern liegt er - soweit bekannt - höher, jedoch mit Ausnahme Sachsens nicht über dem niedersächsischen Anteil von 75 v. H. Ferner erhalten die Kommunen in Niedersachsen im Gegensatz zu anderen Ländern durch eine schlüsselmäßige Verteilung der Feuerschutzsteuer weitgehende Handlungsfreiheit über die Verwendung der Mittel im Rahmen der Zweckbindung.

Bezug zur Frage 8:

Soweit es den ersten Teil der Frage 8 betrifft, liegen der Landesregierung keine entsprechenden Statistiken vor. Die bisher aufgelaufenen Kassenkredite und langfristigen Kommunaldarlehen bis zum 31. Dezember 2009 sind einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen. Diese ist als **Anlage 5 a** beigefügt.

Entsprechende vergleichbare Statistiken anderer Länder zu den Detailfragen der Buchstaben b, d und e liegen der Landesregierung nicht vor. Die Detailfragen zu den Buchstaben c und f beziehen sich auf einen Bericht der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens mit Blick auf die Situation in Niedersachsen. Ein Bezug zu anderen Bundesländern lässt sich hier nicht herstellen.

Bezug zur Frage 9:

Kosten für Unterkunft und Heizung

Für den Bereich der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II liegen der Landesregierung keine Finanzdaten anderer vergleichbarer Flächenländer vor.

Kosten für Hilfe zur Erziehung

Es liegen keine Erkenntnisse darüber vor, wie andere Flächenländer gegenüber den Kommunen verfahren.

Hessen hat im Jahr 2010 eine Länderabfrage initiiert, ob die Jugendhilfeträger Zuweisungen zu den Ausgaben der örtlichen Jugendhilfe, der im Vierten Abschnitt des Sozialgesetzbuches - Achtes Buch in den §§ 27 bis 41 geregelten Tatbestände der Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und Hilfe für junge Volljährige, erhalten. Das Ergebnis dieser Länderumfrage ist als **Anlage 5 b** beigefügt.

Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
Kosten der Hilfe zur Pflege im SGB XII
(Quotales System in der Sozialhilfe)

Bei der Darstellung der genannten Kostenblöcke und deren Entwicklung seit 2003 wurden die Daten zur Abrechnung der Sozialhilfeaufwendungen nach dem SGB XII im Quotalen System zugrunde gelegt. Das Quotale System in der Sozialhilfe mit individuellen Quotenklassen existiert in dieser Form in anderen Flächenländern nicht - lediglich das Land Schleswig-Holstein verfügte in der Vergangenheit über ein Quotales System mit einer landesweit einheitlichen Quote -, sodass bereits aus diesem Grund ein Vergleich mit anderen Flächenländern nicht möglich ist.

Darüber hinaus bestehen auch bei der Aufgabenwahrnehmung von überörtlichen und örtlichen Trägern der Sozialhilfe in den Ländern unterschiedliche Strukturen. So werden die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in Baden-Württemberg vom Kommunalverband, in Bayern von den Bezirken und in Nordrhein-Westfalen von den Landschaftsverbänden und damit in kommunaler Trägerschaft wahrgenommen, während in Brandenburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz die Landessozialämter und damit die jeweiligen Länder zuständig sind.

Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Erkenntnisse darüber, nach welchen Modalitäten die Bundesbeteiligung in den anderen Bundesländern an die Kommunen weitergegeben wird, liegen nicht vor.

Da die Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung in das Quotale System der Sozialhilfe eingebunden sind, gelten die allgemeinen Ausführungen zum Ländervergleich hinsichtlich der Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der Hilfe zur Pflege entsprechend.

Kosten für Kindertagesbetreuung

Unter den bereits bei den Antworten zu den Fragen 9 a bis 9 c in den Vorbemerkungen genannten Einschränkungen zeigt die anliegende Übersicht **Anlage 5 c**, dass die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe im genannten Zeitraum in allen Bundesländern durchweg kräftig angestiegen sind; dies ist insbesondere für die Ausgaben ab dem Jahr 2007 festzustellen. Die wachsende Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen schlägt sich in den Haushalten aller Länder nieder. In Niedersachsen sind danach die Ausgaben von rund 832 Mio. Euro im Jahr 2003 auf rund 1 000 Mio. Euro im Jahr 2008 gestiegen.

Kosten für Schulen

Bezogen auf den Schulbereich kann diese Frage nicht beantwortet werden, da entsprechende Daten aus den anderen Bundesländern nicht vorliegen. Im Übrigen ist die Situation in Niedersachsen mit anderen Bundesländern im Einzelnen (z. B. Umsetzung der Eigenverantwortlichen Schule, Umsetzung des Schulversuchs ProReKo) nicht vergleichbar.

Bezug zu den Fragen 10 bis 12:

Diese Fragen beziehen sich auf spezifisch niedersächsische Fragestellungen. Ein entsprechender Bezug zu anderen Bundesländern lässt sich daher nicht herstellen.

Bezug zur Frage 13:

Entsprechende vergleichbare Statistiken aus anderen Bundesländern liegen der Landesregierung nicht vor.

Bezug zu den Fragen 14:

Diese Frage bezieht sich auf spezifisch niedersächsische Fragestellungen. Ein entsprechender Bezug zu anderen Bundesländern lässt sich daher nicht herstellen.

Zu 17:

Auf die Anmerkungen in der Beantwortung der Frage 8 c wird verwiesen.

Zu Buchstabe a:

Die Prozentanteile wurden zwar im Jahr 2003 festgelegt, entsprechende Auswertungen liegen aber erst seit dem Jahr 2004 vor. Die Entwicklung kann der **Anlage 6 a** entnommen werden. Danach ist bei Gemeinden und Gemeindeverbänden im übertragenen Wirkungskreis ein deutlicher Rückgang der kostenmäßigen Belastung, sowohl bei absoluter als auch bei relativer Betrachtung festzustellen. Während die Belastung bei den freiwilligen Aufgaben schwankend ist, jedoch 2008 in absoluten Zahlen einen neuen Höchststand erreicht hat, nimmt die Belastung bei den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben kontinuierlich zu. Die Belastung bei den sonstigen Kosten bleibt stabil.

Zu Buchstabe b:

Aufgaben, die den Kommunen seit dem Jahr 2003 von der Landesregierung übertragen wurden, sind der **Anlage 6 b** zu entnehmen. Aussagen über den mit der Aufgabenübertragung insgesamt verbundenen finanziellen Aufwand der Kommunen sind nicht möglich. Soweit es sich um Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis der Kommunen handelt, erfolgt eine Erstattung über die Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises im Kommunalen Finanzausgleich gemäß § 12 des Niedersächsischen Gesetzes über den Kommunalen Finanzausgleich (in der Fassung vom 14. September 2007, Nds. GVBl. S. 466). Nach dem 1. Januar 2006 übertragene Aufgaben unterliegen dem verfassungsrechtlich garantierten Kostenausgleichsanspruch aufgrund der Konnexität gemäß Artikel 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung, soweit damit erhebliche Kosten verbunden sind. In der Auflistung wird die entsprechende Art der Kostenerstattung dargestellt.

In der Anlage nicht enthalten sind Aufgaben, die im Rahmen der Verwaltungsreform durch die Auflösungen der Bezirksregierungen auf die Kommunen übertragen wurden. Diese ergeben sich aus der Begründung des Gesetzes über den Kostenausgleich für die Erfüllung bestimmter Landesaufgaben durch kommunale Körperschaften vom 9. Dezember 2005 (Drs. 15/2277). Mit diesem Gesetz wurde die Kostenerstattung der im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung auf die Kommunen übertragenen Aufgaben geregelt. Dem Gesetzentwurf waren Anlagen beigelegt, die die übertragenen Aufgaben bezeichnen und die Kostenerstattung darstellen. Wegen der Einzelheiten zu den übertragenen Aufgaben wird auf den Anhang 2 einschließlich der Anmerkungen 1 bis 5 zur Zuordnungstabelle des Gesetzentwurfs Bezug genommen. Die mit der Aufgabenübertragung verbundene Kostenerstattung wurde im Jahr 2007 evaluiert. Das Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetzes vom 17. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 59) weist die geänderte Kostenregelung aus (Drs. 16/1770).

Zu Buchstabe c:

In 2006 wurde bei den kommunalen Einnahmen erstmals die 9 Mrd.-Grenze und in den Jahren 2007 bis 2009 regelmäßig sogar die 10 Mrd.-Grenze überschritten. Das bedeutet seit 2006 eine erhebliche Verbesserung der Einnahmesituation im Vergleich zu den Vorjahren. Noch 2003 lagen die Gesamteinnahmen lediglich bei 8,1 Mrd. Euro und 2005 bei 8,9 Mrd. Euro. Details der Entwicklung der kommunalen Einnahmen bis 2009 können der **Anlage 6 c** entnommen werden.

Um die finanziellen Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen über einen längeren Zeitraum darstellen zu können, wird jeweils auf die sogenannte volle Jahreswirkung der Gesetze abgestellt. Beginnend mit dem Steueränderungsgesetz 2003 wurden 38 Steuerrechtsänderungen erfasst, denen die Landesregierungen zugestimmt hat. Dazu gehören z. B. das Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage, das Haushaltsbegleitgesetz des Bundes 2006, das Unternehmensteuerreformgesetz 2008, die steuerlichen Maßnahmen der Konjunkturpakete I und II, das Familienleistungsgesetz, das Bürgerentlastungsgesetz, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sowie das Jahressteuergesetz 2010.

Hinsichtlich des neuen Kernbrennstoffsteuergesetzes wird auf die Antwort zu Frage 18 verwiesen.

Der Saldo der positiven wie negativen finanziellen Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen beträgt für die Ländergesamtheit minus 6,6 Mrd. Euro pro Jahr. Daraus abgeleitet machen die Einnahmeausfälle für den Landeshaushalt etwa 625 Mio. Euro aus. Bei der derzeit geltenden Steuerverbundquote in Höhe von 15,5 v. H. ergibt sich daraus eine Wirkung über den kommunalen Finanzausgleich auf die Kommunen in Höhe von etwa 97 Mio. Euro pro Jahr.

Soweit das Land vom Bund Kompensationszahlungen für Steuermindereinnahmen erhält bzw. erhalten hat, werden die Kommunen, entsprechend dem erklärten Willen der Landesregierung, fair an den Ausgleichsleistungen beteiligt. Dies hat z. B. beim Familienleistungsgesetz und beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz dazu geführt, dass die kommunale Ebene an den Kompensationszahlungen des Bundes mit einem höheren Anteil als der Steuerverbundquote partizipieren konnte. Die entsprechenden landesgesetzlichen Ausgleichsregelungen erfolgten, wie bereits bei der Kompensation für den Wechsel der Ertragshöhe bei der Kraftfahrzeugsteuer, durch eine Änderung des NFAG und umfassen allein für die Steuerausfälle aufgrund der Kindergelderhöhungen ab dem Jahr 2010 ein Volumen von über 13,3 Mio. Euro. Ebenso dient als Kompensation die bereits in den Vorbemerkungen erwähnte Entlastung bei der Gewerbesteuerumlage von jährlich etwa 300 Mio. Euro.

Zu Buchstabe d:

Die Entwicklung des Anteils der freiwilligen Leistungen in den einzelnen kommunalen Körperschaften kann der **Anlage 6 d** entnommen werden.

Zu Buchstabe e:

Entsprechende vergleichbare Statistiken und Auswertungen aus anderen Bundesländern liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu Buchstabe f:

Eine Statistik, welche alle Zahlungsströme der Bundesländer berücksichtigt und daraus eine der Anfrage entsprechende Quote bildet, liegt der Landesregierung nicht vor.

Auch ein Vergleich der Steuerverbundquoten der einzelnen Bundesländer, die sich in 2011 über eine Bandbreite von 1 v. H. (Thüringen) bis hin zu 23,809685 v. H. (Mecklenburg-Vorpommern) erstrecken, beantwortet die Frage nicht, da diese Quote nur einen Teil der geforderten Daten wiedergibt. Für den anderen Teil ist der Steuerverbund zu betrachten, also die Summe der Steuern, die zur Bildung der Verbundmasse herangezogen werden. Hier jedoch zeigen sich zwischen den Bundesländern erheblich Unterschiede. Einige Länder schließen Landessteuern ein, andere Länder ziehen Anteile von der Umsatzsteuer ab, wieder andere beziehen die Gewerbesteuer und/oder noch andere Steuern und Einnahmen mit ein. Spätestens wenn man darüber hinaus in Rechnung stellt, dass im Rahmen des Finanzausgleichs auch außerhalb des Steuerverbunds Beträge zu- und abgeführt werden, und dass manche Länder sogar mit zwei Quoten arbeiten und dass die Aufteilung der Masse überhaupt nicht vergleichbar ist, wird deutlich, wie wenig vergleichbar die Verbundquoten sind.

Aber auch aus zwei weiteren Gründen ergäbe ein Vergleich der Steuerverbundquote nur ein unvollständiges und damit verzerrtes Bild. Bisher wurden nur die heterogenen Einflussfaktoren innerhalb der kommunalen Finanzausgleiche erläutert. Aber Finanzbeziehungen zwischen Ländern und Kommunen gehen über den Finanzausgleich hinaus. Gänzlich unbetrachtet bliebe dabei nämlich der Anteil anderer Zahlungsströme, etwa in Niedersachsen die Finanzierung von Kindertagesstätten über Personalkostenzuschüsse, Zahlungen im Rahmen der Konnexität oder sogar zeitlich begrenzte Zuweisungen wie etwa die Investitionspauschale und Förderbeträge aus dem Konjunkturpaket II, die ebenfalls nicht vernachlässigt werden dürften. Diese Zahlungsströme vollständig und seriös vergleichbar zu ermitteln, ist jedoch nahezu unmöglich.

Zudem würde auch ein weiterer wesentlicher Faktor vernachlässigt: Selbst wenn man alle o. g. Faktoren mit einer Quote in einem übersichtlichen und nachvollziehbaren Wert zusammen fassen könnte, wäre damit noch kein Wort über die zu finanzierende Seite ausgesagt. Der Nutzen einer höheren Quote ist sehr fragwürdig, wenn die Kosten der den Kommunen übertragenen und zugewiesenen Aufgaben um ein Vielfaches höher sind. Für diese Fragestellung gibt es bisher keinen

anerkannten und sinnvollen Versuch einer Darstellung. Ein vom Statistikamt des Landes Rheinland-Pfalz vor längerer Zeit erstelltes Modell zur Bemessung der Aufgabenseite ist von allen Akteuren als nicht seriös abgelehnt worden.

Zu Buchstabe g:

Entsprechende Daten liegen der Landesregierung nicht vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Buchstabe f verwiesen.

Zu 18:

Die neue Brennelementesteuer soll zur Haushaltskonsolidierung des Bundes dienen und führt zu einer geschätzten Belastung der Energieversorgungsunternehmen von jährlich ca. 2,3 Mrd. Euro brutto. Da die Energieversorgungsunternehmen (EVU) die zu zahlende Kernbrennstoffsteuer und die Beiträge an den Förderfonds (Förderbeiträge) als Betriebsausgaben steuersenkend geltend machen können, wirkt sich dies auf die Höhe der zu entrichtenden Körperschaft- und Gewerbesteuer aus.

Auf Basis der Belastung der EVU von 2,3 Mrd. Euro kann von einem Primäreffekt von jährlich bis zu insgesamt rund 700 Mio. EUR Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer (350 Mio. Euro je zur Hälfte Bund/Länder) und der Gewerbesteuer (350 Mio. EUR Kommunen) ausgegangen werden. Dies führt zu weiteren Auswirkungen bei der Berechnung der Gewerbesteuerumlage und des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

Während die Mindereinnahmen der Länder aufgrund der Mechanismen des Länderfinanzausgleichs sich nahezu gleichmäßig auf alle verteilen, sind durch die geringere Gewerbesteuer überwiegend die Standortkommunen der Kernkraftwerke (in Niedersachsen: Emsland-Lingen, Grohnde-Emmerthal und Unterweser-Stadland) betroffen. Die Gewinne bzw. Verluste wirken sich direkt bei den Standortkommunen und somit überproportional auch für die Standortländer aus. Besonders betroffen sind hierbei die Gemeinden Emsland-Lingen und Grohnde-Emmerthal, da hier die Atomkraftwerke in der Rechtsform einer Personengesellschaft betrieben werden, sodass ihnen Gewinne oder Verluste trotz Konzernzugehörigkeit ungeschmälert von Zerlegungsregeln zukommen.

Angesichts einer unterlegten Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke bis mindestens 2036 und der damit verbundenen Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen auf Einnahmen und Gewinne der EVU können die voraussichtlichen Steuermindereinnahmen des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen derzeit nicht hinlänglich belastbar quantifiziert werden.

Die Landesregierung fordert in Abstimmung mit den anderen Ländern einen fairen Ausgleich aus dem Bundeshaushalt für Länder und Kommunen. Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, bis zum 30. Juni 2012 eine Evaluierung der mittelbaren Auswirkungen der Einführung einer Kernbrennstoffsteuer auf die Haushalte der Länder und Gemeinden durchzuführen. Zu diesem Zweck wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Bundesregierung und der Länderfinanzminister eingesetzt. Im Ergebnis dieser Evaluierung wird eine Kompensation für die aus der Einführung des Gesetzes resultierenden Belastungen der Länder und Gemeinden geprüft.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die Fortsetzung des Betriebs der Kernkraftwerke aufgrund der verlängerten Laufzeiten in den Folgejahren Gewinne bzw. Ertragsteuern erzielt werden, die gegen die Steuermindereinnahmen gegen zu rechnen sind. Angesichts u. a. der Übertragbarkeit von Restlaufzeiten ist dies aber mit belastbaren Zahlen zurzeit nicht möglich.

Nach Wegfall der Kernbrennstoffsteuer hängen Gewinn mindernde Zahlungen an den Förderfonds immer mit Gewinn steigernden Einnahmen aus den verlängerten Laufzeiten zusammen. Ab dem Jahr 2017 sind keine negativen Effekte für Landes- und kommunale Haushalte mehr zu erwarten, da nach Wegfall der Kernbrennstoffsteuer die Zahlungen an den Förderfonds niedriger als der Gewinn der Unternehmen aus den verlängerten Laufzeiten sein werden.

Zu 19:

In 6. Bericht zur Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften in Niedersachsen äußert sich die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in einigen Einzelfällen kritisch zur Anwendung der strikten Konnexität.

Darunter fällt die jährliche Anpassung der Regelsätze im Rahmen des SGB XII. Hierbei handelt es sich um die strikte Umsetzung von Bundesrecht, die nicht geeignet ist, Konnexitätsfolgen auszulösen. Hintergrund der Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips in der Niedersächsischen Verfassung war, den Kommunen einen Schutz vor finanziellen Mehrbelastungen in Fällen der Aufgabenübertragung zu gewähren, sofern das Land die Entscheidungsbefugnis für diese oder für eine verbindliche Festlegung der Art und Weise hat (Begründung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Artikel 57 NV, Drs. 15/2517 S. 2). Das Land hat weder bei der Anpassung der Regelsätze noch bei der mit der Änderung zum 1. Juli 2009 erfolgten Einführung der zusätzlichen Altersstufe bei den Regelsätzen für 6- bis 13-Jährige einen eigenen Handlungsspielraum. Diese Auffassung wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden in ihrer Stellungnahme zur Änderung der Regelsatzverordnung vom 5. Juni 2009 geteilt. Eine konnexitätsfolgenauslösende Aufgabenerweiterung oder Standarderhöhung (qualitative Veränderung) ist mit der Anpassung der Regelsätze nicht verbunden.

Ebenfalls aufgeführt ist das Gesetz zur Förderung der Gesundheit und Verbesserung des Schutzes von Kindern in Niedersachsen (Drs. 16/755). Damit wird den Kommunen als örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe weder eine neue Aufgabe übertragen noch wird eine Aufgabenänderung bewirkt. Das Gesetz normiert ein Verfahren mittels dessen Informationen über die Nichtteilnahme eines Kindes an Früherkennungsuntersuchungen erhoben werden. Diese Informationen werden den zuständigen örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung gestellt. Die konkrete Beurteilung der Situation und sowie die fachliche Entscheidung über etwaiges weiteres Handeln liegt in der ausschließlichen Verantwortung der zuständigen Jugendhilfeträger und ergibt sich nicht aus den gesetzlichen Regelungen. Die im Rahmen der Aufgaben der Meldebehörden zu erteilenden Auskünfte stellen keinen erheblichen Mehraufwand dar. Ein finanzieller Ausgleich nach Artikel 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung ist deshalb nicht vorgesehen und damit verfassungsrechtlich auch nicht erforderlich.

In den Vorbemerkungen zum Bericht weist die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände auf mögliche Mehraufwendungen in den Schulen durch die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule sowie die Umsetzung der Ergebnisse des Schulversuchs ProReKo hin.

Im Zuge der Einführung der Eigenverantwortlichen Schulen sind mit den Erlassen „Übertragung erweiterter Entscheidungsspielräume an Eigenverantwortliche Schulen“ sowie „Dienstrechtliche Befugnisse“ diverse Aufgaben und Befugnisse auf die Schulen übergegangen. Die Delegation von Aufgaben und Befugnissen hat zweifelsohne zu einem Aufgabenzuwachs bei den Schulleitungen geführt. Dies indiziert in der Folge auch einen gewissen quantitativen wie auch qualitativen Aufgabenzuwachs für die Schulsekretariate, denn es ist nicht nur anzunehmen, sondern auch belegt, dass die Schulleitungen (Teil-)Aufgaben zur Erledigung an die Schulsekretärinnen weitergereicht haben.

Das Land hat den Schulleiterinnen und Schulleitern zusätzliche Entlastungsstunden im Hinblick auf die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule eingeräumt. Dies bleibt in der Praxis nicht ohne Auswirkungen auf die Schulsekretariate.

Den kommunalen Spitzenverbänden wurde zugesagt, dass auch die Situation der Schulleitungen und der Schulsekretariate nach Einführung der Eigenverantwortlichen Schule beobachtet werden wird. Eine Konsequenz der ersten Beobachtungen ist z. B., dass die Dienstleistungsfunktion der Landesschulbehörde im Hinblick auf Feuerwehrlehrkräfte erheblich verstärkt wurde und dass bei den Grundschulen die Budgetierung der Personalkosten der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunächst jedenfalls nur auf freiwilliger Basis vorgenommen worden ist. Schon dadurch ist eine Reihe von möglichen Belastungen weggefallen. Ferner soll eine Arbeitszeitverordnung für Schulleiterinnen und Schulleiter in Kraft gesetzt werden, um eine weitere Entlastung für diesen Personenkreis angesichts der gestiegenen Anforderungen an heutiges Schulleitungshandeln zu schaffen. Maßstab wird die Leitungszeit, Bemessungsgrundlage werden die Lehrersollstunden der Schule sein. Dabei wird die Mindestunterrichtsverpflichtung für Schulleiterinnen und Schulleiter gesenkt. Wie weit dies möglich sein wird, wird das Anhörungsverfahren zeigen. Kultusministerium und kommunale Spitzenverbände bleiben weiterhin im Gespräch.

Das „Konfliktpotenzial“, das durch die Übertragung von Verwaltungsaufgaben im Bereich der Personal- und Mittelbewirtschaftung an die berufsbildenden Schulen entstanden sein mag, wird durch die Änderung der § 53 Abs. 1 und § 112 Abs. 1 NSchG nunmehr beseitigt.

Danach steht das Verwaltungspersonal für die Personal- und Mittelbewirtschaftung an öffentlichen berufsbildenden Schulen ab dem 1. Januar 2011 (der Schulversuch ProReKo endet mit dem 31. Dezember 2010) in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land. Dieses Personal kann auch in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu einer Einrichtung stehen, die sich vertraglich verpflichtet hat, Verwaltungsleistungen an diesen Schulen zu erbringen. Untergesetzlich sollen die Schulen angewiesen werden, zunächst zu versuchen, einen solchen Kooperationspartner (in der Regel wird dies der Schulträger sein) zu finden. Bei 12 der 19 ProReKo-Schulen wurde dieses Modell erfolgreich erprobt. In jedem Fall trägt jedoch das Land die Kosten für die Verwaltungskräfte für die Personal- und Mittelbewirtschaftung.

Im Übrigen verweisen die kommunalen Spitzenverbände in ihrem Bericht ebenfalls auf hinreichend ausgestaltete Kostenausgleiche auf der Grundlage der Konnexitätsregelung. Dies gilt insbesondere für den im Rahmen der Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes gestaltete Kostenausgleich für den Ausbau der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder bis zum Jahr 2013. Mit Blick auf das aufgrund einer fehlenden Ausgleichsregelung ergangene Urteil des Verfassungsgerichts Nordrhein-Westfalens vom 12. Oktober 2010 (VerfGH NRW 12/09) bleibt festzustellen, dass die Landesregierung Niedersachsens in diesem Fall die Konnexität schon bei Inkrafttreten des Gesetzes erkannt und gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden einen angemessenen Kostenausgleich vereinbart hat.

Zu 20:

Durch die Änderung des Grundgesetzes ist in Artikel 109 Abs. 3 GG die sogenannte Schuldenbremse in die Verfassung implementiert worden. Danach sollen Bund und Länder ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen. Ausnahmen sind nur zur symmetrischen Berücksichtigung konjunktureller Entwicklungen („Atmen mit der Konjunktur“), bei Naturkatastrophen oder in außergewöhnlichen Notsituationen zulässig (Artikel 109 Abs. 3 GG).

Da eine vollständige Einhaltung der neuen Grenzen wegen bestehender Haushaltsbelastungen und der notwendigen Ausweitung der Kreditaufnahme zur Bewältigung der zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2011 noch nicht möglich sein wird, ermächtigt Artikel 143 d Abs. 2 GG die Länder von den neuen Vorgaben in einem Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 2019 nach Maßgabe der bisher geltenden landesrechtlichen Regelungen zur Kreditaufnahme und deren Begrenzung abzuweichen, d. h. solange gelten grundsätzlich die bisher geltenden landesrechtlichen Regelungen zur Kreditaufnahme und deren Begrenzung.

Die Neuregelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme sind beim Bund erstmals für das Haushaltsjahr 2011 zu beachten. In Artikel 115 GG wird der Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts ohne Nettokreditaufnahme normiert und ergänzt um strukturelle und konjunkturelle Komponenten. Damit soll die notwendige Flexibilität bei der Gestaltung einer nachhaltigen wachstumsfördernden Finanzpolitik gewährleistet werden.

Auch für den Bund ist ein Übergangszeitraum vorgesehen und erlaubt Überschreitungen der in Artikel 115 Abs. 2 GG festgelegten Obergrenze im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2015. Mit dem Abbau des bestehenden Defizits soll im Haushaltsjahr 2011 begonnen werden. Die jährlichen Haushalte sind so aufzustellen, dass im Haushaltsjahr 2016 der Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts ohne Nettokreditaufnahme erfüllt wird (Artikel 143 d Abs. 5 GG).

In der Gesetzesbegründung auf Bundesebene heißt es dazu:

Artikel 109 Abs. 3 Satz 1 GG „beinhaltet den Grundsatz eines ohne Kreditaufnahme ausgeglichenen Haushalts in Bund und Ländern. Dieser bezieht sich auf den Haushalt des Bundes und die jeweiligen Haushalte der Länder; eine Einbeziehung etwaiger Defizite von Sozialversicherungen und Gemeinden bei der Haushaltsaufstellung in die Regelung würde sowohl inhaltlich als auch in der zeitlichen Abfolge unerfüllbare Informationsanforderungen an die Aufstellung der Haushalte von Bund und Ländern stellen.“

In der Gesetzesbegründung zur Änderung des Grundgesetzes heißt es weiter:

„Die Verantwortung des Bundes für Defizite der Sozialversicherungen bzw. der Länder für Defizite der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Blick auf die gesamtstaatlichen Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bleibt davon unberührt.“

Die europarechtlichen Verpflichtungen gelten für den öffentlichen Gesamthaushalt, wobei der Bund schlussendlich auch die Verantwortung für die implizite Verschuldung trägt und die Länder für etwaige Haushaltsdefizite der Gemeinden und Gemeindeverbände einstehen müssen. Die Länder tragen mithin in diesem Rahmen Verantwortung für die kommunalen Defizite. Im Falle von Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft müssten sie 35 % der Lasten übernehmen (Artikel 109 Abs. 5 GG).

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass Normadressat der sogenannten Schuldenbremse ausschließlich und ausdrücklich das betreffende Land ist. Die Kommunen sind nicht in den Regelungsbereich einbezogen.

Anlagen

zur Antwort auf die Große Anfrage
der Fraktion der SPD vom 22.09.2010 - Drs. 16/3361

Zunehmende kommunale Handlungsunfähigkeit durch wegbrechende Einnahmen und steigende Ausgaben für Pflichtaufgaben - Welche Strategie verfolgt die Landesregierung in der Gemeindefinanzkommission?

Schulden ¹⁾ der Gemeinden und Gemeindeverbände 2009 und 2010 sowie Haushaltsdefizite 2010

NAME	Stand der Schulden insgesamt am		Veränderung in	Darunter: Stand der Schulden am Kreditmarkt am		Veränderung in	Stand der Kassenkredite am		Veränderung in	Summe der Haushaltsdefizite 2010
	31.12.2009	30.09.2010		31.12.2009	30.09.2010		31.12.2009	30.09.2010		
	Euro		%	Euro		%	Euro		%	Euro
Landkreishaushalte	2.356.341.393	2.379.312.818	1,0	2.256.236.982	2.280.435.174	1,1	1.809.920.173	1.969.545.560	8,8	447.306.849
Kreisfreie Städte	591.977.689	479.087.568	-19,1	589.798.716	474.159.987	-19,6	419.841.576	546.062.926	30,1	347.309.560
Kreisangehörige Gemeinden	4.649.702.917	4.674.831.451	0,5	4.469.517.804	4.498.100.948	0,6	2.291.161.673	2.575.178.954	12,4	947.704.314
Gemeinden/Gv zusammen	7.598.021.999	7.533.231.837	-0,9	7.315.553.502	7.252.696.109	-0,9	4.520.923.422	5.090.787.440	12,6	1.742.320.723

1) Ergebnisse der Vierteljährlichen Kassenstatistik.

Einnahmen¹⁾ der niedersächsischen Kommunen aus Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen und Konzessionsabgaben sowie gezahlte Konzessionsabgaben²⁾ der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen von 2003 bis 2008 nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2003		2004		2005	
	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen u. aus Beteiligungen (Grp. 21)	gezahlte Konzessionsabgaben der kommunalen öffentlichen Unternehmen	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen u. aus Beteiligungen (Grp. 21)	gezahlte Konzessionsabgaben der kommunalen öffentlichen Unternehmen	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen u. aus Beteiligungen (Grp. 21)	gezahlte Konzessionsabgaben der kommunalen öffentlichen Unternehmen
	in €					
Zusammen	224.526.665	235.289.708	162.938.848	242.612.577	180.735.510	229.439.054

Aufgabenbereich	2006		2007		2008	
	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen u. aus Beteiligungen (Grp. 21)	gezahlte Konzessionsabgaben der kommunalen öffentlichen Unternehmen	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen u. aus Beteiligungen (Grp. 21)	gezahlte Konzessionsabgaben der kommunalen öffentlichen Unternehmen	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen u. aus Beteiligungen (Grp. 21)	gezahlte Konzessionsabgaben der kommunalen öffentlichen Unternehmen
	in €					
Zusammen	171.880.768	147.474.308	175.130.738	181.295.750	187.539.478	175.840.965

¹⁾ Die Angaben zu den Gewinnanteilen von wirtschaftlichen Unternehmen u. aus Beteiligungen (Grp. 21) sind der kommunalen Jahresrechnungsstatistik entnommen. ²⁾ Die Angaben zu den gezahlten Konzessionsabgaben der kommunalen öffentlichen Unternehmen stammen aus der Jahresabschlussstatistik der öffentlichen Unternehmen. Ein Unternehmen gilt als öffentlich, wenn die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder der Stimmrechte beteiligt ist. Jeder der befragten Einheiten wird genau ein Aufgabenbereich zugeordnet. Bei Unternehmen mit mehreren Geschäftsfeldern muss nach jeweiligem Schwerpunkt der Tätigkeit ein Aufgabenbereich ausgewählt werden, so erklärt sich, dass beispielsweise Badeanstalten vermeintlich Konzessionsabgaben abführen.

Anzahl der seit 2003 neu entstandenen öffentlichen Unternehmen¹⁾ in privater Rechtsform der niedersächsischen Kommunen von 2003 bis 2008 nach Aufgabenbereichen

	Aufgabenbereich	Anzahl am 31.12.					
		2003	2004	2005	2006	2007	2008
06	Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	-	1	1	1	3	3
08	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	-	-	-	-	1	1
16	Rettungsdienst	-	2	2	2	2	3
321	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen, Ausstellungen	-	1	1	1	1	1
323	Zoologische und botanische Gärten	-	2	2	2	2	2
331	Theater	-	1	1	1	1	1
333	Musikschulen	-	1	2	3	3	3
34	Sonstige Kunstpflege	-	-	1	1	1	1
350	Volkshochschulen	-	-	5	5	7	8
355	Sonstige Volksbildung	-	1	1	1	1	3
360	Naturschutz und Landschaftspflege	-	1	3	3	3	3
366	Heimatspflege	-	-	2	2	2	2
432	Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen (ohne Sozialstationen)	-	1	3	3	3	3
438	Sozialstationen	-	5	5	5	5	5
439	Sonstige soziale Einrichtungen	-	3	1	1	2	2
460	Einrichtungen der Jugendarbeit	-	1	1	1	1	2
51	Krankenhäuser	2	22	33	35	38	36
54	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege	-	-	-	-	3	3
55	Förderung des Sports	-	1	1	1	1	1
57	Badeanstalten	2	5	10	10	10	11
58	Park- und Gartenanlagen	1	1	1	-	-	-
59	Sonstige Erholungseinrichtungen	-	1	1	1	1	2
60	Bauverwaltung	1	1	2	1	3	3
61	Ortsplanung, Vermessung, Bauordnung	1	1	1	1	1	1
62	Wohnungsbauförderung und Wohnungsfürsorge	3	10	12	12	12	12
68	Parkeinrichtungen	1	3	4	4	4	4
70	Abwasserbeseitigung	-	9	11	12	12	11
72	Abfallbeseitigung	-	6	6	6	6	6
77	Hilfsbetriebe der Verwaltung	-	-	-	-	-	1
790	Fremdenverkehr	8	15	17	17	18	19
791	Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr	10	14	15	15	19	18
792	Förderung des ÖPNV	-	1	2	2	2	2
810	Elektrizitätsversorgung	3	4	5	5	6	6
813	Gasversorgung	1	3	3	3	4	3
815	Wasserversorgung	1	2	2	2	3	3
816	Fernwärmeversorgung	-	-	1	1	1	1
817	Kombinierte Versorgungsunternehmen	-	4	4	4	6	6
82	Verkehrsunternehmen	2	18	24	26	27	24
84	Unternehmen der Wirtschaftsförderung	3	10	13	12	12	14
86	Kur- und Badebetriebe	-	-	1	1	1	1
87	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	6	14	18	19	52	53
88	Allgemeines Grundvermögen	1	2	3	3	3	5
	Zusammen	46	167	221	225	283	289

¹⁾ Dargestellt sind die seit 2003 neu in den Zweig "Unternehmen in privater Rechtsform" der Schuldenstatistik der öffentlichen Unternehmen aufgenommenen Einheiten der niedersächsischen Kommunen. Dabei kann es sich um neu gegründete bzw. neu ausgegliederte Einheiten handeln oder um solche, die zuvor eine öffentlich-rechtliche Rechtsform hatten. Ein Unternehmen gilt als öffentlich, wenn die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder der Stimmrechte beteiligt ist.

Schulden insgesamt der seit 2003 neu entstandenen öffentlichen Unternehmen¹⁾ in privater Rechtsform der niedersächsischen Kommunen von 2003 bis 2008 nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Stand der Schulden insgesamt am 31.12.					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in 1.000 €					
Zusammen	95.779	883.679	1.509.235	1.467.940	1.746.435	1.737.197

¹⁾ Dargestellt sind die seit 2003 neu in den Zweig "Unternehmen in privater Rechtsform" der Schuldenstatistik der öffentlichen Unternehmen aufgenommenen Einheiten der niedersächsischen Kommunen. Dabei kann es sich um neu gegründete bzw. neu ausgegliederte Einheiten handeln oder um solche, die zuvor eine öffentlich-rechtliche Rechtsform hatten. Ein Unternehmen gilt als öffentlich, wenn die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder der Stimmrechte beteiligt ist.

**Übersicht Ausgabenentwicklung
Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) 2006 - 2009**

Landkreis/Stadt	Ausgaben KdU	Ausgaben KdU	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Ausgaben KdU	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Ausgaben KdU	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. 2009 zu 2006	Verändg. 2009 zu 2006
	Netto	Netto	absolut - € -	relativ -% -	Netto	absolut - € -	relativ -% -	Netto	absolut - € -	relativ -% -	absolut - € -	relativ -% -
	2006	2007			2008			2009				
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13
St. Braunschweig	40.634.033	39.220.239	-1.413.794	-3,48	39.901.789	681.550	1,74	41.539.318	1.637.529	4,10	905.285	2,23
St. Salzgitter	16.247.859	15.753.993	-493.866	-3,04	14.569.782	-1.184.211	-7,52	16.468.478	1.898.696	13,03	220.619	1,36
St. Wolfsburg	12.453.051	12.457.311	4.260	0,03	11.947.392	-509.919	-4,09	12.563.661	616.269	5,16	110.610	0,89
Lk. Gifhorn	15.852.594	15.078.882	-773.712	-4,88	15.008.855	-70.027	-0,46	16.918.515	1.909.660	12,72	1.065.921	6,72
Lk. Göttingen	28.364.447	27.425.593	-938.854	-3,31	26.183.053	-1.242.540	-4,53	29.893.699	3.710.646	14,17	1.529.252	5,39
Lk. Goslar	20.565.119	18.936.289	-1.628.830	-7,92	20.199.483	1.263.194	6,67	21.618.462	1.418.979	7,02	1.053.343	5,12
Lk. Helmstedt	13.473.364	11.847.604	-1.625.760	-12,07	11.666.562	-181.042	-1,53	11.914.599	248.037	2,13	-1.558.765	-11,57
Lk. Northeim	14.883.414	14.357.074	-526.340	-3,54	14.324.518	-32.556	-0,23	15.189.044	864.526	6,04	305.630	2,05
Lk. Osterode	9.335.227	9.446.892	111.665	1,20	9.601.855	154.963	1,64	11.111.695	1.509.840	15,72	1.776.468	19,03
Lk. Peine	14.737.738	14.716.026	-21.712	-0,15	15.655.026	939.000	6,38	17.316.528	1.661.502	10,61	2.578.790	17,50
Lk. Wolfenbüttel	13.428.541	12.948.469	-480.072	-3,58	13.286.492	338.023	2,61	13.969.672	683.180	5,14	541.131	4,03
Lk. Diepholz	17.605.057	16.652.997	-952.060	-5,41	16.437.766	-215.231	-1,29	18.630.097	2.192.331	13,34	1.025.040	5,82
Lk. Hameln-Pyrmont	22.932.479	20.333.666	-2.598.813	-11,33	19.873.404	-460.262	-2,26	21.028.881	1.155.477	5,81	-1.903.598	-8,30
Region Hannover	174.404.524	169.872.726	-4.531.798	-2,60	179.074.121	9.201.395	5,42	197.652.969	18.578.848	10,37	23.248.445	13,33
Lk. Hildesheim	39.207.705	31.713.796	-7.493.909	-19,11	32.752.089	1.038.293	3,27	34.199.707	1.447.618	4,42	-5.007.998	-12,77
Lk. Holzminden	9.713.708	8.578.707	-1.135.001	-11,68	8.035.400	-543.307	-6,33	8.249.859	214.459	2,67	-1.463.849	-15,07
Lk. Nienburg	11.791.251	11.598.472	-192.779	-1,63	12.960.983	1.362.511	11,75	12.367.113	-593.870	-4,58	575.862	4,88
Lk. Schaumburg	18.674.913	17.778.749	-896.164	-4,80	17.500.059	-278.690	-1,57	17.686.868	186.809	1,07	-988.045	-5,29
Lk. Celle	19.848.826	23.795.595	3.946.769	19,88	22.177.805	-1.617.790	-6,80	23.657.303	1.479.498	6,67	3.808.477	19,19
Lk. Cuxhaven	23.705.294	20.689.731	-3.015.563	-12,72	20.184.542	-505.189	-2,44	20.147.479	-37.063	-0,18	-3.557.815	-15,01
Lk. Harburg	21.449.230	19.464.949	-1.984.281	-9,25	19.358.662	-106.287	-0,55	20.617.395	1.258.733	6,50	-831.835	-3,88
Lk. Lüchow-Dannenberg	5.810.240	6.007.653	197.413	3,40	5.999.045	-8.608	-0,14	6.794.574	795.529	13,26	984.334	16,94
Lk. Lüneburg	22.979.870	21.877.736	-1.102.134	-4,80	22.163.022	285.286	1,30	23.252.841	1.089.819	4,92	272.971	1,19
Lk. Osterholz	7.892.690	7.451.929	-440.761	-5,58	7.452.354	425	0,01	7.732.615	280.261	3,76	-160.075	-2,03
Lk. Rotenburg	13.112.741	12.961.308	-151.433	-1,15	12.704.112	-257.196	-1,98	12.585.054	-119.058	-0,94	-527.687	-4,02
Lk. Soltau-Fallingb.ostel	13.861.495	13.318.100	-543.395	-3,92	13.805.418	487.318	3,66	14.373.399	567.981	4,11	511.904	3,69
Lk. Stade	21.980.169	20.931.278	-1.048.891	-4,77	21.631.282	700.004	3,34	23.326.814	1.695.532	7,84	1.346.645	6,13
Lk. Uelzen	10.420.452	11.098.328	677.876	6,51	9.517.939	-1.580.389	-14,24	10.650.978	1.133.039	11,90	230.526	2,21
Lk. Verden	11.524.226	12.824.033	1.299.807	11,28	12.064.461	-759.572	-5,92	13.251.369	1.186.908	9,84	1.727.143	14,99
St. Delmenhorst	17.030.449	16.567.372	-463.077	-2,72	16.585.647	18.275	0,11	17.182.825	597.178	3,60	152.376	0,89
St. Emden	7.250.996	8.154.411	903.415	12,46	7.578.121	-576.290	-7,07	8.425.886	847.765	11,19	1.174.890	16,20
St. Oldenburg	39.705.897	22.532.692	-17.173.205	-43,25	32.559.337	10.026.645	44,50	30.206.251	-2.353.086	-7,23	-9.499.646	-23,93
St. Osnabrück	23.580.576	20.530.790	-3.049.786	-12,93	21.726.424	1.195.634	5,82	24.994.694	3.268.270	15,04	1.414.118	6,00
St. Wilhelmshaven	15.306.185	17.632.803	2.326.618	15,20	16.553.235	-1.079.568	-6,12	17.793.502	1.240.267	7,49	2.487.317	16,25
Lk. Ammerland	10.171.613	8.374.826	-1.796.787	-17,66	9.181.280	806.454	9,63	9.545.518	364.238	3,97	-626.095	-6,16
Lk. Aurich	20.877.848	19.967.451	-910.397	-4,36	19.827.075	-140.376	-0,70	20.690.449	863.374	4,35	-187.399	-0,90
Lk. Cloppenburg	10.863.000	10.223.634	-639.366	-5,89	10.537.446	313.812	3,07	11.168.464	631.018	5,99	305.464	2,81
Lk. Emsland	22.120.362	18.676.213	-3.444.149	-15,57	18.087.907	-588.306	-3,15	18.095.224	7.317	0,04	-4.025.138	-18,20
Lk. Friesland	12.107.233	9.523.166	-2.584.067	-21,34	9.576.860	53.694	0,56	9.571.803	-5.057	-0,05	-2.535.430	-20,94
Lk. Graftsch.- Bentheim	10.039.019	8.826.982	-1.212.037	-12,07	8.477.991	-348.991	-3,95	9.078.593	600.602	7,08	-960.426	-9,57
Lk. Leer	17.336.165	16.171.622	-1.164.543	-6,72	13.919.594	-2.252.028	-13,93	13.640.369	-279.225	-2,01	-3.695.796	-21,32
Lk. Oldenburg	11.111.269	8.894.802	-2.216.467	-19,95	12.096.599	3.201.797	36,00	10.790.318	-1.306.281	-10,80	-320.951	-2,89
Lk. Osnabrück	21.144.662	24.693.740	3.549.078	16,78	22.827.882	-1.865.858	-7,56	25.140.370	2.312.488	10,13	3.995.708	18,90
Lk. Vechta	7.011.753	8.094.163	1.082.410	15,44	7.330.706	-763.457	-9,43	7.660.363	329.657	4,50	648.610	9,25
Lk. Wesermarsch	11.669.844	9.249.742	-2.420.102	-20,74	12.241.678	2.991.936	32,35	11.745.624	-496.054	-4,05	75.780	0,65
Lk. Wittmund	5.792.866	5.429.404	-363.462	-6,27	5.384.301	-45.103	-0,83	5.575.129	190.828	3,54	-217.737	-3,76
Summe Lk/Stadt	930.009.994	872.681.938	-57.328.056		890.529.354	17.847.416		946.014.368	55.485.014		16.004.374	
Niedersachsen gesamt	930.011.999	872.683.942	-57.328.057	-6,16	890.531.360	17.847.418	2,05	946.016.375	55.485.015	6,23	16.004.376	1,72

Datenquelle: Niedersächsisches Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Einzel- und Gruppenhilfen nach §§22,22a,23,25 sowie Tageseinrichtungen für Kinder
 - Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe -

AGS	Kreis		Ausgaben										Veränderung in % 2008 zu 2003	
	kreisfr. Stadt	Kreis	2003	2004	Veränderung in %	2005	Veränderung in %	2006	Veränderung in %	2007	Veränderung in %	2008		Veränderung in %
			Euro	Euro		Euro		Euro		Euro		Euro		
101 Braunschweig,Stadt	26 939 156	27 311 809	1,4	24 833 621	-9,1	25 894 531	4,3	29 316 939	13,2	31 569 489	7,7	17,2		
102 Salzgitter,Stadt*	9 955 262	9 861 372	-0,9	9 478 284	-3,9	9 518 338	0,4	9 557 594	0,4	9 557 594	0,0	-4,0		
103 Wolfsburg,Stadt	14 102 389	13 380 467	-5,1	12 876 816	-3,8	13 208 860	2,6	15 431 206	16,8	19 380 925	25,6	37,4		
151 Gifhorn	9 619 643	9 863 140	2,5	9 746 671	-1,2	11 339 707	16,3	13 586 162	19,8	15 261 190	12,3	58,6		
152 Göttingen	25 984 798	28 003 956	7,8	26 913 554	-3,9	27 729 230	3,0	30 302 160	9,3	32 334 332	6,7	24,4		
153 Goslar	13 087 693	14 129 012	8,0	13 723 369	-2,9	13 026 326	-5,1	13 423 231	3,0	14 526 517	8,2	11,0		
154 Helmstedt	7 845 724	8 848 073	12,8	6 754 569	-23,7	6 413 959	-5,0	8 036 089	25,3	8 878 743	10,5	13,2		
155 Northeim	14 540 549	12 862 189	-11,5	12 592 487	-2,1	11 820 496	-6,1	11 561 605	-2,2	11 778 349	1,9	-19,0		
156 Osterode am Harz	4 672 496	5 545 590	18,7	5 523 986	-0,4	5 241 984	-5,1	5 531 639	5,5	6 140 418	11,0	31,4		
157 Peine	10 650 520	10 802 761	1,4	11 311 592	4,7	11 269 665	-0,4	12 290 366	9,1	15 474 007	25,9	45,3		
158 Wolfenbüttel	12 908 943	13 199 819	2,3	13 479 104	2,1	13 252 538	-1,7	15 209 380	14,8	17 958 226	18,1	39,1		
1 Braunschweig	150 307 173	153 808 188	2,3	147 234 053	-4,3	148 715 634	1,0	164 246 371	10,4	182 859 790	11,3	21,7		
241 Region Hannover	163 635 136	134 587 875	-17,8	137 027 670	1,8	133 159 400	-2,8	158 766 419	19,2	160 698 743	1,2	-1,8		
251 Diepholz	17 940 090	18 001 066	0,3	17 709 463	-1,6	19 072 987	7,7	21 251 224	11,4	26 073 449	22,7	45,3		
252 Hameln-Pyrmont	11 732 896	12 248 927	4,4	12 611 774	3,0	12 609 447	0,0	12 980 442	2,9	14 383 628	10,8	22,6		
254 Hildesheim	26 808 700	26 791 569	-0,1	26 898 818	0,4	27 142 056	0,9	29 469 340	8,6	34 932 000	18,5	30,3		
255 Holzminden	5 449 776	5 266 046	-3,4	5 477 490	4,0	5 351 506	-2,3	5 633 940	5,3	6 853 211	21,6	25,8		
256 Nienburg (Weser)	9 652 092	9 859 523	2,1	9 513 139	-3,5	8 656 658	-9,0	10 756 151	24,3	12 986 510	20,7	34,5		
257 Schaumburg	14 222 612	13 990 378	-1,6	14 385 031	2,8	15 090 877	4,9	15 968 093	5,8	19 111 362	19,7	34,4		
2 Hannover	249 441 302	220 745 384	-11,5	223 623 385	1,3	221 082 931	-1,1	254 825 609	15,3	275 038 903	7,9	10,3		
351 Celle	17 334 155	17 135 141	-1,1	16 522 617	-3,6	16 706 528	1,1	17 632 421	5,5	21 404 835	21,4	23,5		
352 Cuxhaven	18 124 345	18 960 251	4,6	18 585 806	-2,0	18 407 111	-1,0	13 825 197	-24,9	23 255 417	68,2	28,3		
353 Harburg	20 189 287	15 663 245	-22,4	17 206 528	9,9	19 123 442	11,1	21 056 084	10,1	30 719 154	45,9	52,2		
354 Lüchow-Dannenberg	4 797 680	5 014 921	4,5	3 898 720	-22,3	3 922 631	0,6	4 716 856	20,2	5 310 392	12,6	10,7		
355 Lüneburg	17 740 534	17 893 145	0,9	16 280 030	-9,0	17 884 263	9,9	18 608 109	4,0	21 405 319	15,0	20,7		
356 Osterholz	9 473 493	10 172 740	7,4	10 809 070	6,3	9 966 356	-7,8	10 632 978	6,7	12 332 553	16,0	30,2		
357 Rotenburg (Wümme)	11 057 726	9 673 628	-12,5	10 969 565	13,4	12 284 962	12,0	13 592 349	10,6	15 767 581	16,0	42,6		
358 Soltau-Fallingb.ostel	11 540 267	11 720 140	1,6	12 196 961	4,1	12 120 647	-0,6	14 213 654	17,3	15 450 682	8,7	33,9		
359 Stade	15 852 714	16 027 757	1,1	15 762 654	-1,7	17 209 454	9,2	15 932 838	-7,4	20 602 464	29,3	30,0		
360 Uelzen	4 936 869	5 197 907	5,3	4 981 619	-4,2	5 023 490	0,8	5 362 526	6,7	7 377 722	37,6	49,4		
361 Verden	13 144 065	14 790 179	12,5	14 042 476	-5,1	13 987 668	-0,4	15 519 165	10,9	16 486 186	6,2	25,4		
3 Lüneburg	144 191 135	142 249 054	-1,3	141 256 046	-0,7	146 636 552	3,8	151 092 177	3,0	190 112 305	25,8	31,8		
401 Delmenhorst,Stadt	4 946 834	4 946 834	0,0	5 687 362	15,0	5 852 764	2,9	6 193 162	5,8	7 081 010	14,3	43,1		
402 Emden,Stadt	4 485 776	4 748 069	5,8	4 691 980	-1,2	5 007 913	6,7	4 752 652	-5,1	5 204 574	9,5	16,0		
403 Oldenburg (Old),Stadt	18 339 140	19 116 085	4,2	18 861 800	-1,3	19 165 306	1,6	19 584 661	2,2	21 566 528	10,1	17,6		
404 Osnabrück,Stadt	16 617 942	15 549 242	-6,4	16 638 421	7,0	16 376 407	-1,6	18 941 174	15,7	23 604 420	24,6	42,0		
405 Wilhelmshaven,Stadt	4 924 600	5 398 443	9,6	5 228 010	-3,2	5 248 216	0,4	5 196 281	-1,0	5 755 499	10,8	16,9		
451 Ammerland	8 796 530	9 995 292	13,6	8 383 076	-16,1	9 818 412	17,1	10 978 791	11,8	12 848 775	17,0	46,1		
452 Aurich	12 286 457	12 734 582	3,6	13 476 926	5,8	13 696 094	1,6	14 071 578	2,7	16 019 648	13,8	30,4		
453 Cloppenburg	8 298 885	9 236 258	11,3	10 580 268	14,6	9 834 306	-7,1	10 344 859	5,2	12 711 341	22,9	53,2		
454 Emsland	19 841 767	18 672 866	-5,9	17 758 217	-4,9	20 287 113	14,2	20 369 261	0,4	25 434 162	24,9	28,2		
455 Friesland	7 053 047	7 110 144	0,8	7 411 889	4,2	7 786 695	5,1	7 371 398	-5,3	9 848 736	33,6	39,6		
456 Grafschaft Bentheim	7 440 565	7 772 813	4,5	7 130 112	-8,3	8 124 954	14,0	9 155 430	12,7	11 424 143	24,8	53,5		
457 Leer	11 311 147	11 450 228	1,2	11 542 147	0,8	11 423 327	-1,0	12 045 648	5,4	14 232 326	18,2	25,8		
458 Oldenburg	10 886 110	9 578 996	-12,0	10 682 404	11,5	11 706 668	9,6	12 954 783	10,7	15 689 391	21,1	44,1		
459 Osnabrück	24 324 266	22 927 216	-5,7	22 233 140	-3,0	20 904 535	-6,0	27 139 784	29,8	33 394 664	23,0	37,3		
460 Vechta	9 714 265	8 980 718	-7,6	9 546 186	6,3	9 285 960	-2,7	9 991 776	7,6	11 721 426	17,3	20,7		
461 Wesermarsch	8 522 294	7 966 929	-6,5	8 936 745	12,2	8 450 973	-5,4	9 046 606	7,0	9 778 060	8,1	14,7		
462 Wittmund	4 086 873	4 141 549	1,3	3 615 487	-12,7	4 024 726	11,3	3 711 101	-7,8	4 556 115	22,8	11,5		
4 Weser-Ems	181 876 498	180 326 264	-0,9	182 404 170	1,2	186 994 369	2,5	201 848 945	7,9	240 870 818	19,3	32,4		
Niedersachsen insget	725816108	697128890	-4,0	694517654	-0,4	703429486	1,3	772013102	9,7	88881816	15,1	22,5		

* Stadt Salzgitter, für 2008 wegen nicht plausibler Daten Vorjahresdaten dargestellt

nur Ausgaben Einzel- und Gruppenhilfen nach §§27-35
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe -

AGS	Kreis kreisfr. Stadt	Ausgaben										Verände- rung in % 2008 zu 2003	
		2003	2004	Verände- rung in %	2005	Verände- rung in %	2006	Verände- rung in %	2007	Verände- rung in %	2008		Verände- rung in %
		Euro	Euro										
101	Braunschweig,Stadt	9 527 204	9 923 186	4,2	9 484 070	-4,4	10 379 599	9,4	10 553 856	1,7	12 429 512	17,8	30,5
102	Salzgitter,Stadt	4 180 968	3 875 063	-7,3	4 311 660	11,3	4 223 849	-2,0	4 482 174	6,1	4 890 087	9,1	17,0
103	Wolfsburg,Stadt	5 176 883	5 095 090	-1,6	5 393 000	5,8	5 306 006	-1,6	5 257 859	-0,9	5 875 330	11,7	13,5
151	Gifhorn	5 383 031	5 651 088	5,0	6 282 231	11,2	6 814 009	8,5	6 310 578	-7,4	6 950 134	10,1	29,1
152	Göttingen	13 397 352	13 274 774	-0,9	13 682 189	3,1	14 092 796	3,0	15 663 322	11,1	16 782 228	7,1	25,3
153	Goslar	6 874 522	7 040 082	2,4	6 309 633	-10,4	6 017 889	-4,6	6 976 105	15,9	7 936 869	13,8	15,5
154	Helmstedt	4 216 037	4 084 655	-3,1	4 457 283	9,1	4 257 848	-4,5	5 071 553	19,1	5 547 402	9,4	31,6
155	Northeim	7 155 043	7 542 772	5,4	7 564 586	0,3	7 598 839	0,5	7 490 968	-1,4	9 136 431	22,0	27,7
156	Osterode am Harz	5 575 328	6 066 526	8,8	7 505 969	23,7	7 244 443	-3,5	7 607 897	5,0	8 805 994	15,7	57,9
157	Peine	3 784 515	4 047 068	6,9	4 302 627	6,3	4 055 521	-5,7	4 622 196	14,0	5 378 611	16,4	42,1
158	Wolfenbüttel	5 856 570	5 434 683	-7,2	5 358 793	-1,4	5 535 782	3,3	5 511 955	-0,4	6 188 502	12,3	5,7
1	Braunschweig	71 127 453	72 034 987	1,3	74 652 041	3,6	75 526 581	1,2	79 548 463	5,3	89 921 100	13,0	26,4
241	Region Hannover	73 153 065	69 997 655	-4,3	68 530 678	-2,1	66 516 172	-2,9	68 907 604	3,6	74 586 014	8,2	2,0
251	Diepholz	12 048 864	13 039 706	8,2	12 934 308	-0,8	14 066 126	8,8	14 829 382	5,4	14 677 672	-1,0	21,8
252	HamelN-Pyrmont	9 065 134	10 774 303	18,9	10 669 959	-1,0	9 307 604	-12,8	9 678 554	4,0	10 587 815	9,4	16,8
254	Hildesheim	17 052 357	17 671 930	3,6	18 496 592	4,7	18 899 255	2,2	19 260 614	1,9	21 211 376	10,1	24,4
255	Holzminden	5 066 485	4 590 149	-9,4	4 610 915	0,5	4 734 506	2,7	4 981 214	5,2	5 805 697	16,6	14,6
256	Nienburg (Weser)	4 656 025	4 904 952	5,3	5 346 482	9,0	6 771 312	26,6	7 623 732	12,6	9 997 162	31,1	114,7
257	Schaumburg	7 886 316	9 068 204	15,0	10 310 588	13,7	10 706 722	3,8	11 395 868	6,4	12 149 303	6,6	54,1
2	Hannover	128 928 246	130 046 899	0,9	130 899 522	0,7	131 001 697	0,1	136 676 968	4,3	149 015 039	9,0	15,6
351	Celle	12 813 590	12 576 727	-1,8	12 539 525	-0,3	11 943 582	-4,8	12 517 649	4,8	22 268 936	77,9	73,8
352	Cuxhaven	10 699 950	12 402 638	15,9	12 827 206	3,4	12 894 060	0,5	12 916 282	0,2	14 465 284	12,0	35,2
353	Harburg	8 729 328	8 532 363	-2,3	9 905 096	16,1	10 554 596	6,6	11 372 739	7,8	11 808 936	3,8	35,3
354	Lüchow-Dannenberg	4 050 304	3 318 168	-18,1	4 688 832	41,3	5 082 630	8,4	4 829 171	-5,0	5 357 612	10,9	32,3
355	Lüneburg	14 416 945	14 681 378	1,8	14 533 188	-1,0	15 494 747	6,6	14 811 671	-4,4	14 621 682	-1,3	1,4
356	Osterholz	3 015 847	3 635 273	20,5	4 405 400	21,2	4 436 246	0,7	5 212 893	17,5	6 019 648	15,5	99,6
357	Rotenburg (Wümme)	7 503 527	7 280 505	-3,0	7 272 438	-0,1	7 324 992	0,7	7 241 156	-1,1	9 013 858	24,5	20,1
358	Soltau-Fallingbostel	6 772 806	7 031 775	3,8	6 994 600	-0,5	7 335 050	4,9	7 607 274	3,7	7 662 127	0,7	13,1
359	Stade	11 355 315	11 931 960	5,1	11 286 470	-5,4	12 042 671	6,7	12 101 031	0,5	12 455 157	2,9	9,7
360	Uelzen	7 466 219	7 850 467	5,1	7 727 500	-1,6	7 955 553	3,0	7 918 489	-0,5	7 912 869	-0,1	6,0
361	Verden	6 211 035	6 911 345	11,3	7 180 141	3,9	6 571 510	-8,5	7 216 137	9,8	6 805 977	-5,7	9,6

Anlage 2c zur Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 16/2861)

AGS	Kreis kreisfr. Stadt	Ausgaben										Verände- rung in % 2008 zu 2003	
		2003	2004	Verände- rung in %	2005	Verände- rung in %	2006	Verände- rung in %	2007	Verände- rung in %	2008		Verände- rung in %
		Euro	Euro										
	3 Lüneburg	93 034 866	96 152 599	3,4	99 360 396	3,3	101 635 637	2,3	103 744 492	2,1	118 392 086	14,1	27,3
401	Delmenhorst,Stadt	5 375 439	5 375 439	0,0	6 035 374	12,3	7 828 566	29,7	6 976 365	-10,9	7 651 887	9,7	42,3
402	Emden,Stadt	3 596 140	3 691 637	2,7	3 748 890	1,6	3 340 182	-10,9	3 514 042	5,2	3 769 177	7,3	4,8
403	Oldenburg (Old),Stadt	12 300 259	12 730 796	3,5	13 497 745	6,0	12 885 875	-4,5	14 072 083	9,2	16 506 990	17,3	34,2
404	Osnabrück,Stadt	11 992 472	12 374 158	3,2	10 991 874	-11,2	10 304 596	-6,3	11 609 717	12,7	13 359 368	15,1	11,4
405	Wilhelmshaven,Stadt	4 456 727	5 167 507	15,9	5 932 768	14,8	6 992 975	17,9	7 579 786	8,4	8 846 834	16,7	98,5
451	Ammerland	3 379 527	3 300 109	-2,3	3 336 620	1,1	3 685 618	10,5	4 176 036	13,3	4 851 468	16,2	43,6
452	Aurich	10 524 877	11 926 596	13,3	12 164 494	2,0	11 928 881	-1,9	12 549 273	5,2	14 310 076	14,0	36,0
453	Cloppenburg	4 594 903	6 403 573	39,4	6 695 591	4,6	7 314 667	9,2	8 643 435	18,2	10 985 470	27,1	139,1
454	Emsland	15 774 411	16 231 389	2,9	16 405 712	1,1	16 762 912	2,2	17 673 782	5,4	20 236 770	14,5	28,3
455	Friesland	3 800 661	3 759 769	-1,1	3 732 354	-0,7	3 740 305	0,2	4 511 257	20,6	5 212 846	15,6	37,2
456	Grafschaft Bentheim	6 930 573	6 097 982	-12,0	6 005 593	-1,5	6 338 959	5,6	6 518 140	2,8	6 711 655	3,0	-3,2
457	Leer	8 557 170	9 015 324	5,4	8 045 023	-10,8	9 046 781	12,5	9 497 217	5,0	10 726 755	12,9	25,4
458	Oldenburg	4 106 525	4 128 449	0,5	4 031 516	-2,3	5 076 069	25,9	6 077 876	19,7	6 590 667	8,4	60,5
459	Osnabrück	22 931 687	21 823 343	-4,8	22 214 852	1,8	22 936 544	3,2	26 625 152	16,1	29 116 197	9,4	27,0
460	Vechta	6 928 861	7 595 256	9,6	7 117 037	-6,3	7 988 338	12,2	7 918 039	-0,9	9 013 782	13,8	30,1
461	Wesermarsch	5 006 568	5 464 132	9,1	6 082 782	11,3	6 097 709	0,2	6 473 313	6,2	7 064 692	9,1	41,1
462	Wittmund	1 831 463	1 998 551	9,1	2 343 114	17,2	2 583 547	10,3	2 653 398	2,7	2 922 685	10,1	59,6
	4 Weser-Ems	132 088 263	137 084 010	3,8	138 381 339	0,9	144 852 524	4,7	157 068 911	8,4	177 877 319	13,2	34,7
	Niedersachsen insges	425 178 828	435 318 495	2,4	443 293 298	1,8	453 016 439	2,2	477 038 834	5,3	535 205 544	12,2	25,9
	nachrichtl. Landesjug	667 372	698 846		593 435		582 562		607 238		652 570		

Ausgaben und Einnahmen bei der Eingliederungshilfe auf der Grundlage der Abrechnungsdaten aus dem Quotalen System (QS)

örtlicher Träger der Sozialhilfe	2003		2004		2005			2006		
	Netto	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr
	in Euro	in Euro	absolut - € -	relativ -% -	in Euro	absolut - € -	relativ -% -	in Euro	absolut - € -	relativ -% -
Spalte 1	Spalte 4	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 17	Spalte 18	Spalte 19
Ammerland	1.039.955	1.154.939	114.985	11,06	1.146.294	-8.645	-0,75	1.198.256	51.962	4,53
Aurich	2.260.421	2.619.489	359.068	15,89	3.730.840	1.111.350	42,43	4.172.148	441.308	11,83
Braunschweig, Stadt	4.887.050	5.269.253	382.203	7,82	6.004.925	735.672	13,96	5.182.764	-822.161	-13,69
Celle	2.775.999	2.807.511	31.512	1,14	3.553.822	746.311	26,58	3.690.578	136.756	3,85
Cloppenburg	3.871.227	3.695.058	-176.169	-4,55	3.867.363	172.305	4,66	3.772.340	-95.023	-2,46
Cuxhaven	2.945.447	3.368.740	423.293	14,37	3.114.748	-253.992	-7,54	3.468.325	353.576	11,35
Delmenhorst	1.806.317	1.273.167	-533.150	-29,52	2.304.371	1.031.205	81,00	2.390.784	86.413	3,75
Diepholz	5.417.079	5.554.460	137.381	2,54	5.952.427	397.967	7,16	5.095.254	-857.173	-14,40
Emden	1.340.916	1.394.635	53.718	4,01	1.690.427	295.792	21,21	1.886.348	195.921	11,59
Emsland	4.872.310	4.530.366	-341.944	-7,02	4.854.172	323.806	7,15	5.412.244	558.072	11,50
Friesland	1.463.958	1.651.934	187.977	12,84	1.976.654	324.720	19,66	1.890.120	-86.534	-4,38
Gifhorn	1.970.346	2.261.210	290.864	14,76	2.740.270	479.060	21,19	2.725.332	-14.938	-0,55
Goslar	3.135.935	3.308.699	172.764	5,51	3.470.657	161.958	4,89	3.263.004	-207.653	-5,98
Göttingen	4.771.896	5.021.506	249.610	5,23	5.217.328	195.822	3,90	5.810.480	593.152	11,37
Grafschaft Bentheim	1.832.395	1.748.831	-83.564	-4,56	2.126.607	377.776	21,60	2.087.989	-38.618	-1,82
Hameln-Pyrmont	3.269.926	3.701.060	431.134	13,18	3.926.509	225.449	6,09	4.002.562	76.053	1,94
Harburg	4.114.377	4.034.954	-79.423	-1,93	4.288.889	253.935	6,29	4.312.662	23.773	0,55
Helmstedt	2.259.180	2.096.867	-162.313	-7,18	2.334.990	238.123	11,36	2.438.050	103.060	4,41
Hildesheim	4.517.127	4.876.467	359.340	7,96	4.887.879	11.412	0,23	4.989.925	102.046	2,09
Holzminden	1.610.867	1.847.517	236.649	14,69	1.722.007	-125.510	-6,79	1.893.840	171.833	9,98
Leer	1.921.423	2.274.774	353.351	18,39	3.089.056	814.281	35,80	3.736.021	646.965	20,94
Lüchow-Dannenberg	1.343.152	1.528.084	184.933	13,77	1.604.279	76.195	4,99	1.744.153	139.874	8,72
Lüneburg	4.262.935	4.147.068	-115.867	-2,72	3.690.552	-456.515	-11,01	3.622.469	-68.084	-1,84
Nienburg	3.538.198	3.536.266	-1.932	-0,05	3.491.244	-45.021	-1,27	3.764.141	272.897	7,82
Northeim	3.175.506	3.036.599	-138.907	-4,37	3.557.183	520.585	17,14	3.568.043	10.859	0,31
Oldenburg	1.594.762	1.566.243	-28.519	-1,79	1.580.697	14.454	0,92	1.533.223	-47.475	-3,00
Oldenburg, Stadt	3.841.487	3.873.233	31.746	0,83	3.700.353	-172.880	-4,46	4.307.800	607.447	16,42
Osnabrück	6.909.718	6.701.241	-208.477	-3,02	7.855.353	1.154.111	17,22	7.834.991	-20.362	-0,26
Osnabrück, Stadt	3.313.645	3.875.765	562.120	16,96	3.679.695	-196.069	-5,06	3.764.450	84.755	2,30
Osterholz	1.249.960	1.244.814	-5.146	-0,41	1.466.590	221.776	17,82	1.629.538	162.947	11,11
Osterode am Harz	2.140.353	2.366.126	225.773	10,55	2.012.701	-353.425	-14,94	2.058.645	45.944	2,28
Peine	1.966.499	2.311.426	344.927	17,54	2.613.676	302.250	13,08	2.329.410	-284.266	-10,88
Region Hannover	22.738.175	24.479.102	1.740.927	7,66	23.070.872	-1.408.231	-5,75	27.682.154	4.611.282	19,99
Rotenburg (Wümme)	3.267.028	3.302.501	35.473	1,09	3.757.946	455.445	13,79	3.405.883	-352.063	-9,37
Salzgitter	3.202.331	2.905.249	-297.082	-9,28	2.965.451	60.202	2,07	3.225.218	259.767	8,76
Schaumburg	2.824.542	3.131.212	306.671	10,86	3.200.398	69.186	2,21	3.326.449	126.051	3,94
Soltau-Fallingb.ostel	2.046.196	2.248.042	201.846	9,86	2.182.924	-65.118	-2,90	2.346.473	163.549	7,49
Stade	3.014.304	3.840.622	826.317	27,41	2.971.847	-868.775	-22,62	3.431.184	459.337	15,46
Uelzen	1.515.474	1.777.994	262.520	17,32	2.067.128	289.134	16,26	1.977.744	-89.384	-4,32
Vechna	3.832.579	4.398.590	566.011	14,77	4.721.431	322.841	7,34	4.823.532	102.102	2,16
Verden	2.393.745	2.548.170	154.424	6,45	3.022.435	474.265	18,61	3.026.002	3.567	0,12
Wesermarsch	2.229.169	2.526.741	297.572	13,35	2.538.436	11.695	0,46	2.376.461	-161.974	-6,38
Wilhelmshaven	2.305.197	2.244.532	-60.665	-2,63	2.544.079	299.547	13,35	2.621.282	77.203	3,03
Wittmund	1.033.362	987.199	-46.162	-4,47	1.378.740	391.541	39,66	1.171.332	-207.408	-15,04
Wolfenbüttel	2.159.344	2.237.630	78.286	3,63	2.700.029	462.400	20,66	2.786.910	86.881	3,22
Wolfsburg	1.553.723	1.504.207	-49.516	-3,19	1.693.345	189.138	12,57	1.589.801	-103.544	-6,11
Summe	149.535.534	156.810.092	7.274.558	4,86	166.067.619	9.257.527	5,90	173.366.313	7.298.694	4,40

örtlicher Träger der Sozialhilfe	2007			2008			2009		
	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr
	in Euro	absolut - € -	relativ -% -	in Euro	absolut - € -	relativ -% -	in Euro	absolut - € -	relativ -% -
	Spalte 1	Spalte 22	Spalte 23	Spalte 24	Spalte 27	Spalte 28	Spalte 29	Spalte 32	Spalte 33
Ammerland	1.374.907	176.651	14,74	1.558.746	183.839	13,37	1.962.241	403.495	25,89
Aurich	4.578.042	405.894	9,73	4.778.286	200.244	4,37	5.282.939	504.653	10,56
Braunschweig, Stadt	7.297.221	2.114.457	40,80	7.472.331	175.110	2,40	8.616.841	1.144.511	15,32
Celle	4.193.827	503.249	13,64	4.568.583	374.756	8,94	5.008.276	439.693	9,62
Cloppenburg	3.871.092	98.752	2,62	4.176.693	305.601	7,89	4.296.350	119.657	2,86
Cuxhaven	3.832.289	363.965	10,49	4.127.805	295.516	7,71	4.929.158	801.353	19,41
Delmenhorst	2.734.382	343.598	14,37	2.838.360	103.978	3,80	3.229.364	391.004	13,78
Diepholz	5.890.679	795.426	15,61	6.874.590	983.911	16,70	7.269.579	394.989	5,75
Emden	2.185.143	298.795	15,84	2.537.681	352.539	16,13	2.973.417	435.735	17,17
Emsland	6.546.209	1.133.966	20,95	7.370.527	824.318	12,59	9.287.888	1.917.361	26,01
Friesland	2.130.500	240.380	12,72	2.300.062	169.562	7,96	2.736.863	436.801	18,99
Gifhorn	2.767.505	42.173	1,55	2.980.265	212.760	7,69	3.310.896	330.631	11,09
Goslar	3.393.550	130.546	4,00	4.228.409	834.859	24,60	4.820.997	592.588	14,01
Göttingen	6.689.955	879.475	15,14	7.576.900	886.945	13,26	8.071.686	494.786	6,53
Grafschaft Bentheim	2.297.987	209.998	10,06	2.541.508	243.521	10,60	2.982.763	441.255	17,36
Hameln-Pyrmont	4.339.648	337.086	8,42	4.591.285	251.637	5,80	4.983.291	392.005	8,54
Harburg	4.712.826	400.164	9,28	4.918.407	205.581	4,36	5.574.469	656.063	13,34
Helmstedt	2.843.677	405.627	16,64	2.615.467	-228.210	-8,03	3.248.683	633.215	24,21
Hildesheim	6.080.683	1.090.758	21,86	7.324.568	1.243.885	20,46	8.418.867	1.094.299	14,94
Holzminden	1.769.701	-124.139	-6,55	2.238.807	469.106	26,51	2.143.480	-95.327	-4,26
Leer	4.106.041	370.020	9,90	4.609.976	503.935	12,27	5.381.293	771.316	16,73
Lüchow-Dannenberg	1.854.862	110.709	6,35	1.796.919	-57.942	-3,12	2.076.697	279.777	15,57
Lüneburg	3.458.428	-164.041	-4,53	3.699.055	240.627	6,96	4.314.023	614.969	16,63
Nienburg	4.237.387	473.245	12,57	4.136.425	-100.962	-2,38	4.971.884	835.459	20,20
Northeim	3.706.822	138.779	3,89	4.303.262	596.440	16,09	4.918.867	615.605	14,31
Oldenburg	1.584.727	51.504	3,36	1.752.671	167.944	10,60	2.071.611	318.940	18,20
Oldenburg, Stadt	4.285.093	-22.707	-0,53	4.538.167	253.075	5,91	4.744.513	206.346	4,55
Osnabrück	7.883.045	48.054	0,61	8.253.255	370.210	4,70	9.222.725	969.470	11,75
Osnabrück, Stadt	4.474.377	709.927	18,86	4.612.641	138.265	3,09	5.068.682	456.041	9,89
Osterholz	2.024.666	395.129	24,25	2.527.368	502.702	24,83	3.150.820	623.452	24,67
Osterode am Harz	1.900.977	-157.667	-7,66	2.268.808	367.830	19,35	2.276.277	7.469	0,33
Peine	2.517.527	188.118	8,08	3.290.419	772.891	30,70	3.531.331	240.912	7,32
Region Hannover	29.135.118	1.452.964	5,25	29.397.306	262.189	0,90	32.629.328	3.232.022	10,99
Rotenburg (Wümme)	3.741.069	335.187	9,84	4.463.117	722.047	19,30	5.067.297	604.180	13,54
Salzgitter	3.233.925	8.707	0,27	3.327.037	93.112	2,88	3.906.838	579.801	17,43
Schaumburg	3.253.780	-72.669	-2,18	3.936.691	682.911	20,99	5.029.986	1.093.295	27,77
Soltau-Fallingb.ostel	2.593.004	246.530	10,51	2.790.083	197.079	7,60	3.639.084	849.001	30,43
Stade	3.166.733	-264.451	-7,71	3.401.164	234.431	7,40	4.027.407	626.243	18,41
Uelzen	2.442.107	464.363	23,48	2.656.405	214.298	8,78	2.983.385	326.981	12,31
Vechna	5.167.582	344.050	7,13	5.641.094	473.512	9,16	5.793.999	152.905	2,71
Verden	3.222.306	196.304	6,49	3.401.468	179.163	5,56	3.850.016	448.547	13,19
Wesermarsch	2.429.081	52.620	2,21	2.778.612	349.531	14,39	3.062.699	284.087	10,22
Wilhelmshaven	3.236.124	614.842	23,46	3.611.985	375.861	11,61	3.915.758	303.773	8,41
Wittmund	1.327.690	156.357	13,35	1.507.185	179.495	13,52	1.731.508	224.324	14,88
Wolfenbüttel	2.879.597	92.686	3,33	2.989.146	109.550	3,80	3.678.416	689.270	23,06
Wolfsburg	1.970.727	380.926	23,96	1.925.151	-45.576	-2,31	2.046.618	121.467	6,31
Summe	189.362.618	15.996.304	9,23	205.234.690	15.872.073	8,38	232.239.109	27.004.419	13,16

Übersicht Ausgabenentwicklung Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 - 2009

Kommune	Ausgaben	Ausgaben	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Ausgaben	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Ausgaben	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Ausgaben	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Ausgaben	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr	Ausgaben	Verändg. zum Vorjahr	Verändg. zum Vorjahr
	€	€	absolut - € -	relativ - % -	€	absolut - € -	relativ - % -	€	absolut - € -	relativ - % -	€	absolut - € -	relativ - % -	€	absolut - € -	relativ - % -	€	absolut - € -	relativ - % -
	2003	2004			2005			2006			2007			2008			2009		
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15	Spalte 16	Spalte 17	Spalte 18	Spalte 19	Spalte 20
Braunschweig, Stadt	3.700.990	14.531.050	10.830.060	292,63	10.911.348	-3.619.702	-24,91	11.818.516	907.168	8,31	12.515.691	697.175	5,90	13.431.464	915.773	7,32	14.113.204	681.740	5,08
Salzgitter, Stadt	3.968.225	3.355.854	-612.371	-15,43	4.305.539	949.685	28,30	4.951.190	645.651	15,00	6.452.538	1.501.348	30,32	4.936.455	-1.516.083	-23,50	5.032.890	96.435	1,95
Wolfsburg, Stadt	1.758.497	2.131.973	373.476	21,24	2.389.435	257.462	12,08	2.749.236	359.801	15,06	3.305.374	556.138	20,23	3.416.291	110.917	3,36	3.793.506	377.215	11,04
Gifhorn	2.074.162	3.134.616	1.060.454	51,13	3.227.922	93.306	2,98	3.612.458	384.536	11,91	3.931.727	319.269	8,84	4.033.845	102.118	2,60	4.176.771	142.926	3,54
Göttingen	6.299.270	9.040.221	2.740.951	43,51	8.798.190	-242.031	-2,68	9.801.499	1.003.309	11,40	11.165.062	1.363.563	13,91	12.652.044	1.486.982	13,32	12.931.042	278.998	2,21
Goslar	2.129.638	4.968.702	2.837.064	133,22	5.008.909	42.207	0,85	4.878.337	-130.572	-2,61	5.389.359	511.022	10,48	5.848.105	458.746	8,51	6.998.970	1.150.865	19,68
Helmstedt	738.418	3.303.578	2.565.160	347,39	3.322.922	19.344	0,59	2.826.670	-496.252	-14,93	2.965.284	138.614	4,90	3.100.202	134.918	4,55	3.382.461	282.259	9,10
Northeim	977.877	4.999.772	4.021.895	411,29	3.575.487	-1.424.285	-28,49	4.330.675	755.188	21,12	4.924.359	593.684	13,71	5.206.787	282.428	5,74	5.609.523	402.736	7,73
Osterode am Harz	1.546.329	2.484.904	938.575	60,70	2.331.080	-153.824	-6,19	2.653.236	322.156	13,82	3.045.530	392.294	14,79	3.591.964	546.434	17,94	3.446.636	-145.328	-4,05
Peine	2.082.021	3.295.434	1.213.413	58,28	2.836.121	-459.313	-13,94	3.085.324	249.203	8,79	3.365.882	280.558	9,09	3.585.598	219.716	6,53	3.951.939	366.341	10,22
Wolfenbüttel	2.716.620	3.452.203	735.583	27,08	3.092.960	-359.243	-10,41	3.593.843	500.883	16,19	3.865.315	271.472	7,55	4.093.827	228.512	5,91	4.271.274	177.447	4,33
Region Hannover	12.212.805	71.103.035	58.890.230	482,20	61.322.146	-9.780.889	-13,76	61.674.253	352.107	0,57	66.225.333	4.551.080	7,38	70.197.924	3.972.591	6,00	74.852.756	4.654.832	6,63
Diepholz	4.037.273	5.303.753	1.266.480	31,37	5.210.966	-92.787	-1,75	5.851.924	640.958	12,30	6.298.986	447.062	7,64	6.795.237	496.251	7,88	7.263.354	468.117	6,89
Hamelnd-Pyrmont	4.605.879	6.598.489	1.992.610	43,26	6.619.840	21.351	0,32	6.678.712	58.872	0,89	7.624.526	945.814	14,16	7.674.090	49.564	0,65	8.112.856	438.766	5,72
Hildesheim	3.414.485	9.693.301	6.278.816	183,89	11.959.887	2.266.586	23,38	17.035.919	5.076.032	42,44	11.554.311	-5.481.608	-32,18	12.964.871	1.410.560	12,21	14.315.458	1.350.587	10,42
Holzminde	1.722.210	2.163.482	441.272	25,62	2.108.343	-55.139	-2,55	2.651.754	543.411	25,77	3.090.424	438.670	16,54	3.362.937	272.513	8,82	3.535.982	173.045	5,15
Nienburg (Weser)	1.779.450	4.541.882	2.762.432	155,24	4.247.109	-294.773	-6,49	4.663.306	416.221	9,80	4.967.147	283.817	6,09	5.335.871	388.724	7,86	5.411.321	75.450	1,41
Schaumburg	3.698.486	4.065.794	367.308	9,93	4.283.334	217.540	5,35	4.897.794	614.460	14,35	5.087.803	190.009	3,88	5.483.552	395.749	7,78	6.015.785	532.233	9,71
Celle	4.440.017	6.192.657	1.752.640	39,47	5.726.855	-465.802	-7,52	6.255.336	528.481	9,23	6.656.256	400.920	6,41	7.335.172	678.916	10,20	7.554.570	219.398	2,99
Cuxhaven	2.360.883	3.754.060	1.393.177	59,01	4.726.082	972.022	25,89	4.648.595	-77.487	-1,64	5.459.201	810.606	17,44	5.058.993	-400.208	-7,33	6.062.688	1.003.695	19,84
Harburg	1.471.289	6.511.548	5.040.259	342,57	4.719.476	-1.792.072	-27,52	5.328.906	609.430	12,91	5.811.120	482.214	9,05	6.614.443	803.323	13,82	7.249.838	635.395	9,61
Lüchow-Dannenberg	1.040.420	1.158.946	118.526	11,39	1.218.104	59.158	5,10	1.501.798	283.694	23,29	1.636.607	134.809	8,98	1.734.992	98.385	6,01	1.861.256	126.264	7,28
Lüneburg	2.034.938	1.640.605	-394.333	-19,38	6.461.746	4.821.141	293,86	6.250.857	-210.889	-3,26	6.231.615	-19.242	-0,31	7.624.767	1.393.152	22,36	7.655.035	30.268	0,40
Osterholz	1.971.708	2.240.309	268.601	13,62	1.900.026	-340.283	-15,19	2.059.859	159.833	8,41	2.190.991	131.132	6,37	2.229.521	38.530	1,76	2.418.280	188.759	8,47
Rotenburg (Wümme)	1.135.583	4.557.586	3.422.003	301,34	3.686.121	-871.465	-19,12	3.761.268	75.147	2,04	3.849.685	88.417	2,35	4.166.157	316.472	8,22	4.298.839	132.682	3,18
Soi tau Fallingb. ostel	2.633.020	4.009.639	1.376.619	52,28	2.880.509	-1.129.130	-28,16	3.621.374	740.865	25,72	3.950.767	329.393	9,10	3.956.263	5.496	0,14	3.847.767	-108.496	-2,74
Stade	1.487.103	4.244.775	2.757.672	185,44	4.250.301	5.526	0,13	4.882.737	632.436	14,88	5.670.969	788.232	16,14	6.357.590	686.621	12,11	6.334.339	-23.251	-0,37
Uelzen	2.085.851	2.538.981	453.130	21,72	2.235.170	-303.811	-11,97	2.265.256	30.086	1,35	2.949.928	684.672	30,22	3.086.154	136.226	4,62	3.485.951	399.797	12,95
Verden	1.839.733	3.425.499	1.585.766	86,20	2.665.603	-759.896	-22,18	2.885.561	217.958	8,18	3.046.453	162.892	5,65	3.452.388	405.935	13,32	4.070.145	617.757	17,89
Delmenhorst, Stadt	2.937.498	3.045.045	107.547	3,66	3.710.916	665.871	21,87	4.407.431	696.515	18,77	4.434.544	27.113	0,62	5.178.448	743.904	16,78	5.143.311	-35.137	-0,68
Emden, Stadt	1.023.276	2.049.238	1.025.962	100,26	1.855.491	-193.747	-9,45	1.927.525	72.034	3,88	2.250.043	322.518	16,73	2.453.481	203.438	9,04	2.800.778	347.297	14,16
Oldenburg, Stadt	4.078.111	5.617.160	1.539.049	37,74	7.915.634	2.298.474	40,92	7.972.822	57.188	0,72	6.634.383	-1.338.439	-16,79	8.531.774	1.897.391	28,60	9.160.144	628.370	7,37
Osnabrück, Stadt	7.605.064	8.931.472	1.326.408	17,44	9.912.774	981.302	10,99	10.394.596	481.822	4,86	11.350.084	955.488	9,19	12.193.996	843.912	7,44	12.640.287	446.291	3,66
Wilhelmshaven, Stadt	2.820.978	3.492.742	671.764	23,81	3.862.088	369.346	10,57	4.348.664	486.576	12,60	4.790.240	441.576	10,15	4.967.731	177.491	3,71	5.398.951	431.220	8,68
Ammerland	2.086.029	2.356.420	270.391	12,96	2.063.107	-293.313	-12,45	2.338.092	274.985	13,33	2.525.997	187.905	8,04	2.897.358	371.361	14,70	3.285.304	387.946	13,39
Aurich	4.053.614	4.807.521	753.907	18,60	7.175.855	2.368.334	49,26	4.958.224	-2.217.631	-30,90	5.479.592	521.368	10,52	5.726.029	246.437	4,50	6.743.537	1.017.508	17,77
Cloppenburg	2.660.395	3.620.491	960.096	36,09	3.548.008	-72.483	-2,00	3.840.512	292.504	8,24	3.952.204	111.692	2,91	4.427.719	475.515	12,03	4.473.270	45.551	1,03
Emsland	4.875.937	6.977.281	2.101.344	43,10	6.546.699	-430.582	-6,17	8.447.102	1.900.403	29,03	7.502.247	-944.855	-11,19	8.346.856	844.609	11,26	8.777.747	430.891	5,16
Friesland	2.241.910	2.479.643	237.733	10,60	2.046.691	-432.952	-17,46	2.134.539	87.848	4,29	1.854.620	-279.919	-13,11	2.356.433	501.813	27,06	3.024.961	668.528	28,37
Grafschaft Bentheim	2.067.664	3.159.323	1.091.659	52,80	3.504.541	345.218	10,93	3.139.892	-364.649	-10,41	3.746.970	607.078	19,33	3.490.923	-256.047	-6,83	3.965.377	474.454	13,59
Leer	2.982.437	4.471.327	1.488.890	49,92	4.550.249	78.922	1,77	4.746.028	195.779	4,30	5.097.165	351.137	7,40	5.440.983	343.818	6,75	5.593.861	152.878	2,81
Oldenburg	2.229.741	2.373.668	143.927	6,45	2.533.317	159.649	6,73	2.736.434	203.117	8,02	3.038.435	302.001	11,04	3.529.328	490.893	16,16	3.874.364	345.036	9,78
Osnabrück	5.327.705	8.097.900	2.770.195	52,00	7.258.300	-839.600	-10,37	7.461.277	202.977	2,80	8.599.496	1.138.219	15,26	8.639.893	40.397	0,47	9.010.443	370.550	4,29
Vechta	1.646.742	2.765.671	1.118.929	67,95	2.427.675	-337.996	-12,22	2.897.252	469.577	19,34	2.991.002	93.750	3,24	3.202.629	211.627	7,08	3.485.332	282.703	8,83
Wesermarsch	1.856.081	3.079.829	1.223.748	65,93	2.614.859	-464.970	-15,10	2.812.005	197.146	7,54	2.868.245	56.240	2,00	3.136.173	267.928	9,34	3.520.787	384.614	12,26
Wittmund	1.180.821	1.281.320	100.499	8,51	1.441.927	160.607	12,53	1.585.057	143.130	9,93	1.691.426	106.369	6,71	1.733.908	42.482	2,51	1.825.742	91.834	5,30
Kommunen insgesamt	133.637.183	267.046.699	133.409.516	99,83	258.989.662	-8.057.037	-3,02	277.361.669	18.372.007	7,09	292.014.936	14.653.267	5,28	313.581.166	21.566.230	7,39			

Ausgaben und Einnahmen bei der Hilfe zur Pflege auf der Grundlage der Abrechnungsdaten aus dem Quotalen System (QS)

örtliche Träger der Sozialhilfe Spalte 1	2003	2004			2005		
	Netto	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr
	in Euro Spalte 4	in Euro Spalte 7	absolut - € - Spalte 8	relativ -% - Spalte 9	in Euro Spalte 12	absolut - € - Spalte 13	relativ -% - Spalte 14
Ammerland	1.435.873	2.235.878	800.005	55,72	1.986.934	-248.944	-11,13
Aurich	2.675.850	4.225.627	1.549.776	57,92	4.083.748	-141.879	-3,36
Braunschweig, Stadt	6.005.751	8.395.856	2.390.105	39,80	9.775.955	1.380.099	16,44
Celle	1.664.092	5.162.351	3.498.259	210,22	5.450.679	288.328	5,59
Cloppenburg	1.971.323	2.514.531	543.208	27,56	2.921.887	407.356	16,20
Cuxhaven	2.795.423	4.901.042	2.105.620	75,32	5.567.882	666.839	13,61
Delmenhorst	1.152.122	1.938.338	786.216	68,24	1.545.546	-392.793	-20,26
Diepholz	2.304.416	4.143.030	1.838.613	79,79	4.323.299	180.269	4,35
Emden	1.212.594	2.397.651	1.185.056	97,73	2.095.703	-301.947	-12,59
Emsland	3.252.735	4.748.422	1.495.687	45,98	4.642.069	-106.353	-2,24
Friesland	1.249.061	1.788.089	539.028	43,15	1.675.237	-112.852	-6,31
Gifhorn	2.362.225	3.324.435	962.210	40,73	3.703.612	379.177	11,41
Goslar	3.073.140	5.668.658	2.595.517	84,46	6.002.285	333.627	5,89
Göttingen	5.333.983	8.298.207	2.964.224	55,57	9.996.698	1.698.491	20,47
Grafschaft Bentheim	1.394.752	2.412.215	1.017.464	72,95	2.445.023	32.808	1,36
Hamelnd-Pyrmont	3.729.140	6.317.011	2.587.871	69,40	6.785.476	468.465	7,42
Harburg	2.348.706	3.942.999	1.594.293	67,88	4.814.650	871.652	22,11
Helmstedt	2.578.272	3.517.773	939.501	36,44	3.147.692	-370.081	-10,52
Hildesheim	4.738.204	7.830.779	3.092.575	65,27	8.963.586	1.132.808	14,47
Holz Minden	1.816.116	3.397.442	1.581.326	87,07	3.236.598	-160.845	-4,73
Leer	2.818.995	3.882.689	1.063.693	37,73	3.060.011	-822.678	-21,19
Lüchow-Dannenberg	666.041	1.045.634	379.593	56,99	1.302.108	256.474	24,53
Lüneburg	1.699.514	3.471.917	1.772.403	104,29	3.506.378	34.462	0,99
Nienburg	2.279.946	3.437.891	1.157.945	50,79	3.347.089	-90.802	-2,64
Northheim	2.427.365	4.025.343	1.597.978	65,83	4.286.277	260.934	6,48
Oldenburg	1.066.970	1.644.426	577.456	54,12	1.809.426	164.999	10,03
Oldenburg, Stadt	3.696.103	5.078.614	1.382.511	37,40	5.732.188	653.574	12,87
Osnabrück	4.854.576	7.396.610	2.542.034	52,36	8.266.547	869.938	11,76
Osnabrück, Stadt	4.889.074	7.298.085	2.409.012	49,27	6.736.175	-561.910	-7,70
Osterholz	1.228.001	1.950.171	722.170	58,81	2.190.288	240.118	12,31
Osterode am Harz	1.307.792	2.695.130	1.387.339	106,08	2.763.400	68.269	2,53
Peine	1.707.029	3.340.242	1.633.213	95,68	3.420.928	80.686	2,42
Region Hannover	35.636.245	50.029.700	14.393.455	40,39	47.307.087	-2.722.613	-5,44
Rotenburg (Wümme)	1.398.370	2.401.376	1.003.006	71,73	2.672.986	271.610	11,31
Salzgitter	2.653.534	5.228.743	2.575.209	97,05	6.561.588	1.332.845	25,49
Schaumburg	3.601.341	5.371.582	1.770.240	49,16	4.530.056	-841.526	-15,67
Sothau-Fallingbostel	2.220.806	3.513.123	1.292.318	58,19	3.612.799	99.676	2,84
Stade	1.766.816	3.295.686	1.528.870	86,53	3.389.887	94.202	2,86
Uelzen	1.836.953	2.786.100	949.147	51,67	2.696.109	-89.991	-3,23
Vechta	1.628.006	2.409.551	781.546	48,01	2.325.988	-83.564	-3,47
Verden	1.902.112	3.083.387	1.181.275	62,10	3.247.135	163.748	5,31
Wesermarsch	1.466.159	2.302.884	836.724	57,07	2.240.705	-62.179	-2,70
Wilhelmshaven	1.755.426	2.419.207	663.781	37,81	2.396.344	-22.863	-0,95
Wittmund	739.534	1.155.567	416.033	56,26	1.050.593	-104.974	-9,08
Wolfenbüttel	2.154.850	3.712.629	1.557.779	72,29	3.886.725	174.096	4,69
Wolfsburg	1.097.034	2.257.964	1.160.930	105,82	2.055.195	-202.769	-8,98
Summe	141.592.369	222.394.582	80.802.212	57,07	227.558.569	5.163.987	2,32

örtliche Träger der Sozialhilfe	2006			2007			2008			2009		
	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Netto	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr
	in Euro	absolut - € -	relativ -% -	in Euro	absolut - € -	relativ -% -	in Euro	absolut - € -	relativ -% -	in Euro	absolut - € -	relativ -% -
Spalte 1	Spalte 17	Spalte 18	Spalte 19	Spalte 22	Spalte 23	Spalte 24	Spalte 27	Spalte 28	Spalte 29	Spalte 32	Spalte 33	Spalte 34
Ammerland	1.884.256	-102.678	-5,17	2.130.741	246.485	13,08	2.010.056	-120.685	-5,66	1.895.036	-115.020	-5,72
Aurich	3.535.380	-548.367	-13,43	3.683.919	148.538	4,20	3.109.929	-573.990	-15,58	3.106.200	-3.729	-0,12
Braunschweig, Stadt	7.901.321	-1.874.634	-19,18	7.910.024	8.703	0,11	7.322.984	-587.041	-7,42	7.545.368	222.384	3,04
Celle	4.669.131	-781.548	-14,34	5.436.039	766.909	16,43	5.531.327	95.288	1,75	5.136.355	-394.972	-7,14
Cloppenburg	1.911.873	-1.010.014	-34,57	1.829.788	-82.084	-4,29	2.069.076	239.287	13,08	1.985.119	-83.957	-4,06
Cuxhaven	3.907.004	-1.660.878	-29,83	4.434.595	527.591	13,50	4.414.263	-20.332	-0,46	4.388.211	-26.052	-0,59
Delmenhorst	1.847.335	301.790	19,53	1.995.562	148.227	8,02	1.912.912	-82.650	-4,14	2.099.073	186.160	9,73
Diepholz	2.859.648	-1.463.651	-33,85	3.730.400	870.752	30,45	3.749.929	19.530	0,52	3.249.243	-500.686	-13,35
Emden	1.574.213	-521.490	-24,88	1.477.368	-96.845	-6,15	1.482.861	5.493	0,37	1.392.078	-90.783	-6,12
Emsland	4.144.098	-497.971	-10,73	4.239.399	95.301	2,30	4.558.858	319.459	7,54	4.675.401	116.542	2,56
Friesland	1.710.136	34.899	2,08	1.492.271	-217.864	-12,74	1.651.547	159.275	10,67	1.582.264	-69.283	-4,20
Gifhorn	3.177.617	-525.995	-14,20	3.120.359	-57.258	-1,80	2.667.901	-452.458	-14,50	2.855.064	187.163	7,02
Goslar	5.281.150	-721.135	-12,01	5.299.262	18.113	0,34	5.282.640	-16.622	-0,31	5.632.837	350.197	6,63
Göttingen	7.309.931	-2.686.767	-26,88	8.011.005	701.074	9,59	8.464.674	453.669	5,66	8.352.180	-112.495	-1,33
Grafschaft Bentheim	2.302.340	-142.683	-5,84	3.068.118	765.778	33,26	2.988.964	-79.154	-2,58	3.276.089	287.125	9,61
Hamelnd-Pyrmont	5.899.978	-885.498	-13,05	5.971.909	71.931	1,22	6.315.853	343.944	5,76	6.482.939	167.086	2,65
Harburg	3.676.128	-1.138.523	-23,65	4.347.524	671.396	18,26	4.643.952	296.428	6,82	4.345.339	-298.613	-6,43
Helmstedt	2.824.703	-322.989	-10,26	2.979.704	155.002	5,49	2.693.822	-285.883	-9,59	2.765.610	71.788	2,66
Hildesheim	5.389.803	-3.573.784	-39,87	5.774.238	384.435	7,13	7.010.173	1.235.936	21,40	7.171.127	160.954	2,30
Holzminde	2.521.803	-714.795	-22,08	2.667.891	146.088	5,79	2.672.334	4.443	0,17	2.608.411	-63.922	-2,39
Leer	3.115.785	55.775	1,82	3.333.530	217.745	6,99	3.351.673	18.143	0,54	3.499.697	148.023	4,42
Lüchow-Dannenberg	929.580	-372.528	-28,61	952.935	23.356	2,51	1.110.445	157.510	16,53	1.214.657	104.212	9,38
Lüneburg	2.890.386	-615.992	-17,57	2.894.159	3.773	0,13	3.367.775	473.616	16,36	3.232.301	-135.475	-4,02
Nienburg	3.240.922	-106.166	-3,17	3.516.425	275.503	8,50	3.747.740	231.315	6,58	3.854.884	107.144	2,86
Northeim	3.432.835	-853.442	-19,91	4.095.174	662.339	19,29	3.974.489	-120.685	-2,95	3.843.361	-131.127	-3,30
Oldenburg	1.506.445	-302.980	-16,74	1.790.227	283.782	18,84	1.831.004	40.777	2,28	1.898.605	67.601	3,69
Oldenburg, Stadt	3.854.206	-1.877.982	-32,76	4.085.648	231.443	6,00	4.157.053	71.405	1,75	4.036.370	-120.683	-2,90
Osnabrück	7.966.373	-300.174	-3,63	7.728.429	-237.944	-2,99	8.444.978	716.549	9,27	7.978.784	-466.194	-5,52
Osnabrück, Stadt	6.563.023	-173.152	-2,57	6.467.403	-95.620	-1,46	6.101.652	-365.751	-5,66	6.167.698	66.046	1,08
Osterholz	1.898.974	-291.314	-13,30	1.963.525	64.551	3,40	1.739.904	-223.621	-11,39	1.780.312	40.408	2,32
Osterode am Harz	2.420.469	-342.931	-12,41	2.599.448	178.979	7,39	2.388.386	-211.063	-8,12	2.494.972	106.586	4,46
Peine	2.936.202	-484.726	-14,17	2.950.957	14.755	0,50	2.610.814	-340.143	-11,53	2.500.358	-110.456	-4,23
Region Hannover	48.824.039	1.516.953	3,21	49.823.881	999.842	2,05	51.165.862	1.341.981	2,69	51.005.250	-160.612	-0,31
Rotenburg (Wümme)	2.051.322	-621.664	-23,26	2.357.817	306.495	14,94	2.480.758	122.942	5,21	2.355.353	-125.405	-5,06
Salzgitter	2.295.117	-4.266.471	-65,02	4.642.073	2.346.956	102,26	4.122.371	-519.702	-11,20	4.318.470	196.100	4,76
Schaumburg	4.489.415	-40.641	-0,90	4.440.221	-49.194	-1,10	4.299.226	-140.995	-3,18	4.508.413	209.187	4,87
Soltau-Fallingb.ostel	2.809.632	-803.168	-22,23	3.186.630	376.998	13,42	3.202.687	16.058	0,50	3.096.438	-106.250	-3,32
Stade	2.985.259	-404.629	-11,94	3.298.630	313.371	10,50	3.275.476	-23.154	-0,70	3.123.543	-151.933	-4,64
Uelzen	2.345.358	-350.751	-13,01	2.825.631	480.273	20,48	2.338.108	-487.523	-17,25	2.207.060	-131.048	-5,60
Vechta	2.225.897	-100.091	-4,30	1.972.087	-253.810	-11,40	2.194.940	222.853	11,30	2.217.610	22.670	1,03
Verden	2.168.159	-1.078.976	-33,23	2.110.580	-57.579	-2,66	2.042.130	-68.449	-3,24	1.999.324	-42.806	-2,10
Wesermarsch	2.010.196	-230.509	-10,29	3.200.293	1.190.097	59,20	1.941.520	-1.258.773	-39,33	1.896.898	-44.622	-2,30
Wilhelmshaven	1.752.814	-643.530	-26,85	1.894.591	141.777	8,09	2.404.849	510.257	26,93	2.270.283	-134.566	-5,60
Wittmund	1.035.263	-15.330	-1,46	1.043.464	8.201	0,79	1.035.404	-8.060	-0,77	1.098.105	62.700	6,06
Wolfenbüttel	3.371.796	-514.929	-13,25	3.409.584	37.788	1,12	3.277.018	-132.566	-3,89	3.161.199	-115.819	-3,53
Wolfsburg	1.765.774	-289.421	-14,08	1.878.648	112.874	6,39	1.939.917	61.269	3,26	2.114.841	174.924	9,02
Summe	195.213.089	-32.345.479	-14,21	208.062.109	12.849.019	6,58	209.100.235	1.038.126	0,50	208.418.729	-681.506	-0,33



Entwicklung der Realsteuerhebesätze ¹⁾ 2003 bis 2009 nach Einwohnergrößenklassen

- Ergebnisse des Realsteuervergleichs -

mit ... bis unter ... Einwohnern	Hebesatz Grundsteuer A in %							Hebesatz Grundsteuer B in %							Hebesatz Gewerbesteuer in %						
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Kreisfreie Städte																					
200.000 - 500.000	320	320	320	320	320	320	320	450	450	450	450	450	450	450	450	450	450	450	450	450	450
100.000 - 200.000	301	319	320	319	319	322	317	410	422	422	422	422	422	422	392	394	394	398	412	398	388
50.000 - 100.000	354	356	365	364	355	356	354	410	408	415	415	415	415	415	410	408	408	404	406	409	409
Kreisfreie Städte zus.	315	328	331	330	328	330	327	420	426	427	428	427	428	428	403	409	407	410	420	411	402
Kreisangehörige Gemeinden																					
200.000 und mehr	530	530	530	530	530	530	530	530	530	530	530	530	530	530	460	460	460	460	460	460	460
100.000 - 200.000	397	395	396	392	427	425	427	467	467	468	467	491	492	491	421	420	420	421	421	425	420
50.000 - 100.000	297	305	308	309	308	307	308	366	376	380	379	386	385	385	360	370	372	380	378	376	374
20.000 - 50.000	328	334	338	338	340	341	344	342	347	352	353	356	356	359	355	358	359	362	362	364	363
10.000 - 20.000	329	334	336	338	338	340	341	328	331	336	337	338	340	341	334	335	335	337	338	338	342
5.000 - 10.000	328	332	337	338	338	338	339	329	333	338	340	343	343	344	326	329	335	333	333	337	341
3.000 - 5.000	327	335	338	339	339	341	347	325	332	337	339	341	344	351	325	328	336	336	336	337	342
0 - 3.000	333	338	344	346	346	348	352	324	329	335	337	339	340	343	325	327	331	329	329	330	334
Kreisangehörige Gemeinden zus.	330	335	339	340	341	342	345	360	365	368	369	372	373	374	360	365	369	370	370	371	369
Gemeinden zus.	329	335	339	340	341	342	344	368	373	376	377	380	381	382	366	371	375	376	377	378	374

1) Gewogene Durchschnittshebesätze.

Kreisumlage 2003 bis 2009

- Ergebnisse der Vierteljährlichen Kassenstatistik -

Schl	Name	Kreisumlage													
		2003	2004	Veränd. z. Vorj.	2005	Veränd. z. Vorj.	2006	Veränd. z. Vorj.	2007	Veränd. z. Vorj.	2008	Veränd. z. Vorj.	2009	Veränd. z. Vorj.	
		Euro	Euro	%	Euro	%									
151000	Gifhorn	50.477.660	50.867.664	0,8	54.717.696	7,6	54.798.432	0,1	60.252.016	10,0	57.144.104	-5,2	58.241.752	1,9	
152000	Göttingen	71.568.423	82.849.833	15,8	78.498.240	-5,3	81.216.888	3,5	94.514.240	16,4	102.140.600	8,1	113.345.752	11,0	
153000	Goslar	44.261.856	44.702.679	1,0	45.098.841	0,9	47.081.000	4,4	51.524.344	9,4	53.721.544	4,3	58.230.384	8,4	
154000	Helmstedt	29.351.813	31.559.438	7,5	27.467.323	-13,0	28.972.058	5,5	32.512.333	12,2	35.315.846	8,6	41.018.353	16,1	
155000	Northheim	39.853.557	44.620.622	12,0	41.692.000	-6,6	44.458.688	6,6	49.139.959	10,5	51.694.908	5,2	57.243.912	10,7	
156000	Osterode am Harz	23.842.002	23.697.840	-0,6	23.965.795	1,1	27.226.564	13,6	30.516.962	12,1	34.135.842	11,9	32.270.286	-5,5	
157000	Peine	41.259.208	41.174.788	-0,2	41.348.116	0,4	41.372.064	0,1	48.772.575	17,9	53.356.360	9,4	58.167.191	9,0	
158000	Wolfenbüttel	36.848.344	37.451.093	1,6	38.508.586	2,8	39.338.765	2,2	45.108.210	14,7	47.110.352	4,4	50.956.144	8,2	
1	Braunschweig	337.462.863	356.923.957	5,8	351.296.597	-1,6	364.464.459	3,7	412.340.639	13,1	434.619.556	5,4	469.473.774	8,0	
241000	Region Hannover	392.551.224	408.899.072	4,2	428.311.088	4,7	449.045.649	4,8	527.492.885	17,5	555.253.296	5,3	626.297.856	12,8	
251000	Diepholz	61.668.520	63.941.616	3,7	65.766.816	2,9	69.154.808	5,2	83.003.768	20,0	95.842.656	15,5	95.574.320	-0,3	
252000	Hamelnd-Pyrmont	49.665.395	47.884.715	-3,6	48.834.146	2,0	52.767.532	8,1	54.761.648	3,8	60.009.873	9,6	63.081.880	5,1	
254000	Hildesheim	90.620.479	117.486.026	29,6	91.475.311	-22,1	100.995.598	10,4	116.259.983	15,1	120.790.413	3,9	130.342.515	7,9	
255000	Holzwinden	21.353.255	20.255.424	-5,1	21.364.912	5,5	21.323.536	-0,2	25.691.993	20,5	27.076.281	5,4	33.772.760	24,7	
256000	Nienburg (Weser)	37.129.586	36.505.048	-1,7	36.336.320	-0,5	39.205.016	7,9	44.615.072	13,8	46.922.312	5,2	48.961.424	4,3	
257000	Schaumburg	45.378.726	45.187.576	-0,4	46.132.648	2,1	47.953.188	3,9	54.082.820	12,8	57.219.784	5,8	63.155.996	10,4	
2	Hannover	698.367.185	740.159.477	6,0	738.221.241	-0,3	780.445.327	5,7	905.908.169	16,1	963.114.615	6,3	1.061.186.751	10,2	
351000	Celle	53.696.039	55.354.560	3,1	56.542.204	2,1	58.407.464	3,3	66.655.496	14,1	71.802.196	7,7	79.067.044	10,1	
352000	Cuxhaven	55.205.416	55.357.280	0,3	56.687.976	2,4	59.013.616	4,1	66.642.048	12,9	69.965.592	5,0	76.562.776	9,4	
353000	Harburg	64.522.736	67.696.432	4,9	73.842.640	9,1	76.850.938	4,1	82.815.640	7,8	94.827.280	14,5	97.649.544	3,0	
354000	Lüchow-Dannenberg	13.212.168	13.519.400	2,3	14.997.512	10,9	15.612.483	4,1	19.093.008	22,3	19.803.760	3,7	21.073.576	6,4	
355000	Lüneburg	51.589.672	51.883.580	0,6	53.912.904	3,9	57.272.708	6,2	64.683.000	12,9	68.050.476	5,2	75.808.100	11,4	
356000	Osterholz	30.817.053	30.264.304	-1,8	30.122.167	-0,5	31.406.922	4,3	37.015.000	17,9	38.941.847	5,2	42.557.966	9,3	
357000	Rotenburg (Wümme)	43.970.288	45.331.088	3,1	46.969.048	3,6	48.584.696	3,4	56.717.792	16,7	59.382.600	4,7	59.456.800	0,1	
358000	Soltau-Fallingbostel	49.814.025	45.008.556	-9,6	44.362.020	-1,4	45.846.992	3,3	51.878.280	13,2	55.011.912	6,0	58.023.624	5,5	
359000	Stade	56.900.096	76.568.536	34,6	59.883.152	-21,8	63.106.112	5,4	72.001.584	14,1	77.281.608	7,3	83.619.112	8,2	
360000	Uelzen	27.513.701	27.303.452	-0,8	27.606.696	1,1	28.599.479	3,6	33.620.634	17,6	35.058.395	4,3	38.234.920	9,1	
361000	Verden	41.749.956	41.237.256	-1,2	45.927.216	11,4	47.438.196	3,3	50.427.144	6,3	56.734.092	12,5	64.591.596	13,8	
3	Lüneburg	488.991.150	509.524.444	4,2	510.853.535	0,3	532.139.606	4,2	601.549.626	13,0	646.859.758	7,5	696.645.058	7,7	
451000	Ammerland	21.442.992	21.906.088	2,2	23.174.376	5,8	25.128.479	8,4	28.796.456	14,6	29.971.120	4,1	31.873.568	6,3	

Kreisumlage 2003 bis 2009

- Ergebnisse der Vierteljährlichen Kassenstatistik -

Schl	Name	Kreisumlage													
		2003	2004	Veränd. z. Vorj.	2005	Veränd. z. Vorj.	2006	Veränd. z. Vorj.	2007	Veränd. z. Vorj.	2008	Veränd. z. Vorj.	2009	Veränd. z. Vorj.	
		Euro	Euro	%											
452000	Aurich	51.882.048	52.536.040	1,3	55.932.368	6,5	62.250.986	11,3	76.490.296	22,9	72.809.560	-4,8	86.986.208	19,5	
453000	Cloppenburg	38.722.520	39.092.080	1,0	41.961.488	7,3	46.788.107	11,5	52.877.496	13,0	54.903.216	3,8	54.086.016	-1,5	
454000	Emsland	78.015.536	84.886.760	8,8	107.726.040	26,9	85.837.088	-20,3	99.817.776	16,3	118.100.912	18,3	130.865.400	10,8	
455000	Friesland	28.347.408	28.104.112	-0,9	29.152.184	3,7	29.819.952	2,3	33.499.576	12,3	35.279.808	5,3	38.050.472	7,9	
456000	Grafschaft Bentheim	35.806.436	36.913.054	3,1	37.181.963	0,7	40.199.424	8,1	46.971.849	16,8	51.108.555	8,8	54.448.605	6,5	
457000	Leer	44.345.184	44.636.928	0,7	44.707.296	0,2	47.972.088	7,3	55.285.236	15,2	57.768.924	4,5	63.937.704	10,7	
458000	Oldenburg	24.302.784	24.758.896	1,9	27.669.456	11,8	31.537.095	14,0	37.558.488	19,1	38.239.056	1,8	39.658.248	3,7	
459000	Osnabrück	84.742.334	87.216.713	2,9	90.682.498	4,0	96.306.954	6,2	116.581.158	21,1	122.074.902	4,7	132.666.363	8,7	
460000	Vechta	32.776.920	35.744.751	9,1	41.202.874	15,3	41.096.809	-0,3	46.099.039	12,2	49.463.090	7,3	53.719.272	8,6	
461000	Wesermarsch	32.474.640	28.392.708	-12,6	28.889.892	1,8	29.726.450	2,9	36.719.616	23,5	40.132.836	9,3	43.815.876	9,2	
462000	Wittmund	15.220.936	15.350.716	0,9	16.415.036	6,9	16.979.864	3,4	19.399.532	14,3	20.907.872	7,8	22.630.792	8,2	
4	Weser-Ems	488.079.738	499.538.846	2,3	544.695.471	9,0	553.643.296	1,6	650.096.518	17,4	690.759.851	6,3	752.738.524	9,0	
	Zusammen	2.012.900.936	2.106.146.724	4,6	2.145.066.844	1,8	2.230.692.688	4,0	2.569.894.952	15,2	2.735.353.780	6,4	2.980.044.107	8,9	

Umlagesätze der der Kreisumlage im Vergleich 2009 zu 2010

- Ergebnisse des Realsteuervergleichs -

Schl.- Nr.	Landkreis, Region Bezirk Land	Umlagesatz in % von den Steuerkraftzahlen der / des																	
		Grundsteuer						Gewerbe- steuer			Gemeindeanteil an der						Schlüssel- zuweisungen (90%)		
		A			B			2009	2010	Diff. Punkte	Einkommensteuer			Umsatzsteuer			2009	2010	Diff. Punkte
2009	2010	Diff. Punkte	2009	2010	Diff. Punkte	2009	2010				Diff. Punkte	2009	2010	Diff. Punkte					
151	Gifhorn	46,6	52,0	5,4	46,6	52,0	5,4	46,6	52,0	5,4	46,6	52,0	5,4	46,6	52,0	5,4	38,5	49,8	11,3
152	Göttingen	50,0	50,0	0,0	50,0	50,0	0,0	50,0	50,0	0,0	50,0	50,0	0,0	50,0	50,0	0,0	50,0	50,0	0,0
153	Goslar	53,6	55,0	1,4	53,6	55,0	1,4	53,6	55,0	1,4	53,6	55,0	1,4	53,6	55,0	1,4	50,0	53,0	3,0
154	Helmstedt	54,3	54,3	0,0	54,3	54,3	0,0	54,3	54,3	0,0	54,3	54,3	0,0	54,3	54,3	0,0	54,3	54,3	0,0
155	Northheim	52,5	52,5	0,0	52,5	52,5	0,0	52,5	52,5	0,0	52,5	52,5	0,0	52,5	52,5	0,0	52,5	52,5	0,0
156	Osterode am Harz	56,3	56,3	0,0	56,3	56,3	0,0	56,3	56,3	0,0	56,3	56,3	0,0	56,3	56,3	0,0	50,3	50,3	0,0
157	Peine	55,6	55,6	0,0	55,6	55,6	0,0	55,6	55,6	0,0	55,6	55,6	0,0	55,6	55,6	0,0	55,6	55,6	0,0
158	Wolfenbüttel	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	52,0	52,0	0,0
1	Braunschweig	52,4	53,5	1,1	52,0	52,9	0,9	52,2	53,2	1,0	51,9	53,0	1,0	52,3	52,9	0,6	49,3	51,8	2,5
241	Region Hannover	53,0	53,0	0,0	52,0	52,0	0,0	51,7	51,8	0,1	52,2	52,2	0,0	51,7	51,7	0,0	47,1	47,1	0,0
	Nachr.: Region Hannover, ohne Ldshptst. Hannover	53,07	53,06	-0,01	53,07	53,06	-0,01	53,07	53,06	-0,01	53,07	53,06	-0,01	53,07	53,06	-0,01	47,11	47,12	0,01
241001	Ldshptst. Hannover	51,16	51,17	0,01	51,16	51,17	0,01	51,16	51,17	0,01	51,16	51,17	0,01	51,16	51,17	0,01	47,11	47,12	0,01
251	Diepholz	51,5	50	-1,5	51,5	50	-1,5	51,5	50	-1,5	51,5	50	-1,5	51,5	50	-1,5	50,5	50	-0,5
252	Hameln-Pyrmont	49,5	49,5	0	49,5	49,5	0	49,5	49,5	0	49,5	49,5	0	49,5	49,5	0	49,5	49,5	0
254	Hildesheim	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0
255	Holzminde	51,5	51,5	0	51,5	51,5	0	51,5	51,5	0	51,5	51,5	0	51,5	51,5	0	51,5	51,5	0
256	Nienburg (Weser)	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	47,0	47,0	0,0
257	Schaumburg	51,8	51,8	0	51,8	51,8	0	51,8	51,8	0	51,8	51,8	0	51,8	51,8	0	51,8	51,8	0
2	Hannover	52,5	52,1	-0,4	52,2	52,1	-0,1	51,9	51,7	-0,2	52,3	52,2	-0,2	51,9	51,8	-0,1	49,6	49,3	-0,3
351	Celle	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0	53,0	53,0	0,0
352	Cuxhaven	52,5	52,5	0	52,5	52,5	0	52,5	52,5	0	52,5	52,5	0	52,5	52,5	0	52,5	52,5	0
353	Harburg	49,5	49,5	0,0	49,5	49,5	0,0	49,5	49,5	0,0	49,5	49,5	0,0	49,5	49,5	0,0	49,5	49,5	0,0
354	Lüchow-Dannenberg	56,0	56,0	0,0	56,0	56,0	0,0	56,0	56,0	0,0	56,0	56,0	0,0	56,0	56,0	0,0	60,0	60,0	0,0
355	Lüneburg	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0
356	Osterholz	51,0	51,0	0,0	51,0	51,0	0,0	51,0	51,0	0,0	51,0	51,0	0,0	51,0	51,0	0,0	51,0	51,0	0,0
357	Rotenburg (Wümme)	50,0	52,0	2,0	50,0	52,0	2,0	50,0	52,0	2,0	50,0	52,0	2,0	50,0	52,0	2,0	50,0	52,0	2,0
358	Soltau-Fallingb.ostel	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0
359	Stade	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0	54,5	54,5	0
360	Uelzen	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0	55,0	55,0	0,0
361	Verden	54,5	53,5	-1,0	54,5	53,5	-1,0	54,5	53,5	-1,0	54,5	53,5	-1,0	54,5	53,5	-1,0	54,5	53,5	-1,0
3	Lüneburg	52,9	53,2	0,2	52,7	52,8	0,1	52,9	52,9	0,0	52,6	52,7	0,1	53,1	53,1	0,1	53,1	53,3	0,3
451	Ammerland	36,0	38,0	2,0	36,0	38,0	2,0	36,0	38,0	2,0	36,0	38,0	2,0	36,0	38,0	2,0	36,0	38,0	2,0
452	Aurich	53,5	53,5	0,0	53,5	53,5	0,0	53,5	53,5	0,0	53,5	53,5	0,0	53,5	53,5	0,0	53,5	53,5	0,0
453	Cloppenburg	43,0	45,0	2,0	43,0	45,0	2,0	43,0	45,0	2,0	43,0	45,0	2,0	43,0	45,0	2,0	43,0	45,0	2,0
454	Emsland	48,0	48,0	0,0	48,0	48,0	0,0	48,0	48,0	0,0	48,0	48,0	0,0	48,0	48,0	0,0	48,0	48,0	0,0
455	Friesland	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0
456	Grafschaft Bentheim	50,5	50,5	0,0	50,5	50,5	0,0	50,5	50,5	0,0	50,5	50,5	0,0	50,5	50,5	0,0	50,5	50,5	0,0
457	Leer	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0	54,0	54,0	0,0
458	Oldenburg	39,0	39,0	0,0	39,0	39,0	0,0	39,0	39,0	0,0	39,0	39,0	0,0	39,0	39,0	0,0	39,0	39,0	0,0
459	Osnabrück	47,0	47,0	0,0	47,0	47,0	0,0	47,0	47,0	0,0	47,0	47,0	0,0	47,0	47,0	0,0	47,0	47,0	0,0
460	Vechta	44,0	44,0	0,0	44,0	44,0	0,0	44,0	44,0	0,0	44,0	44,0	0,0	44,0	44,0	0,0	44,0	44,0	0,0
461	Wesermarsch	59,3	59,3	0,0	59,3	59,3	0,0	59,3	59,3	0,0	59,3	59,3	0,0	59,3	59,3	0,0	55,8	55,8	0,0
462	Wittmund	54,7	54,7	0	54,7	54,7	0	54,7	54,7	0	54,7	54,7	0	54,7	54,7	0	54,7	54,7	0
4	Weser-Ems	47,4	47,8	0,4	48,0	48,3	0,3	47,8	48,3	0,6	47,8	48,1	0,2	48,1	48,4	0,2	48,8	49,3	0,5
0	Niedersachsen	50,6	50,9	0,3	51,2	51,4	0,2	50,8	51,0	0,1	51,3	51,5	0,2	51,2	51,3	0,1	50,2	50,8	0,6

Investitionen und Investitionsförderung sowie Finanzhilfen für Investitionen 2003 bis 2009

- Ergebnisse der Viertelj. Kassenstatistik und des kommunalen Finanzausgleichs -

Jahr	Sachinvestitionen	Erwerb von Beteiligungen	Investitionsförderung	Zusammen	Finanzhilfen für Investitionen ¹⁾
	Euro				
Kreisfreie Städte					
2003	224.837.316	544.192	64.419.795	289.801.303	32.694.952
2004	201.212.380	154.680	48.088.660	249.455.720	33.422.136
2005	227.220.062	4.214.018	49.915.332	281.349.412	37.708.864
2006	186.176.102	4.451.600	38.103.506	228.731.208	30.563.440
2007	152.036.291	1.135.199	52.313.405	205.484.895	40.956.056
2008	155.342.568	3.941.386	68.292.196	227.576.150	47.376.400
2009	175.382.117	92.603.186	51.640.756	319.626.059	37.947.879
Landkreishaushalte					
2003	269.275.686	2.396.681	305.123.816	576.796.183	93.455.312
2004	249.785.097	3.484.613	306.610.513	559.880.223	99.548.056
2005	220.968.544	3.613.808	267.763.156	492.345.508	97.897.272
2006	249.819.464	6.413.148	237.560.487	493.793.099	100.490.496
2007	260.939.979	10.244.741	253.712.107	524.896.827	146.645.608
2008	260.873.580	14.508.479	262.753.114	538.135.173	136.981.960
2009	342.827.655	18.122.910	320.926.940	681.877.505	146.012.805
Kreisangehörige Gemeinden					
2003	1.196.146.827	19.909.046	146.921.398	1.362.977.271	96.557.848
2004	1.057.743.627	21.590.210	177.094.509	1.256.428.346	104.795.608
2005	1.049.337.975	24.988.597	145.979.267	1.220.305.839	97.774.584
2006	1.086.430.840	19.659.536	130.794.342	1.236.884.718	103.765.600
2007	1.047.696.044	13.936.069	122.749.190	1.184.381.303	141.994.184
2008	1.198.752.279	23.584.995	144.320.003	1.366.657.277	130.135.848
2009	1.396.650.194	163.168.587	151.307.833	1.711.126.614	144.095.140
Gemeinden/Gv. Zusammen					
2003	1.690.259.829	22.849.919	516.465.009	2.229.574.757	222.708.112
2004	1.508.741.104	25.229.503	531.793.682	2.065.764.289	237.765.800
2005	1.497.526.581	32.816.423	463.657.755	1.994.000.759	233.380.720
2006	1.522.426.406	30.524.284	406.458.335	1.959.409.025	234.819.536
2007	1.460.672.314	25.316.009	428.774.702	1.914.763.025	329.595.848
2008	1.614.968.427	42.034.860	475.365.313	2.132.368.600	314.494.208
2009	1.914.859.966	273.894.683	523.875.529	2.712.630.178	328.055.824

1) 2009 keine Investitionsbindung.

Investitionen und Investitionsförderung sowie Finanzhilfen für Investitionen 2007 bis 2009

- Ergebnisse der Viertelj. Kassenstatistik und des kommunalen Finanzausgleichs -

SCHL	NAME	2007		2008		2009	
		Investitionen Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro
101000	Braunschweig, Stadt	58.841.934	11.604.392	48.218.626	10.348.160	60.665.013	11.291.634
102000	Salzgitter, Stadt	14.055.936	3.422.736	17.472.890	328.168	17.126.924	0
103000	Wolfsburg, Stadt	48.020.018	0	67.817.152	11.862.088	138.985.060	0
151000	Gifhorn	13.163.528	3.648.112	13.291.559	3.435.656	19.544.341	3.403.265
151009	Gifhorn, Stadt *	4.269.513	860.360	3.868.024	806.472	3.149.815	1.524.780
151025	Sassenburg	808.934	320.312	4.185.632	312.024	2.722.640	335.991
151040	Wittingen, Stadt	884.371	13.752	2.593.717	0	3.831.965	0
151401	Boldecker Land Sgb	1.604.875	206.744	4.156.961	152.288	2.349.057	94.604
151402	Brome Sgb	1.425.016	474.976	3.188.781	457.480	2.374.979	448.600
151403	Hankensbüttel Sgb	1.412.421	165.432	1.473.873	143.896	724.133	275.152
151404	Isenbüttel Sgb	4.362.489	414.160	3.889.328	384.360	3.613.346	410.492
151405	Meinersen Sgb	5.940.504	759.496	5.972.435	781.000	3.041.502	794.194
151406	Papenteich Sgb	3.575.987	685.336	3.568.424	660.832	8.574.224	732.512
151407	Wesendorf Sgb	2.570.229	524.624	3.119.594	470.176	3.491.388	526.614
152000	Göttingen	16.057.315	4.466.856	15.986.682	3.334.656	19.177.959	4.877.389
152001	Adelebsen, Flecken	236.415	180.344	323.866	189.064	252.156	185.392
152004	Bovenden, Flecken	2.844.941	282.536	2.860.006	266.168	3.436.661	287.545
152007	Duderstadt, Stadt *	5.816.971	739.656	8.147.594	511.064	4.465.669	836.348
152009	Friedland	632.932	359.656	1.413.656	379.744	560.442	427.515
152011	Gleichen	614.921	281.744	1.430.704	278.384	2.123.341	288.755
152012	Göttingen, Stadt	28.598.591	3.141.296	31.173.706	3.692.120	37.103.285	2.404.359
152016	Hann. Münden, Stadt *	5.685.162	325.864	2.924.965	218.024	3.637.397	469.979
152021	Rosdorf	2.729.624	302.240	1.470.357	265.408	2.146.865	291.408
152026	Staufenberg	823.633	187.528	1.032.383	205.464	960.209	220.561
152401	Dransfeld Sgb	1.103.646	184.280	927.433	185.480	1.885.869	204.730
152402	Gieboldehausen Sgb	1.172.273	458.840	1.946.819	482.792	2.182.353	493.868
152403	Radolfshausen Sgb	941.107	226.904	1.484.738	220.864	856.078	240.333
153000	Goslar	6.394.302	4.212.736	8.428.343	3.874.784	9.180.921	3.923.659
153002	Bad Harzburg, Stadt	1.950.455	670.840	3.956.383	649.000	11.395.374	702.415
153003	Braunlage, Stadt	146.597	115.384	318.242	125.192	704.388	128.048
153005	Goslar, Stadt **	4.365.145	1.093.584	7.443.059	1.238.752	3.606.920	1.273.839
153007	Langelsheim, Stadt	856.459	256.352	1.228.080	106.960	2.022.058	195.822
153008	Liebenburg	599.305	294.784	1.034.003	288.936	633.370	309.986
153010	Sankt Andreasberg, Bergstadt	41.121	55.664	18.985	55.496	55.882	54.750
153012	Seesen, Stadt *	1.509.855	628.760	1.961.121	589.096	1.850.887	614.265
153013	Vienenburg, Stadt	537.298	273.888	1.044.134	242.864	1.007.313	266.016
153401	Lutter am Barenberge Sgb	235.155	126.984	240.983	119.160	432.076	130.125
153402	Oberharz Sgb	3.435.736	707.728	1.465.065	721.112	2.501.043	754.883
154000	Helmstedt	7.043.528	2.786.648	9.973.032	2.602.608	7.309.792	2.601.979
154003	Büddenstedt	792.361	0	395.120	0	564.838	0
154010	Helmstedt, Stadt *	2.783.541	586.144	2.566.064	565.944	6.345.082	665.847
154013	Königsutter am Elm, Stadt	2.619.061	483.192	1.947.042	441.104	2.651.951	516.635
154014	Lehre	2.627.365	237.784	392.621	228.016	2.850.962	247.623
154019	Schöningen, Stadt	342.863	268.728	660.097	174.464	2.383.055	0
154401	Grasleben Sgb	391.917	39.240	884.333	7.512	1.195.995	91.822
154402	Heeseberg Sgb	856.569	119.512	717.598	86.448	975.123	116.166
154403	Nord-Elm Sgb	371.903	200.192	628.123	180.824	482.887	213.607
154404	Velpke Sgb	677.604	409.496	840.848	374.840	1.490.323	396.765
155000	Northeim	7.360.832	3.505.648	12.552.286	3.533.848	9.935.487	3.732.718
155001	Bad Gandersheim, Stadt	756.045	326.232	366.843	304.472	375.445	260.655
155002	Bodenfelde, Flecken	158.486	120.016	291.623	118.264	379.574	110.440
155003	Dassel, Stadt	829.642	325.360	2.171.136	146.672	1.389.450	254.442
155004	Einbeck, Stadt *	4.185.738	573.080	5.050.118	700.368	4.488.297	578.703
155005	Hardegsen, Stadt	576.521	210.560	973.737	185.256	687.440	206.987
155006	Kalefeld	536.065	151.416	864.300	101.552	766.151	154.995
155007	Katlenburg-Lindau	1.435.100	198.848	1.350.240	160.760	1.822.646	157.023
155008	Kreiensen	437.201	222.488	218.364	177.624	473.709	177.504
155009	Moringen, Stadt	2.574.068	170.632	854.938	155.712	1.596.906	134.258
155010	Nörten-Hardenberg, Flecken	454.331	126.680	1.566.914	106.280	1.787.176	0
155011	Northeim, Stadt *	7.324.353	538.720	3.502.437	398.032	3.026.127	1.060.913
155012	Uslar, Stadt	1.554.716	414.384	1.427.472	488.480	1.481.823	432.419
156000	Osterode am Harz	9.435.705	2.197.376	7.972.568	2.104.528	6.004.932	2.512.503
156002	Bad Lauterberg im Harz, Stadt	523.305	256.592	1.011.868	267.008	509.857	225.291
156003	Bad Sachsa, Stadt	1.029.089	266.096	1.970.395	274.920	1.257.401	293.168
156009	Herzberg am Harz, Stadt	1.807.884	166.208	2.253.487	154.784	2.351.794	39.100
156011	Osterode am Harz, Stadt *	3.785.314	0	2.329.935	0	2.599.790	612.073
156401	Bad Grund (Harz) Sgb	764.365	317.216	887.265	285.816	1.569.181	302.440
156402	Hattorf am Harz Sgb	540.853	255.848	1.389.377	247.360	1.041.627	255.288
156403	Walkenried Sgb	319.166	111.000	1.625.880	64.344	821.776	53.174
157000	Peine	7.979.001	3.146.176	7.826.729	2.780.160	9.353.821	2.771.103
157001	Edemissen	1.254.114	202.512	1.898.562	226.952	2.362.972	271.976
157002	Hohenhameln	1.051.879	112.664	1.035.520	21.616	818.785	112.675
157003	Ilse	520.786	347.136	1.003.400	196.632	1.219.141	379.735
157004	Lahstedt	731.665	319.304	807.619	293.800	1.001.220	332.488
157005	Lengede	2.735.615	333.632	3.539.628	310.360	2.853.931	286.583
157006	Peine, Stadt *	17.348.366	1.360.976	9.639.032	594.808	8.472.348	401.756

SCHL	NAME	2007		2008		2009	
		Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro
157007	Vechelde	3.379.862	406.248	4.320.458	323.480	3.402.743	387.924
157008	Wendeburg	629.434	219.696	2.172.904	225.984	1.272.241	230.629
158000	Wolfenbüttel	3.065.748	2.729.200	4.904.708	2.691.152	6.009.661	2.785.871
158006	Cremlingen	4.274.384	284.240	3.321.188	261.280	1.630.256	286.063
158037	Wolfenbüttel, Stadt *	11.000.893	978.144	11.395.694	1.106.752	17.936.786	1.164.539
158401	Asse Sgb	530.438	218.712	370.972	200.176	320.105	209.035
158402	Baddeckenstedt Sgb	1.014.945	266.344	1.186.243	265.160	1.374.622	304.851
158403	Oderwald Sgb	641.471	221.904	1.272.862	210.752	1.265.483	234.716
158404	Schladen Sgb	420.413	184.632	573.046	47.272	1.173.893	194.217
158405	Schöppenstedt Sgb	722.863	250.384	619.761	277.224	816.887	277.406
158406	Sicke Sgb	511.595	287.440	1.829.191	267.616	1.715.120	302.927
241000	Region Hannover	40.853.954	18.080.872	39.308.121	16.348.632	71.541.939	16.713.267
241001	Hannover, Landeshauptstadt	69.552.649	4.804.776	78.068.603	3.500.840	203.575.402	4.161.594
241002	Barsinghausen, Stadt *	1.965.199	928.760	2.358.288	843.528	4.874.204	1.213.013
241003	Burgdorf, Stadt *	3.814.493	737.976	10.210.449	773.976	6.338.583	906.816
241004	Burgwedel, Stadt	3.168.999	0	7.623.006	0	7.781.075	0
241005	Garbsen, Stadt *	4.385.221	2.325.464	4.810.176	2.148.960	6.788.774	2.306.898
241006	Gehrden, Stadt	1.088.544	230.256	1.239.610	232.856	6.428.610	148.574
241007	Hemmingen, Stadt	1.807.888	269.952	4.502.694	228.392	5.264.851	0
241008	Isernhagen *	2.781.170	0	2.641.400	0	10.195.621	0
241009	Laatzten, Stadt *	3.262.870	846.336	7.100.367	741.384	4.913.559	893.271
241010	Langenhagen, Stadt *	9.630.417	0	23.049.472	0	10.139.749	0
241011	Lehrte, Stadt *	4.434.101	1.054.312	5.197.545	987.648	9.641.391	823.942
241012	Neustadt am Rübenberge, Stadt *	4.399.556	1.573.480	4.864.814	1.410.504	9.224.361	1.634.499
241013	Pattensen, Stadt	2.727.121	165.248	3.850.033	149.032	3.326.196	217.932
241014	Ronnenberg, Stadt *	2.320.641	577.696	4.175.106	576.640	3.174.121	591.184
241015	Seelze, Stadt *	3.039.286	1.047.728	5.618.575	1.047.320	13.937.370	1.195.612
241016	Sehnde, Stadt *	5.883.364	582.232	9.201.597	542.480	11.447.636	611.177
241017	Springe, Stadt *	3.647.018	841.368	5.302.925	735.816	6.181.939	560.320
241018	Uetze *	1.972.421	649.648	643.893	547.144	772.476	555.304
241019	Wedemark *	4.949.722	535.200	4.753.239	412.384	3.786.534	604.508
241020	Wennigsen (Deister)	768.795	265.416	653.057	254.752	1.584.340	252.609
241021	Wunstorf, Stadt *	5.245.394	1.012.080	6.781.291	1.072.944	9.045.783	787.981
251000	Diepholz	9.428.938	4.209.712	12.116.358	3.174.032	12.273.902	4.224.295
251007	Bassum, Stadt	826.405	239.200	3.625.868	167.696	2.551.196	251.133
251012	Diepholz, Stadt	2.225.074	211.320	2.889.399	172.480	4.516.901	322.931
251037	Stuhr *	6.919.838	0	4.957.008	0	7.185.295	0
251040	Sulingen, Stadt	1.581.716	25.136	1.983.989	0	2.530.520	243.637
251041	Syke, Stadt	4.238.037	452.688	4.006.406	470.392	5.816.123	571.148
251042	Twistringen, Stadt	2.049.583	265.232	1.453.964	266.192	1.568.101	293.757
251044	Wagenfeld	451.813	120.024	1.198.585	108.936	2.727.234	115.465
251047	Weyhe *	5.525.054	132.416	5.678.327	0	7.935.097	0
251401	Altes Amt Lemförde Sgb	1.818.563	0	3.434.507	0	1.197.587	0
251402	Barnstorf Sgb	3.872.803	234.920	2.474.628	224.408	3.445.375	233.307
251403	Bruchhausen-Vilsen Sgb	1.715.851	379.288	7.932.532	237.160	6.453.403	393.343
251404	Kirchdorf Sgb	1.256.354	25.392	1.414.186	47.384	1.786.231	185.880
251405	Rehden Sgb	1.724.463	0	2.079.471	0	2.971.946	0
251406	Schwaförden Sgb	670.409	185.888	473.511	191.808	1.142.625	245.207
251407	Siedenburg Sgb	644.404	39.720	642.057	23.664	768.216	160.056
252000	Hameln-Pyrmont	19.519.636	4.486.088	18.201.965	4.200.560	22.428.907	4.753.882
252001	Aerzen, Flecken	3.395.802	38.336	2.059.870	3.040	2.180.204	68.466
252002	Bad Münder am Deister, Stadt	434.670	591.864	853.688	506.560	1.072.713	484.939
252003	Bad Pyrmont, Stadt *	1.345.932	632.600	1.691.383	519.304	1.695.891	607.430
252004	Coppenbrügge, Flecken	910.685	213.872	802.401	198.080	887.278	211.576
252005	Emmerthal	3.443.493	35.880	853.346	0	448.949	3.205
252006	Hameln, Stadt **	10.422.066	1.189.888	8.454.981	641.312	10.628.493	1.088.084
252007	Hessisch Oldendorf, Stadt	3.073.595	715.520	2.039.881	642.144	1.635.268	753.722
252008	Salzhemmendorf, Flecken	347.434	324.112	627.821	276.368	864.609	244.879
254000	Hildesheim	35.078.424	6.737.456	12.361.453	6.275.608	21.662.871	6.263.283
254002	Alfeld (Leine), Stadt *	2.740.245	489.024	3.940.335	270.272	6.478.485	88.492
254003	Algermissen	779.427	197.960	1.063.992	169.656	1.337.749	163.784
254005	Bad Salzdetfurth, Stadt	1.288.699	155.488	1.524.107	116.200	1.988.875	253.468
254008	Bockenem, Stadt	1.016.135	75.832	906.481	201.472	1.689.131	217.060
254011	Diekhöfen	1.518.603	165.944	1.530.652	161.728	971.946	160.305
254014	Elze, Stadt	198.577	190.616	978.461	166.744	1.458.547	143.401
254017	Giesen	3.226.097	147.856	2.203.799	99.512	3.799.139	121.957
254020	Harsum	1.098.583	233.592	2.479.078	62.504	1.714.366	94.806
254021	Hildesheim, Stadt **	16.165.639	1.816.840	15.955.199	2.393.840	17.350.061	3.372.825
254022	Holle	797.341	170.008	1.038.423	142.496	981.344	175.426
254026	Nordstemmen	2.419.670	234.952	2.383.772	301.496	4.309.961	308.404
254028	Sarstedt, Stadt	1.306.554	296.312	1.328.643	237.472	2.003.788	186.221
254029	Schellerten	550.176	242.368	995.373	225.912	1.325.145	249.517
254032	Söhlde	555.304	168.320	768.173	194.240	1.244.581	219.021
254401	Freden (Leine) Sgb	202.911	184.416	444.756	190.192	142.220	184.869
254402	Gronau (Leine) Sgb	2.082.951	123.728	3.501.779	313.944	4.812.093	281.055
254403	Lamspringe Sgb	632.326	126.176	328.811	147.336	728.017	30.940
254404	Sibbesse Sgb	427.423	213.496	381.052	201.872	1.025.184	209.046
254405	Duingen Sgb	675.582	171.744	984.135	173.560	1.818.544	173.398
255000	Holzminde	5.332.820	2.173.328	14.344.443	2.013.776	9.798.758	1.797.032
255008	Delligsen, Flecken	751.605	221.816	1.447.796	225.200	1.936.613	237.029
255023	Holzminde, Stadt *	2.631.142	392.648	1.942.126	418.800	2.339.581	0
255401	Bevern Sgb	640.033	182.424	1.146.366	168.816	3.261.632	186.577
255402	Bodenwerder Sgb	1.282.926	355.984	2.319.986	297.400	2.273.101	337.176
255403	Boffzen Sgb	943.945	0	1.249.632	0	2.048.543	0

SCHL	NAME	2007		2008		2009	
		Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro
255405	Eschershausen Sgb	672.842	217.856	456.310	211.152	1.209.266	201.181
255406	Polle Sgb	187.130	56.152	977.044	123.304	821.116	162.767
255407	Stadoldendorf Sgb	2.225.605	271.968	2.605.425	232.480	1.408.272	248.987
256000	Nienburg (Weser)	15.066.627	3.650.144	11.273.539	3.562.312	12.303.815	3.859.481
256022	Nienburg (Weser), Stadt *	8.280.141	408.472	6.343.168	659.192	6.877.579	587.701
256025	Rehburg-Loccum, Stadt	2.307.523	256.448	2.465.502	231.864	2.731.504	289.659
256030	Steyerberg, Flecken	321.020	0	956.935	0	1.050.492	83.016
256032	Stolzenau	184.993	172.048	677.156	274.392	1.661.832	244.520
256401	Eystrup Sgb	1.293.462	88.432	1.193.669	181.880	1.123.481	191.184
256402	Heemsen Sgb	407.747	189.872	1.357.003	183.416	489.554	208.044
256403	Grafschaft Hoya Sgb	1.434.655	100.864	1.951.887	69.768	2.099.019	19.638
256404	Landesbergen Sgb	611.652	74.800	993.252	43.128	1.378.591	0
256405	Liebenau Sgb	659.864	190.912	455.345	183.000	424.950	184.188
256406	Marklohe Sgb	461.355	91.472	283.843	167.672	630.130	206.570
256407	Steimbke Sgb	633.195	56.096	1.295.662	100.224	2.281.870	48.606
256408	Uchte Sgb	1.413.419	375.272	1.583.311	388.288	3.644.009	478.319
257000	Schaumburg	20.444.637	3.756.120	17.127.033	3.884.560	18.016.394	4.052.764
257003	Auetal	848.996	212.360	1.471.979	210.120	789.264	113.204
257009	Bückeberg, Stadt	3.035.604	588.200	2.647.402	539.136	2.479.602	516.709
257028	Obernkirchen, Stadt	256.229	272.904	358.879	133.800	438.548	132.994
257031	Rinteln, Stadt *	4.523.072	632.312	3.596.118	623.136	1.793.229	601.667
257035	Stadthagen, Stadt	5.393.832	636.648	8.096.255	453.872	8.308.885	595.654
257401	Eilsen Sgb	535.723	76.504	1.414.521	28.536	1.485.520	0
257402	Lindhorst Sgb	565.989	228.632	1.618.558	289.584	1.050.164	284.310
257403	Nenndorf Sgb	2.652.196	475.600	4.789.255	460.384	6.132.945	472.377
257404	Niedernwöhren Sgb	1.313.645	274.576	793.839	267.696	1.016.077	292.396
257405	Nienstädt Sgb	1.163.418	226.832	1.291.139	240.848	2.381.014	243.117
257406	Rodenberg Sgb	4.663.238	410.208	3.617.561	424.704	5.375.724	438.102
257407	Sachsenhagen Sgb	2.186.965	302.800	1.768.164	298.504	1.997.084	322.734
351000	Celle	15.598.518	4.671.632	13.328.931	4.355.592	19.083.529	4.972.559
351004	Bergen, Stadt	1.397.832	590.376	1.138.050	565.552	1.525.264	675.415
351006	Celle, Stadt **	15.758.200	2.075.104	19.077.943	1.203.200	21.223.034	560.017
351010	Faßberg	698.257	242.616	790.066	233.840	882.110	257.806
351012	Hambühren	1.950.067	264.968	1.985.676	229.168	1.057.828	255.932
351013	Hermannsburg	556.034	222.064	507.645	186.016	1.621.560	234.650
351020	Unterlüß	453.097	39.584	159.932	43.232	586.436	76.955
351023	Wietze	374.498	237.592	1.176.764	227.408	519.499	274.395
351024	Winsen (Aller)	960.475	358.072	1.107.189	339.192	1.128.352	365.994
351401	Eschede Sgb	322.599	223.568	249.463	197.768	746.593	236.428
351402	Flotwedel Sgb	1.393.020	373.280	1.339.616	336.744	1.669.978	371.300
351403	Lachendorf Sgb	1.085.950	389.312	1.726.539	379.704	2.862.832	391.556
351404	Wathlingen Sgb	1.603.061	0	1.758.626	96.912	2.005.789	212.807
351501	Lohheide, gemfr. Bezirk	74.729	0	97.326	0	438.265	0
352000	Cuxhaven	9.259.941	5.365.992	9.585.624	5.153.264	7.795.411	5.231.975
352011	Cuxhaven, Stadt **	13.683.425	1.757.688	15.157.754	1.783.448	8.635.978	1.743.024
352030	Langen, Stadt	1.395.194	632.496	1.608.768	566.024	1.589.901	657.019
352032	Loxstedt	2.148.078	392.712	4.139.828	374.744	4.423.328	436.369
352040	Nordholz	388.745	236.784	425.885	238.056	449.769	266.441
352050	Schiffdorf	1.600.636	413.024	2.157.348	396.352	1.867.338	405.289
352401	Am Dobrock Sgb	559.185	414.248	945.559	395.568	1.411.526	379.728
352402	Bederkesa Sgb	1.525.798	374.104	832.987	426.960	2.827.788	437.349
352403	Beverstedt Sgb	1.812.712	449.720	887.746	433.360	828.338	486.424
352404	Börde Lamstedt Sgb	846.740	178.696	873.406	165.096	711.760	161.713
352405	Hadeln Sgb	1.849.590	305.864	3.479.027	254.608	2.585.006	275.638
352406	Hagen Sgb	1.068.709	293.784	1.952.115	291.936	1.997.495	326.663
352407	Hemmoor Sgb	679.997	478.824	514.185	460.720	1.748.385	465.287
352408	Land Wursten Sgb	1.836.481	280.464	1.152.032	289.264	2.657.255	327.996
352409	Sietland Sgb	401.852	219.640	261.818	211.136	1.490.750	230.283
353000	Harburg	12.123.545	4.307.896	15.775.525	3.531.824	18.416.625	4.183.960
353005	Buchholz in der Nordheide, Stadt *	7.649.664	539.072	3.431.004	537.056	2.072.616	469.664
353026	Neu Wulmstorf	8.543.592	354.968	9.484.157	364.488	15.049.618	351.836
353029	Rosengarten	2.764.634	74.024	2.964.455	51.480	5.131.987	54.893
353031	Seevetal *	5.718.087	13.808	9.143.487	0	5.522.344	71.509
353032	Stelle	795.288	126.152	794.930	94.192	612.641	95.725
353040	Winsen (Luhe), Stadt *	5.698.690	790.848	6.066.196	0	11.086.763	806.414
353401	Elbmarsch Sgb	2.017.238	175.360	1.461.334	170.944	2.973.755	178.827
353402	Hanstedt Sgb	855.462	156.400	1.278.441	101.352	2.081.967	212.165
353403	Hollenstedt Sgb	1.538.252	157.072	1.825.340	104.560	1.471.618	140.210
353404	Jesteburg Sgb	1.634.192	0	1.456.935	0	807.447	0
353405	Salzhausen Sgb	893.516	297.376	1.662.067	256.424	3.447.186	287.903
353406	Tostedt Sgb	3.382.714	804.472	5.821.537	793.472	10.048.367	860.997
354000	Lüchow-Dannenberg	2.552.329	1.963.832	4.492.125	2.154.472	9.813.339	2.282.236
354403	Gartow Sgb	413.268	39.296	841.392	29.752	812.425	122.929
354406	Elbtalau Sgb	1.435.393	704.008	1.679.776	691.584	6.371.882	897.591
354407	Lüchow (Wendland) Sgb	733.864	642.136	2.582.100	705.824	3.365.310	738.118
355000	Lüneburg	19.584.530	4.324.360	24.024.077	4.423.024	52.729.272	4.154.617
355001	Adendorf	992.543	163.936	2.858.250	157.424	2.031.755	141.800
355009	Bleckede, Stadt	801.084	318.448	5.282.821	315.208	1.122.976	358.643
355022	Lüneburg, Hansestadt **	24.892.786	1.776.752	12.799.331	1.809.968	22.098.828	1.548.274
355049	Amt Neuhaus	823.718	193.488	964.258	214.184	1.170.016	240.421
355401	Amelinghausen Sgb	1.837.522	227.512	2.194.483	237.072	3.160.259	234.864
355402	Bardowick Sgb	2.641.785	473.680	2.573.315	431.128	4.556.102	448.610
355403	Dahlenburg Sgb	2.182.886	173.616	2.261.785	167.768	2.707.840	186.938
355404	Gellersen Sgb	1.195.022	289.240	1.867.112	279.352	1.883.341	319.677

SCHL	NAME	2007		2008		2009	
		Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro
355405	Ilmenau Sgb	1.175.207	248.776	1.277.773	232.696	3.255.856	284.190
355406	Ostheide Sgb	997.308	276.488	3.262.224	264.576	2.042.169	287.890
355407	Scharnebeck Sgb	1.549.262	449.424	2.425.191	444.752	1.955.432	452.345
356000	Osterholz	11.418.861	1.948.152	11.076.114	1.855.984	11.763.593	1.958.006
356002	Grasberg	803.720	176.448	941.421	177.056	1.295.351	172.696
356005	Lilienthal	5.039.778	282.456	8.272.814	72.936	8.214.963	186.902
356007	Osterholz-Scharmbeck, Stadt *	4.742.968	742.384	3.466.195	928.952	4.257.626	1.014.347
356008	Ritterhude	4.304.500	125.072	3.440.921	124.040	5.787.636	142.952
356009	Schwanewede	3.632.248	545.112	3.094.478	485.872	9.177.274	507.349
356011	Worpswede	981.404	233.224	1.227.612	211.456	959.961	165.474
356401	Hambergen Sgb	903.107	366.312	2.003.283	374.664	2.485.493	410.175
357000	Rotenburg (Wümme)	15.929.233	4.483.968	13.582.668	4.046.360	22.102.634	4.161.888
357008	Bremervörde, Stadt	1.648.971	436.776	3.254.061	480.912	4.703.426	515.580
357016	Gnarrenburg	785.145	302.080	1.170.238	301.936	2.423.889	324.232
357039	Rotenburg (Wümme), Stadt	5.715.068	403.488	5.206.552	475.032	8.742.029	512.175
357041	Scheeßel	1.756.705	308.992	3.420.071	255.200	3.476.539	324.664
357051	Visselhövede, Stadt	2.814.531	219.208	1.548.965	235.712	2.329.643	207.148
357401	Bothel Sgb	1.630.654	38.952	3.414.048	0	3.710.272	239.978
357402	Fintel Sgb	734.617	226.520	1.390.569	194.192	3.439.516	215.990
357403	Geestequelle Sgb	655.558	204.304	871.161	196.888	1.703.628	228.629
357404	Selsingen Sgb	1.523.500	312.632	1.348.277	174.920	3.074.908	325.611
357405	Sittensen Sgb	1.431.859	81.232	2.570.763	0	3.162.514	77.779
357406	Sottrum Sgb	3.795.147	237.808	3.228.118	270.496	6.381.257	403.824
357407	Tarmstedt Sgb	1.181.085	340.664	1.252.558	330.136	1.986.143	327.204
357408	Zeven Sgb	4.683.964	491.200	5.957.996	143.384	7.958.357	325.718
358000	Soltau-Fallingbostel	14.732.414	3.954.840	23.973.892	3.708.376	18.667.749	4.100.341
358002	Bispingen	1.968.619	67.976	504.875	328	405.294	84.454
358004	Bomlitz	1.024.511	0	716.369	0	970.711	0
358008	Bad Fallingbostel, Stadt	1.420.074	283.456	1.887.356	400.168	1.911.672	351.972
358016	Munster, Stadt	2.198.556	541.872	3.197.132	554.832	1.580.504	618.246
358017	Neuenkirchen	1.280.211	28.368	1.308.729	41.912	1.176.309	122.184
358019	Schneverdingen, Stadt	3.260.505	561.752	3.065.291	514.880	3.164.259	665.464
358021	Soltau, Stadt	2.236.480	215.368	6.232.450	29.568	2.184.902	355.039
358022	Walsrode, Stadt *	2.051.676	634.376	2.550.331	542.424	3.658.012	757.121
358023	Wietzenhof	466.837	100.576	832.464	77.248	407.391	117.776
358401	Ahlden Sgb	1.928.782	59.192	591.830	99.752	824.589	64.895
358402	Rethem/ Aller Sgb	1.409.001	140.344	992.197	138.888	680.246	181.333
358403	Schwarmstedt Sgb	2.589.071	232.792	3.208.452	235.048	3.365.140	275.588
358501	Osterheide, gemfr. Bezirk	134.507	0	141.533	0	395.460	0
359000	Stade	21.252.862	4.402.744	11.416.366	4.111.656	13.845.875	4.612.701
359010	Buxtehude, Stadt *	3.895.472	803.984	5.678.906	845.104	10.319.497	570.253
359013	Drochtersen	683.316	265.600	2.502.867	282.752	2.836.685	172.930
359028	Jork	927.336	166.480	1.399.507	92.112	3.841.724	116.219
359038	Stade, Hansestadt *	6.914.237	555.096	3.447.900	0	8.144.567	718.289
359401	Apensen Sgb	2.848.314	144.088	3.286.231	157.656	3.541.274	191.657
359402	Fredenbeck Sgb	1.127.132	403.552	1.293.456	304.672	2.647.332	384.866
359403	Harsefeld Sgb	7.514.741	455.056	6.310.814	544.976	8.630.921	602.557
359404	Himmelpforten Sgb	1.780.041	257.968	1.676.785	261.632	2.253.188	257.857
359405	Horneburg Sgb	796.614	238.416	2.210.059	180.184	1.704.197	158.774
359406	Lühe Sgb	515.046	187.344	1.359.828	127.320	1.494.218	162.364
359407	Nordkehdingen Sgb	451.503	210.744	438.152	195.856	1.195.929	224.277
359408	Oldendorf Sgb	1.629.790	229.896	1.201.549	228.192	658.168	256.322
360000	Uelzen	7.900.989	3.129.480	8.013.735	3.126.208	9.611.365	3.356.025
360004	Bienenbüttel	1.449.872	98.368	1.509.826	178.144	2.401.141	140.230
360025	Uelzen, Stadt *	2.874.813	750.144	3.908.745	702.544	2.774.978	773.808
360401	Bevensen Sgb	2.053.641	453.920	1.722.706	467.600	1.213.973	488.162
360402	Bodenteich Sgb	588.527	181.840	1.057.585	160.608	857.020	184.669
360403	Altes Amt Ebstorf Sgb	675.204	299.872	1.621.730	323.680	2.161.060	322.019
360404	Rosche Sgb	1.283.762	237.712	1.838.286	214.736	3.391.134	250.211
360405	Suderburg Sgb	640.870	193.656	695.430	193.008	1.574.509	240.679
360406	Wrestedt Sgb	136.491	222.328	536.458	217.936	1.599.529	231.554
361000	Verden	15.851.404	2.474.776	11.630.677	2.095.304	11.696.618	1.956.862
361001	Achim, Stadt *	5.240.068	237.104	3.114.691	346.720	1.727.264	193.605
361003	Dörverden	1.172.337	255.920	1.715.776	240.704	667.116	262.998
361005	Kirchlinteln	1.056.293	185.208	1.390.852	185.040	3.201.305	107.980
361006	Langwedel, Flecken	3.640.709	343.632	726.584	360.904	2.397.319	379.400
361008	Ottersberg, Flecken	4.483.007	3.928	6.213.901	96.632	2.430.851	160.030
361009	Oyten	5.047.055	102.560	3.347.620	29.888	3.922.524	44.863
361012	Verden (Aller), Stadt *	7.758.394	0	6.682.054	0	14.235.898	0
361401	Thedinghausen Sgb	1.529.209	381.432	1.382.384	336.632	3.934.672	326.854
401000	Delmenhorst, Stadt	19.694.639	5.392.384	15.754.867	5.519.032	17.575.034	5.815.596
402000	Emden, Stadt	13.481.185	2.413.800	13.895.629	1.843.512	14.003.412	1.750.543
403000	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	24.210.883	5.905.304	32.023.378	7.046.280	37.406.129	7.668.046
404000	Osnabrück, Stadt	19.570.783	6.057.384	23.797.187	6.660.152	27.300.976	6.100.189
405000	Wilhelmshaven, Stadt	7.609.517	6.160.056	8.596.421	3.769.008	6.563.511	5.321.871
451000	Ammerland	13.796.237	1.794.152	10.137.435	1.909.768	13.207.329	1.922.324
451001	Apen	788.193	212.336	1.822.861	226.240	2.578.705	285.166
451002	Bad Zwischenahn	13.745.754	403.872	10.364.299	592.632	9.520.381	573.917
451004	Edewecht	10.840.224	460.576	6.435.153	515.368	5.923.958	581.067
451005	Rastede	4.759.256	323.136	7.329.482	214.248	10.329.369	418.789
451007	Westerstede, Stadt	5.603.845	486.976	5.050.451	507.848	7.652.307	488.935
451008	Wiefelstede	4.910.407	257.824	4.311.974	262.440	3.325.908	272.788
452000	Aurich	11.391.883	3.737.624	11.818.792	4.087.800	17.169.131	3.887.249
452001	Aurich, Stadt *	11.897.438	0	23.500.785	0	21.119.426	0

SCHL	NAME	2007		2008		2009	
		Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro
452002	Baltrum	72.463	0	70.009	0	81.722	0
452006	Großefehn	1.847.247	354.224	2.241.165	362.328	2.495.641	368.348
452007	Großheide	1.176.573	333.816	763.835	370.000	975.568	372.988
452011	Hinte	2.852.989	254.680	3.011.525	264.016	1.788.962	280.163
452012	Ihlow	3.626.245	356.208	2.148.205	356.192	2.213.951	380.627
452013	Juist	205.072	6.736	198.115	0	218.074	0
452014	Krummhörn	4.352.773	194.216	5.904.434	158.040	5.189.250	46.991
452019	Norden, Stadt *	2.703.864	716.808	3.214.668	682.520	4.380.116	764.173
452020	Norderney, Stadt	2.641.063	68.664	1.154.797	0	1.486.957	0
452023	Südbrookmerland	1.764.328	768.048	3.096.596	772.984	12.075.914	858.516
452025	Wiesmoor, Stadt	1.426.525	366.920	3.091.305	386.000	5.436.761	427.256
452027	Dornum	1.867.669	0	3.304.753	202.248	1.063.988	130.961
452401	Brookmerland Sgb	2.119.084	513.408	2.722.023	535.832	2.623.267	577.687
452403	Hage Sgb	5.436.534	337.312	6.281.026	366.584	3.160.764	385.246
453000	Cloppenburg	18.581.646	2.398.008	15.766.037	2.484.376	19.161.605	2.954.780
453001	Barßel	2.299.987	311.544	2.131.403	373.344	1.644.272	444.712
453002	Bösel	2.518.515	153.984	3.368.673	136.816	3.462.822	159.699
453003	Cappeln (Oldenburg)	403.699	48.296	855.106	104.344	1.558.330	103.791
453004	Cloppenburg, Stadt *	6.926.979	627.192	6.336.908	727.072	9.749.864	1.052.434
453005	Emstek	6.753.089	0	7.674.176	0	3.707.040	0
453006	Essen (Oldenburg)	1.899.113	0	2.743.184	0	4.251.535	0
453007	Friesoythe, Stadt	3.689.498	502.088	5.746.011	473.872	5.329.715	640.618
453008	Garrel	5.290.640	275.112	3.789.461	149.968	4.807.436	267.200
453009	Lastrup	1.731.567	0	1.936.636	0	3.834.982	40.930
453010	Lindern (Oldenburg)	1.166.736	33.200	615.038	57.640	1.371.407	83.319
453011	Löningen, Stadt	5.447.169	248.632	4.369.678	115.776	10.586.464	208.975
453012	Molbergen	1.985.473	154.416	1.748.824	155.464	3.642.322	217.235
453013	Saterland	3.554.946	314.464	4.043.202	263.856	3.319.997	183.995
454000	Emsland	27.653.065	5.926.568	37.928.388	4.907.848	48.768.468	4.512.853
454010	Emsbüren	4.306.064	235.680	3.001.268	204.440	884.002	167.669
454014	Geeste	826.881	146.176	960.639	4.096	1.475.346	0
454018	Haren (Ems), Stadt	6.150.326	452.088	3.867.825	387.400	4.345.021	202.312
454019	Haselünne, Stadt	4.780.219	196.096	7.329.690	240.760	4.062.929	299.765
454032	Lingen (Ems), Stadt **	16.039.689	1.191.832	16.271.079	0	21.287.316	0
454035	Meppen, Stadt *	8.536.710	428.024	8.700.704	366.304	7.091.198	513.676
454041	Papenburg, Stadt *	9.056.302	1.020.936	7.705.325	1.099.832	5.743.270	1.054.378
454044	Rhede (Ems)	582.201	147.640	2.561.466	143.720	1.286.255	122.875
454045	Salzbergen	4.681.572	0	2.743.389	0	4.814.051	0
454054	Twist	3.056.846	0	2.309.145	23.552	3.742.505	0
454401	Dörpen Sgb	5.593.110	527.616	8.257.088	274.664	7.387.029	278.637
454402	Freren Sgb	3.562.906	295.176	3.966.721	282.048	2.057.548	298.100
454403	Herzlake Sgb	2.476.458	221.600	3.539.284	222.200	2.293.883	153.219
454404	Lathen Sgb	2.428.680	302.752	3.904.336	287.496	3.524.024	267.542
454405	Lengerich Sgb	1.510.329	244.864	2.516.303	230.080	1.963.782	242.821
454406	Nordhümmling Sgb	2.030.172	430.280	2.409.300	457.600	2.859.588	469.067
454407	Sögel Sgb	2.840.845	470.768	6.055.069	345.624	10.999.261	385.761
454408	Spelle Sgb	5.537.151	106.440	5.087.236	0	7.672.040	8.902
454409	Werlte Sgb	4.404.493	196.976	8.862.929	0	7.052.130	0
455000	Friesland	9.168.028	2.202.440	8.097.993	2.318.880	8.985.187	2.495.068
455007	Jever, Stadt	2.016.875	360.992	1.980.079	297.064	2.232.316	408.816
455014	Sande	1.003.070	223.872	1.007.889	106.768	1.447.424	155.648
455015	Schortens, Stadt *	1.641.375	755.136	2.745.656	751.144	2.570.022	853.360
455020	Wangerland	3.268.235	257.424	4.099.324	234.648	5.848.011	286.610
455021	Wangeroorge, Nordseebad	319.037	984	472.688	0	249.599	0
455025	Bockhorn	419.869	265.760	738.297	278.096	1.154.766	308.143
455026	Varel, Stadt *	2.919.222	509.680	2.826.163	621.104	3.608.541	743.477
455027	Zetel	2.425.533	360.880	1.543.950	366.712	1.845.745	330.048
456000	Grafschaft Bentheim	14.861.161	2.465.288	21.871.384	2.210.640	23.132.429	2.379.941
456001	Bad Bentheim, Stadt	3.708.299	280.272	7.894.794	0	11.751.771	25.849
456015	Nordhorn, Stadt *	14.042.973	1.610.616	11.784.339	1.636.768	20.578.277	1.970.103
456025	Wietmarschen	6.086.573	241.288	2.965.111	230.584	4.194.437	194.976
456401	Emlichheim Sgb	3.152.155	283.072	3.256.697	89.880	6.079.174	157.396
456402	Neuenhaus Sgb	3.445.007	0	3.361.541	0	3.869.541	46.898
456403	Schüttof Sgb	2.181.112	308.288	3.512.841	323.104	6.514.458	149.342
456404	Uelsen Sgb	1.978.333	0	3.372.896	56.664	2.613.462	15.168
457000	Leer	17.836.596	4.158.616	21.945.169	4.167.528	19.477.421	4.374.653
457002	Borkum, Stadt	1.261.357	101.512	534.662	108.760	703.787	107.471
457012	Jemgum	185.729	127.608	760.354	125.792	1.014.608	130.189
457013	Leer (Ostfriesland), Stadt *	7.134.886	274.160	7.042.156	392.720	5.271.903	179.514
457014	Moormerland	2.821.736	877.416	4.021.239	900.408	3.580.754	953.547
457017	Ostrhauderfehn	563.841	353.624	849.973	287.192	1.558.861	353.443
457018	Rhauderfehn	2.531.379	577.816	1.381.728	652.376	2.239.264	723.357
457020	Uplengen	3.421.780	323.144	2.361.413	351.680	3.095.417	384.503
457021	Weener, Stadt	1.214.724	576.080	2.762.987	515.712	2.347.515	528.146
457022	Westoverledingen	3.219.897	845.984	3.971.008	881.712	4.189.948	883.597
457024	Bunde	1.031.337	147.592	1.532.511	132.800	2.041.441	91.129
457402	Hesel Sgb	694.677	281.808	1.168.981	249.760	891.368	339.788
457403	Jümme Sgb	856.117	200.216	822.790	220.344	1.312.133	207.199
458000	Oldenburg	12.615.421	1.952.960	19.995.223	1.979.768	22.702.111	2.385.105
458003	Döttingen	6.354.657	0	3.098.394	0	2.683.668	0
458005	Ganderkesee *	6.539.639	629.440	6.525.534	578.144	7.665.239	616.216
458007	Großenkneten	4.284.070	0	4.330.081	0	5.985.271	0
458009	Hatten	1.183.949	415.496	2.714.891	430.392	3.752.088	483.694
458010	Hude (Oldenburg)	1.466.211	265.784	1.924.093	279.384	2.629.312	185.113

Anlage 4b zur Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 16/2861)

SCHL	NAME	2007		2008		2009	
		Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro	Investitionen ¹⁾ Euro	Finanzhilfen für Investitionen Euro
458013	Wardenburg	3.755.951	0	4.795.628	106.328	6.643.106	64.757
458014	Wildeshausen, Stadt	3.322.973	227.632	4.582.127	227.720	5.111.943	234.736
458401	Harpstedt Sgb	654.295	187.840	2.225.581	196.960	3.388.122	264.512
459000	Osnabrück	13.200.158	5.354.232	14.541.056	5.205.072	20.450.993	5.930.373
459003	Bad Essen	1.440.855	169.888	2.562.315	210.248	5.189.489	208.151
459004	Bad Iburg, Stadt	756.532	271.296	926.772	235.296	1.568.720	277.738
459005	Bad Laer	853.711	164.608	1.344.259	89.192	3.679.567	91.890
459006	Bad Rothenfelde	1.286.689	170.904	910.637	162.528	940.645	188.516
459008	Belm	1.756.318	229.704	1.225.868	273.160	1.220.139	306.866
459012	Bissendorf	728.761	251.688	1.445.183	186.560	2.748.545	178.945
459013	Bohmte	2.358.576	327.816	1.928.990	346.408	2.269.433	330.347
459014	Bramsche, Stadt *	6.654.824	879.328	6.722.006	720.928	6.620.574	930.211
459015	Dissen am Teutoburger Wald, Stadt	1.177.990	0	1.712.587	0	3.442.518	165.093
459019	Georgsmarienhütte, Stadt *	2.807.419	0	14.503.443	0	8.410.578	0
459020	Hagen am Teutoburger Wald	3.431.001	397.792	3.424.878	347.792	2.995.502	447.555
459021	Hasbergen	756.010	105.952	1.590.864	94.200	1.202.150	133.491
459022	Hilte am Teutoburger Wald	1.458.520	208.352	1.224.130	178.136	576.046	156.614
459024	Melle, Stadt *	10.038.804	900.176	8.610.702	700.280	7.869.407	949.064
459029	Ostercappeln	629.085	265.384	1.027.372	274.832	1.036.263	319.695
459033	Wallenhorst *	3.620.152	464.808	6.369.441	447.544	7.401.211	442.478
459034	Glandorf	1.057.984	120.776	1.194.049	139.360	1.860.991	102.078
459401	Artland Sgb *	4.955.929	110.096	7.695.925	148.856	5.215.284	180.888
459402	Bersenbrück Sgb *	7.707.629	943.504	9.114.799	882.728	6.392.196	968.154
459403	Fürstenau Sgb	2.231.147	532.528	2.318.121	622.304	5.990.043	623.644
459404	Neuenkirchen Sgb	295.822	245.448	990.805	245.112	1.922.754	275.421
460000	Vechta	9.320.877	1.783.808	11.667.426	1.532.120	16.959.590	1.690.199
460001	Bakum	463.923	99.464	2.574.241	24.952	1.913.456	0
460002	Damme, Stadt	4.176.211	145.400	4.922.593	109.048	7.575.813	0
460003	Dinklage, Stadt	1.468.545	264.824	9.512.562	70.744	5.102.702	0
460004	Goldenstedt	2.947.900	100.872	2.847.039	44.104	2.757.322	108.498
460005	Holdorf	2.832.196	0	1.101.213	31.400	1.710.897	0
460006	Lohne (Oldenburg), Stadt	9.790.851	0	10.299.106	0	12.369.545	0
460007	Neuenkirchen-Vörden	1.549.045	77.352	1.264.338	52.472	3.332.903	663
460008	Steinfeld (Oldenburg)	1.888.478	22.768	3.869.085	35.464	4.126.346	0
460009	Vechta, Stadt *	7.863.797	119.144	7.691.067	0	13.099.390	241.569
460010	Visbek	5.908.621	0	4.115.470	0	2.562.252	0
461000	Wesermarsch	5.768.882	2.516.016	6.216.927	2.280.608	12.737.688	2.560.573
461001	Berne	1.414.811	159.552	1.994.563	125.968	511.946	152.542
461002	Brake (Unterweser), Stadt	1.915.541	0	3.737.177	196.128	3.640.549	186.261
461003	Butjadingen	361.030	156.336	449.724	163.216	1.226.591	188.648
461004	Elsfleth, Stadt	296.958	175.584	637.210	157.528	480.882	235.230
461005	Jade	465.002	202.256	297.400	169.192	834.825	182.887
461006	Lemwerder	1.784.368	0	5.110.377	0	1.060.775	0
461007	Nordenham, Stadt *	5.922.922	169.104	2.973.484	1.016	5.311.885	516.810
461008	Ovelgönne	462.243	174.280	354.689	168.440	303.172	194.120
461009	Stadland	105.444	221.872	1.687.564	218.056	2.002.617	0
462000	Wittmund	8.273.252	1.541.752	5.580.790	1.518.616	9.056.043	1.676.023
462005	Friedeburg	1.892.740	104.512	2.862.918	0	2.686.102	13.557
462007	Langeoog	79.363	9.480	797.468	10.912	755.076	4.485
462014	Spiekeroog	110.412	0	441.842	0	1.619.987	0
462019	Wittmund, Stadt	1.956.475	696.416	2.524.983	698.376	5.475.097	740.332
462401	Esens Sgb	2.324.887	432.992	6.668.904	440.528	8.093.211	510.706
462402	Holtriem Sgb	2.087.760	256.472	2.180.018	222.640	2.578.208	268.606
Zusammen		1.914.763.025	329.595.848	2.132.368.600	314.494.208	2.712.630.178	328.055.824

1) Einschl. Investitionsförderungsmaßnahmen.

Finanzen und Steuern

Schulden der öffentlichen Haushalte



2009

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen am: 28. Juni 2010, aktualisiert am 06. September 2010
Artikelnummer: 2140500097004

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation unter:
Telefon: +49 (0) 611/75 42 03; Fax: +49 (0) 611/ 75 41 83;
E-Mail: schulden@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Vorbemerkung

Die vorliegende Veröffentlichung stellt die Schulden der öffentlichen Haushalte in einer erweiterten Definition als „Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes“ dar. Dabei werden neben den Schulden der Kernbudgets der öffentlichen Haushalte auch die Schulden der Extrahaushalte des Bundes, der Länder und Gemeinden nachgewiesen.

Die erweiterte Darstellung der „Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes“ ist in fortschreitenden Ausgliederungen aus den Kernhaushalten und zunehmender Übertragung von öffentlichen Aufgaben nebst ihrer Schulden auf Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen (FEU) begründet. Dieser Prozess hat den Vergleich der Schulden der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Länderhaushalte untereinander, zunehmend beeinträchtigt.

Um die Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte wiederherzustellen, müssen zusätzlich zu den Kernhaushalten auch die Schulden der FEU, die in rechtlich selbständiger oder unselbständiger Form mit eigenem Rechnungswesen geführt werden, berücksichtigt werden. Dies geschieht in einem ersten Schritt durch die Integration der Schulden der Kernhaushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. mit ausgewählten öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG⁹⁵) dem Sektor Staat zuzurechnen sind. In einem zweiten Schritt erfolgt die Ausweisung des gesamten öffentlichen Sektors. Dieser umfasst neben den Einheiten des öffentlichen Gesamthaushaltes auch alle übrigen FEU mit eigenem Rechnungswesen, die nicht zum Sektor Staat zählen.

Die Ergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes werden ab dem Berichtsjahr 2006 in der Untergliederung nach dem Haushalt des Bundes (Kernhaushalt und Extrahaushalte), den Haushalten der Länder (Kernhaushalte und Extrahaushalte) sowie den Haushalten der Gemeinden/Gv. (Kernhaushalte und Extrahaushalte) dargestellt.

Die Extrahaushalte des Bundes beinhalten die verschuldeten Sondervermögen des Bundes (seit 2008 den Finanzmarktstabilisierungsfonds, seit 2009 den Investitions- und Tilgungsfonds) sowie weitere ausgewählte öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG zum Sektor Staat zählen, wie z. B. den „Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e. V.“.

Die Extrahaushalte der Länder umfassen Einheiten, die nach dem ESVG zum Staatssektor gehören, wie z. B. die ausgegliederten Hochschulen des Staatssektors mit eigenem Rechnungswesen, die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten Statistischen Ämter der Länder, Bau- und Liegenschaftsbetriebe sowie zur Bewältigung der Finanzmarkt- und Konjunkturkrise neu gegründete Einheiten.

Die Extrahaushalte der Gemeinden/Gv. setzen sich aus den kommunalen Zweckverbänden zusammen.

Das Tabellenprogramm sieht eine klare Trennung zwischen der Darstellung der Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes (Kernhaushalte und Extrahaushalte), der Schulden der Kernhaushalte der Gebietskörperschaften und der Schulden des öffentlichen Sektors (Kernhaushalte, Extrahaushalte und übrige FEU) vor:

- Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes werden in den Tabellen 1.1.1 – 1.5,
- die Schulden der Kernhaushalte der Gebietskörperschaften in den Tabellen 2.1 – 9.2,
- die Schulden des öffentlichen Sektors in der Tabelle 10
- und nachrichtlich die Schulden der kameral buchenden Zweckverbände in den Tabellen 11.1 – 11.4 dargestellt.

Die Einbeziehung der Verschuldung der Extrahaushalte in die Ergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes wurde erstmals für 2006 vorgenommen, daher sind die Ergebnisse 2006 mit den veröffentlichten Ergebnissen der Vorjahre nicht vergleichbar. Um dennoch einen Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse aus 2006 in den Zeitreihen sowohl nach dem bisherigen als auch nach dem neuen Veröffentlichungskonzept dargestellt. Zudem wurden in der aktuellen Fachserie die Darlehen der Länder von den Versorgungsfonds/Versorgungsrücklagen rückwirkend ab 2006 als Schulden bei öffentlichen Haushalten und nicht wie bisher als Kreditmarktschulden nachgewiesen.

Inhalt

Textteil	Seiten
Vorbemerkung	1
Inhaltsverzeichnis	2
Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen	5
1 Allgemeine Angaben zur Statistik	5
2 Zweck und Ziele der Statistik	6
3 Erhebungsmethodik	7
4 Genauigkeit	7
5 Aktualität	8
6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit	8
7 Bezüge zu anderen Erhebungen	9
8 Schuldenstatistische Begriffe und Abgrenzungen	9
9 Erläuterungen zum Berichtskreis	12
10 Ergebnisdarstellung	14
11 Sonstige Hinweise	15
12 Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages	16
 Tabellenteil	
1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes	18
1.1 Schuldenstand nach Körperschaftsgruppen	18
1.1.1 Kreditmarktschulden und Kassenkredite zusammen	18
1.1.2 Kreditmarktschulden	19
1.1.3 Kassenkredite	20
1.2 Schuldenstand nach Arten und Körperschaftsgruppen	21
1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern	27
1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten	38
1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern	48
2 Schulden der Kernhaushalte nach Körperschaftsgruppen	56
2.1 Schuldenstand am 31.12.2009	56
2.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	57
2.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	58
2.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	59
3 Schulden der Länder-Kernhaushalte	60
3.1 Schuldenstand am 31.12.2009	60
3.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	62
3.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	64
3.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	66
4 Schulden der Länder und der Gemeinden/Gv.	68
4.1 Schuldenstand am 31.12.2009	68
4.2 Schuldenstand am 31.12.2009 in Euro je Einwohner	68
5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände	70
5.1 Nach Ländern	70
5.1.1 Schuldenstand am 31.12.2009	70
5.1.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	72
5.1.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	74
5.1.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	76

Tabellenteil		Seiten
5.2	Nach Körperschaftsgruppen/Größenklassen	78
5.2.1	Schuldenstand am 31.12.2009	78
5.2.2	Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	79
5.2.3	Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	80
5.2.4	Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	81
6	Schulden der kreisfreien Städte	82
6.1	Schuldenstand am 31.12.2009	82
6.2	Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	84
6.3	Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	86
6.4	Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	88
7	Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter	90
7.1	Schuldenstand am 31.12.2009	90
7.2	Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	92
7.3	Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	94
7.4	Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	96
8	Schulden der Landkreise	98
8.1	Schuldenstand am 31.12.2009	98
8.2	Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	100
8.3	Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	102
8.4	Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	104
9	Fälligkeiten der am 31.12.2009 bestehenden Kreditmarktschulden	106
9.1	Schulden der Kernhaushalte nach Körperschaftsgruppen und Ländern	106
9.2	Schulden der Gemeinden/Gv. nach Körperschaftsgruppen und Ländern	107
10	Schulden des öffentlichen Sektors am 31.12.2009	108
11	Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern	109
11.1	Schuldenstand am 31.12.2009	109
11.2	Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009	111
11.3	Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009	113
11.4	Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009	115
12	Internationale Übersicht	117
	Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes	117
Anhang		
	Bevölkerung in den Ländern Deutschlands am 30. Juni 2009	118

Zeichenerklärung

0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
-	=	nichts vorhanden
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an

Abkürzungen

BGB	=	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	=	Bundesgesetzblatt
BPS-PT	=	Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V.
BStatG	=	Bundesstatistikgesetz
ESVG	=	Verordnung des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft
FEU	=	öffentlich bestimmte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen
FPStatG	=	Finanz- und Personalstatistikgesetz
Gv.	=	Gemeindeverbände
Mill.	=	Millionen
Mrd.	=	Milliarden

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Erläuterungen zum Euro

Ab dem 1. Januar 2002 verwendet das Statistische Bundesamt in seinen Veröffentlichungen grundsätzlich die Währungseinheit Euro. Sie finden in der hier vorliegenden Veröffentlichung alle Wertangaben in Euro dargestellt.

Umrechnung von DM in Euro

Die in DM für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelten Werte wurden einheitlich mit dem konstanten Faktor 1 Euro = 1,95583 DM umgerechnet. Rundungsdifferenzen werden bei der Summenbildung nicht ausgeglichen. Daher kann es zu geringfügigen Rundungsdifferenzen kommen.

Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Bezeichnung der Statistik

Schulden der öffentlichen Haushalte

1.2 Berichtszeitraum

1. Januar bis 31. Dezember des Berichtsjahres

1.3 Erhebungstermin

Stichtag ist der 31.12. des Berichtsjahres

1.4 Periodizität

Jährlich

1.5 Regionaler Erhebungsbereich

Bundesgebiet

1.6 Erhebungsgesamtheit, Zuordnungsprinzip der Erhebungseinheiten

Die Schuldenstatistik erhebt die Schulden der öffentlichen Haushalte nach Gebietskörperschaften. Die Erhebungseinheiten sind die staatlichen (Bund, Länder) und kommunalen Haushalte (Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände) sowie Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die mehrheitlich von den öffentlichen Haushalten (auch von diesen gemeinsam) bestimmt sind.

1.7 Erhebungseinheiten

• Der Bund und seine Sondervermögen

Zum Sondervermögen des Bundes gehört der Entschädigungsfonds (Schuldennachweis ab 1996), ab 17. Oktober 2008 der Finanzmarktstabilisierungsfonds sowie ab 06.03.2009 der Investitions- und Tilgungsfonds. Die Schulden des Lastenausgleichsfonds wurden vom Bund am 1. Januar 1980 mit übernommen. Der Kreditabwicklungsfonds wurde Ende 1994 aufgelöst. Der Erblastentilgungsfonds (nachgewiesen ab 1995, zuvor ab 1991 Kreditabwicklungsfonds), das Bundeseisenbahnvermögen (nachgewiesen ab 1994), der Ausgleichsfonds „Steinkohle“ (nachgewiesen ab 1995) sind ab dem 1. Juli 1999 auf den Bund übergegangen. Die Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ (ab 1990) wurden am 1. Januar 2005 vom Bund übernommen, die Schulden des European Recovery Program (ERP) sind am 1. Juli 2007 zum Bund übergegangen. Die Versorgungsrücklage und das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ sind nicht verschuldet.

• Die Länder einschließlich der Stadtstaaten Hamburg, Bremen, Berlin und ihre Sondervermögen

• Die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) und ihre Sondervermögen

Gemeindeverbände sind Landkreise, die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, der Bezirksverband Pfalz, die Landeswohlfahrtsverbände Hessen, Baden und Württemberg-Hohenzollern, der Kommunale Sozialverband Sachsen, der Regionalverbund Ruhrgebiet, die Regionalverbände in Baden-Württemberg, die Bezirke in Bayern, die Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz, die Samtgemeinden in Niedersachsen, die Ämter in Schleswig-Holstein, die Ämter in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Verwaltungsverbände in Sachsen und die Verwaltungsgemeinschaften in Thüringen.

- **Die Zweckverbände**

und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen. Hierzu zählen auch die Verwaltungsgemeinschaften in Baden-Württemberg und Bayern.

- **Die Sozialversicherungsträger (seit 1995 einschl. Pflegeversicherung), die Bundesagentur für Arbeit**

sowie die Träger der Zusatzversorgung des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sind bisher in der Schuldenstatistik lediglich Gläubiger und keine Berichtsstellen.

- **Die öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen (FEU)**

Öffentlich bestimmt sind alle Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.

1.8 Rechtsgrundlagen, Verordnungen

Die Rechtsgrundlage für die Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2580) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246). Erhoben werden die Angaben zu § 5 Nr.1 und 3 FPStatG.

1.9 Geheimhaltung und Datenschutz

Nach § 16 BStatG sind Einzelangaben grundsätzlich geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. § 15 FPStatG als eine solche spezielle Rechtsvorschrift lässt die Veröffentlichung von Ergebnissen auf Ebene der Erhebungseinheiten mit Ausnahme der in § 2 Abs. 1 Nr. 7 FPStatG genannten Stellen zu. Eine Übermittlung der erhobenen Angaben ist darüber hinaus nach § 14 FPStatG in Verbindung mit § 16 Abs. 4 BStatG an oberste Bundes- und Landesbehörden in Form von Tabellen mit statistischen Ergebnissen zulässig, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Abs. 6 ist es auch zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben Einzelangaben zur Verfügung zu stellen, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können.

2 Zweck und Ziele der Statistik

2.1 Erhebungsinhalte

Die Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte ist eine jährliche Totalerhebung und berichtet über den Stand der Schulden, Schuldenaufnahmen, Schuldentilgungen, sonstigen Schuldenbewegungen sowie über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen des Berichtsjahres.

2.2 Zweck der Statistik

Die Daten dienen als Entscheidungsgrundlage für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie bilden vor allem die Grundlage für die Beantwortung der Fragen nach dem finanziellen Spielraum der Haushalte kommender Jahre, der Kapitalmarktbeanspruchung durch die öffentlichen Haushalte und damit der Entwicklung des Zinssatzes wie auch der Art der Verschuldung.

2.3 Hauptnutzer der Statistik

Zu den Hauptnutzern der Statistik zählen die Bundesbank, die Europäische Zentralbank (EZB), Eurostat, Bundes- und Länderministerien, vor allem Finanz- und Innenministerien, Gemeinde- und Städtebund, Landkreistag, Rechnungshof, Universitäten und Wirtschaftsforschungsinstitute, der Europäische Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Vereinten Nationen, der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie die Presse.

2.4 Einbeziehung der Nutzer

Die von Seiten der EU und der Ministerien gewünschten Veränderungen im bestehenden Erhebungsprogramm lassen sich mittels Gesetzesänderungen umsetzen. Darüber hinaus sind die Bundesministerien, die Statistischen Ämter der Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft im Statistischen Beirat vertreten, der nach § 4 BStatG das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen berät. Fachspezifische Fragen oder Anregungen werden dabei in den vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistiken“ eingebracht.

3 Erhebungsmethodik

3.1 Art der Datengewinnung

Als Basis für die Auskunftserteilung dienen vor allem die Ergebnisse aus den Rechnungsabschlüssen der Gebietskörperschaften sowie der sonstigen zum Berichtskreis gehörenden Institutionen. Die Schuldenstatistik zählt zu den Sekundärerhebungen. Die Durchführung erfolgt sowohl im Rahmen einer Onlineerhebung über das IDEV-System als auch durch eine schriftliche Befragung mittels Papierfragebogen. Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht.

3.2 Erhebungsinstrumente und Berichtsweg

Die Daten über die Verschuldung des Bundes (einschließlich seiner Sondervermögen), der Länder sowie der FEU in mehrheitlichem Bundesbesitz werden zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben. Die Erfassung aller übrigen Einheiten erfolgt durch das Statistische Amt des jeweiligen Sitzlandes, welches die Daten nach eingehender Prüfung an das Statistische Bundesamt übermittelt.

3.3 Belastung der Auskunftspflichtigen

Konkrete Angaben über die Belastung liegen nicht vor.

3.4 Dokumentation des Fragebogens

Die Erhebungsunterlagen sind auf Anfrage bei Gruppe VI C (Öffentliche Haushalte und Unternehmen) im Statistischen Bundesamt erhältlich. Telefon: 06 11 / 75 4203, Fax: 06 11 / 75 4183 oder E-Mail: schulden@destatis.de

4 Genauigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Die Schuldenstatistik wird jährlich zum Stichtag 31. Dezember als Totalerhebung durchgeführt. Folglich sind stichprobenbedingte Fehler ausgeschlossen. Bei der Totalerhebung sind nicht-stichprobenbedingte Fehler (z. B. Messfehler) nicht völlig zu vermeiden, sie werden aber durch entsprechend konzipierte Plausibilitätsprüfungen in den statistischen Ämtern minimiert, so dass die Ergebnisse der Schuldenstatistik von hoher Datenqualität sind und somit den hohen Qualitätsstandards der amtlichen Statistik in vollem Umfang genügen.

4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Die Schuldenstatistik wird als Totalerhebung durchgeführt, demzufolge sind stichprobenbedingte Fehler auszuschließen.

4.3 Nicht-stichprobenbedingte Fehler

Nicht-stichprobenbedingte Fehler, wie z. B. Messfehler oder Antwortausfälle, sind nicht völlig zu vermeiden bzw. auszuschließen. Sie werden aber durch umfangreiche und stetig an die aktuellen Begebenheiten angepasste Plausibilitätsprüfungen auf ein Minimum reduziert.

4.4 Fehler in der Erfassungsgrundlage

Keine

4.5 Antwortausfälle auf der Ebene statistischer Einheiten

Keine

4.6 Antwortausfälle auf der Ebene statistischer Merkmale

Keine

5 Aktualität

Erhebungsstichtag ist der 31.12. des jeweiligen Jahres. Die ersten vorläufigen Ergebnisse werden im Rahmen der Notifikation zur Ermittlung des aktuellen Standes der Maastricht-Kriterien Ende Februar an die Deutsche Bundesbank gemeldet. Endgültige Ergebnisse werden in der Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 5, Schulden der öffentlichen Haushalte jeweils im 2. Halbjahr veröffentlicht.

6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit

Die dargestellten Schulden der öffentlichen Haushalte entsprechen sachlich und systematisch jeweils dem Stand des aktuellen Berichtsjahres. Vergleichsdaten zurückliegender Jahre bzw. langer Reihen sind zum Teil nur noch eingeschränkt vergleichbar.

Gründe hierfür sind u. a. das erweiterte Bundesgebiet nach der Wiedervereinigung, die Einbeziehung der Ergebnisse Berlin (West) erst ab 1952 und des Saarlandes ab 1960. Ab 1974 werden die Schulden der Eigenbetriebe nicht mehr in den Schuldenstand einbezogen sowie ab 1965 entfallen beim Bund und ab 1968 beim Lastenausgleichsfonds und den Ländern die Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten. Weitere Gründe für die eingeschränkte Vergleichbarkeit sind die nur bis 1992 bei den Schulden erfolgte Einbeziehung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, die auf den Bund übergegangenen Schulden, und zwar: ab dem 1. Juli 1999 vom Bundeseisenbahnvermögen, des Erblastentilgungsfonds und des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und zum 1. Juli 2007 vom ERP-Sondervermögen. Einmalige Versteigerungserlöse der Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro dienten Schuldentilgungen im 4. Quartal 2000 in Höhe von 17,7 Mrd. Euro und von 33,1 Mrd. Euro im 1. Quartal 2001. Das beeinträchtigte den Vorjahresvergleich.

Die Schulden der kaufmännisch buchenden Zweckverbände werden bei den Schulden der Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen (FEU) nachgewiesen (siehe Tabelle 10: Schulden des öffentlichen Sektors), also nicht bei den Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen wurden davon abweichend die kaufmännisch buchenden Zweckverbände bis einschl. 1994, in Hessen bis einschl. 1995, in Thüringen bis einschl. 1996, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bis einschl. 1999, im Saarland bis einschl. 2000 sowie in Bayern und Nordrhein-Westfalen bis 2005 den öffentlichen Haushalten zugeordnet.

Ab 2006 werden bei den Schulden der öffentlichen Haushalte auch die Schulden der Extrahaushalte nachgewiesen (siehe Vorbemerkungen und Punkt 9). Die Ergebnisse über die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes 2006 sind daher mit den vorher veröffentlichten Ergebnissen der Vorjahre nicht vergleichbar. Um dennoch einen Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse aus 2006 in den Zeitreihen sowohl nach dem bisherigen als auch nach dem neuen Veröffentlichungskonzept dargestellt.

Die Darlehen der Länder von den Versorgungsfonds/Versorgungsrücklagen werden rückwirkend ab 2006 als Schulden bei öffentlichen Haushalten und nicht wie bisher als Kreditmarktschulden nachgewiesen.

7 Bezüge zu anderen Erhebungen

Die Schuldenstatistik der öffentlichen Haushalte steht in enger Beziehung zur vierteljährlichen Kassenstatistik, der Finanzvermögenstatistik, der Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, der Hochschulfinanzstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

8 Schuldenstatistische Begriffe und Abgrenzungen

Stand der Schulden und Gewährleistungen

Nachgewiesen werden alle Schulden, für welche die Berichtsstelle Schuldner ist, auch wenn sie nicht den Schuldendienst trägt. Dazu gehören auch die Schulden ihrer rechtlich unselbständigen Stiftungen und Sondervermögen, deren Ausgaben und Einnahmen vollständig im Haushalt des öffentlichen Trägers enthalten sind. Die Schulden der rechtlich unselbständigen kommunalen Sondervermögen mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung gelten dagegen nicht als Schulden der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes und werden gesondert erfasst und nachgewiesen.

Nicht im Schuldenstand enthalten sind:

- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen);
- Kassenreste, Steuerablieferungsrückstände, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen u. ä. Verpflichtungen;
- im Eigenbestand der Emittenten befindliche Wertpapiere (Ausnahme: s. u. Fälligkeiten).

Grundsätze der Zuordnung zu den Schuldarten

Der Aufgliederung der aufgenommenen Schulden nach Schuldarten wird soweit möglich das Gläubigerprinzip zugrunde gelegt: Maßgebend für die Zuordnung ist der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger. Abweichend von dieser Regelung werden von Kreditinstituten ausgezahlte, aber aus öffentlichen Mitteln stammende Darlehen nach ihrer Herkunft zugeordnet. Bei allen Schulden für die Wertpapiere ausgegeben worden sind (Anleihen usw.), entfällt eine Aufteilung nach Gläubigern.

Schulden aus Kreditmarktmitteln

- Kreditmarktschulden im engeren Sinne sind:

Wertpapierschulden

- Anleihen
- Bundesschatzbriefe
- Bundesschatzanweisungen
- Unverzinsliche Schatzanweisungen
- Finanzierungsschätze
- Bundesobligationen
- Landesobligationen/-schatzanweisungen
- Sonstige Wertpapierschulden

Im Eigenbestand der Emittenten befindliche Wertpapiere sind nicht im Schuldenstand berücksichtigt (Ausnahme: Nachweis der Fälligkeiten).

Schuldscheindarlehen von

- Banken und Sparkassen
- Bausparkassen
- Versicherungen

Bundesagentur für Arbeit
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen
Sonstigen Sozialversicherungen (gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung)
Rechtlich selbständigen Stiftungen, Unternehmen und sonstigen privaten Stellen des Inlandes, ausländische Stellen.

Auf fremde Währung lautende Schulden, die im Ausland oder bei internationalen Stellen aufgenommen und in fremder Währung kontrahiert sind, werden zu den von der Europäischen Zentralbank am 31. Dezember veröffentlichten Referenzkursen in Euro umgerechnet.

- Kreditmarktschulden im weiteren Sinne sind:
die Summe aus Kreditmarktschulden im engeren Sinne und Ausgleichsforderungen.

Ausgleichsforderungen

Ausgleichsforderungen sind Schuldbuchforderungen gegen die öffentliche Hand in erster Linie als Ausgleich für den Wegfall der Forderungstitel gegen das Dritte Reich nach Ende des 2. Weltkrieges. Zentralbank (Bundesbank), Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungsunternehmen und andere Stellen wurden nach der Währungsreform 1948 gesetzlich ermächtigt, diese Forderungen gegen die Länder und den Bund zum Ausgleich in ihre Bilanzen einzustellen, soweit sie nicht durch eigene Aktiva ausgeglichen waren. Seit 1956 werden die Ausgleichsforderungen zu festen Sätzen getilgt. Die Laufzeit beträgt 25 Jahre für die unverzinslichen, 39 Jahre für die 4½-prozentigen, 44 Jahre für die 3½-prozentigen und 47 Jahre für die 3-prozentigen Ausgleichsforderungen. Mit dem Beginn der zweiten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (01.01.1994) müssen die bestehenden Altschulden der öffentlichen Hand in den Notenbankbilanzen mit einer festen Endfälligkeit versehen werden. Als „Altforderungen“ der Bundesbank gegenüber dem öffentlichen Sektor waren Ende 1993 lediglich die im Zusammenhang mit der Währungsreform von 1948 geschaffenen Ausgleichsforderungen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro verbucht. Der Bund hat sich gemäß den neuen EU-Bestimmungen gegenüber der Bundesbank verpflichtet, diese bisher unbefristeten Forderungen ab dem Jahr 2024 in zehn Jahressätzen zu tilgen.

Die restlichen Ausgleichsforderungen der Länder aus der Währungsreform 1948 sind nach dem Beschluss des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank in seiner 933. Sitzung, den Ankaufsfonds aufzulösen, erloschen (vgl. Gesetz über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 30. Juli 1965, BGBl. I S. 650).

Schulden bei öffentlichen Haushalten

Hier werden sämtliche, von den Berichtsstellen untereinander aufgenommenen Schulden nachgewiesen, auch wenn sie über ein Kreditinstitut ausgezahlt wurden. Diese umfassen auch Schulden zwischen den Körperschaften und den Extrahaushalten der Körperschaften. Da aufgrund fehlender Erfassungsmöglichkeiten in der Schuldenstatistik Netto-Schuldner- bzw. -Gläubigerpositionen nicht errechnet werden können, erfolgt eine unbereinigte Zusammenfassung der Verschuldungsdaten aller Berichtsstellen; dies hat zur Folge, dass z. B. Schulden der Gemeinden bei ihrem Land bzw. Schulden der Extrahaushalte bei ihrem Kernhaushalt in nicht-konsolidierter Form nachgewiesen werden.

Innere Schulden

Die "Inneren Schulden" umfassen innere Darlehen sowie innere Kassenkredite und beinhalten die vorübergehende Inanspruchnahme von Rücklagemitteln ohne Sonderrechnung, die für einen anderen Zweck angesammelt waren. Nicht dazu zählen Darlehen der Gemeinden und Gemeindeverbände bei ihren rechtlich selbständigen Unternehmen, ihren Eigenbetrieben oder sonstigen Sondervermögen mit Sonderrechnung, diese zählen zur "äußeren" Verschuldung, ebenso wie Schulden zwischen Gemeinden/Gv. und Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Kassenverstärkungskredite

Unter Kassenverstärkungskrediten werden die kurzfristigen Verbindlichkeiten erfasst, welche die Berichtskörperschaften zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen eingehen. Zu den Kassenverstärkungskrediten rechnen neben den Kassenkrediten von Kreditinstituten auch Geldmarkttitel (Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen), soweit sie zur kurzfristigen Kassenverstärkung bestimmt sind.

Die früher ebenfalls dazu zählenden Kassenkredite der Deutschen Bundesbank entfielen ab dem 1. Januar 1994, da zu diesem Zeitpunkt die Regelungen über die zweite Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wirksam ge-

worden sind. Danach dürfen Notenbanken den öffentlichen Haushalten keine Kredite mehr gewähren. (Erlaubt bleiben allerdings im Interesse der reibungslosen Abwicklung staatlicher Kassentransaktionen sog. untertägige Kreditaufnahmen bei der Notenbank, die zum Tagesschluss aber ausgeglichen sein müssen.) Zweck dieses Kreditverbotes ist es, die öffentliche Hand zu zwingen, sich an den Kredit- und Kapitalmärkten zu Marktkonditionen zu finanzieren. Dadurch sollte die Haushaltsdisziplin gestärkt und gleichzeitig eine wichtige potentielle Inflationsquelle verschlossen werden.

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Die wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleichkommenden Zahlungsverpflichtungen, die Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgelder, werden wegen unterschiedlich verwendeter Abgrenzungs- und Bewertungskriterien und wegen ihres geringen Finanzvolumens ab dem Berichtsjahr 1990 nicht mehr in den Schuldenstand einbezogen und sind nur noch nachrichtlich dargestellt. Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen werden seit 1994 erfasst. Ihre Angaben sind jedoch unvollständig, da die Erfassung dieser Zahlungsverpflichtungen in einigen Ländern Schwierigkeiten bereitet.

Bürgschaften, sonstige Gewährleistungen

Die Bürgschaften im Sinne des § 765 BGB einschl. der Nachbürgschaften sind mit den übernommenen Haftungssummen, nicht dagegen mit den gesamten Kreditsummen (Ausnahme: einige Flächenländer) und nicht mit den durch Gesetz oder Haushaltssatzung festgestellten Ermächtigungssummen angegeben. Auf Bürgschaften gezahlte Beträge (Schadensfälle) sind abgesetzt. Bürgschaften, die voll durch Rückbürgschaften gesichert sind, werden nicht nachgewiesen; dagegen ist von Bürgschaften, die nur teilweise durch Rückbürgschaften gesichert sind, der ungedeckte Teil einbezogen. Außer den Bürgschaften nach § 765 BGB sind von Bund und Ländern (einschl. ihrer Sondervermögen) übernommene Garantien und sonstige Gewährleistungen im Nachweis enthalten (z. B. Kreditaufträge nach § 778 BGB, Schuldmitübernahmen, Gewährleistungs-, (Garantie-)Verträge, Ausbietungsgarantien, Wechselbürgschaften). Bei Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden entfällt dieser Nachweis. Bürgschaften, die kraft Gesetzes übernommen werden müssen (z. B. Haftung der Länder für ihre Kreditanstalten, Haftung der Gemeinden/Gv. für Sparkassen als Gewährsträger, Ausfallbürgschaften beim Wohnungsbau). Zu beachten ist, dass bei den staatlichen Haushalten der Flächenländer die Haftungssumme insgesamt nachgewiesen wird, d. h. die volle Summe, unabhängig davon, ob inzwischen Tilgungen geleistet wurden oder nicht. Beim Bund und bei den Stadtstaaten ist die Haftungssumme um die geleisteten Tilgungen und die in Schadensfällen geleisteten Beträge vermindert dargestellt.

Schuldenbewegung

• Schuldenaufnahmen

Als Schuldenaufnahmen sind alle in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. eines Berichtsjahres aufgenommenen Kredite mit dem Nennwert ohne Abzug eines Disagios angegeben (Ausnahme: Diskontpapiere – unverzinsliche Schatzanweisungen einschl. Finanzierungsschätze – des Bundes, die seit 1981 nur mit dem abgezinsten Betrag nachgewiesen werden). Die Schuldenaufnahmen werden nach Schuldarten und ihren vertraglich festgelegten Laufzeiten untergliedert. Gemeinsame Schuldenaufnahme von Bund und Sondervermögen siehe Punkt 11 „Sonstige Hinweise“.

• Schuldentilgungen

Tilgungen sind alle in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. des Berichtsjahres zurückgezahlten Beträge. Sie werden nach Schuldarten gegliedert.

• Sonstige Zugänge - Sonstige Abgänge

Sonstige Zu- und Abgänge sind alle Schuldenu- und -abgänge, die der Berichtskörperschaft keine Haushaltsmittel zugeführt bzw. entzogen haben (z. B. Schuldenveränderungen durch Eingliederung vorher selbständiger Sonderrechnungen bzw. Ausgliederung von Sondervermögen, Übernahme von hypothekarisch belastetem Grundbesitz, Schuldabtretungen), Veränderungen des Eigenbestandes an Wertpapieren durch Verkäufe (= sonstige Zugänge an Schulden) und Rückkäufe (= sonstige Abgänge).

Fälligkeiten

Nachgewiesen werden die planmäßig fällig werdenden Tilgungen für die am Erhebungsstichtag bestehenden Schulden aus Kreditmarktmitteln einschließlich der im Eigenbestand befindlichen Wertpapierstücke, gegliedert nach den dem Erhebungsstichtag folgenden fünf einzelnen Jahren und dem anschließenden Zeitraum. Die beim Schuldenstand nur nachrichtlich ausgewiesenen Beträge der Wertpapierstücke im Eigenbestand werden beim Nachweis der Fälligkeiten berücksichtigt, da sie wie noch im Umlauf befindliche Wertpapiere am Tag der Fälligkeit zu tilgen sind.

9 Erläuterungen zum Berichtskreis

Extrahaushalte des Bundes

• Entschädigungsfonds

Der Entschädigungsfonds ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes. Aus ihm werden die auf der Grundlage des Vermögensgesetzes sowie des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes (-EALG-, BGBl. I S. 2624 vom 27. September 1994) zu leistenden Zahlungen finanziert. Der Entschädigungsanspruch wird durch Zuteilung von Schuldverschreibungen erfüllt, die erst ab dem 1. Januar 2004 zu verzinsen und in fünf gleichen Jahresraten per Auslösung zu tilgen sind. 1996 gab der Fonds erstmals Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 4,8 Mill. Euro aus. Seitdem werden Schulden nachgewiesen, zum 31.12.2008 wies der Fonds nur noch eine geringe Restschuld nach.

• ERP-Sondervermögen

Das Europäische Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program) wurde 1948 im Rahmen des Marshall-Plans ins Leben gerufen. Ziel war der Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft. West-Deutschland erhielt zu diesem Zweck von der amerikanischen Regierung Hilfslieferungen, wie Maschinen, Rohstoffe, Lebensmittel, Medikamente oder Saatgut. Empfänger dieser Lieferungen waren zunächst Unternehmen. Das Besondere dabei war: deutsche Importeure bezahlten diese Güter, indem sie deren DM-Gegenwert bei der Deutschen Bundesbank in einen Fonds einzahlten. Aus diesem Fonds ist 1949 das ERP-Sondervermögen entstanden.

Die Schulden des European Recovery Program (ERP) sind am 1. Juli 2007 zum Bund übergegangen (siehe Gesetz zur Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung vom 26. Juni 2007, BGBl. I S. 1160).

• Fonds "Deutsche Einheit"

Durch Art. 31 des Gesetzes zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 25. Juni 1990 (BGBl. II S. 518) ist das Sondervermögen des Bundes Fonds "Deutsche Einheit" errichtet worden. Zunächst hatte der Fonds die Aufgabe, die aus dem o. e. Gesetz folgenden finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR zu erfüllen. Nach Vollendung der Einheit erhielten die fünf neuen Länder und Berlin-Ost Leistungen aus dem Fonds. Die Länder leiteten 40 % der ihnen zufließenden Fondsmittel an ihre Gemeinden und Gemeindeverbände weiter. Für die Jahre 1990 bis 1994 standen zunächst 59 Mrd. Euro zur Verfügung. Mit dem Gesetz zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes vom 16. März 1992 wurde das Fondsvolumen auf 74,8 Mrd. Euro aufgestockt. Eine weitere Anhebung auf 82,2 Mrd. Euro brachte das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 26. Juni 1993 (BGBl. I S. 944). 33,6 Mrd. Euro dieses Betrages brachten Bund (25,4 Mrd. Euro) und Länder (8,2 Mrd. Euro) durch Zuschüsse auf. Den Rest (49 Mrd. Euro) finanzierte der Fonds durch Kreditaufnahme. Für die Zins- und Tilgungsleistungen erhielt der Fonds vom Bund zusätzlich 10 % der bis zum Ende des Jahres 1993 insgesamt aufgenommenen Kredite (46 Mrd. Euro). Daran beteiligten sich die alten Länder bis einschl. 1994 zur Hälfte. Ab 1995 bezahlten diese einen pauschalen Ausgleichsbetrag von zusätzlich 1,1 Mrd. Euro jährlich, was zu einem Gesamtbeitrag von 3,5 Mrd. Euro führte. Zwischen 1998 und 2001 wurden die jährlichen Zuschüsse für Zins- und Tilgungsleistungen von 10 % auf 6,8 % der aufgenommenen Kredite abgesenkt. Die jährlichen Annuitäten betragen 2002 2,5 Mrd. Euro. 2003 und 2004 wurden jeweils 2,3 Mrd. Euro abgeführt. Zwischen 2005 und 2019 übernimmt der Bund die Zahlungen für einen jährlichen Festbetrag an der Umsatzsteuer in Höhe von 1,3 Mrd. Euro. Die restliche Tilgung des Fonds bis 2019 von bis zu 6,5 Mrd. Euro wird ebenfalls vom Bund übernommen. Ein von der realen Zinsentwicklung abhängiger, evtl. darüber hinausgehender Betrag würde zu 53,3 % von den alten Ländern getragen werden.

Ab 1. Januar 2005 sind die Schulden dieses Sondervermögens auf den Bund übergegangen (siehe § 6a des Solidar-paktfortführungsgesetzes vom 20. Dezember 2001, BGBl. I S. 3961).

- **Erblastentilgungsfonds**

Der durch Art. 38 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms errichtete Erblastentilgungsfonds übernahm ab 1. Januar 1995 die bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Verbindlichkeiten des Kreditabwicklungsfonds. Darüber hinaus sind in dem Fonds Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbauunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 16 Mrd. Euro sowie die Verbindlichkeiten der bis zum Jahresende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von rund 105 Mrd. Euro zusammengefasst. Mit Wirkung zum 1. Januar 1997 wurden dem Erblastentilgungsfonds die Altschulden der gesellschaftlichen Einrichtungen in der ehemaligen DDR in Höhe von 4,3 Mrd. Euro übertragen.

Ab 1. Juli 1999 sind die Schulden dieses Sondervermögens auf den Bund übergegangen (siehe Gesetz zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999, BGBl. I S. 1384).

- **Bundeseisenbahnvermögen (BEV)**

Dieses im Zuge der Bahnreform gegründete Sondervermögen (vgl. Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens vom 27. Dezember 1993, BGBl. I S. 2378) verwaltet die Altschulden der ehemaligen Unternehmen „Deutsche Bundesbahn“ und „Deutsche Reichsbahn“ und ist Dienstherr der der Bahn AG zugewiesenen Beamten. Ab 1996 ist die Ermächtigung des BEV zur Nettokreditaufnahme grundsätzlich weggefallen. Lediglich zur Tilgung der bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Verbindlichkeiten dürfen noch Kredite neu aufgenommen werden. Der Bund trägt ab 1996 die Aufwendungen, die das BEV nicht durch eigene Einnahmen decken kann, durch entsprechende Erstattungen.

Ab 1. Juli 1999 sind die Schulden dieses Sondervermögens auf den Bund übergegangen (siehe Gesetz zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999, BGBl. I S. 1384).

- **Ausgleichsfonds "Steinkohle"**

Der Ende 1974 als unselbständiges Sondervermögen des Bundes errichtete Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes (Gesetz zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes und des Stromeinspeisungsgesetzes (SKWP), zuletzt geändert am 19. Juli 1994, BGBl. I S. 1618) hatte die Aufgabe, den Elektrizitätsversorgungsunternehmen einen finanziellen Ausgleich für die bei der Verstromung heimischer Steinkohle entstandenen Mehrkosten zu gewähren, die gegenüber dem Einsatz von billigerer Importkohle, Erdöl oder Erdgas entstehen. Zur Finanzierung dieser Aufwendungen wurde eine Ausgleichsabgabe (sog. „Kohlepfennig“) beim Stromverbraucher in Form eines Aufschlages auf die Stromrechnung von zuletzt 8,5 % erhoben. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes durfte diese Sonderabgabe nur bis Ende 1995 bestehen bleiben. In den letzten Jahren seines Bestehens reichte das Aufkommen aus dieser Ausgleichsabgabe nicht aus, um den Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihre Mehraufwendungen zu erstatten. Der Fonds musste daher Schulden aufnehmen.

Ab 1. Juli 1999 sind die Schulden dieses Sondervermögens auf den Bund übergegangen (siehe Gesetz zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999, BGBl. I S. 1384).

- **Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)**

Der am 17. Oktober 2008 durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz geschaffene Finanzmarktstabilisierungsfonds wird von der Finanzmarktstabilisierungsanstalt verwaltet. Ziel des Fonds ist es, das Finanzsystem in Deutschland zu stabilisieren. Mit Hilfe des Fonds sollen die in der Finanzmarktkrise entstandenen Liquiditätsengpässe der Finanzunternehmen überwunden und die Eigenkapitalbasis von Finanzunternehmen gestärkt werden.

- **Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)**

Das am 6. März 2009 gegründete Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ hat die Aufgabe, Teile der im Rahmen des Konjunkturpaketes II beschlossenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu finanzieren. Dazu zählen u.a. das Programm zur Stärkung der Nachfrage nach Personenkraftwagen (sog. Abwrackprämie) sowie die Bereitstellung von Mitteln für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder.

- **Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e. V. (BPS-PT)**

Aufgabe des 2001 entstandenen Bundes-Pensions-Services für Post- und Telekommunikation e. V. (BPS-PT) ist die Auszahlung von Versorgungs- und Beihilfeleistungen an Ruhestandsbeamte und -beamtinnen der Deutschen Bundespost und ihrer Nachfolgeunternehmen sowie deren Hinterbliebene. Die Finanzierung tragen der Bund und die Nachfolge-

unternehmen der Deutschen Bundespost. Der BPS-PT wird seit Beginn des Jahres 2006 im Rahmen der Extrahaushalte des Bundes nachgewiesen.

- **Weitere Extrahaushalte des Bundes**

Dazu gehören weitere ausgewählte öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach der Verordnung des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ESVG) zum Sektor Staat zählen, wie z. B. die „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“, die „Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ (BDBOS) und die „Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH“ (VIFG), diese haben zurzeit keine Schulden am Kreditmarkt.

Extrahaushalte der Länder

Die Extrahaushalte der Länder umfassen u. a. die ausgegliederten Hochschulen des Staatssektors mit eigenem Rechnungswesen sowie die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten Statistischen Ämter der Länder und Bau- und Liegenschaftsbetriebe der Länder. Diese wurden erstmals 2006 im Rahmen der Schuldenstatistik beim öffentlichen Gesamthaushalt als Extrahaushalte nachgewiesen. 2009 neu hinzugekommen sind Einheiten, die zur Bewältigung der Finanzmarkt- und Konjunkturkrise gegründet wurden, z.B. der HSH Finanzfonds AöR und der Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen.

Extrahaushalte der Gemeinden

Die Extrahaushalte der Gemeinden/Gv. setzen sich aus den kameral buchenden kommunalen Zweckverbänden zusammen. Seit 2006 werden die Schulden aller kaufmännisch buchenden Zweckverbände bei den Schulden der Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nachgewiesen.

10 Ergebnisdarstellung

Ab dem Berichtsjahr 2006 werden die Schulden der öffentlichen Haushalte nach einem neuen Veröffentlichungskonzept dargestellt. Dieses sieht eine erweiterte Begriffsdefinition des öffentlichen Gesamthaushaltes und die Ausweisung des öffentlichen Sektors vor. Zum öffentlichen Gesamthaushalt zählen neben den Kernhaushalten von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv. auch ihre Extrahaushalte (nähere Ausführungen hierzu siehe Vorbemerkung und Punkt 9 des Qualitätsberichtes). Der öffentliche Sektor setzt sich wiederum aus dem öffentlichen Gesamthaushalt und allen übrigen öffentlich bestimmten FEU zusammen.

Im neuen Tabellenprogramm werden diese Bereiche klar voneinander getrennt:

- Der **öffentliche Gesamthaushalt** wird in den Tabellen Nr. 1.1.1 bis 1.5 dargestellt. Der Tabellenteil beginnt mit einer Übersicht über die Entwicklung der Kreditmarktschulden und Kassenkredite ab 1950 nach Körperschaftsgruppen (in Mill. Euro wie auch in Euro je Einwohner). Weiterhin wird die Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes nach Hauptschuldarten und Körperschaftsgruppen aufgezeigt.
- Die Verschuldung der **Kernhaushalte** wird in den anschließenden Jahrestabellen 2.1 bis 9.2 dargestellt. In den Tabellen 2.1 bis 2.4 werden zunächst der Schuldenstand, die Schuldenaufnahmen und sonstigen Schuldenzugänge sowie die Tilgungen und sonstigen Schuldenabgänge jeweils nach Schuldarten und die Schuldenaufnahme zusätzlich nach Laufzeiten nachgewiesen. Dabei sind die Schulden der Länder aus Vergleichsgründen nach "Flächenländer" und "Stadtstaaten" untergliedert. Im anschließenden Regionalteil (Tabellen 3.1 bis 9.2) werden die Schulden der Länder und der Gemeinden/Gv. nach einzelnen Ländern gezeigt, wobei neben den absoluten Daten in der Tabelle 4.2 auch ein Nachweis in Euro je Einwohner erfolgt. Die Schulden der Gemeinden/Gv. werden sowohl nach Ländern als auch nach Körperschaftsgruppen dargestellt. Eine Tabelle über die Kreditmarktschulden nach ihrer Fälligkeit zeigt die Belastung künftiger Haushaltsjahre mit Schuldrückzahlungsverpflichtungen.
- Die Schuldenlast des öffentlichen Sektors wird in der Tabelle 10 abgebildet.

Aus Vergleichszwecken erfolgt in den Tabellen Nr. 11.1 bis 11.4 nachrichtlich der Nachweis der kameral buchenden Zweckverbände.

Abschließend findet sich eine internationale Übersicht zum konsolidierten Bruttoschuldenstand des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt seit 1998.

Alle Tabellen des Veröffentlichungsprogramms enthalten ab dem Berichtsjahr 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse, d. h. die Schulden der neuen Länder, ihrer Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände sind vollständig in die Berichterstattung einbezogen.

11 Sonstige Hinweise

Einwohnerzahlen

Für die Berechnung der Ergebnisse der Schuldenstatistik in Euro je Einwohner werden die fortgeschriebenen Einwohnerzahlen zum 30.06. des Berichtsjahres verwendet. Die Zuordnung der Gemeinden zu den Gemeindegrößenklassen richtet sich ebenfalls nach dieser Einwohnerzahl und dem Gebietsstand am 31.12. des gleichen Jahres.

NVA-, WGS-Wohnungsbauobligationen

Beide Obligationen wurden beim Bund innerhalb der Position Ausgleichsforderungen den „Sonstigen Gläubigern“ zugeordnet. Der größte Teil des Betrages ist dem Ausgleichsfonds Währungsumstellung zuzurechnen. Im Jahr 2001 wurde er außerplanmäßig in Höhe von 33,1 Mrd. Euro getilgt.

Altschulden der Gemeinden/Gv.

Die Altschulden aus Wohnungsbauten sind 1994 in den kommunalen Schulden Sachsens und Thüringens enthalten, bei den übrigen neuen Ländern dagegen nicht. Ab 1995 sind die anerkannten Altschulden in die kommunalen Schulden aller neuen Länder einbezogen. Die Altschulden aus Gesellschaftsbauten wie Schulen, Kultur- oder Jugendhäuser in Höhe von 4,4 Mrd. Euro wurden zum 1. Januar 1997 dem Erblastentilgungsfonds übertragen.

Laufzeiten der Schuldenaufnahmen

Die Laufzeiten der aufgenommenen Schulden gliedern sich ab 1998 in Anpassung an die Bankenstatistik nach „bis einschl. 1 Jahr“, „über 1 Jahr bis unter 5 Jahre“, „5 Jahre und mehr“.

Gemeinsame Wertpapieremission von Bund und Sondervermögen

Ab 1998 wurde durch § 2 Abs. 7 Bundeshaushaltsgesetz 1998 eine gemeinsame Wertpapieremission des Bundes und seiner Sondervermögen als Wertpapiere der „Bundesrepublik Deutschland“ eingeführt. Über die dadurch bedingte erhöhte Bonität der Sondervermögen des Bundes eröffnete sich für die Sondervermögen erstmals die Möglichkeit, sich langfristig, über die Begebung börsennotierter Wertpapiere, zu refinanzieren. Über die gemeinsame Wertpapieremission mit dem Bund nahmen die Sondervermögen 1999 5,6 Mrd. Euro, 2000 8,7 Mrd. Euro, 2001 13,0 Mrd. Euro, 2002 13,7 Mrd. Euro, 2003 8,8 Mrd. Euro und 2004 0,2 Mrd. Euro auf. Ab 2005 wurden keine Wertpapiere gemeinsam emittiert.

Weitere Informationsquellen

- Basisdaten stehen auf unserer Homepage unter [Finanzen und Steuern](#) .
- Die Fachserie kann ab dem Berichtsjahr 2002 als kostenloser Download im Publikationsservice abgerufen werden. [Schulden der öffentlichen Haushalte](#)
- Zeitreihenergebnisse: [Genesis-Online](#)

- Darüber hinaus informieren Pressemitteilungen und Beiträge in unserer Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ über neuere Entwicklungen.
- Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter sind ggf. über die Webseite des jeweiligen Landesamtes zugänglich. Länderspezifische Erhebungsergebnisse sind außerdem über das gemeinsame Statistik-Portal <http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/> des Bundes und der Länder erhältlich.
- Finanzbericht (Hrsg. Bundesministerium der Finanzen)
- Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

12 Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages

Methodische Grundlage für die Berechnung des Konvergenzkriteriums "Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt" nach dem Maastricht-Vertrag ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Basis für die Berechnung des Schuldenstandes nach dem Maastricht-Vertrag bilden die Daten aus der jährlichen Schuldenstatistik. Demnach ergibt sich der Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag, ausgehend von den in der jährlichen Schuldenstatistik nachgewiesenen Kreditmarktschulden (im weiteren Sinne), aus folgenden Rechenschritten:

Kreditmarktschulden im weiteren Sinne

plus	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte (Restkaufgelder und Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden)
plus	Kassenverstärkungskredite
plus	Platzhaltergeschäfte
plus	Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. ¹⁾
plus	Münzumsatz
plus	Schulden der Sozialversicherung
plus	Differenz zwischen dem Nominal- und abgezinsten Wert der unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze
plus	Sonstige Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen von Banken
abzüglich	Versorgungsrücklagen und sonstiger Konsolidierung
abzüglich	Schulden der Gebietskörperschaften bei der Sozialversicherung
=	Schuldenstand nach Maastricht-Vertrag

Für die Jahre 2004 bis 2009 werden die entsprechenden Werte in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

1) Bis einschl. 2006. Ab 2007 ist der BPS-PT als Extrahaushalt in den öffentlichen Gesamthaushalt bereits einbezogen.

Umrechnung des Schuldenstandes der Finanzstatistik in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag ¹⁾

Schuldart	Jahr					
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Mrd. EUR					
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Finanzstatistik) + kreditähnliche Rechtsgeschäfte	1 395,6	1 448,1	1 486,6	1 509,3	1 525,7	1 638,8
+ Kassenverstärkungskredite	35,5	42,3	47,5	49,4	59,8	59,1
+ Platzhaltergeschäfte ²⁾	12,0	16,9	13,0	12,3	12,3	12,3
+ Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. ³⁾	-	8,0	15,5	X	X	X
+ Münzumsatz	5,5	5,9	6,4	6,9	7,4	7,8
+ Schulden der Sozialversicherung	4,2	2,7	1,7	1,6	1,5	1,3
+ Differenz zwischen dem Nominal- und abgezinsten Wert der unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze	0,4	0,4	0,6	0,8	0,6	0,5
- Versorgungsrücklagen und sonstige Konsolidierung	2,0	2,7	3,1	3,4	4,3	4,5
- Schulden der Gebietskörperschaften bei der Sozialversicherung	0,8	0,9	0,9	1,0	0,9	0,9
+ sonstige Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen für Banken	-	-	-	-	40,5	42,0
+ sonstige Korrekturen	3,4	3,7	4,3	2,9	3,7	5,7
= Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag ⁴⁾	1 453,8	1 524,4	1 571,7	1 578,8	1 646,2	1 762,2

1) Berechnungsstand: April 2010.

2) Verkäufe von Post- und Telekom-Aktien des Bundes an die Kreditanstalt für den Wiederaufbau.

3) Bis einschl. 2006. Ab 2007 wird der BPS-PT bereits als Extrahaushalt in den öffentlichen Gesamthaushalt einbezogen.

4) Wegen zwischenzeitlicher Datenrevision sind Abweichungen gegenüber den in der jeweils vorangegangenen halbjährigen Notifikation des öffentlichen Defizits und Schuldenstandes gemeldeten Werte möglich, die finanzstatistischen Daten für 2009 basierten zum Zeitpunkt der Meldung auf vorläufigen Werten.

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes

1.1 Schuldenstand nach Körperschaftsgruppen

1.1.1 Kreditmarktschulden und Kassenkredite zusammen ^{*)}

Stichtag	Insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner
31.03.1950	9 574	190	3 428	68	6 040	120	106	2
31.03.1951	10 747	212	3 694	73	6 589	130	465	10
31.03.1952 ¹⁾	12 276	240	4 442	87	7 198	141	636	14
31.03.1953	14 775	286	5 544	107	8 261	160	969	21
31.03.1954	18 311	351	9 213	177	7 738	148	1 362	29
31.03.1955	21 357	405	11 542	219	7 799	148	2 016	42
31.03.1956	22 362	419	11 647	218	8 090	152	2 626	54
31.03.1957	23 158	429	11 650	216	8 358	155	3 151	64
31.03.1958	23 991	439	12 480	229	7 517	138	3 995	80
31.03.1959	25 463	462	13 069	237	7 786	141	4 608	91
31.12.1960 ²⁾	28 998	520	15 312	274	7 783	140	5 904	116
31.12.1961	32 215	569	18 004	318	7 476	132	6 736	130
31.12.1962	33 129	579	17 984	314	7 253	127	7 892	150
31.12.1963	36 026	623	20 023	346	7 037	122	8 966	169
31.12.1964	39 797	679	21 331	364	7 678	131	10 789	201
31.12.1965	44 697	754	22 596	381	8 977	151	13 124	241
31.12.1966	50 294	841	24 897	416	10 431	174	14 966	272
31.12.1967	58 018	968	29 327	489	12 447	208	16 244	294
31.12.1968	62 402	1 032	31 569	522	13 466	223	17 367	312
31.12.1969	62 982	1 029	31 125	509	13 227	216	18 630	330
31.12.1970	64 210	1 053	29 553	484	14 178	232	20 480	363
31.12.1971	71 661	1 165	30 426	495	16 861	274	24 373	428
31.12.1972	79 392	1 284	32 029	518	18 876	305	28 487	498
31.12.1973	86 421	1 392	34 217	551	20 119	324	32 085	557
31.12.1974	97 368	1 569	39 444	636	24 126	389	33 798	587
31.12.1975	130 008	2 103	58 066	939	34 047	551	37 895	660
31.12.1976	150 904	2 453	68 286	1 110	41 964	682	40 653	712
31.12.1977	167 119	2 722	78 805	1 284	45 853	747	42 461	744
31.12.1978	188 579	3 076	92 367	1 507	52 099	850	44 113	774
31.12.1979	210 950	3 439	105 589	1 721	59 362	968	45 999	806
31.12.1980	238 897	3 881	119 951	1 949	70 415	1 144	48 531	847
31.12.1981	278 221	4 512	141 588	2 296	84 297	1 367	52 336	911
31.12.1982	313 733	5 090	160 394	2 602	97 317	1 579	56 022	975
31.12.1983	343 279	5 589	177 635	2 892	108 289	1 763	57 356	1 002
31.12.1984	366 682	5 993	191 153	3 124	117 832	1 926	57 697	1 011
31.12.1985	388 436	6 366	204 027	3 344	126 393	2 072	58 016	1 019
31.12.1986	409 300	6 705	215 666	3 533	135 075	2 213	58 559	1 028
31.12.1987	433 788	7 100	228 234	3 736	145 482	2 381	60 073	1 057
31.12.1988	461 525	7 514	246 001	4 005	154 665	2 518	60 859	1 066
31.12.1989	474 704	7 658	254 420	4 104	158 375	2 555	61 909	1 074
31.12.1990	538 334	8 514	306 315	4 844	168 002	2 657	64 017	1 089
31.12.1991	599 511	7 498	347 834	4 351	180 059	2 252	71 618	966
31.12.1992	686 356	8 519	409 788	5 086	199 164	2 472	77 404	1 035
31.12.1993	769 898	9 483	461 357	5 683	221 792	2 732	86 749	1 152
31.12.1994	848 057	10 417	513 151	6 303	240 732	2 957	94 174	1 247
31.12.1995	1 018 767	12 478	658 339	8 064	261 722	3 206	98 705	1 302
31.12.1996	1 082 970	13 226	696 329	8 504	286 010	3 493	100 632	1 324
31.12.1997	1 132 442	13 800	726 790	8 857	304 354	3 709	101 298	1 329
31.12.1998	1 165 414	14 208	745 285	9 086	318 773	3 886	101 356	1 330
31.12.1999	1 199 582	14 614	770 330	9 384	327 330	3 988	101 922	1 335
31.12.2000	1 210 918	14 734	774 834	9 428	338 073	4 114	98 011	1 282
31.12.2001	1 223 503	14 860	760 161	9 233	364 497	4 427	98 844	1 291
31.12.2002	1 277 271	15 487	784 615	9 513	392 122	4 754	100 534	1 311
31.12.2003	1 357 723	16 454	826 527	10 016	423 666	5 134	107 531	1 401
31.12.2004	1 429 749	17 331	869 332	10 538	448 621	5 438	111 796	1 457
31.12.2005	1 489 853	18 066	903 282	10 953	471 339	5 715	115 232	1 503
31.12.2006	1 527 890	18 549	933 860	11 337	481 787	5 849	112 243	1 466
31.12.2006 ³⁾	1 545 364	18 761	950 338	11 537	482 783	5 861	112 243	1 466
31.12.2007	1 552 371	18 871	957 270	11 637	484 475	5 890	110 627	1 447
31.12.2008	1 577 881	19 213	985 750	12 003	483 268	5 884	108 864	1 427
31.12.2009	1 694 368	20 698	1 053 814	12 873	526 745	6 435	113 810	1 498
Veränderung zum Vorjahr in %	7,4	X	6,9	X	9,0	X	4,5	X

^{*)} Einschl. Extrahaushalte; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse; zur eingeschränkten Vergleichbarkeit siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 6.

¹⁾ Ab 1952 einschl. Berlin (West).

²⁾ Ab 1960 einschl. Saarland.

³⁾ Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG zum Sektor Staat zählen.

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes

1.1 Schuldenstand nach Körperschaftsgruppen

1.1.2 Kreditmarktschulden^{*)}

Stichtag	Insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner
31.03.1950	9 574	190	3 428	68	6 040	120	106	2
31.03.1951	10 747	212	3 694	73	6 589	130	465	10
31.03.1952 ¹⁾	12 276	240	4 442	87	7 198	141	636	14
31.03.1953	14 775	286	5 544	107	8 261	160	969	21
31.03.1954	18 311	351	9 213	177	7 738	148	1 362	29
31.03.1955	21 357	405	11 542	219	7 799	148	2 016	42
31.03.1956	22 362	419	11 647	218	8 090	152	2 626	54
31.03.1957	23 158	429	11 650	216	8 358	155	3 151	64
31.03.1958	23 991	439	12 480	229	7 517	138	3 995	80
31.03.1959	25 463	462	13 069	237	7 786	141	4 608	91
31.12.1960 ²⁾	28 998	520	15 312	274	7 783	140	5 904	116
31.12.1961	32 112	567	17 922	317	7 473	132	6 717	130
31.12.1962	32 727	572	17 601	307	7 253	127	7 873	150
31.12.1963	35 114	607	19 132	331	7 037	122	8 945	168
31.12.1964	39 111	668	20 755	354	7 609	130	10 748	200
31.12.1965	43 160	728	21 407	361	8 687	146	13 066	240
31.12.1966	48 008	803	23 171	388	9 943	166	14 893	271
31.12.1967	56 089	936	27 649	461	12 264	205	16 176	293
31.12.1968	60 987	1 009	30 224	500	13 447	222	17 316	311
31.12.1969	61 883	1 011	30 113	492	13 187	215	18 583	329
31.12.1970	62 927	1 032	28 518	468	14 015	230	20 394	362
31.12.1971	70 159	1 141	29 536	480	16 389	266	24 234	426
31.12.1972	79 028	1 279	31 841	515	18 838	305	28 350	495
31.12.1973	84 803	1 366	32 759	528	20 117	324	31 928	555
31.12.1974	96 342	1 553	38 832	626	24 051	388	33 458	581
31.12.1975	129 220	2 090	58 066	939	33 856	548	37 298	650
31.12.1976	149 205	2 426	67 442	1 096	41 743	679	40 019	701
31.12.1977	166 066	2 705	78 385	1 277	45 822	746	41 858	734
31.12.1978	187 939	3 065	92 367	1 507	52 071	849	43 500	763
31.12.1979	210 236	3 428	105 563	1 721	59 190	965	45 482	797
31.12.1980	236 645	3 844	119 227	1 937	69 501	1 129	47 917	836
31.12.1981	274 111	4 445	139 927	2 269	83 025	1 346	51 160	891
31.12.1982	310 757	5 042	160 394	2 602	95 660	1 552	54 703	952
31.12.1983	341 044	5 553	177 535	2 890	107 321	1 747	56 188	981
31.12.1984	364 132	5 952	190 195	3 109	117 156	1 915	56 780	995
31.12.1985	386 811	6 340	203 822	3 341	125 872	2 063	57 116	1 004
31.12.1986	406 140	6 653	214 636	3 516	133 887	2 193	57 617	1 012
31.12.1987	431 660	7 066	228 131	3 734	144 319	2 362	59 210	1 042
31.12.1988	459 628	7 484	245 961	4 005	153 574	2 500	60 094	1 052
31.12.1989	472 820	7 627	254 261	4 102	157 263	2 537	61 295	1 064
31.12.1990	536 223	8 480	306 213	4 843	166 906	2 640	63 104	1 074
31.12.1991	595 921	7 454	347 809	4 350	178 059	2 227	70 053	945
31.12.1992	679 867	8 438	407 562	5 059	196 342	2 437	75 963	1 016
31.12.1993	765 510	9 429	461 357	5 683	219 135	2 699	85 018	1 129
31.12.1994	840 122	10 320	513 151	6 303	235 542	2 893	91 429	1 210
31.12.1995	1 009 323	12 363	657 060	8 048	257 336	3 152	94 927	1 253
31.12.1996	1 069 247	13 058	692 929	8 463	279 864	3 418	96 454	1 269
31.12.1997	1 119 076	13 637	723 405	8 815	299 744	3 653	95 927	1 258
31.12.1998	1 153 413	14 062	743 212	9 061	314 765	3 837	95 437	1 252
31.12.1999	1 183 062	14 412	764 576	9 314	322 672	3 931	95 815	1 255
31.12.2000	1 198 145	14 579	773 897	9 417	333 187	4 054	91 061	1 191
31.12.2001	1 203 887	14 622	756 374	9 187	357 684	4 344	89 829	1 173
31.12.2002	1 253 195	15 195	778 607	9 441	384 773	4 665	89 815	1 171
31.12.2003	1 325 733	16 066	819 283	9 929	414 952	5 029	91 498	1 192
31.12.2004	1 394 954	16 909	860 244	10 427	442 922	5 369	91 788	1 197
31.12.2005	1 447 505	17 552	888 020	10 768	468 214	5 678	91 271	1 190
31.12.2006	1 480 590	17 974	916 610	11 128	479 454	5 821	84 526	1 104
31.12.2006 ³⁾	1 497 076	18 175	932 110	11 316	480 440	5 833	84 526	1 104
31.12.2007	1 501 509	18 253	937 645	11 398	482 065	5 860	81 799	1 070
31.12.2008	1 515 939	18 459	956 869	11 651	480 063	5 845	79 007	1 036
31.12.2009	1 636 213	19 987	1 033 267	12 622	523 837	6 399	79 110	1 041
Veränderung zum Vorjahr in %	7,9	X	8,0	X	9,1	X	0,1	X

^{*)} Einschl. Extrahaushalte; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse;

zur eingeschränkten Vergleichbarkeit siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 6.

¹⁾ Ab 1952 einschl. Berlin (West).

²⁾ Ab 1960 einschl. Saarland.

³⁾ Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG zum Sektor Staat zählen.

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes

1.1 Schuldenstand nach Körperschaftsgruppen

1.1.3 Kassenkredite ^{*)}

Stichtag	Insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner
31.03.1950	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1951	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1952	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1953	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1954	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1955	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1956	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1957	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1958	-	-	-	-	-	-	-	-
31.03.1959	-	-	-	-	-	-	-	-
31.12.1960	-	-	-	-	-	-	-	-
31.12.1961	103	2	82	1	3	0	18	0
31.12.1962	402	7	383	7	-	-	19	0
31.12.1963	912	16	891	15	-	-	21	0
31.12.1964	686	12	576	10	70	1	41	1
31.12.1965	1 537	26	1 189	20	290	5	58	1
31.12.1966	2 286	38	1 726	29	488	8	72	1
31.12.1967	1 929	32	1 678	28	183	3	67	1
31.12.1968	1 415	23	1 345	22	19	0	51	1
31.12.1969	1 099	18	1 012	17	39	1	47	1
31.12.1970	1 283	21	1 034	17	163	3	86	2
31.12.1971	1 502	24	891	14	472	8	139	2
31.12.1972	364	6	188	3	39	1	137	2
31.12.1973	1 617	26	1 458	23	2	0	157	3
31.12.1974	1 027	17	612	10	75	1	340	6
31.12.1975	788	13	-	-	191	3	597	10
31.12.1976	1 699	28	844	14	221	4	634	11
31.12.1977	1 053	17	420	7	30	0	602	11
31.12.1978	641	10	-	-	27	0	614	11
31.12.1979	714	12	26	0	172	3	516	9
31.12.1980	2 251	37	724	12	914	15	614	11
31.12.1981	4 110	67	1 662	27	1 272	21	1 176	20
31.12.1982	2 976	48	-	-	1 657	27	1 319	23
31.12.1983	2 235	36	100	2	967	16	1 168	20
31.12.1984	2 550	42	958	16	675	11	917	16
31.12.1985	1 625	27	205	3	522	9	899	16
31.12.1986	3 160	52	1 030	17	1 187	19	942	17
31.12.1987	2 129	35	102	2	1 163	19	863	15
31.12.1988	1 897	31	41	1	1 092	18	765	13
31.12.1989	1 885	30	159	3	1 112	18	614	11
31.12.1990	2 111	33	102	2	1 096	17	913	16
31.12.1991	3 590	45	25	0	2 000	25	1 565	21
31.12.1992	6 489	81	2 226	28	2 822	35	1 441	19
31.12.1993	4 388	54	-	-	2 657	33	1 731	23
31.12.1994	7 935	97	-	-	5 190	64	2 745	36
31.12.1995	9 444	116	1 279	16	4 386	54	3 778	50
31.12.1996	13 724	168	3 400	42	6 145	75	4 178	55
31.12.1997	13 366	163	3 385	41	4 610	56	5 371	70
31.12.1998	12 001	146	2 073	25	4 008	49	5 919	78
31.12.1999	16 520	201	5 755	70	4 657	57	6 108	80
31.12.2000	12 773	155	937	11	4 886	59	6 950	91
31.12.2001	19 616	238	3 787	46	6 813	83	9 015	118
31.12.2002	24 076	292	6 008	73	7 350	89	10 719	140
31.12.2003	31 991	388	7 244	88	8 714	106	16 033	209
31.12.2004	34 795	422	9 088	110	5 700	69	20 007	261
31.12.2005	42 348	514	15 262	185	3 125	38	23 961	313
31.12.2006	47 300	574	17 250	209	2 333	28	27 717	362
31.12.2006 ¹⁾	48 287	586	18 228	221	2 343	28	27 717	362
31.12.2007	50 863	618	19 624	239	2 410	29	28 828	377
31.12.2008	61 942	754	28 880	352	3 205	39	29 857	391
31.12.2009	58 155	710	20 547	251	2 908	36	34 700	457
Veränderung zum Vorjahr in %	-6,1	X	-28,9	X	-9,3	X	16,2	X

^{*)} Einschl. Extrahaushalte; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse;
zur eingeschränkten Vergleichbarkeit siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 6.

¹⁾ Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG zum Sektor Staat zählen.

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ²⁾

1.2 Schuldenstand nach Arten und Körperschaftsgruppen

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kredit- ähnliche Rechts- geschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.					
Mill. EUR								
Insgesamt								
31.03.1950	9 574	1 250	8 323	119	6	-	-	-
31.03.1955 ²⁾	21 357	10 075	11 282	4 356	37	-	-	-
31.03.1956	22 362	10 831	11 531	5 176	29	-	-	-
31.03.1957	23 158	11 543	11 617	6 056	33	-	-	-
31.03.1958	23 991	12 440	11 551	6 661	36	-	-	-
31.03.1959	25 463	13 576	11 887	7 543	36	-	-	-
31.12.1960 ³⁾	28 998	16 955	12 043	9 390	41	550	-	14 190
31.12.1961	32 113	20 163	11 949	9 797	56	654	103	16 432
31.12.1962	32 727	20 846	11 881	10 315	62	804	402	18 208
31.12.1963	35 113	23 184	11 930	11 616	88	839	912	20 315
31.12.1964	39 111	27 155	11 956	12 205	97	804	686	22 718
31.12.1965	43 160	31 291	11 870	12 933	103	857	1 537	25 154
31.12.1966	48 007	36 273	11 734	13 040	115	900	2 288	26 522
31.12.1967	56 089	44 507	11 582	12 992	125	899	1 929	29 944
31.12.1968	60 987	49 629	11 358	13 313	131	935	1 415	33 418
31.12.1969	61 883	50 767	11 117	13 541	136	1 001	1 099	38 247
31.12.1970	62 927	52 034	10 893	13 620	144	1 081	1 283	42 131
31.12.1971	70 159	59 502	10 657	13 599	150	1 187	1 502	46 779
31.12.1972	79 028	68 572	10 456	13 658	156	1 220	364	48 255
31.12.1973	84 803	74 595	10 208	13 819	181	1 179	1 617	51 879
31.12.1974	96 342	86 373	9 970	14 691	195	651	1 027	57 192
31.12.1975	129 219	119 515	9 704	15 044	210	370	788	64 244
31.12.1976	149 205	139 748	9 457	15 740	221	291	1 699	79 351
31.12.1977	166 066	156 806	9 261	15 977	215	252	1 053	89 869
31.12.1978	187 939	178 846	9 093	16 024	216	512	641	95 790
31.12.1979	210 236	201 318	8 918	16 312	208	486	714	101 663
31.12.1980	236 645	227 864	8 781	16 754	198	458	2 252	107 976
31.12.1981	274 112	265 533	8 578	17 266	191	428	4 109	117 552
31.12.1982	310 757	302 368	8 388	17 738	194	525	2 976	131 448
31.12.1983	341 044	332 842	8 202	18 019	186	598	2 235	138 961
31.12.1984	364 132	356 118	8 013	18 547	183	537	2 550	141 377
31.12.1985	386 811	378 966	7 845	19 220	180	610	1 625	139 959
31.12.1986	406 140	398 470	7 670	19 976	185	931	3 160	138 371
31.12.1987	431 660	424 171	7 489	20 409	203	630	2 129	135 011
31.12.1988	459 628	452 326	7 302	21 152	182	532	1 897	130 656
31.12.1989	472 819	465 711	7 108	21 551	202	879	1 885	132 425
31.12.1990	536 223	529 314	6 909	21 678	242	1 198	2 112	146 886
31.12.1991	595 921	588 697	7 225	21 836	370	1 708	3 589	157 882
31.12.1992	679 867	639 618	40 249	21 548	293	2 486	6 488	172 879
31.12.1993	765 510	720 720	44 790	20 918	357	1 877	4 388	180 605
31.12.1994	840 122	794 885	45 237	20 379	928	1 102	7 934	200 003
31.12.1995	1 009 323	957 067	52 257	19 565	794	727	9 444	209 972
31.12.1996	1 069 247	1 022 507	46 740	19 377	1 455	917	13 724	234 722
31.12.1997	1 119 076	1 072 698	46 378	19 165	1 507	1 619	13 366	247 502
31.12.1998	1 153 413	1 107 475	45 938	19 050	2 539	1 309	12 001	260 999
31.12.1999	1 183 063	1 137 897	45 166	18 875	2 033	2 022	16 520	280 705
31.12.2000	1 198 145	1 154 012	44 133	18 007	2 352	2 294	12 773	291 436
31.12.2001	1 203 887	1 194 937	8 951	17 755	2 921	2 890	19 616	315 237
31.12.2002	1 253 195	1 245 386	7 809	17 362	2 718	2 139	24 076	335 639
31.12.2003	1 325 733	1 319 054	6 678	17 125	3 423	2 558	31 991	353 881
31.12.2004	1 394 954	1 389 419	5 535	16 548	3 090	1 857	34 795	340 160
31.12.2005	1 447 505	1 443 061	4 444	16 211	2 824	1 764	42 348	343 349
31.12.2006	1 480 590	1 476 066	4 524	15 300	2 076	2 196	47 300	335 246
31.12.2006 ⁴⁾	1 497 076	1 492 552	4 524	17 394	2 396	2 196	48 287	307 354
31.12.2007	1 501 509	1 496 991	4 518	17 324	2 239	3 592	50 863	332 899
31.12.2008	1 515 939	1 511 422	4 517	17 702	2 529	4 233	61 942	376 010
31.12.2009	1 636 213	1 631 698	4 515	22 973	2 081	2 292	58 155	629 022
Bund								
31.03.1950	3 428	652	2 776	-	-	-	-	-
31.03.1955	10 293	6 274	4 020	-	-	-	-	-
31.03.1956	10 168	6 116	4 051	-	-	-	-	-
31.03.1957	10 075	5 987	4 088	-	-	-	-	-
31.03.1958	10 960	5 582	5 378	-	-	-	-	-
31.03.1959	11 376	5 551	5 825	-	-	-	-	-
31.12.1960	13 403	7 285	6 118	-	-	-	-	9 476
31.12.1961	15 973	9 816	6 157	-	-	-	82	11 158
31.12.1962	15 434	9 235	6 199	-	-	-	383	12 399
31.12.1963	16 351	10 000	6 351	-	-	-	891	13 777
31.12.1964	17 545	11 027	6 518	-	-	-	557	15 376
31.12.1965	17 923	11 375	6 549	-	-	-	1 110	16 760
31.12.1966	19 522	12 974	6 547	12	-	-	1 699	16 804
31.12.1967	23 661	17 135	6 525	16	-	-	1 678	19 580
31.12.1968	25 916	19 459	6 457	2	-	-	1 345	22 300
31.12.1969	25 698	19 277	6 421	2	-	-	954	25 798

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.2 Schuldenstand nach Arten und Körperschaftsgruppen

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kredit- ähnliche Rechts- geschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.					
Mill. EUR								
31.12.1970	24 425	18 050	6 375	1	-	-	979	28 514
31.12.1971	25 498	19 187	6 311	1	-	-	878	31 055
31.12.1972	27 870	21 599	6 272	-	-	-	164	32 548
31.12.1973	29 229	23 026	6 203	-	-	-	1 391	34 337
31.12.1974	35 494	29 360	6 134	-	-	-	603	37 241
31.12.1975	54 756	48 708	6 049	-	-	-	-	43 108
31.12.1976	64 087	58 094	5 993	-	-	-	844	57 246
31.12.1977	75 622	69 696	5 925	-	-	-	420	67 342
31.12.1978	90 091	84 231	5 859	-	-	-	-	73 641
31.12.1979	103 034	97 246	5 788	-	-	-	-	80 266
31.12.1980	117 591	111 834	5 757	6	-	-	683	87 226
31.12.1981	137 542	131 881	5 662	6	-	-	1 636	95 306
31.12.1982	157 722	152 138	5 583	5	-	-	-	108 838
31.12.1983	174 676	169 163	5 512	4	-	-	-	115 544
31.12.1984	186 894	181 451	5 442	4	-	-	907	117 522
31.12.1985	200 608	195 212	5 396	3	-	-	-	115 476
31.12.1986	211 356	206 008	5 348	2	-	-	1 030	113 233
31.12.1987	225 210	219 913	5 297	2	-	-	-	109 062
31.12.1988	242 949	237 703	5 246	1	-	-	-	105 400
31.12.1989	250 809	245 616	5 192	1	-	-	-	106 870
31.12.1990	277 217	272 080	5 137	-	-	-	-	120 372
31.12.1991	299 608	294 007	5 601	26	-	-	-	128 672
31.12.1992	310 224	304 462	5 762	-	-	-	2 226	142 325
31.12.1993	350 379	344 695	5 685	-	-	-	-	146 736
31.12.1994	364 289	358 683	5 607	-	-	-	-	155 098
31.12.1995	385 684	380 548	5 135	-	-	-	1 279	161 436
31.12.1996	426 025	420 905	5 120	-	-	-	3 400	176 076
31.12.1997	459 686	454 581	5 105	-	-	-	3 385	181 068
31.12.1998	487 991	482 902	5 089	-	-	-	1 818	187 636
31.12.1999	708 314	663 147	45 166	1	-	-	5 755	197 168
31.12.2000	715 627	671 494	44 133	-	-	-	192	207 979
31.12.2001	697 290	688 340	8 951	0	-	-	3 787	230 937
31.12.2002	719 397	711 588	7 809	0	-	-	6 008	229 205
31.12.2003	760 453	753 775	6 678	0	-	-	7 244	230 811
31.12.2004	802 994	797 460	5 535	-	-	-	9 088	229 841
31.12.2005	872 653	868 209	4 444	-	-	-	15 262	229 290
31.12.2006	902 054	897 530	4 524	-	-	-	17 250	221 955
31.12.2007	922 045	917 527	4 518	-	-	-	18 142	217 636
31.12.2008	933 169	928 652	4 517	-	-	-	26 749	260 283
31.12.2009	973 734	969 219	4 515	-	-	-	17 549	331 484
Lastenausgleichsfonds								
31.03.1955	1 249	373	875	115	-	-	-	-
31.03.1956	1 479	412	1 067	268	-	-	-	-
31.03.1957	1 575	412	1 163	274	-	-	-	-
31.03.1958	1 520	329	1 191	261	-	-	-	-
31.03.1959	1 693	526	1 167	261	-	-	-	-
31.12.1960	1 870	765	1 106	126	-	-	-	11
31.12.1961	1 911	848	1 063	107	-	-	-	11
31.12.1962	2 128	1 104	1 024	84	-	-	-	12
31.12.1963	2 487	1 509	977	79	-	-	-	11
31.12.1964	2 920	1 993	927	78	-	-	19	10
31.12.1965	3 195	2 316	879	78	-	-	79	9
31.12.1966	3 363	2 537	827	78	-	-	28	9
31.12.1967	3 627	2 858	769	77	-	-	-	8
31.12.1968	3 759	3 049	709	77	-	-	-	7
31.12.1969	3 787	3 147	640	77	-	-	58	7
31.12.1970	3 431	2 863	568	78	-	-	55	7
31.12.1971	3 340	2 860	481	67	-	-	13	6
31.12.1972	3 217	2 815	402	57	-	-	25	8
31.12.1973	2 942	2 629	313	42	-	-	67	4
31.12.1974	2 747	2 523	224	31	-	-	8	4
31.12.1975	2 646	2 515	131	20	-	-	-	4
31.12.1976	2 458	2 425	34	9	-	-	-	3
31.12.1977	1 928	1 925	3	9	-	-	-	3
31.12.1978	1 599	1 599	-	8	-	-	-	2
31.12.1979	1 478	1 478	-	7	-	-	-	1
ERP-Sondervermögen								
31.12.1960	38	38	-	-	-	-	-	-
31.12.1961	38	38	-	-	-	-	-	-
31.12.1962	38	38	-	-	-	-	-	-
31.12.1963	294	294	-	-	-	-	-	-
31.12.1964	290	290	-	-	-	-	-	-
31.12.1965	289	289	-	-	-	-	-	-
31.12.1966	286	286	-	-	-	-	-	291

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ^{*)}

1.2 Schuldenstand nach Arten und Körperschaftsgruppen

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kredit- ähnliche Rechts- geschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.					
Mill. EUR								
31.12.1967	361	361	-	-	-	-	-	240
31.12.1968	550	550	-	-	-	-	-	236
31.12.1969	627	627	-	-	-	-	-	192
31.12.1970	663	663	-	-	-	-	-	195
31.12.1971	697	697	-	-	-	-	-	212
31.12.1972	754	754	-	-	-	-	-	259
31.12.1973	588	588	-	-	-	-	-	272
31.12.1974	591	591	-	-	-	-	-	278
31.12.1975	663	663	-	-	-	-	-	256
31.12.1976	896	896	-	-	-	-	-	242
31.12.1977	835	835	-	-	-	-	-	233
31.12.1978	677	677	-	-	-	-	-	221
31.12.1979	1 051	1 051	-	-	-	-	26	206
31.12.1980	1 636	1 636	-	-	-	-	41	170
31.12.1981	2 385	2 385	-	-	-	-	26	148
31.12.1982	2 672	2 672	-	-	-	-	-	142
31.12.1983	2 859	2 859	-	-	-	-	100	349
31.12.1984	3 302	3 302	-	-	-	-	51	348
31.12.1985	3 214	3 214	-	-	-	-	205	346
31.12.1986	3 280	3 280	-	-	-	-	-	313
31.12.1987	2 921	2 921	-	-	-	-	102	312
31.12.1988	3 012	3 012	-	-	-	-	41	312
31.12.1989	3 453	3 453	-	-	-	-	159	318
31.12.1990	4 747	4 747	-	-	-	-	102	314
31.12.1991	8 344	8 344	-	-	-	-	25	313
31.12.1992	12 403	12 403	-	-	-	-	-	312
31.12.1993	14 392	14 392	-	-	-	-	-	307
31.12.1994	14 284	14 284	-	-	-	-	-	290
31.12.1995	17 443	17 443	-	-	-	-	-	299
31.12.1996	17 406	17 406	-	-	-	-	-	299
31.12.1997	17 159	17 159	-	-	-	-	-	119
31.12.1998	17 415	17 415	-	-	-	-	-	128
31.12.1999	16 028	16 028	-	-	-	-	-	125
31.12.2000	18 386	18 386	-	-	-	-	-	125
31.12.2001	19 161	19 161	-	-	-	-	-	125
31.12.2002	19 400	19 400	-	-	-	-	-	135
31.12.2003	19 261	19 261	-	-	-	-	-	126
31.12.2004	18 200	18 200	-	-	-	-	-	126
31.12.2005	15 066	15 066	-	-	-	-	-	126
31.12.2006	14 357	14 357	-	-	-	-	-	126
Fonds "Deutsche Einheit"								
31.12.1990	10 120	10 120	-	-	-	-	-	-
31.12.1991	25 811	25 811	-	-	-	-	-	-
31.12.1992	38 025	38 025	-	-	-	-	-	-
31.12.1993	44 828	44 828	-	-	-	-	-	-
31.12.1994	45 752	45 752	-	-	-	-	-	-
31.12.1995	44 557	44 557	-	-	-	-	-	-
31.12.1996	42 717	42 717	-	-	-	-	-	-
31.12.1997	40 731	40 731	-	-	-	-	-	-
31.12.1998	40 274	40 274	-	-	-	-	256	-
31.12.1999	40 102	40 102	-	-	-	-	-	-
31.12.2000	39 680	39 680	-	-	-	-	744	-
31.12.2001	39 638	39 638	-	-	-	-	-	-
31.12.2002	39 441	39 441	-	-	-	-	-	-
31.12.2003	39 099	39 099	-	-	-	-	0	-
31.12.2004	38 650	38 650	-	3	-	-	-	-
Kreditabwicklungsfonds								
31.12.1990	14 129	14 129	-	-	-	-	-	-
31.12.1991	14 046	14 046	-	-	-	-	-	-
31.12.1992	46 909	13 892	33 018	-	-	-	-	-
31.12.1993	51 758	13 963	37 795	-	-	-	-	-
31.12.1994	52 435	13 960	38 475	-	-	-	-	-
Erblastentilgungsfonds								
31.12.1995	168 158	121 037	47 121	-	-	-	-	-
31.12.1996	165 417	123 798	41 620	-	-	-	-	-
31.12.1997	164 652	123 378	41 274	-	-	-	-	-
31.12.1998	155 933	115 084	40 849	-	-	-	-	-
Bundeseisenbahnvermögen								
31.12.1994	36 390	36 390	-	84	-	-	-	99

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ²⁾

1.2 Schuldenstand nach Arten und Körperschaftsgruppen

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kredit- ähnliche Rechts- geschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.					
Mill. EUR								
31.12.1995	40 084	40 084	-	2	-	-	-	-
31.12.1996	39 770	39 770	-	1	-	-	-	-
31.12.1997	39 498	39 498	-	1	-	-	-	-
31.12.1998	39 495	39 495	-	1	-	-	-	-
Ausgleichsfonds "Steinkohle"								
31.12.1995	1 135	1 135	-	-	-	-	-	-
31.12.1996	1 589	1 589	-	-	-	-	-	-
31.12.1997	1 651	1 651	-	-	-	-	-	-
31.12.1998	2 030	2 030	-	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds								
31.12.1996	5	5	-	-	-	-	-	-
31.12.1997	28	28	-	-	-	-	-	-
31.12.1998	73	73	-	-	-	-	-	-
31.12.1999	132	132	-	-	-	-	-	-
31.12.2000	204	204	-	-	-	-	-	-
31.12.2001	285	285	-	-	-	-	-	-
31.12.2002	369	369	-	-	-	-	-	-
31.12.2003	469	469	-	-	-	-	-	-
31.12.2004	400	400	-	-	-	-	-	-
31.12.2005	300	300	-	-	-	-	-	-
31.12.2006	199	199	-	-	-	-	-	-
31.12.2007	100	100	-	-	-	-	-	-
31.12.2008	0	0	-	-	-	-	-	-
31.12.2009	0	0	-	-	-	-	-	-
Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)								
31.12.2008	8 200	8 200	-	-	-	-	-	-
31.12.2009	36 540	36 540	-	-	-	-	-	160 700
Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)								
31.12.2009	7 493	7 493	-	-	-	-	-	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT)								
31.12.2006	15 500	15 500	-	11	.	.	978	.
31.12.2007	15 500	15 500	-	11	.	.	1 483	.
31.12.2008	15 500	15 500	-	11	.	.	2 131	.
31.12.2009	15 500	15 500	-	11	.	.	2 998	.
Sonstige Extrahaushalte des Bundes								
31.12.2009	-	-	-	577	.	.	-	.
Kernhaushalte der Länder und Stadtstaaten								
31.03.1950	6 040	493	5 548	49	-	-	-	-
31.03.1955 ²⁾	7 799	1 413	6 387	3 732	1	-	-	-
31.03.1956	8 090	1 677	6 412	4 300	1	-	-	-
31.03.1957	8 358	1 993	6 365	5 047	7	-	-	-
31.03.1958	7 517	2 534	4 982	5 543	7	-	-	-
31.03.1959	7 786	2 892	4 895	6 311	7	-	-	-
31.12.1960 ³⁾	7 783	2 963	4 819	8 125	8	-	-	3 613
31.12.1961	7 473	2 745	4 729	8 480	9	-	3	4 046
31.12.1962	7 253	2 596	4 657	8 937	11	-	-	4 381
31.12.1963	7 037	2 436	4 602	9 853	12	-	-	4 830
31.12.1964	7 609	3 098	4 510	10 269	13	-	70	5 433
31.12.1965	8 687	4 245	4 442	10 855	14	-	290	6 272
31.12.1966	9 943	5 583	4 360	10 864	15	-	488	6 992
31.12.1967	12 264	7 977	4 287	10 706	15	-	183	7 501
31.12.1968	13 447	9 255	4 192	10 876	24	-	19	8 135
31.12.1969	13 187	9 132	4 056	10 850	24	-	39	9 395
31.12.1970	14 015	10 065	3 950	10 745	24	-	163	10 456
31.12.1971	16 389	12 524	3 865	10 685	22	-	472	12 218
31.12.1972	18 838	15 054	3 783	10 677	22	-	39	11 570
31.12.1973	20 117	16 425	3 692	10 811	55	-	2	12 785
31.12.1974	24 051	20 439	3 611	10 971	58	328	75	14 903
31.12.1975	33 856	30 332	3 524	11 142	59	82	191	16 059
31.12.1976	41 743	38 314	3 430	11 396	59	11	221	16 552

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.2 Schuldenstand nach Arten und Körperschaftsgruppen

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kredit- ähnliche Rechts- geschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.					
Mill. EUR								
31.12.1977	45 822	42 490	3 333	11 537	63	12	30	16 877
31.12.1978	52 071	48 838	3 233	11 550	60	320	27	16 683
31.12.1979	59 190	56 060	3 131	11 761	58	324	172	15 715
31.12.1980	69 501	66 477	3 024	12 030	51	289	914	15 238
31.12.1981	83 025	80 108	2 917	12 497	48	240	1 272	16 359
31.12.1982	95 660	92 855	2 805	12 881	47	322	1 657	16 642
31.12.1983	107 321	104 631	2 690	13 186	46	291	967	16 593
31.12.1984	117 156	114 585	2 571	13 698	44	372	675	17 443
31.12.1985	125 872	123 423	2 449	14 250	43	440	522	17 922
31.12.1986	133 887	131 565	2 322	14 754	42	766	1 187	17 805
31.12.1987	144 319	142 127	2 191	15 115	36	471	1 163	17 921
31.12.1988	153 574	151 518	2 056	15 545	35	373	1 092	17 936
31.12.1989	157 263	155 347	1 916	15 687	53	715	1 112	17 693
31.12.1990	166 906	165 133	1 772	15 751	40	1 007	1 096	17 400
31.12.1991	178 059	176 436	1 623	15 731	48	1 493	2 000	17 603
31.12.1992	196 342	194 873	1 469	15 658	54	2 267	2 822	18 239
31.12.1993	219 135	217 825	1 310	15 538	112	1 591	2 657	20 550
31.12.1994	235 542	234 387	1 155	15 354	205	777	5 190	30 276
31.12.1995	257 336	257 336	-	14 849	257	367	4 386	31 180
31.12.1996	279 864	279 864	-	14 599	259	537	6 145	39 582
31.12.1997	299 744	299 744	-	14 298	275	1 119	4 610	47 504
31.12.1998	314 765	314 765	-	13 983	1 229	757	4 008	52 148
31.12.1999	322 672	322 672	-	13 902	1 062	1 344	4 657	58 348
31.12.2000	333 187	333 187	-	13 158	1 021	1 617	4 886	60 117
31.12.2001	357 684	357 684	-	12 970	1 069	2 236	6 813	60 553
31.12.2002	384 773	384 773	-	12 513	995	1 509	7 350	82 069
31.12.2003	414 952	414 952	-	12 060	978	1 484	8 714	84 107
31.12.2004	442 922	442 922	-	11 469	794	720	5 700	83 971
31.12.2005	468 214	468 214	-	11 039	665	731	3 125	86 636
31.12.2006	479 454	479 454	-	10 479	562	1 299	2 333	54 713
31.12.2007	480 941	480 941	-	10 617	799	2 728	2 410	83 283
31.12.2008	478 738	478 738	-	11 168	723	3 594	3 180	89 979
31.12.2009	503 009	503 009	-	11 543	378	1 870	2 337	112 106
Extrahaushalte der Länder								
31.12.2006	986	986	-	2 084	.	.	10	.
31.12.2007	1 124	1 124	-	1 928	.	.	-	.
31.12.2008	1 325	1 325	-	1 826	.	.	25	.
31.12.2009	20 827	20 827	-	6 350	.	.	571	.
Gemeinden und Gemeindeverbände								
31.03.1950	106	106	-	71	6	-	-	-
31.03.1955	2 016	2 016	-	509	36	-	-	-
31.03.1956	2 626	2 626	-	607	29	-	-	-
31.03.1957	3 151	3 151	-	735	26	-	-	-
31.03.1958	3 995	3 995	-	857	29	-	-	-
31.03.1959	4 608	4 608	-	971	29	-	-	-
31.12.1960 ³⁾	5 904	5 904	-	1 138	33	550	-	1 091
31.12.1961	6 717	6 717	-	1 210	47	654	18	1 217
31.12.1962	7 873	7 873	-	1 294	51	804	19	1 417
31.12.1963	8 945	8 945	-	1 684	77	839	21	1 697
31.12.1964	10 748	10 748	-	1 857	83	804	41	1 898
31.12.1965	13 066	13 066	-	2 000	89	857	58	2 114
31.12.1966	14 893	14 893	-	2 086	100	900	72	2 427
31.12.1967	16 176	16 176	-	2 193	110	899	67	2 615
31.12.1968	17 316	17 316	-	2 358	107	935	51	2 739
31.12.1969	18 583	18 583	-	2 612	112	1 000	47	2 855
31.12.1970	20 394	20 394	-	2 796	120	1 081	86	2 959
31.12.1971	24 234	24 234	-	2 846	127	1 187	139	3 287
31.12.1972	28 350	28 350	-	2 924	134	1 220	137	3 872
31.12.1973	31 928	31 928	-	2 967	126	1 179	157	4 480
31.12.1974	30 887	30 887	-	3 409	137	322	308	4 763
31.12.1975	34 492	34 492	-	3 618	148	284	558	4 816
31.12.1976	37 213	37 213	-	4 028	161	277	587	5 302
31.12.1977	38 561	38 561	-	4 089	146	233	575	5 412
31.12.1978	40 205	40 205	-	4 145	151	192	578	5 236
31.12.1979	42 059	42 059	-	4 191	143	161	461	5 472
31.12.1980	44 359	44 359	-	4 265	141	168	562	5 335
31.12.1981	47 365	47 365	-	4 294	138	188	1 116	5 725
31.12.1982	50 659	50 659	-	4 358	142	202	1 241	5 812
31.12.1983	51 987	51 987	-	4 310	134	305	1 105	6 460
31.12.1984	52 560	52 560	-	4 332	133	163	889	6 034
31.12.1985	53 013	53 013	-	4 456	132	169	841	6 182
31.12.1986	53 799	53 799	-	4 745	137	163	933	6 988
31.12.1987	55 225	55 225	-	4 804	160	157	841	7 682
31.12.1988	56 046	56 046	-	5 053	140	155	741	6 970

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.2 Schuldenstand nach Arten und Körperschaftsgruppen

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kredit- ähnliche Rechts- geschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.					
Mill. EUR								
31.12.1989	57 013	57 013	-	5 293	144	160	583	7 508
31.12.1990	58 505	58 505	-	5 335	198	179	865	8 723
31.12.1991	65 060	65 060	-	5 488	319	202	1 484	11 217
31.12.1992	70 172	70 172	-	5 278	238	209	1 390	11 746
31.12.1993	77 003	77 003	-	4 664	243	273	1 671	12 440
31.12.1994	80 642	80 642	-	4 432	690	305	2 664	13 887
31.12.1995	83 743	83 743	-	4 332	488	332	3 674	16 478
31.12.1996	85 396	85 396	-	4 445	1 163	339	4 091	17 666
31.12.1997	85 598	85 598	-	4 514	1 229	440	5 245	17 927
31.12.1998	84 826	84 826	-	4 548	1 302	469	5 832	20 235
31.12.1999	83 936	83 936	-	4 401	945	616	5 981	24 145
31.12.2000	82 991	82 991	-	4 468	1 327	617	6 879	22 415
31.12.2001	82 669	82 669	-	4 429	1 286	604	8 957	22 857
31.12.2002	82 662	82 662	-	4 480	1 716	585	10 670	23 598
31.12.2003	84 069	84 069	-	4 692	1 872	1 009	15 964	37 999
31.12.2004	84 257	84 257	-	4 713	1 659	1 062	19 936	25 444
31.12.2005	83 804	83 804	-	4 828	1 591	960	23 882	26 314
31.12.2006	81 877	81 877	-	4 703	1 825	888	27 664	29 639
31.12.2007	79 239	79 239	-	4 650	1 405	851	28 776	31 122
31.12.2008	76 381	76 381	-	4 574	1 767	627	29 801	24 903
31.12.2009	76 386	76 386	-	4 383	1 698	408	34 653	23 906
Zweckverbände								
31.12.1974	2 572	2 572	-	280	1	1	32	3
31.12.1975	2 805	2 805	-	263	3	4	39	2
31.12.1976	2 806	2 806	-	307	2	3	47	6
31.12.1977	3 298	3 298	-	342	7	8	27	3
31.12.1978	3 294	3 294	-	321	5	1	36	7
31.12.1979	3 423	3 423	-	353	6	1	56	3
31.12.1980	3 559	3 559	-	453	6	1	51	6
31.12.1981	3 795	3 795	-	469	6	1	60	12
31.12.1982	4 044	4 044	-	494	6	2	78	14
31.12.1983	4 201	4 201	-	519	5	2	63	16
31.12.1984	4 220	4 220	-	514	6	2	28	30
31.12.1985	4 104	4 104	-	511	5	3	58	32
31.12.1986	3 818	3 818	-	474	6	2	9	32
31.12.1987	3 984	3 984	-	489	7	1	22	35
31.12.1988	4 047	4 047	-	553	7	4	24	38
31.12.1989	4 282	4 282	-	571	4	5	31	36
31.12.1990	4 599	4 599	-	592	4	12	48	77
31.12.1991	4 993	4 993	-	591	3	12	81	77
31.12.1992	5 791	5 791	-	613	3	10	51	255
31.12.1993	8 015	8 015	-	718	3	14	60	573
31.12.1994	10 787	10 787	-	509	33	20	81	354
31.12.1995	11 184	11 184	-	383	49	29	105	579
31.12.1996	11 058	11 058	-	332	35	41	87	1 100
31.12.1997	10 329	10 329	-	352	5	59	126	884
31.12.1998	10 610	10 610	-	517	7	82	87	852
31.12.1999	11 878	11 878	-	572	26	62	127	917
31.12.2000	8 070	8 070	-	380	4	60	71	800
31.12.2001	7 160	7 160	-	356	566	50	58	765
31.12.2002	7 153	7 153	-	369	7	45	49	632
31.12.2003	7 429	7 429	-	373	573	65	69	838
31.12.2004	7 531	7 531	-	363	636	75	72	778
31.12.2005	7 467	7 467	-	345	569	73	79	983
31.12.2006	2 649	2 649	-	117	9	9	53	921
31.12.2007	2 560	2 560	-	117	35	13	52	858
31.12.2008	2 626	2 626	-	123	39	12	56	844
31.12.2009	2 724	2 724	-	110	5	14	48	826

¹⁾ Einschl. Extrahaushalte; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse;
zur eingeschränkten Vergleichbarkeit siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 6.

¹⁾ Siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 8.

²⁾ Ab 1955 einschl. Berlin (West).

³⁾ Ab 1960 einschl. Saarland.

⁴⁾ Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG zum Sektor Staat zählen.

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
Baden-Württemberg									
31.03.1950	993	81	912	20	1	-	-	-	156
31.03.1955	1 484	460	1 025	558	6	-	-	-	211
31.12.1960	2 230	1 454	776	1 041	7	169	-	1 155	291
31.12.1961	2 278	1 511	766	1 074	9	209	6	1 278	291
31.12.1962	2 372	1 616	757	1 153	10	184	7	1 420	297
31.12.1963	2 449	1 705	744	1 250	11	185	7	1 675	302
31.12.1964	2 811	2 077	733	1 294	12	210	11	1 927	340
31.12.1965	3 451	2 729	722	1 321	15	177	156	2 305	410
31.12.1966	3 842	3 132	710	1 310	15	173	299	2 794	450
31.12.1967	4 370	3 671	698	1 250	13	169	98	3 031	510
31.12.1968	4 496	3 820	676	1 243	13	199	31	3 236	516
31.12.1969	4 561	3 903	658	1 232	13	213	11	3 353	512
31.12.1970	4 872	4 228	644	1 204	12	229	25	3 541	544
31.12.1971	5 682	5 050	632	1 192	15	245	106	3 894	627
31.12.1972	6 159	5 540	619	1 206	18	253	28	2 232	673
31.12.1973	6 904	6 300	605	1 217	15	229	38	2 525	747
31.12.1974	7 580	6 989	592	1 289	15	24	92	2 577	821
31.12.1975	9 412	8 835	578	1 315	14	15	153	2 663	1 023
31.12.1976	10 549	9 989	560	1 375	14	14	113	2 801	1 155
31.12.1977	11 182	10 638	545	1 393	12	15	65	2 767	1 226
31.12.1978	12 343	11 813	529	1 402	11	18	74	2 820	1 352
31.12.1979	13 615	13 103	512	1 466	11	18	57	2 167	1 487
31.12.1980	15 474	14 979	495	1 564	12	17	76	2 938	1 675
31.12.1981	17 643	17 166	477	1 652	13	19	137	2 927	1 902
31.12.1982	19 360	18 901	459	1 730	14	18	225	2 997	2 086
31.12.1983	20 657	20 218	440	1 775	14	18	122	3 002	2 232
31.12.1984	21 334	20 914	420	1 863	16	20	102	2 983	2 308
31.12.1985	22 089	21 688	400	1 971	17	20	85	2 873	2 387
31.12.1986	22 140	21 761	379	2 050	18	19	56	2 864	2 382
31.12.1987	22 814	22 456	358	2 102	19	18	219	2 932	2 456
31.12.1988	24 258	23 922	336	2 237	18	19	51	2 974	2 588
31.12.1989	24 690	24 377	313	2 415	19	21	63	3 294	2 600
31.12.1990	26 302	26 014	289	2 588	32	26	161	3 187	2 705
31.12.1991	28 008	27 743	265	2 573	41	38	224	3 688	2 833
31.12.1992 ⁴⁾	29 753	29 513	240	2 508	45	50	262	3 469	2 953
31.12.1992 ⁵⁾	29 532	29 292	240	2 493	45	50	192	3 469	2 931
31.12.1993	30 833	30 620	214	2 421	61	97	264	3 875	3 023
31.12.1994	32 542	32 354	188	2 370	114	122	273	3 655	3 176
31.12.1995	32 797	32 797	-	1 982	118	126	802	5 097	3 186
31.12.1996	34 333	34 333	-	2 068	153	99	1 217	6 726	3 319
31.12.1997	35 097	35 097	-	2 110	188	135	367	9 496	3 377
31.12.1998	35 917	35 917	-	2 121	159	133	305	11 160	3 451
31.12.1999	36 265	36 265	-	2 364	151	149	193	13 387	3 470
31.12.2000	36 898	36 898	-	2 343	160	155	200	14 175	3 515
31.12.2001	39 505	39 505	-	2 350	171	257	333	14 251	3 741
31.12.2002	40 359	40 359	-	2 378	171	173	366	14 555	3 796
31.12.2003	42 748	42 748	-	2 438	174	354	602	28 028	4 003
31.12.2004	44 515	44 515	-	2 446	331	447	422	15 065	4 158
31.12.2005	46 517	46 517	-	2 399	239	442	264	16 630	4 335
31.12.2006	48 109	48 109	-	2 170	121	419	213	18 015	4 479
31.12.2006 ⁶⁾	48 109	48 109	-	2 170	121	419	213	18 015	4 479
31.12.2007	48 270	48 270	-	2 087	154	423	101	21 058	4 491
31.12.2008	47 737	47 737	-	1 977	274	266	97	16 355	4 439
31.12.2009	62 559	62 559	-	1 829	312	202	155	30 110	5 821
Bayern									
31.03.1950	1 198	109	1 090	8	2	-	-	-	132
31.03.1955	2 001	828	1 173	474	5	-	-	-	220
31.12.1960	2 578	1 709	869	1 070	12	88	-	605	273
31.12.1961	2 542	1 691	851	1 123	21	102	3	656	265
31.12.1962	2 672	1 831	840	1 170	20	125	4	728	275
31.12.1963	2 829	1 999	830	1 267	18	123	4	763	287
31.12.1964	3 155	2 339	816	1 322	18	85	8	778	316
31.12.1965	3 601	2 803	798	1 358	18	95	28	802	357
31.12.1966	4 036	3 254	781	1 385	18	108	112	874	395
31.12.1967	4 647	3 878	769	1 348	21	114	23	886	452
31.12.1968	5 100	4 344	755	1 406	20	126	6	908	490
31.12.1969	5 277	4 555	722	1 414	22	148	8	936	499
31.12.1970	5 575	4 869	706	1 432	23	164	14	989	528
31.12.1971	6 576	5 886	690	1 450	21	193	20	1 076	615
31.12.1972	7 301	6 625	676	1 496	23	205	26	1 210	677
31.12.1973	7 986	7 323	663	1 577	20	146	22	1 410	736
31.12.1974	8 587	7 937	650	1 639	23	153	57	1 579	792
31.12.1975	10 276	9 641	635	1 711	26	147	73	1 821	949
31.12.1976	11 633	11 015	618	1 898	26	127	67	1 867	1 077
31.12.1977	12 106	11 506	601	1 937	21	117	56	1 836	1 120

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1978	12 652	12 069	583	1 976	17	97	46	1 777	1 170
31.12.1979	13 329	12 766	564	2 051	16	72	43	1 687	1 229
31.12.1980	14 387	13 842	545	2 157	17	51	48	1 566	1 320
31.12.1981	15 961	15 436	525	2 292	19	47	113	1 569	1 459
31.12.1982	17 632	17 128	505	2 405	19	72	197	1 606	1 609
31.12.1983	19 065	18 581	484	2 461	16	158	128	1 654	1 739
31.12.1984	19 692	19 230	462	2 580	17	85	40	1 537	1 796
31.12.1985	19 946	19 506	440	2 722	16	78	78	1 514	1 820
31.12.1986	20 528	20 110	418	2 948	22	74	70	1 428	1 867
31.12.1987	21 335	20 941	393	3 137	27	73	171	1 751	1 955
31.12.1988	22 567	22 199	369	3 318	21	65	189	1 340	2 054
31.12.1989	22 444	22 100	343	3 724	30	65	244	1 331	2 022
31.12.1990	23 404	23 087	317	3 915	38	80	346	1 299	2 064
31.12.1991	24 503	24 213	290	3 913	35	80	207	1 376	2 127
31.12.1992 ⁴⁾	25 854	25 592	262	4 019	33	84	260	1 439	2 215
31.12.1992 ⁵⁾	25 599	25 337	262	3 993	33	61	110	1 439	2 193
31.12.1993	26 491	26 258	233	3 644	43	71	144	1 681	2 242
31.12.1994	26 270	26 065	205	3 523	89	73	177	1 441	2 210
31.12.1995	26 704	26 704	-	3 424	109	81	206	1 851	2 234
31.12.1996	29 498	29 498	-	3 422	112	70	319	2 248	2 455
31.12.1997	31 353	31 353	-	3 442	107	90	494	4 617	2 601
31.12.1998	32 371	32 371	-	3 364	99	89	213	4 859	2 683
31.12.1999	32 272	32 272	-	3 269	86	71	255	5 095	2 663
31.12.2000	31 773	31 773	-	3 142	242	72	412	5 683	2 608
31.12.2001	32 069	32 069	-	3 084	293	40	435	5 993	2 612
31.12.2002	33 755	33 755	-	2 910	264	70	276	7 127	2 732
31.12.2003	35 961	35 961	-	2 848	295	79	1 465	6 959	2 901
31.12.2004	37 428	37 428	-	2 684	135	89	970	7 208	3 012
31.12.2005	39 023	39 023	-	2 778	180	86	582	7 663	3 133
31.12.2006	38 310	38 310	-	2 652	191	94	242	7 428	3 070
31.12.2006 ⁶⁾	38 310	38 310	-	2 652	191	94	242	7 428	3 070
31.12.2007	37 418	37 418	-	2 500	182	99	235	8 290	2 993
31.12.2008	35 821	35 821	-	2 342	168	101	242	10 914	2 861
31.12.2009	41 327	41 327	-	2 190	123	113	232	11 216	3 307
Brandenburg									
31.12.1991	1 111	1 111	-	65	6	1	282	1 961	433
31.12.1992 ⁴⁾	3 552	3 552	-	69	7	-	373	1 380	1 405
31.12.1992 ⁵⁾	3 552	3 552	-	62	7	-	356	1 379	1 405
31.12.1993	6 835	6 835	-	15	-	-	472	1 347	2 684
31.12.1994	9 609	9 609	-	8	22	-	539	2 685	3 793
31.12.1995	11 284	11 284	-	20	29	2	820	3 612	4 449
31.12.1996	13 017	13 017	-	33	22	2	571	4 250	5 114
31.12.1997	14 128	14 128	-	47	15	2	492	4 401	5 515
31.12.1998	14 962	14 962	-	43	31	3	742	4 456	5 797
31.12.1999	15 338	15 338	-	40	37	-	1 002	4 015	5 916
31.12.2000	14 619	14 619	-	29	193	1	578	3 804	5 621
31.12.2001	15 326	15 326	-	43	107	1	704	3 639	5 901
31.12.2002	16 453	16 453	-	40	125	1	870	3 212	6 360
31.12.2003	18 055	18 055	-	36	172	0	431	3 231	7 010
31.12.2004	18 214	18 214	-	27	183	4	1 015	1 639	7 091
31.12.2005	18 607	18 607	-	24	170	1	1 055	1 660	7 263
31.12.2006	18 782	18 782	-	24	165	1	1 186	1 583	7 357
31.12.2006 ⁶⁾	18 782	18 782	-	34	165	1	1 186	1 583	7 357
31.12.2007	18 919	18 919	-	43	107	1	766	1 456	7 443
31.12.2008	18 741	18 741	-	49	83	1	609	1 312	7 409
31.12.2009	18 952	18 952	-	60	70	-	618	2 140	7 533
Hessen									
31.03.1950	557	64	493	13	1	-	-	-	130
31.03.1955	891	343	548	271	6	-	-	-	199
31.03.1956	992	440	552	301	5	-	-	-	219
31.03.1957	1 056	494	561	378	4	-	-	-	230
31.03.1958	1 099	671	428	402	4	-	-	-	237
31.03.1959	1 209	793	417	465	3	-	-	-	258
31.12.1960	1 311	911	400	590	3	22	-	427	275
31.12.1961	1 410	1 015	394	599	2	30	2	507	290
31.12.1962	1 570	1 183	387	638	2	46	2	553	318
31.12.1963	1 775	1 392	383	689	3	46	2	598	355
31.12.1964	2 108	1 732	376	719	4	45	6	678	414
31.12.1965	2 642	2 271	371	744	5	50	48	800	511
31.12.1966	3 059	2 693	366	760	6	51	20	825	584
31.12.1967	3 413	3 053	360	732	8	48	42	882	649
31.12.1968	3 661	3 309	352	740	8	54	3	955	686

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1969	3 663	3 320	343	740	8	58	6	982	675
31.12.1970	4 058	3 731	327	758	8	67	95	1 091	748
31.12.1971	5 027	4 707	320	739	9	78	110	1 380	916
31.12.1972	5 929	5 617	313	733	9	86	25	1 632	1 072
31.12.1973	6 705	6 399	306	750	8	101	21	1 985	1 201
31.12.1974	7 127	6 828	299	1 224	8	15	61	2 322	1 277
31.12.1975	8 364	8 073	291	1 314	7	11	126	2 553	1 503
31.12.1976	10 006	9 723	283	1 467	9	44	279	2 384	1 806
31.12.1977	10 698	10 423	275	1 569	12	17	185	2 392	1 932
31.12.1978	11 323	11 056	267	1 605	11	7	142	2 370	2 042
31.12.1979	11 794	11 536	258	1 661	13	6	139	2 177	2 121
31.12.1980	12 681	12 431	250	1 740	11	67	237	2 145	2 270
31.12.1981	14 005	13 764	241	1 813	9	93	530	2 031	2 500
31.12.1982	15 659	15 428	232	1 876	10	81	465	1 957	2 793
31.12.1983	16 542	16 320	222	1 932	9	89	359	1 862	2 962
31.12.1984	17 405	17 193	212	1 981	9	13	230	1 743	3 137
31.12.1985	18 174	17 972	202	2 105	10	12	153	1 701	3 286
31.12.1986	18 996	18 804	192	2 208	13	13	99	1 991	3 434
31.12.1987	20 092	19 912	180	2 262	15	13	76	1 917	3 648
31.12.1988	20 948	20 778	169	2 406	14	16	100	1 822	3 780
31.12.1989	21 612	21 454	158	2 216	11	14	91	1 665	3 863
31.12.1990	22 413	22 267	146	2 228	3	15	869	1 349	3 922
31.12.1991	23 744	23 610	133	2 224	4	14	687	1 344	4 100
31.12.1992 ⁴⁾	24 891	24 770	121	2 224	3	17	434	1 806	4 236
31.12.1992 ⁵⁾	24 759	24 638	121	2 218	3	17	394	1 806	4 213
31.12.1993	26 288	26 181	107	2 216	1	11	431	1 403	4 418
31.12.1994	27 619	27 524	95	2 196	3	9	343	1 427	4 627
31.12.1995	28 682	28 682	-	2 164	2	18	649	1 570	4 786
31.12.1996	28 636	28 636	-	2 157	51	20	1 045	1 718	4 760
31.12.1997	30 086	30 086	-	2 146	104	22	785	2 641	4 988
31.12.1998	30 599	30 599	-	2 169	103	26	818	2 640	5 073
31.12.1999	29 856	29 856	-	2 162	104	15	1 353	2 692	4 941
31.12.2000	29 950	29 950	-	2 143	103	16	1 392	2 724	4 945
31.12.2001	31 173	31 173	-	2 096	95	17	1 597	2 636	5 134
31.12.2002	33 131	33 131	-	2 108	174	10	1 800	3 163	5 446
31.12.2003	35 516	35 516	-	2 172	255	10	1 832	3 142	5 833
31.12.2004	37 093	37 093	-	2 152	247	8	2 697	3 205	6 093
31.12.2005	38 782	38 782	-	2 120	229	20	2 668	3 525	6 365
31.12.2006	37 824	37 824	-	2 084	216	29	3 874	3 424	6 224
31.12.2006 ⁶⁾	37 824	37 824	-	2 170	216	29	3 874	3 424	6 224
31.12.2007	38 248	38 248	-	2 126	184	49	3 613	3 762	6 301
31.12.2008	38 506	38 506	-	2 130	184	47	4 146	4 085	6 344
31.12.2009	41 908	41 908	-	1 893	432	27	4 578	4 068	6 916
Mecklenburg-Vorpommern									
31.12.1991	674	674	-	3	-	2	25	179	353
31.12.1992 ⁴⁾	1 536	1 536	-	7	-	3	207	448	816
31.12.1992 ⁵⁾	1 535	1 535	-	7	-	1	197	448	815
31.12.1993	3 085	3 085	-	7	-	-	71	1 153	1 666
31.12.1994	4 435	4 435	-	22	3	1	293	2 049	2 414
31.12.1995	6 132	6 132	-	55	2	1	286	2 375	3 354
31.12.1996	7 341	7 341	-	80	1	-	364	2 761	4 032
31.12.1997	8 425	8 425	-	108	34	374	34	2 770	4 640
31.12.1998	9 234	9 234	-	149	48	7	210	2 663	5 120
31.12.1999	9 761	9 761	-	178	47	4	296	2 684	5 438
31.12.2000	9 586	9 586	-	208	39	0	368	2 469	5 373
31.12.2001	10 256	10 256	-	256	45	0	161	2 157	5 798
31.12.2002	10 815	10 815	-	285	89	0	442	2 218	6 170
31.12.2003	11 603	11 603	-	328	73	0	458	2 393	6 675
31.12.2004	12 339	12 339	-	354	59	0	285	3 630	7 149
31.12.2005	12 775	12 775	-	352	46	0	197	2 118	7 457
31.12.2006	12 559	12 559	-	440	43	0	477	2 027	7 383
31.12.2006 ⁶⁾	12 559	12 559	-	440	43	0	477	2 027	7 383
31.12.2007	11 829	11 829	-	495	40	0	627	1 941	7 011
31.12.2008	11 531	11 531	-	539	37	0	497	2 136	6 893
31.12.2009	11 430	11 430	-	543	38	0	485	1 999	6 899
Niedersachsen									
31.03.1950	732	81	651	12	1	-	-	-	109
31.03.1955	1 022	342	681	451	5	-	-	-	158
31.03.1956	1 165	486	678	527	3	-	-	-	180
31.03.1957	1 270	588	682	648	3	-	-	-	195
31.03.1958	1 251	733	518	774	3	-	-	-	191
31.03.1959	1 360	847	513	927	3	-	-	-	207
31.12.1960	1 500	1 000	500	1 107	3	29	-	234	227
31.12.1961	1 561	1 068	493	1 142	3	26	2	285	234
31.12.1962	1 686	1 199	486	1 195	3	47	1	358	250

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1963	1 803	1 323	480	1 295	4	52	2	492	266
31.12.1964	2 178	1 709	469	1 367	6	45	2	608	318
31.12.1965	2 759	2 294	466	1 416	7	57	4	754	399
31.12.1966	3 223	2 763	460	1 422	10	64	3	876	463
31.12.1967	3 672	3 219	452	1 436	10	60	12	1 026	525
31.12.1968	3 897	3 453	443	1 490	11	52	4	1 163	554
31.12.1969	4 091	3 663	428	1 508	11	51	4	1 306	576
31.12.1970	4 415	3 997	418	1 513	12	64	8	1 428	620
31.12.1971	5 154	4 745	409	1 522	11	72	12	1 662	718
31.12.1972	5 905	5 506	400	1 536	13	66	6	1 926	819
31.12.1973	6 487	6 096	391	1 587	10	62	7	2 106	894
31.12.1974	7 579	7 196	383	1 755	11	205	29	2 433	1 044
31.12.1975	9 229	8 856	374	1 864	12	75	56	2 643	1 273
31.12.1976	10 884	10 520	364	1 946	10	25	24	2 863	1 506
31.12.1977	11 960	11 606	354	1 933	14	22	14	2 970	1 655
31.12.1978	12 971	12 628	343	1 934	13	333	22	2 809	1 795
31.12.1979	14 222	13 889	332	1 939	11	335	123	2 874	1 968
31.12.1980	15 771	15 450	321	2 000	10	274	99	2 849	2 176
31.12.1981	17 541	17 231	310	2 046	11	235	245	2 755	2 416
31.12.1982	19 308	19 010	298	2 076	11	191	119	2 794	2 659
31.12.1983	20 610	20 324	286	2 106	10	198	86	2 690	2 842
31.12.1984	21 533	21 259	274	2 142	10	360	83	2 781	2 978
31.12.1985	22 343	22 082	261	2 188	9	440	54	2 863	3 102
31.12.1986	23 597	23 350	247	2 226	9	564	335	2 738	3 280
31.12.1987	25 345	25 112	234	2 220	11	253	361	2 736	3 539
31.12.1988	26 931	26 711	219	2 269	10	260	45	2 874	3 756
31.12.1989	27 285	27 080	205	2 304	6	568	163	2 740	3 782
31.12.1990	28 949	28 760	190	2 147	6	937	72	2 836	3 944
31.12.1991	30 002	29 827	174	2 122	6	703	64	2 818	4 041
31.12.1992 ⁴⁾	31 776	31 618	158	2 097	5	1 106	281	2 851	4 225
31.12.1992 ⁵⁾	31 678	31 520	158	2 089	5	1 106	245	2 851	4 212
31.12.1993	34 262	34 120	142	2 063	7	810	89	3 496	4 499
31.12.1994	36 352	36 227	125	2 034	12	232	312	3 471	4 733
31.12.1995	38 023	38 023	-	1 992	28	183	667	3 510	4 910
31.12.1996	39 628	39 628	-	1 957	69	303	655	4 093	5 084
31.12.1997	41 084	41 084	-	1 912	84	456	1 137	4 382	5 246
31.12.1998	41 934	41 934	-	1 858	110	460	1 231	4 999	5 341
31.12.1999	41 938	41 938	-	1 805	91	684	1 639	4 855	5 323
31.12.2000	42 346	42 346	-	1 718	125	825	1 985	5 304	5 352
31.12.2001	44 770	44 770	-	1 652	115	1 442	3 142	5 389	5 639
31.12.2002	47 959	47 959	-	1 576	133	1 030	2 963	5 503	6 017
31.12.2003	51 346	51 346	-	1 510	378	468	3 693	5 483	6 427
31.12.2004	54 666	54 666	-	1 427	98	389	3 537	5 383	6 832
31.12.2005	55 592	55 592	-	1 413	107	527	4 814	6 040	6 944
31.12.2006	56 402	56 402	-	1 310	112	644	4 496	6 494	7 053
31.12.2006 ⁶⁾	56 404	56 404	-	1 368	112	644	4 496	6 494	7 053
31.12.2007	56 925	56 925	-	1 267	131	802	4 165	6 808	7 127
31.12.2008	57 511	57 511	-	1 252	138	810	4 094	6 515	7 217
31.12.2009	58 973	58 973	-	1 181	238	1 171	4 538	6 785	7 422
Nordrhein-Westfalen									
31.03.1950	1 365	50	1 315	10	2	-	-	-	104
31.03.1955	2 260	757	1 503	1 170	12	-	-	-	155
31.03.1956	2 367	866	1 501	1 416	6	-	-	-	159
31.03.1957	2 532	1 050	1 482	1 657	6	-	-	-	167
31.03.1958	2 441	1 312	1 129	1 971	7	-	-	-	158
31.03.1959	2 587	1 489	1 098	2 234	7	-	-	-	166
31.12.1960	3 072	1 948	1 125	2 752	11	205	-	446	194
31.12.1961	3 327	2 235	1 093	2 798	12	245	6	568	208
31.12.1962	3 614	2 537	1 077	3 011	16	342	5	673	223
31.12.1963	3 853	2 786	1 067	3 060	40	371	7	785	236
31.12.1964	4 302	3 262	1 041	3 151	44	397	10	887	260
31.12.1965	4 656	3 625	1 030	3 473	42	431	14	1 042	278
31.12.1966	5 260	4 248	1 012	3 527	47	456	12	1 208	312
31.12.1967	6 053	5 057	996	3 501	54	463	12	1 354	359
31.12.1968	6 575	5 597	978	3 596	57	462	12	1 462	388
31.12.1969	6 781	5 831	950	3 759	59	486	10	1 886	396
31.12.1970	7 221	6 292	929	3 834	64	502	13	2 096	425
31.12.1971	8 518	7 612	906	3 850	70	540	19	2 468	497
31.12.1972	10 527	9 640	887	3 861	71	556	19	2 713	612
31.12.1973	11 206	10 339	867	3 853	71	590	34	2 828	650
31.12.1974	12 417	11 570	847	3 803	80	186	42	3 675	721
31.12.1975	16 692	15 865	827	3 882	84	61	138	3 887	972
31.12.1976	18 897	18 092	805	4 013	100	52	162	4 117	1 106
31.12.1977	20 621	19 839	782	4 099	90	60	153	4 349	1 209
31.12.1978	23 700	22 942	758	4 156	102	39	182	4 284	1 393

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1979	27 373	26 638	734	4 216	96	37	93	4 404	1 611
31.12.1980	32 476	31 767	709	4 246	93	29	685	4 272	1 906
31.12.1981	39 361	38 677	684	4 351	87	28	815	4 525	2 309
31.12.1982	45 038	44 381	658	4 481	89	36	1 151	4 315	2 648
31.12.1983	49 936	49 305	631	4 535	86	34	559	4 865	2 955
31.12.1984	53 971	53 369	603	4 635	83	37	538	4 793	3 217
31.12.1985	57 968	57 394	574	4 771	81	52	725	4 895	3 474
31.12.1986	61 418	60 874	545	4 958	80	64	980	4 992	3 685
31.12.1987	65 708	65 194	514	5 048	97	50	560	4 886	3 932
31.12.1988	68 145	67 663	482	5 232	81	53	874	4 569	4 059
31.12.1989	69 708	69 258	449	5 262	77	54	491	4 693	4 116
31.12.1990	72 636	72 220	416	5 238	118	59	252	5 038	4 214
31.12.1991	75 394	75 013	380	5 212	121	55	772	5 324	4 329
31.12.1992 ⁴⁾	77 821	77 476	345	5 201	129	64	729	4 838	4 425
31.12.1992 ⁵⁾	77 728	77 384	345	5 158	129	64	667	4 838	4 420
31.12.1993	81 950	81 643	307	5 061	109	72	1 111	4 993	4 624
31.12.1994	83 972	83 702	270	5 043	110	85	3 089	6 109	4 723
31.12.1995	89 365	89 365	-	5 011	110	87	1 559	7 433	5 009
31.12.1996	93 115	93 115	-	4 938	508	137	1 502	8 784	5 199
31.12.1997	97 821	97 821	-	4 872	501	151	1 786	8 300	5 446
31.12.1998	100 869	100 869	-	4 846	515	181	1 995	11 298	5 614
31.12.1999	103 171	103 171	-	4 746	135	195	1 993	14 383	5 737
31.12.2000	105 008	105 008	-	4 563	133	177	2 235	12 392	5 835
31.12.2001	111 341	111 341	-	4 540	734	175	3 102	13 248	6 178
31.12.2002	116 603	116 603	-	4 429	151	202	5 107	12 418	6 456
31.12.2003	123 837	123 837	-	4 304	794	425	8 028	14 656	6 852
31.12.2004	130 886	130 886	-	4 122	986	375	9 265	14 566	7 244
31.12.2005	137 615	137 615	-	3 954	931	299	11 042	17 048	7 620
31.12.2006	136 792	136 792	-	3 546	384	149	13 202	16 034	7 583
31.12.2006 ⁶⁾	136 792	136 792	-	3 546	384	149	13 202	16 034	7 583
31.12.2007	137 224	137 224	-	3 576	275	116	14 356	15 029	7 620
31.12.2008	136 425	136 425	-	3 767	594	112	16 458	19 535	7 593
31.12.2009	145 113	145 113	-	8 472	218	4	18 512	19 819	8 110
Rheinland-Pfalz									
31.03.1950	374	35	339	3	-	-	-	-	125
31.03.1955	465	186	279	219	2	-	-	-	144
31.03.1956	569	283	286	247	2	-	-	-	174
31.03.1957	658	372	285	275	1	-	-	-	199
31.03.1958	722	509	214	324	1	-	-	-	216
31.03.1959	744	536	209	369	1	-	-	-	221
31.12.1960	776	572	204	460	3	26	-	139	228
31.12.1961	795	593	202	467	2	29	1	145	231
31.12.1962	829	627	201	483	3	29	1	168	239
31.12.1963	895	696	199	503	3	30	1	182	255
31.12.1964	1 046	849	196	512	3	25	3	197	295
31.12.1965	1 366	1 172	194	517	5	57	1	201	381
31.12.1966	1 707	1 517	190	513	5	22	35	185	473
31.12.1967	2 001	1 812	189	499	6	20	19	198	552
31.12.1968	2 245	2 060	185	506	7	19	6	241	616
31.12.1969	2 442	2 263	179	504	7	19	7	247	665
31.12.1970	2 809	2 633	176	500	8	20	19	234	768
31.12.1971	3 271	3 098	172	491	7	22	90	278	889
31.12.1972	3 784	3 615	169	480	6	21	33	350	1 025
31.12.1973	4 255	4 090	165	490	6	20	29	583	1 150
31.12.1974	4 613	4 452	162	518	6	17	82	610	1 248
31.12.1975	5 267	5 109	158	514	14	16	159	533	1 432
31.12.1976	5 984	5 830	154	547	11	10	92	538	1 637
31.12.1977	6 293	6 144	149	548	8	7	69	549	1 727
31.12.1978	6 659	6 513	145	550	6	4	62	538	1 832
31.12.1979	7 201	7 060	141	556	5	4	57	535	1 983
31.12.1980	7 838	7 702	136	569	4	4	72	553	2 154
31.12.1981	8 917	8 786	131	576	3	4	101	560	2 449
31.12.1982	9 921	9 794	127	611	4	4	77	569	2 726
31.12.1983	10 734	10 612	122	628	3	4	79	457	2 955
31.12.1984	11 323	11 206	117	652	3	5	43	470	3 121
31.12.1985	11 965	11 854	111	688	3	6	37	518	3 306
31.12.1986	12 502	12 396	106	754	3	6	171	555	3 463
31.12.1987	13 324	13 224	100	798	3	5	44	632	3 669
31.12.1988	13 490	13 396	95	787	4	3	61	604	3 706
31.12.1989	13 646	13 558	88	803	5	3	87	663	3 723
31.12.1990	14 271	14 189	82	802	5	4	128	690	3 824
31.12.1991	14 987	14 912	76	815	4	8	288	722	3 960
31.12.1992 ⁴⁾	15 877	15 808	70	829	4	6	190	766	4 122
31.12.1992 ⁵⁾	15 798	15 729	70	816	4	6	190	766	4 101
31.12.1993	16 561	16 499	62	822	4	8	336	619	4 242
31.12.1994	17 483	17 427	56	807	21	9	282	1 022	4 440

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1995	17 983	17 983	-	702	21	8	752	1 140	4 539
31.12.1996	19 220	19 220	-	690	20	8	565	1 243	4 825
31.12.1997	20 432	20 432	-	678	20	6	509	1 306	5 096
31.12.1998	21 340	21 340	-	676	19	9	614	1 445	5 311
31.12.1999	22 077	22 077	-	666	19	8	583	1 454	5 480
31.12.2000	22 628	22 628	-	646	19	6	833	1 463	5 617
31.12.2001	23 960	23 960	-	643	21	9	1 146	1 475	5 929
31.12.2002	25 358	25 358	-	624	24	12	1 427	1 566	6 262
31.12.2003	26 807	26 807	-	577	23	13	2 173	1 612	6 609
31.12.2004	27 974	27 974	-	546	21	12	2 669	1 644	6 894
31.12.2005	29 441	29 441	-	514	20	11	2 831	1 631	7 252
31.12.2006	30 174	30 174	-	495	18	14	3 111	2 127	7 443
31.12.2006 ⁶⁾	31 159	31 159	-	2 425	18	14	3 121	2 127	7 686
31.12.2007	31 717	31 717	-	2 245	16	12	3 631	1 933	7 833
31.12.2008	31 922	31 922	-	2 094	16	8	3 828	2 334	7 904
31.12.2009	33 468	33 468	-	1 972	15	5	4 865	2 621	8 328
Saarland									
31.12.1960	141	141	-	237	-	2	-	255	133
31.12.1961	161	161	-	256	-	2	-	287	148
31.12.1962	259	259	-	267	-	4	-	343	236
31.12.1963	317	317	-	279	-	5	-	354	287
31.12.1964	422	422	-	283	-	6	1	418	378
31.12.1965	537	537	-	286	-	6	8	457	477
31.12.1966	623	623	-	159	-	7	15	506	551
31.12.1967	695	695	-	159	-	6	18	530	615
31.12.1968	734	734	-	172	-	7	9	553	650
31.12.1969	746	746	-	187	-	8	5	580	662
31.12.1970	818	818	-	160	-	10	2	577	730
31.12.1971	885	885	-	157	-	10	16	646	789
31.12.1972	1 031	1 031	-	158	-	8	6	683	921
31.12.1973	1 168	1 168	-	160	-	8	6	723	1 050
31.12.1974	1 284	1 284	-	168	-	8	7	761	1 159
31.12.1975	1 527	1 527	-	178	-	3	18	767	1 388
31.12.1976	1 809	1 809	-	186	-	8	40	802	1 656
31.12.1977	1 989	1 989	-	183	-	1	55	830	1 832
31.12.1978	2 189	2 189	-	185	-	1	79	731	2 033
31.12.1979	2 500	2 500	-	187	-	1	95	644	2 336
31.12.1980	2 824	2 824	-	184	-	1	100	715	2 644
31.12.1981	3 210	3 210	-	182	-	2	94	817	3 016
31.12.1982	3 773	3 773	-	178	-	1	125	889	3 558
31.12.1983	4 323	4 323	-	165	-	1	125	910	4 103
31.12.1984	4 776	4 776	-	164	-	1	104	909	4 542
31.12.1985	5 187	5 187	-	164	-	1	112	914	4 948
31.12.1986	5 559	5 559	-	163	-	1	280	886	5 328
31.12.1987	6 079	6 079	-	158	-	1	245	835	5 759
31.12.1988	6 502	6 502	-	161	-	1	310	798	6 174
31.12.1989	6 969	6 969	-	154	-	1	294	819	6 603
31.12.1990	7 479	7 479	-	161	-	1	146	732	6 990
31.12.1991	7 825	7 825	-	161	-	1	236	736	7 282
31.12.1992 ⁴⁾	8 450	8 450	-	159	-	2	234	624	7 833
31.12.1992 ⁵⁾	8 440	8 440	-	159	-	2	232	624	7 824
31.12.1993	9 064	9 064	-	154	-	2	102	677	8 357
31.12.1994	8 803	8 803	-	149	-	1	189	578	8 127
31.12.1995	8 689	8 689	-	142	25	1	310	896	8 024
31.12.1996	8 554	8 554	-	137	26	1	245	1 056	7 897
31.12.1997	8 294	8 294	-	132	-	1	327	845	7 661
31.12.1998	8 073	8 073	-	117	1	1	391	797	7 496
31.12.1999	8 088	8 088	-	115	17	2	448	737	7 541
31.12.2000	7 978	7 978	-	98	1	2	564	817	7 459
31.12.2001	7 103	7 103	-	92	1	2	649	821	6 657
31.12.2002	7 469	7 469	-	92	1	1	791	1 544	7 012
31.12.2003	7 886	7 886	-	90	1	1	877	1 552	7 420
31.12.2004	8 263	8 263	-	81	1	4	1 052	1 590	7 804
31.12.2005	8 991	8 991	-	76	1	5	1 110	1 592	8 543
31.12.2006	9 696	9 696	-	70	2	16	1 158	1 705	9 262
31.12.2006 ⁶⁾	9 696	9 696	-	70	2	16	1 158	1 705	9 262
31.12.2007	10 099	10 099	-	67	2	4	1 240	1 957	9 714
31.12.2008	10 527	10 527	-	60	26	5	1 404	1 758	10 183
31.12.2009	11 585	11 585	-	55	2	3	1 525	1 779	11 297
Sachsen									
31.12.1991	1 831	1 831	-	65	104	-	126	673	388
31.12.1992 ⁴⁾	4 720	4 720	-	100	8	1	1 204	1 822	1 012
31.12.1992 ⁵⁾	4 713	4 713	-	77	8	1	1 165	1 822	1 011
31.12.1993	8 439	8 439	-	51	17	1	797	3 552	1 825

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1994	10 487	10 487	-	57	76	1	1 265	3 197	2 282
31.12.1995	12 870	12 870	-	79	69	3	738	2 547	2 813
31.12.1996	14 317	14 317	-	61	104	5	197	4 699	3 142
31.12.1997	15 508	15 508	-	51	111	26	187	4 315	3 418
31.12.1998	16 065	16 065	-	38	135	36	120	3 828	3 564
31.12.1999	15 933	15 933	-	44	214	180	137	8 394	3 559
31.12.2000	16 206	16 206	-	45	175	179	95	9 224	3 647
31.12.2001	16 239	16 239	-	11	156	94	95	9 152	3 686
31.12.2002	16 513	16 513	-	18	175	100	113	9 266	3 782
31.12.2003	16 976	16 976	-	24	198	124	220	9 626	3 917
31.12.2004	17 412	17 412	-	33	140	121	111	9 211	4 043
31.12.2005	17 473	17 473	-	43	123	89	119	8 299	4 079
31.12.2006	16 065	16 065	-	47	118	90	141	7 332	3 769
31.12.2006 ⁶⁾	16 065	16 065	-	47	118	90	141	7 332	3 769
31.12.2007	14 825	14 825	-	519	109	54	112	7 484	3 501
31.12.2008	12 408	12 408	-	1 176	132	26	49	7 129	2 951
31.12.2009	10 587	10 587	-	1 916	116	19	67	6 237	2 534
Sachsen-Anhalt									
31.12.1991	1 098	1 098	-	1	-	-	360	99	385
31.12.1992 ⁴⁾	4 079	4 079	-	2	-	54	213	559	1 451
31.12.1992 ⁵⁾	4 077	4 077	-	1	-	54	186	559	1 451
31.12.1993	6 911	6 911	-	5	-	46	67	1 040	2 478
31.12.1994	8 879	8 879	-	22	31	15	369	1 848	3 206
31.12.1995	10 909	10 909	-	22	35	16	655	2 149	3 966
31.12.1996	13 458	13 458	-	8	121	-	46	2 693	4 927
31.12.1997	15 018	15 018	-	10	52	2	169	2 120	5 532
31.12.1998	16 565	16 565	-	122	29	1	58	2 053	6 158
31.12.1999	17 765	17 765	-	145	27	3	64	2 033	6 669
31.12.2000	16 835	16 835	-	31	44	-	76	1 792	6 391
31.12.2001	17 748	17 748	-	30	41	0	92	2 124	6 826
31.12.2002	19 015	19 015	-	26	326	0	132	2 404	7 413
31.12.2003	20 038	20 038	-	25	35	0	272	2 383	7 902
31.12.2004	21 396	21 396	-	24	34	-	549	2 292	8 522
31.12.2005	22 515	22 515	-	23	41	0	801	2 262	9 066
31.12.2006	22 487	22 487	-	22	55	1	958	2 186	9 154
31.12.2006 ⁶⁾	22 487	22 487	-	22	55	1	958	2 186	9 154
31.12.2007	23 117	23 117	-	19	114	1	974	2 071	9 519
31.12.2008	22 707	22 707	-	28	34	0	977	2 144	9 468
31.12.2009	22 596	22 596	-	21	31	0	982	2 339	9 544
Schleswig-Holstein									
31.03.1950	284	84	200	37	-	-	-	-	112
31.03.1955	374	153	221	443	2	-	-	-	166
31.03.1956	390	173	217	507	2	-	-	-	173
31.03.1957	431	215	215	528	2	-	-	-	190
31.03.1958	416	265	151	562	1	-	-	-	183
31.03.1959	466	318	149	622	2	-	-	-	204
31.12.1960	574	429	145	678	2	9	-	310	249
31.12.1961	583	441	142	701	2	12	-	323	250
31.12.1962	607	467	140	718	2	27	1	226	258
31.12.1963	642	504	138	765	3	28	-	236	270
31.12.1964	741	605	136	778	2	20	32	314	308
31.12.1965	899	764	135	790	3	17	25	397	369
31.12.1966	1 017	884	133	786	5	19	27	454	411
31.12.1967	1 173	1 042	131	777	4	18	1	401	469
31.12.1968	1 296	1 167	129	784	4	16	1	381	512
31.12.1969	1 396	1 271	126	777	3	16	1	388	546
31.12.1970	1 573	1 451	122	769	3	24	1	446	627
31.12.1971	1 825	1 705	120	754	4	27	82	549	718
31.12.1972	2 232	2 115	117	751	4	26	2	577	871
31.12.1973	2 528	2 413	115	743	4	21	1	590	980
31.12.1974	2 640	2 528	112	842	7	5	1	573	1 022
31.12.1975	3 201	3 091	109	836	7	4	2	629	1 239
31.12.1976	3 718	3 611	106	839	7	2	2	597	1 439
31.12.1977	4 031	3 927	104	844	6	3	6	618	1 558
31.12.1978	4 422	4 321	101	829	6	2	6	583	1 708
31.12.1979	4 725	4 628	98	826	5	1	42	564	1 822
31.12.1980	5 262	5 168	94	869	5	1	55	613	2 020
31.12.1981	5 839	5 748	91	879	5	1	147	678	2 232
31.12.1982	6 548	6 461	87	893	5	3	89	610	2 500
31.12.1983	7 182	7 098	84	889	4	2	67	612	2 744
31.12.1984	7 780	7 700	80	931	4	2	90	616	2 975
31.12.1985	8 235	8 158	77	946	4	2	56	619	3 151
31.12.1986	8 760	8 687	73	961	2	2	75	748	3 353
31.12.1987	9 659	9 590	69	987	2	3	139	932	3 781
31.12.1988	10 359	10 294	65	1 007	2	2	42	779	4 047

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1989	10 755	10 695	60	1 010	3	2	177	720	4 183
31.12.1990	11 489	11 432	56	1 034	2	1	35	1 641	4 395
31.12.1991	12 055	12 003	52	1 049	2	2	48	753	4 576
31.12.1992 ⁴⁾	12 695	12 648	47	1 061	3	4	87	643	4 771
31.12.1992 ⁵⁾	12 676	12 629	47	1 059	4	3	87	643	4 764
31.12.1993	13 726	13 683	42	1 091	3	12	60	629	5 111
31.12.1994	14 268	14 230	37	1 092	233	12	63	641	5 286
31.12.1995	15 162	15 162	-	1 153	3	21	25	751	5 583
31.12.1996	15 897	15 897	-	1 170	2	20	56	791	5 822
31.12.1997	16 672	16 672	-	1 177	6	38	128	917	6 063
31.12.1998	17 041	17 041	-	1 187	4	44	90	967	6 173
31.12.1999	17 505	17 505	-	1 065	4	36	111	1 031	6 319
31.12.2000	17 824	17 824	-	1 027	27	42	18	1 122	6 409
31.12.2001	18 518	18 518	-	1 012	5	30	48	1 610	6 626
31.12.2002	19 550	19 550	-	1 002	2	26	334	2 017	6 958
31.12.2003	20 961	20 961	-	970	4	23	267	2 027	7 440
31.12.2004	22 017	22 017	-	925	5	26	436	1 622	7 792
31.12.2005	23 423	23 423	-	857	12	29	550	1 712	8 280
31.12.2006	24 262	24 262	-	854	15	45	521	1 634	8 568
31.12.2006 ⁶⁾	24 262	24 262	-	854	15	45	521	1 633	8 568
31.12.2007	24 390	24 390	-	863	24	86	496	1 497	8 604
31.12.2008	24 601	24 601	-	838	21	32	447	1 937	8 677
31.12.2009	27 756	27 756	-	805	11	28	692	963	9 807
Thüringen									
31.12.1991	1 141	1 141	-	208	1	-	248	96	440
31.12.1992 ⁴⁾	2 880	2 880	-	196	3	-	77	411	1 129
31.12.1992 ⁵⁾	2 877	2 877	-	193	3	-	52	410	1 128
31.12.1993	5 490	5 490	-	303	-	-	313	1 013	2 164
31.12.1994	8 555	8 555	-	59	39	1	286	1 680	3 389
31.12.1995	10 139	10 139	-	31	50	2	169	2 049	4 039
31.12.1996	11 577	11 577	-	36	82	3	419	2 641	4 637
31.12.1997	11 337	11 337	-	21	114	2	556	3 171	4 562
31.12.1998	12 387	12 387	-	15	330	1	221	3 605	5 014
31.12.1999	13 286	13 286	-	15	98	-	309	4 128	5 410
31.12.2000	13 996	13 996	-	14	166	0	246	4 385	5 733
31.12.2001	14 639	14 639	-	13	218	0	497	4 512	6 044
31.12.2002	15 195	15 195	-	17	237	0	963	2 228	6 325
31.12.2003	16 029	16 029	-	17	232	8	930	2 361	6 726
31.12.2004	17 003	17 003	-	17	226	1	973	2 274	7 190
31.12.2005	17 884	17 884	-	16	225	8	778	2 213	7 626
31.12.2006	18 534	18 534	-	13	231	1	303	1 950	7 978
31.12.2006 ⁶⁾	18 534	18 534	-	13	231	1	303	1 950	7 978
31.12.2007	18 316	18 316	-	5	567	0	172	2 430	7 961
31.12.2008	17 777	17 777	-	13	526	1	179	1 858	7 803
31.12.2009	17 981	17 981	-	84	224	0	99	1 809	7 967
Berlin									
31.03.1955	481	154	326	447	-	-	-	-	218
31.03.1956	534	207	327	542	-	-	-	-	240
31.03.1957	538	208	330	654	-	-	-	-	242
31.03.1958	561	234	327	513	-	-	-	-	252
31.03.1959	607	284	324	587	-	-	-	-	276
31.12.1960	642	327	314	927	-	-	-	62	292
31.12.1961	665	356	309	1 070	-	-	-	64	304
31.12.1962	650	351	298	1 229	1	-	-	80	299
31.12.1963	513	219	294	1 925	1	-	-	139	235
31.12.1964	565	277	288	2 190	1	-	-	170	257
31.12.1965	627	349	279	2 438	1	-	29	206	286
31.12.1966	687	416	270	2 575	1	-	41	244	314
31.12.1967	832	567	265	2 717	1	-	21	283	385
31.12.1968	1 045	785	260	2 814	2	-	-	377	488
31.12.1969	1 148	895	254	2 865	2	-	36	851	538
31.12.1970	1 216	969	247	2 898	2	-	69	1 138	575
31.12.1971	1 456	1 214	242	2 904	1	-	94	1 479	699
31.12.1972	1 626	1 390	237	2 900	2	-	28	1 925	789
31.12.1973	1 842	1 618	224	2 910	34	-	-	2 255	900
31.12.1974	2 037	1 818	219	2 927	33	36	41	2 701	1 002
31.12.1975	2 401	2 186	215	2 904	34	38	58	3 199	1 198
31.12.1976	2 747	2 538	209	2 930	32	11	71	3 720	1 397
31.12.1977	2 977	2 773	203	2 940	36	11	15	3 605	1 537
31.12.1978	3 118	2 919	198	2 859	35	12	-	3 674	1 626
31.12.1979	3 146	2 953	193	2 882	31	13	-	3 792	1 652
31.12.1980	3 392	3 205	187	2 902	28	13	65	3 804	1 786

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1981	3 670	3 489	181	2 934	25	-	81	3 920	1 941
31.12.1982	4 011	3 836	175	2 940	21	-	-	4 242	2 135
31.12.1983	4 221	4 053	168	2 962	17	-	-	4 443	2 269
31.12.1984	4 379	4 217	162	2 989	16	-	-	4 988	2 365
31.12.1985	4 585	4 430	155	3 013	15	-	-	5 343	2 475
31.12.1986	4 601	4 453	148	3 028	15	-	-	5 621	2 462
31.12.1987	4 827	4 686	141	3 018	10	-	45	5 834	2 394
31.12.1988	5 164	5 030	133	2 995	9	-	137	5 995	2 524
31.12.1989	5 650	5 525	126	2 961	39	-	62	6 159	2 706
31.12.1990	6 425	6 307	118	2 872	38	-	-	6 197	2 993
31.12.1991	8 095	7 986	110	2 720	38	-	-	6 040	2 355
31.12.1992	10 514	10 413	101	2 555	37	-	-	6 185	3 044
31.12.1993	13 649	13 556	93	2 404	35	-	-	6 144	3 932
31.12.1994	16 193	16 109	84	2 262	82	-	-	11 660	4 656
31.12.1995	21 547	21 547	-	2 153	180	-	168	9 117	6 209
31.12.1996	24 895	24 895	-	2 017	169	-	2 247	9 466	7 180
31.12.1997	27 120	27 120	-	1 880	159	-	2 344	10 911	7 869
31.12.1998	29 421	29 421	-	1 791	948	-	2 026	11 497	8 610
31.12.1999	31 506	31 506	-	1 725	993	-	1 581	10 562	9 286
31.12.2000	33 453	33 453	-	1 483	915	-	2 252	10 208	9 888
31.12.2001	38 350	38 350	-	1 428	912	-	2 604	9 746	11 332
31.12.2002	44 647	44 647	-	1 369	842	-	1 489	30 931	13 172
31.12.2003	48 727	48 727	-	1 312	787	-	1 710	29 801	14 368
31.12.2004	53 876	53 876	-	1 252	621	-	189	29 842	15 907
31.12.2005	57 380	57 380	-	1 200	497	-	-	29 030	16 919
31.12.2006	58 995	58 995	-	1 148	403	-	-	28 429	17 354
31.12.2006 ⁶⁾	58 995	58 995	-	1 148	402	-	-	28 429	17 354
31.12.2007	56 645	56 645	-	1 100	331	1 933	507	27 763	16 634
31.12.2008	55 961	55 961	-	1 042	292	2 072	2	27 098	16 340
31.12.2009	58 821	58 821	-	1 002	248	719	2	26 988	17 140
Bremen									
31.03.1950	129	19	109	1	-	-	-	-	233
31.03.1955	199	85	115	44	-	-	-	-	320
31.03.1956	220	103	117	55	-	-	-	-	341
31.03.1957	267	155	113	63	-	-	-	-	403
31.03.1958	251	175	75	71	-	-	-	-	370
31.03.1959	246	172	74	79	-	-	-	-	357
31.12.1960	223	152	71	99	-	-	-	550	318
31.12.1961	203	134	69	102	-	-	3	586	285
31.12.1962	194	127	68	111	-	-	-	619	270
31.12.1963	197	130	67	115	-	-	-	659	272
31.12.1964	218	152	66	119	-	-	7	723	297
31.12.1965	262	197	65	122	-	-	5	758	353
31.12.1966	305	241	64	123	-	-	2	786	407
31.12.1967	359	297	62	120	-	-	5	805	478
31.12.1968	405	344	61	122	-	-	1	830	538
31.12.1969	411	352	59	119	-	-	-	852	544
31.12.1970	431	374	58	119	-	-	4	892	586
31.12.1971	518	462	56	122	-	-	-	943	701
31.12.1972	660	606	54	123	-	-	3	962	899
31.12.1973	710	657	53	125	-	-	2	886	974
31.12.1974	947	896	52	131	-	3	4	988	1 304
31.12.1975	1 294	1 244	50	140	1	-	6	1 045	1 795
31.12.1976	1 652	1 603	49	152	1	-	5	875	2 316
31.12.1977	1 946	1 899	47	144	1	-	15	1 033	2 754
31.12.1978	2 245	2 199	46	142	1	-	27	1 039	3 203
31.12.1979	2 595	2 551	44	142	1	-	39	1 046	3 725
31.12.1980	3 015	2 973	42	139	1	-	89	1 124	4 341
31.12.1981	3 440	3 400	40	154	1	-	185	1 105	4 972
31.12.1982	3 866	3 828	39	155	1	-	183	1 107	5 612
31.12.1983	4 284	4 247	37	165	-	-	257	1 132	6 278
31.12.1984	4 710	4 675	35	189	-	-	361	1 189	7 013
31.12.1985	5 175	5 142	33	201	-	-	122	1 275	7 800
31.12.1986	5 656	5 625	31	206	-	-	63	1 323	8 602
31.12.1987	6 125	6 096	29	166	-	-	16	1 495	9 278
31.12.1988	6 482	6 455	27	223	-	-	47	1 516	9 815
31.12.1989	6 850	6 825	25	172	-	-	55	1 537	10 298
31.12.1990	7 370	7 347	22	173	-	-	-	1 613	10 857
31.12.1991	7 821	7 800	20	173	-	-	-	1 592	11 449
31.12.1992	8 412	8 394	18	175	-	-	-	1 558	12 291
31.12.1993	8 793	8 778	15	180	-	-	-	1 423	12 849
31.12.1994	8 649	8 636	13	177	-	-	131	1 557	12 679
31.12.1995	8 620	8 620	-	177	-	-	-	1 809	12 679
31.12.1996	8 519	8 519	-	172	-	-	70	2 349	12 551
31.12.1997	8 666	8 666	-	171	-	-	-	2 034	12 817
31.12.1998	8 494	8 494	-	163	-	-	-	2 043	12 664

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1999	8 062	8 062	-	157	-	207	-	2 450	12 103
31.12.2000	8 522	8 522	-	153	-	152	-	2 452	12 881
31.12.2001	8 894	8 894	-	152	-	147	-	1 772	13 465
31.12.2002	9 584	9 584	-	149	-	134	-	1 790	14 505
31.12.2003	10 606	10 606	-	146	-	112	-	1 920	16 003
31.12.2004	11 270	11 270	-	144	-	89	104	1 989	17 013
31.12.2005	12 303	12 303	-	141	-	67	160	1 906	18 564
31.12.2006	13 384	13 384	-	136	-	46	109	1 939	20 149
31.12.2006 ⁶⁾	13 384	13 384	-	136	-	46	109	1 939	20 149
31.12.2007	14 305	14 305	-	133	-	13	210	1 783	21 577
31.12.2008	15 277	15 277	-	126	-	-	-	1 658	23 085
31.12.2009	16 011	16 011	-	121	-	-	71	1 820	24 256
Hamburg									
31.03.1950	513	76	437	1	-	-	-	-	324
31.03.1955	637	120	517	162	1	-	-	-	368
31.03.1956	663	124	539	168	1	-	-	-	377
31.03.1957	682	148	533	216	2	-	-	-	382
31.03.1958	634	210	425	255	2	-	-	-	352
31.03.1959	671	246	425	275	2	-	-	-	369
31.12.1960	640	224	416	302	3	-	-	520	350
31.12.1961	666	257	409	358	4	-	-	564	362
31.12.1962	673	270	403	376	5	-	-	629	364
31.12.1963	709	310	399	390	6	-	-	644	382
31.12.1964	810	421	389	391	8	-	1	631	436
31.12.1965	950	569	382	390	8	-	-	664	513
31.12.1966	1 075	705	370	388	9	-	-	667	582
31.12.1967	1 225	862	363	360	9	-	-	720	668
31.12.1968	1 309	957	352	361	11	-	-	768	718
31.12.1969	1 252	916	336	357	12	-	-	870	689
31.12.1970	1 421	1 095	325	356	12	-	-	985	792
31.12.1971	1 712	1 394	318	351	12	-	61	1 129	961
31.12.1972	2 029	1 717	311	352	12	-	-	1 232	1 149
31.12.1973	2 253	1 950	303	364	13	-	-	1 374	1 286
31.12.1974	2 697	2 401	296	366	13	-	-	1 448	1 548
31.12.1975	3 489	3 200	289	367	13	-	-	1 135	2 022
31.12.1976	3 883	3 602	281	378	13	-	-	1 297	2 274
31.12.1977	3 878	3 605	273	380	14	-	-	1 343	2 297
31.12.1978	3 950	3 686	264	382	14	-	-	1 300	2 362
31.12.1979	4 174	3 919	255	380	19	-	-	1 299	2 517
31.12.1980	4 298	4 052	246	378	19	-	-	-	2 607
31.12.1981	4 598	4 361	237	383	19	-	-	1 209	2 803
31.12.1982	5 246	5 019	227	388	21	120	347	1 384	3 218
31.12.1983	5 955	5 738	217	395	24	95	352	1 443	3 681
31.12.1984	7 033	6 826	207	419	24	13	-	1 498	4 395
31.12.1985	7 323	7 127	196	447	24	-	-	1 622	4 617
31.12.1986	7 747	7 563	184	473	22	188	-	1 679	4 916
31.12.1987	8 223	8 050	173	512	21	215	148	1 687	5 167
31.12.1988	8 823	8 662	161	515	21	112	-	1 673	5 531
31.12.1989	8 949	8 801	149	528	12	152	-	1 617	5 570
31.12.1990	9 271	9 136	136	520	-	75	-	1 617	5 653
31.12.1991	9 824	9 701	123	508	9	805	-	1 495	5 915
31.12.1992	10 418	10 309	109	495	17	1 121	189	1 442	6 219
31.12.1993	11 776	11 681	95	482	77	748	131	514	6 920
31.12.1994	12 858	12 777	81	471	93	542	323	1 495	7 547
31.12.1995	13 356	13 356	-	456	14	179	357	2 329	7 825
31.12.1996	14 314	14 314	-	429	13	251	806	2 827	8 378
31.12.1997	14 629	14 629	-	409	13	315	666	4 088	8 571
31.12.1998	14 929	14 929	-	391	9	318	892	4 923	8 778
31.12.1999	15 666	15 666	-	377	9	469	803	5 510	9 206
31.12.2000	16 626	16 626	-	363	9	667	583	5 319	9 732
31.12.2001	17 624	17 624	-	354	8	676	1 222	5 651	10 251
31.12.2002	18 183	18 183	-	339	4	379	998	6 358	10 535
31.12.2003	19 355	19 355	-	327	4	938	1 790	7 770	11 176
31.12.2004	20 359	20 359	-	311	3	293	1 434	9 031	11 721
31.12.2005	21 162	21 162	-	303	3	181	115	10 604	12 173
31.12.2006	21 604	21 604	-	287	3	647	58	10 858	12 367
31.12.2006 ⁶⁾	21 604	21 604	-	287	3	647	58	10 858	12 367
31.12.2007	21 619	21 619	-	270	3	-	33	10 002	12 282
31.12.2008	21 618	21 618	-	258	2	753	33	8 957	12 223
31.12.2009	23 879	23 879	-	240	2	-	187	16 143	13 429

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ³⁾

1.3 Schuldenstand der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
Insgesamt									
31.03.1950	6 146	599	5 548	104	6	-	-	-	122
31.03.1955 ²⁾	9 815	3 428	6 387	4 241	37	-	-	-	186
31.03.1956	10 716	4 303	6 412	4 908	29	-	-	-	201
31.03.1957	11 508	5 144	6 365	5 782	33	-	-	-	213
31.03.1958	11 512	6 530	4 982	6 400	35	-	-	-	211
31.03.1959	12 394	7 500	4 895	7 282	36	-	-	-	225
31.12.1960 ³⁾	13 686	8 867	4 819	9 264	41	550	-	4 703	245
31.12.1961	14 190	9 462	4 729	9 690	56	654	21	5 263	251
31.12.1962	15 126	10 469	4 657	10 351	62	804	19	5 798	264
31.12.1963	15 982	11 380	4 602	11 537	88	839	21	6 527	276
31.12.1964	18 356	13 846	4 510	12 126	97	833	82	7 332	313
31.12.1965	21 752	17 311	4 442	12 855	103	890	316	8 385	367
31.12.1966	24 834	20 476	4 360	12 950	115	900	566	9 419	415
31.12.1967	28 441	24 153	4 287	12 899	125	899	251	10 116	474
31.12.1968	30 763	26 571	4 192	13 234	131	935	71	10 874	509
31.12.1969	31 771	27 716	4 056	13 462	136	1 000	86	12 250	519
31.12.1970	34 409	30 459	3 950	13 542	144	1 081	248	13 415	564
31.12.1971	40 623	36 758	3 865	13 532	150	1 187	611	15 505	661
31.12.1972	47 188	43 405	3 783	13 601	156	1 220	175	15 442	763
31.12.1973	52 044	48 352	3 692	13 777	181	1 179	159	17 265	838
31.12.1974	57 510	53 898	3 611	14 660	195	651	415	19 668	927
31.12.1975	71 154	67 630	3 524	15 024	210	370	788	20 877	1 151
31.12.1976	81 763	78 333	3 430	15 731	221	291	855	21 860	1 329
31.12.1977	87 681	84 348	3 333	15 968	215	253	632	22 291	1 428
31.12.1978	95 571	92 338	3 233	16 016	216	512	641	21 926	1 559
31.12.1979	104 673	101 542	3 131	16 305	208	486	688	21 190	1 707
31.12.1980	117 418	114 393	3 024	16 747	198	458	1 528	20 579	1 907
31.12.1981	134 184	131 267	2 917	17 260	192	428	2 448	22 097	2 176
31.12.1982	150 363	147 558	2 805	17 733	194	525	2 976	22 468	2 439
31.12.1983	163 509	160 819	2 690	18 015	186	599	2 136	23 069	2 662
31.12.1984	173 936	171 365	2 571	18 544	183	537	1 592	23 507	2 843
31.12.1985	182 988	180 539	2 449	19 217	180	611	1 421	24 137	2 999
31.12.1986	191 504	189 182	2 322	19 974	185	931	2 130	24 825	3 137
31.12.1987	203 528	201 337	2 191	20 408	203	630	2 026	25 638	3 331
31.12.1988	213 668	211 612	2 056	21 151	182	532	1 857	24 944	3 479
31.12.1989	218 558	216 641	1 916	21 551	201	879	1 726	25 237	3 526
31.12.1990	230 010	228 238	1 772	21 678	242	1 198	2 009	26 200	3 638
31.12.1991	248 112	246 489	1 623	21 810	370	1 708	3 565	28 897	3 103
31.12.1992 ⁴⁾	273 224	271 755	1 469	21 699	296	2 511	4 740	30 242	3 391
31.12.1992 ⁵⁾	272 307	270 838	1 469	21 548	293	2 486	4 262	30 241	3 380
31.12.1993	304 152	302 842	1 310	20 918	357	1 877	4 388	33 563	3 746
31.12.1994	326 973	325 817	1 155	20 294	928	1 102	7 934	44 516	4 016
31.12.1995	352 263	352 263	-	19 564	794	727	8 164	48 237	4 315
31.12.1996	376 320	376 320	-	19 376	1 455	917	10 323	58 348	4 596
31.12.1997	395 671	395 671	-	19 165	1 507	1 619	9 981	66 316	4 822
31.12.1998	410 201	410 201	-	19 049	2 539	1 309	9 927	73 234	5 001
31.12.1999	418 487	418 487	-	18 874	2 032	2 022	10 765	83 411	5 098
31.12.2000	424 248	424 248	-	18 007	2 352	2 294	11 837	83 331	5 162
31.12.2001	447 513	447 513	-	17 755	2 921	2 890	15 828	84 176	5 435
31.12.2002	474 588	474 588	-	17 362	2 718	2 139	18 069	106 299	5 754
31.12.2003	506 450	506 450	-	17 125	3 423	2 558	24 747	122 944	6 137
31.12.2004	534 710	534 710	-	16 544	3 090	1 857	25 707	110 192	6 481
31.12.2005	559 485	559 485	-	16 211	2 824	1 764	27 086	113 933	6 784
31.12.2006	563 980	563 980	-	15 300	2 076	2 196	30 050	113 165	6 847
31.12.2006 ⁶⁾	564 966	564 966	-	17 383	2 076	2 196	30 059	113 165	6 859
31.12.2007	563 864	563 864	-	17 313	2 239	3 592	31 238	115 263	6 855
31.12.2008	559 070	559 070	-	17 690	2 529	4 233	33 062	115 727	6 807
31.12.2009	602 946	602 946	-	22 385	2 081	2 292	37 608	136 838	7 365

¹⁾ Einschl. Extrahaushalte; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse;
zur eingeschränkten Vergleichbarkeit siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, siehe Punkt 6.

²⁾ Siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 8.

³⁾ Ab 1955 einschl. Berlin (West).

⁴⁾ Ab 1960 einschl. Saarland.

⁵⁾ Bis 1992 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

⁶⁾ Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

⁷⁾ Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG zum Sektor Staat zählen.

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
Baden-Württemberg									
31.03.1950	960	48	912	8	-	-	-	-	151
31.03.1955	1 113	88	1 025	471	-	-	-	-	158
31.03.1956	1 175	151	1 024	492	-	-	-	-	164
31.03.1957	1 222	207	1 015	530	-	-	-	-	168
31.03.1958	1 145	339	806	596	-	-	-	-	155
31.03.1959	1 292	496	796	687	-	-	-	-	172
31.12.1960	1 298	522	776	896	-	-	-	580	169
31.12.1961	1 247	480	766	923	-	-	-	639	159
31.12.1962	1 163	406	757	993	-	-	-	663	147
31.12.1963	1 113	368	744	1 034	-	-	-	729	138
31.12.1964	1 186	452	733	1 058	-	-	30	900	145
31.12.1965	1 438	716	722	1 073	-	-	132	1 203	172
31.12.1966	1 567	856	710	1 067	-	-	268	1 396	184
31.12.1967	1 986	1 287	698	1 009	-	-	70	1 543	233
31.12.1968	2 067	1 391	676	1 011	-	-	10	1 709	239
31.12.1969	1 995	1 337	658	1 004	-	-	-	1 780	226
31.12.1970	2 069	1 425	644	983	-	-	-	1 903	230
31.12.1971	2 360	1 728	632	977	-	-	72	2 156	262
31.12.1972	2 342	1 723	619	985	-	-	-	375	257
31.12.1973	2 484	1 879	605	992	-	-	-	386	269
31.12.1974	2 922	2 330	592	1 006	-	-	-	500	316
31.12.1975	4 146	3 568	578	1 029	-	-	-	568	451
31.12.1976	5 139	4 579	560	1 049	-	-	-	610	563
31.12.1977	5 755	5 210	545	1 062	-	-	-	640	631
31.12.1978	6 749	6 220	529	1 073	-	-	-	660	739
31.12.1979	7 730	7 218	512	1 107	-	-	-	-	844
31.12.1980	9 255	8 760	495	1 158	-	-	-	789	1 002
31.12.1981	10 842	10 365	477	1 228	-	-	-	780	1 169
31.12.1982	11 971	11 513	459	1 284	-	-	51	772	1 290
31.12.1983	13 029	12 590	440	1 332	-	-	-	793	1 408
31.12.1984	13 666	13 246	420	1 407	-	-	-	795	1 479
31.12.1985	14 399	13 999	400	1 490	-	-	-	705	1 556
31.12.1986	14 840	14 460	379	1 559	-	-	-	683	1 596
31.12.1987	15 589	15 231	358	1 622	-	-	162	630	1 678
31.12.1988	16 966	16 630	336	1 678	-	-	-	643	1 810
31.12.1989	17 380	17 066	313	1 710	-	-	-	653	1 830
31.12.1990	18 922	18 633	289	1 753	-	-	41	636	1 946
31.12.1991	20 415	20 151	265	1 780	-	-	51	609	2 065
31.12.1992	21 708	21 468	240	1 795	-	-	-	616	2 155
31.12.1993	22 416	22 202	214	1 814	-	-	23	652	2 197
31.12.1994	23 263	23 075	188	1 826	-	-	64	748	2 270
31.12.1995	24 123	24 123	-	1 521	25	-	586	1 567	2 343
31.12.1996	25 784	25 784	-	1 515	37	-	877	3 535	2 493
31.12.1997	26 873	26 873	-	1 507	42	-	78	6 206	2 586
31.12.1998	28 074	28 074	-	1 489	-	-	-	7 821	2 697
31.12.1999	28 554	28 554	-	1 755	29	-	-	9 535	2 732
31.12.2000	29 506	29 506	-	1 723	24	-	-	10 396	2 811
31.12.2001	31 897	31 897	-	1 716	17	-	-	10 437	3 020
31.12.2002	33 378	33 378	-	1 686	11	-	0	10 719	3 140
31.12.2003	35 676	35 676	-	1 636	6	-	235	10 895	3 340
31.12.2004	37 554	37 554	-	1 560	-	-	160	10 870	3 507
31.12.2005	39 541	39 541	-	1 512	-	-	-	11 023	3 685
31.12.2006	41 072	41 072	-	1 457	-	-	-	10 746	3 824
31.12.2006 ⁴⁾	41 072	41 072	-	1 457	-	-	-	10 746	3 824
31.12.2007	41 710	41 710	-	1 414	-	-	-	10 839	3 881
31.12.2008	41 705	41 705	-	1 384	-	-	-	10 864	3 878
31.12.2009	56 415	56 415	-	1 330	-	-	-	25 604	5 249
Bayern									
31.03.1950	1 174	85	1 090	-	-	-	-	-	129
31.03.1955	1 642	468	1 173	401	-	-	-	-	181
31.03.1956	1 695	525	1 170	446	-	-	-	-	186
31.03.1957	1 728	579	1 149	563	5	-	-	-	188
31.03.1958	1 609	699	909	620	6	-	-	-	174
31.03.1959	1 642	751	891	694	5	-	-	-	176
31.12.1960	1 580	712	869	876	5	-	-	573	167
31.12.1961	1 372	522	851	910	5	-	-	613	143
31.12.1962	1 276	436	840	938	5	-	-	683	132
31.12.1963	1 226	395	830	967	5	-	-	710	125
31.12.1964	1 181	365	816	989	5	-	-	724	119
31.12.1965	1 225	427	798	992	5	-	19	742	122
31.12.1966	1 321	540	781	995	4	-	102	812	130
31.12.1967	1 656	887	769	933	4	-	13	826	162
31.12.1968	1 795	1 039	755	943	5	-	-	836	174
31.12.1969	1 706	984	722	927	4	-	-	864	163
31.12.1970	1 676	970	706	917	4	-	-	910	157
31.12.1971	2 000	1 310	690	911	2	-	-	990	188
31.12.1972	2 104	1 428	676	932	2	-	-	1 070	196
31.12.1973	2 091	1 428	663	985	2	-	-	1 211	193
31.12.1974	2 276	1 625	650	1 015	2	-	-	1 380	210
31.12.1975	3 361	2 726	635	1 072	2	-	-	1 608	310
31.12.1976	4 367	3 749	618	1 148	1	-	-	1 627	404
31.12.1977	4 679	4 078	601	1 179	1	-	-	1 582	433
31.12.1978	5 301	4 718	583	1 241	1	-	-	1 545	490

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1979	6 009	5 446	564	1 295	1	-	-	1 392	554
31.12.1980	7 054	6 510	545	1 377	1	-	-	1 322	647
31.12.1981	8 440	7 915	525	1 509	-	-	45	1 294	771
31.12.1982	9 787	9 283	505	1 621	-	-	93	1 315	893
31.12.1983	10 915	10 430	484	1 706	-	-	-	1 319	995
31.12.1984	11 563	11 101	462	1 799	-	-	-	1 190	1 054
31.12.1985	12 061	11 621	440	1 905	-	-	4	1 148	1 100
31.12.1986	12 614	12 196	418	2 041	-	-	-	1 025	1 147
31.12.1987	13 109	12 715	393	2 178	-	-	130	953	1 202
31.12.1988	14 090	13 722	369	2 327	-	-	147	877	1 282
31.12.1989	13 860	13 516	343	2 419	-	-	206	794	1 249
31.12.1990	14 547	14 230	317	2 495	-	-	223	800	1 283
31.12.1991	14 960	14 670	290	2 556	-	-	19	850	1 299
31.12.1992	15 374	15 112	262	2 615	-	-	38	757	1 317
31.12.1993	15 767	15 535	233	2 640	-	-	-	762	1 334
31.12.1994	14 788	14 583	205	2 629	-	-	-	740	1 244
31.12.1995	14 296	14 296	-	2 605	-	-	-	704	1 196
31.12.1996	16 280	16 280	-	2 600	-	-	-	686	1 355
31.12.1997	17 761	17 761	-	2 569	-	-	-	3 025	1 473
31.12.1998	18 537	18 537	-	2 533	-	-	-	3 076	1 536
31.12.1999	18 278	18 278	-	2 449	-	-	-	3 101	1 508
31.12.2000	17 964	17 964	-	2 339	-	-	-	3 247	1 475
31.12.2001	18 164	18 164	-	2 266	-	-	-	3 478	1 479
31.12.2002	19 183	19 183	-	2 131	-	-	-	3 780	1 553
31.12.2003	20 306	20 306	-	1 997	-	-	1 092	3 979	1 638
31.12.2004	21 240	21 240	-	1 886	0	-	636	4 050	1 709
31.12.2005	23 077	23 077	-	1 821	-	-	320	4 102	1 853
31.12.2006	23 072	23 072	-	1 700	-	-	-	4 159	1 849
31.12.2006 ⁴⁾	23 072	23 072	-	1 700	-	-	-	4 159	1 849
31.12.2007	22 766	22 766	-	1 584	-	-	-	4 472	1 821
31.12.2008	22 117	22 117	-	1 475	-	-	-	7 965	1 767
31.12.2009	27 567	27 567	-	1 404	-	-	-	8 391	2 206
Brandenburg									
31.12.1991	391	391	-	-	-	-	253	-	153
31.12.1992	2 461	2 461	-	-	-	-	332	260	974
31.12.1993	4 880	4 880	-	-	-	-	441	705	1 916
31.12.1994	7 058	7 058	-	-	-	-	505	1 911	2 786
31.12.1995	8 245	8 245	-	-	-	-	776	2 896	3 251
31.12.1996	9 814	9 814	-	-	-	-	496	3 490	3 856
31.12.1997	10 842	10 842	-	-	-	-	389	3 718	4 232
31.12.1998	11 640	11 640	-	-	-	-	614	3 771	4 510
31.12.1999	11 972	11 972	-	-	-	-	854	3 261	4 618
31.12.2000	12 799	12 799	-	-	-	-	391	3 050	4 921
31.12.2001	13 522	13 522	-	-	-	-	422	2 896	5 206
31.12.2002	14 656	14 656	-	-	-	-	640	2 504	5 665
31.12.2003	16 264	16 264	-	-	-	-	90	2 519	6 315
31.12.2004	16 397	16 397	-	-	-	-	450	940	6 384
31.12.2005	16 928	16 928	-	-	-	-	394	965	6 607
31.12.2006	17 136	17 136	-	-	-	-	437	912	6 712
31.12.2006 ⁴⁾	17 136	17 136	-	10	-	-	437	912	6 712
31.12.2007	17 280	17 280	-	17	-	-	-	829	6 798
31.12.2008	17 134	17 134	-	19	-	-	0	767	6 774
31.12.2009	17 433	17 433	-	18	-	-	0	1 616	6 930
Hessen									
31.03.1950	553	60	493	11	-	-	-	-	129
31.03.1955	629	81	548	248	-	-	-	-	140
31.03.1956	636	83	552	275	-	-	-	-	140
31.03.1957	659	97	561	346	-	-	-	-	143
31.03.1958	560	132	428	363	-	-	-	-	121
31.03.1959	572	155	417	421	-	-	-	-	122
31.12.1960	503	103	400	533	1	-	-	261	105
31.12.1961	482	87	394	539	1	-	-	325	99
31.12.1962	466	79	387	574	1	-	-	355	95
31.12.1963	459	76	383	597	1	-	-	409	93
31.12.1964	546	170	376	615	1	-	-	456	108
31.12.1965	711	339	371	635	1	-	41	531	138
31.12.1966	921	555	366	643	1	-	13	598	176
31.12.1967	1 128	768	360	609	1	-	40	666	215
31.12.1968	1 282	930	352	608	1	-	-	746	242
31.12.1969	1 210	867	343	603	1	-	-	766	225
31.12.1970	1 443	1 116	327	597	1	-	78	869	264
31.12.1971	1 795	1 475	320	594	1	-	88	1 046	329
31.12.1972	2 121	1 808	313	586	1	-	-	1 291	385
31.12.1973	2 367	2 062	306	594	1	-	-	1 597	426
31.12.1974	2 942	2 643	299	614	1	-	14	1 849	527
31.12.1975	3 734	3 443	291	621	1	-	46	2 198	671
31.12.1976	5 021	4 738	283	633	4	-	128	2 021	907
31.12.1977	5 496	5 221	275	658	3	-	-	2 026	992
31.12.1978	5 863	5 597	267	666	3	-	-	2 004	1 057
31.12.1979	6 167	5 909	258	688	3	-	-	1 831	1 109
31.12.1980	6 788	6 538	250	699	1	-	80	1 795	1 215
31.12.1981	7 643	7 402	241	726	1	-	119	1 593	1 364
31.12.1982	8 592	8 361	232	756	1	-	121	1 492	1 533

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1983	9 266	9 044	222	793	1	-	77	1 392	1 659
31.12.1984	9 965	9 752	212	830	1	-	7	1 294	1 796
31.12.1985	10 660	10 458	202	865	1	-	-	1 227	1 928
31.12.1986	11 351	11 159	192	905	4	-	-	1 131	2 052
31.12.1987	12 183	12 002	180	935	4	-	-	1 015	2 212
31.12.1988	12 876	12 707	169	977	3	-	-	904	2 324
31.12.1989	13 089	12 931	158	996	1	-	-	731	2 340
31.12.1990	13 580	13 434	146	1 016	1	-	670	545	2 376
31.12.1991	14 458	14 324	133	1 027	-	-	309	510	2 496
31.12.1992	15 002	14 881	121	1 035	-	-	130	564	2 553
31.12.1993	15 950	15 843	107	1 035	-	-	151	565	2 681
31.12.1994	17 230	17 134	95	1 032	-	-	-	530	2 886
31.12.1995	18 249	18 249	-	1 021	-	-	-	523	3 045
31.12.1996	18 799	18 799	-	1 010	-	-	511	532	3 125
31.12.1997	20 660	20 660	-	995	-	-	112	601	3 426
31.12.1998	21 311	21 311	-	972	-	-	3	579	3 533
31.12.1999	21 249	21 249	-	947	-	-	525	609	3 516
31.12.2000	21 575	21 575	-	907	-	-	515	624	3 562
31.12.2001	22 903	22 903	-	888	-	-	721	593	3 772
31.12.2002	24 818	24 818	-	861	-	-	755	752	4 080
31.12.2003	27 164	27 164	-	873	45	-	325	719	4 461
31.12.2004	28 617	28 617	-	824	36	-	558	781	4 700
31.12.2005	30 233	30 233	-	767	23	-	-	908	4 962
31.12.2006	29 364	29 364	-	720	16	-	662	651	4 832
31.12.2006 ⁴⁾	29 364	29 364	-	806	16	-	662	651	4 832
31.12.2007	29 969	29 969	-	748	-	-	481	664	4 937
31.12.2008	30 555	30 555	-	715	-	-	940	1 006	5 034
31.12.2009	33 406	33 406	-	591	-	-	830	815	5 513
Mecklenburg-Vorpommern									
31.12.1991	236	236	-	-	-	-	-	-	123
31.12.1992	762	762	-	-	-	-	98	159	405
31.12.1993	1 905	1 905	-	-	-	-	-	519	1 029
31.12.1994	2 823	2 823	-	-	-	-	217	953	1 537
31.12.1995	3 993	3 993	-	-	-	-	231	1 129	2 184
31.12.1996	5 014	5 014	-	-	-	-	297	1 480	2 754
31.12.1997	5 953	5 953	-	-	-	373	-	1 600	3 278
31.12.1998	6 679	6 679	-	-	-	-	176	1 519	3 703
31.12.1999	7 106	7 106	-	-	-	-	264	1 564	3 959
31.12.2000	7 493	7 493	-	-	-	-	312	1 493	4 200
31.12.2001	8 164	8 164	-	-	-	-	10	1 270	4 615
31.12.2002	8 686	8 686	-	-	-	-	380	1 378	4 955
31.12.2003	9 499	9 499	-	-	-	-	315	1 567	5 465
31.12.2004	10 283	10 283	-	-	-	-	61	1 610	5 957
31.12.2005	10 777	10 777	-	-	-	-	-	1 490	6 290
31.12.2006	10 737	10 737	-	-	-	-	-	1 389	6 312
31.12.2006 ⁴⁾	10 737	10 737	-	-	-	-	-	1 389	6 312
31.12.2007	10 074	10 074	-	1	-	-	80	1 424	5 971
31.12.2008	9 916	9 916	-	1	-	-	-	1 643	5 927
31.12.2009	9 905	9 905	-	2	-	-	-	1 540	5 979
Niedersachsen									
31.03.1950	714	63	651	7	-	-	-	-	106
31.03.1955	804	124	681	413	-	-	-	-	124
31.03.1956	854	175	678	479	-	-	-	-	132
31.03.1957	886	204	682	588	-	-	-	-	136
31.03.1958	763	245	518	701	-	-	-	-	117
31.03.1959	791	279	513	841	-	-	-	-	121
31.12.1960	740	240	500	995	-	-	-	190	112
31.12.1961	690	197	493	1 018	-	-	-	238	103
31.12.1962	656	170	486	1 053	-	-	-	308	97
31.12.1963	649	169	480	1 079	1	-	-	424	96
31.12.1964	799	330	469	1 114	1	-	-	540	117
31.12.1965	1 115	649	466	1 137	1	-	-	664	162
31.12.1966	1 348	888	460	1 122	1	-	-	768	194
31.12.1967	1 648	1 195	452	1 112	1	-	-	885	236
31.12.1968	1 717	1 274	443	1 126	1	-	-	1 015	245
31.12.1969	1 729	1 301	428	1 112	1	-	-	1 141	245
31.12.1970	1 841	1 423	418	1 085	1	-	-	1 251	258
31.12.1971	2 177	1 768	409	1 062	1	-	-	1 462	304
31.12.1972	2 368	1 968	400	1 040	1	-	-	1 688	329
31.12.1973	2 475	2 084	391	1 035	1	-	-	1 850	342
31.12.1974	3 094	2 711	383	1 077	1	169	2	2 149	426
31.12.1975	4 194	3 820	374	1 114	1	43	12	2 385	578
31.12.1976	5 351	4 987	364	1 133	1	-	-	2 472	740
31.12.1977	6 191	5 837	354	1 129	1	-	-	2 568	857
31.12.1978	7 024	6 681	343	1 115	1	307	-	2 491	972
31.12.1979	8 018	7 685	332	1 131	1	311	96	2 520	1 109
31.12.1980	9 249	8 928	321	1 145	-	267	67	2 494	1 276
31.12.1981	10 466	10 156	310	1 175	1	229	170	2 412	1 441
31.12.1982	11 711	11 413	298	1 197	1	182	14	2 429	1 612
31.12.1983	12 879	12 594	286	1 209	1	189	-	2 296	1 776
31.12.1984	13 880	13 606	274	1 252	1	354	-	2 361	1 920
31.12.1985	14 667	14 406	261	1 333	1	435	-	2 428	2 036
31.12.1986	15 760	15 513	247	1 386	1	559	267	2 228	2 191

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1987	17 386	17 152	234	1 412	1	251	305	2 296	2 428
31.12.1988	18 924	18 705	219	1 446	1	255	-	2 350	2 640
31.12.1989	19 267	19 062	205	1 460	1	563	138	2 264	2 671
31.12.1990	20 610	20 420	190	1 465	1	932	-	2 349	2 808
31.12.1991	21 283	21 108	174	1 474	1	689	-	2 362	2 867
31.12.1992	22 662	22 504	158	1 484	1	1 092	166	2 305	3 013
31.12.1993	25 012	24 871	142	1 489	1	798	-	2 836	3 285
31.12.1994	26 973	26 848	125	1 488	1	220	204	2 848	3 512
31.12.1995	28 626	28 626	-	1 481	1	172	398	2 912	3 696
31.12.1996	30 283	30 283	-	1 474	1	286	104	3 297	3 885
31.12.1997	31 888	31 888	-	1 450	-	432	253	3 399	4 071
31.12.1998	33 047	33 047	-	1 411	-	439	43	3 747	4 209
31.12.1999	33 437	33 437	-	1 370	-	669	282	3 462	4 244
31.12.2000	34 076	34 076	-	1 285	-	799	578	3 754	4 307
31.12.2001	36 880	36 880	-	1 259	-	1 413	1 333	3 792	4 645
31.12.2002	40 010	40 010	-	1 214	0	996	925	3 665	5 020
31.12.2003	43 339	43 339	-	1 157	0	433	815	3 691	5 425
31.12.2004	46 735	46 735	-	1 080	0	338	-	3 533	5 841
31.12.2005	47 855	47 855	-	1 041	0	483	782	4 203	5 977
31.12.2006	48 774	48 774	-	972	-	606	-	4 572	6 099
31.12.2006 ^{a)}	48 776	48 776	-	1 030	-	606	-	4 572	6 099
31.12.2007	49 446	49 446	-	941	0	782	-	4 864	6 191
31.12.2008	50 212	50 212	-	927	0	770	1	4 810	6 301
31.12.2009	51 461	51 461	-	862	0	1 150	0	4 992	6 477
Nordrhein-Westfalen									
31.03.1950	1 347	33	1 315	-	-	-	-	-	103
31.03.1955	1 636	133	1 503	983	-	-	-	-	112
31.03.1956	1 603	102	1 501	1 203	-	-	-	-	108
31.03.1957	1 588	106	1 482	1 411	-	-	-	-	105
31.03.1958	1 239	110	1 129	1 680	-	-	-	-	80
31.03.1959	1 208	110	1 098	1 891	-	-	-	-	77
31.12.1960	1 338	213	1 125	2 348	-	-	-	292	85
31.12.1961	1 413	320	1 093	2 372	-	-	-	395	88
31.12.1962	1 420	343	1 077	2 442	-	-	-	463	88
31.12.1963	1 374	307	1 067	2 505	-	-	-	542	84
31.12.1964	1 380	339	1 041	2 544	-	-	-	613	84
31.12.1965	1 173	142	1 030	2 815	-	-	-	737	70
31.12.1966	1 239	227	1 012	2 835	-	-	-	874	74
31.12.1967	1 627	631	996	2 757	-	-	-	973	97
31.12.1968	1 772	794	978	2 793	5	-	-	1 061	105
31.12.1969	1 615	665	950	2 771	5	-	-	1 439	95
31.12.1970	1 564	635	929	2 747	5	-	-	1 612	91
31.12.1971	1 668	762	906	2 747	5	-	-	1 913	98
31.12.1972	2 345	1 458	887	2 759	5	-	-	1 876	137
31.12.1973	2 253	1 386	867	2 802	5	-	-	2 026	131
31.12.1974	2 902	2 055	847	2 834	5	121	-	2 647	168
31.12.1975	5 750	4 923	827	2 886	4	-	-	2 597	335
31.12.1976	6 856	6 051	805	2 950	4	-	-	2 628	401
31.12.1977	7 471	6 689	782	3 018	3	-	-	2 722	438
31.12.1978	9 610	8 852	758	3 049	3	-	-	2 705	565
31.12.1979	12 231	11 496	734	3 107	-	-	-	2 571	720
31.12.1980	16 082	15 373	709	3 193	-	9	555	2 635	944
31.12.1981	21 901	21 217	684	3 323	-	11	544	2 624	1 285
31.12.1982	26 488	25 830	658	3 452	-	19	803	2 434	1 557
31.12.1983	30 994	30 363	631	3 542	-	8	253	2 418	1 834
31.12.1984	34 653	34 051	603	3 672	-	5	259	2 759	2 066
31.12.1985	38 315	37 741	574	3 809	-	5	396	2 782	2 296
31.12.1986	41 308	40 763	545	3 922	-	18	596	2 673	2 479
31.12.1987	44 854	44 340	514	3 994	-	6	194	2 631	2 684
31.12.1988	46 822	46 340	482	4 075	-	6	559	2 666	2 789
31.12.1989	47 832	47 382	449	4 111	-	-	269	2 620	2 824
31.12.1990	49 959	49 544	416	4 130	-	-	15	2 475	2 899
31.12.1991	51 685	51 304	380	4 158	-	-	583	2 516	2 968
31.12.1992	52 858	52 514	345	4 159	-	-	433	2 773	3 006
31.12.1993	55 155	54 847	307	4 150	-	-	623	2 685	3 112
31.12.1994	56 950	56 679	270	4 136	-	-	2 098	2 828	3 203
31.12.1995	61 712	61 712	-	4 120	-	-	-	2 879	3 459
31.12.1996	65 233	65 233	-	4 083	-	-	62	3 051	3 643
31.12.1997	69 918	69 918	-	4 037	-	-	-	3 411	3 892
31.12.1998	73 382	73 382	-	3 977	-	-	-	4 739	4 084
31.12.1999	74 805	74 805	-	3 889	-	-	-	4 992	4 160
31.12.2000	76 670	76 670	-	3 734	-	-	-	5 147	4 260
31.12.2001	83 162	83 162	-	3 745	-	-	-	5 671	4 614
31.12.2002	88 471	88 471	-	3 641	-	-	946	5 716	4 899
31.12.2003	95 243	95 243	-	3 541	-	-	1 207	6 217	5 270
31.12.2004	102 494	102 494	-	3 392	-	-	796	6 668	5 672
31.12.2005	108 939	108 939	-	3 277	-	-	500	8 648	6 032
31.12.2006	112 900	112 900	-	3 124	-	-	684	7 671	6 258
31.12.2006 ^{a)}	112 900	112 900	-	3 124	-	-	684	7 671	6 258
31.12.2007	113 913	113 913	-	3 186	-	-	612	7 171	6 325
31.12.2008	113 115	113 115	-	3 409	-	-	1 852	12 006	6 295
31.12.2009	122 061	122 061	-	8 117	-	-	1 272	12 350	6 822

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
Rheinland-Pfalz									
31.03.1950	369	30	339	-	-	-	-	-	124
31.03.1955	358	80	279	174	-	-	-	-	111
31.03.1956	413	126	286	195	-	-	-	-	126
31.03.1957	474	188	285	214	-	-	-	-	143
31.03.1958	486	273	214	256	-	-	-	-	145
31.03.1959	464	255	209	295	-	-	-	-	138
31.12.1960	416	212	204	376	-	-	-	77	123
31.12.1961	367	165	202	381	-	-	-	80	107
31.12.1962	333	132	201	389	-	-	-	96	97
31.12.1963	323	124	199	394	-	-	-	106	93
31.12.1964	342	145	196	398	-	-	-	109	97
31.12.1965	435	241	194	396	-	-	33	111	122
31.12.1966	588	398	190	390	-	-	31	96	163
31.12.1967	767	578	189	372	-	-	15	98	212
31.12.1968	889	704	185	370	-	-	-	113	244
31.12.1969	927	748	179	361	-	-	-	124	254
31.12.1970	1 035	859	176	351	-	-	12	130	281
31.12.1971	1 249	1 077	172	340	-	-	63	171	340
31.12.1972	1 450	1 281	169	334	-	-	9	198	393
31.12.1973	1 652	1 487	165	340	-	-	-	224	447
31.12.1974	1 922	1 761	162	342	-	1	14	290	520
31.12.1975	2 452	2 294	158	347	-	1	69	337	667
31.12.1976	3 029	2 875	154	363	-	1	17	336	828
31.12.1977	3 318	3 169	149	371	-	1	-	350	910
31.12.1978	3 624	3 478	145	376	-	1	-	331	997
31.12.1979	4 033	3 892	141	385	-	1	-	324	1 110
31.12.1980	4 537	4 401	136	394	-	1	10	338	1 247
31.12.1981	5 360	5 229	131	417	-	1	10	339	1 472
31.12.1982	6 167	6 040	127	438	-	-	-	343	1 695
31.12.1983	6 865	6 743	122	461	-	-	-	231	1 890
31.12.1984	7 416	7 299	117	488	-	-	-	239	2 044
31.12.1985	7 986	7 874	111	516	-	-	1	243	2 207
31.12.1986	8 528	8 422	106	553	-	-	120	224	2 362
31.12.1987	9 345	9 245	100	581	-	-	-	260	2 573
31.12.1988	9 770	9 676	95	601	-	-	28	231	2 684
31.12.1989	9 944	9 856	88	614	-	-	66	255	2 713
31.12.1990	10 601	10 519	82	623	-	-	104	254	2 841
31.12.1991	11 257	11 181	76	634	-	-	257	272	2 974
31.12.1992	11 972	11 902	70	641	-	-	152	273	3 108
31.12.1993	12 491	12 429	62	642	-	-	245	289	3 200
31.12.1994	13 274	13 218	56	637	16	-	51	293	3 371
31.12.1995	13 923	13 923	-	633	16	-	399	326	3 515
31.12.1996	15 154	15 154	-	623	16	-	225	323	3 804
31.12.1997	16 275	16 275	-	617	16	-	-	327	4 059
31.12.1998	17 272	17 272	-	607	16	-	-	325	4 298
31.12.1999	17 902	17 902	-	594	16	-	-	298	4 444
31.12.2000	18 346	18 346	-	578	16	-	56	287	4 554
31.12.2001	19 588	19 588	-	573	18	0	86	259	4 847
31.12.2002	20 858	20 858	-	553	21	-	34	272	5 150
31.12.2003	22 138	22 138	-	516	20	-	265	308	5 457
31.12.2004	23 242	23 242	-	487	18	-	345	307	5 727
31.12.2005	24 638	24 638	-	460	16	-	75	346	6 069
31.12.2006	25 252	25 252	-	435	15	-	85	722	6 229
31.12.2006 ^{a)}	26 236	26 236	-	2 365	15	-	95	722	6 472
31.12.2007	26 825	26 825	-	2 200	14	-	345	533	6 625
31.12.2008	27 044	27 044	-	2 043	12	-	134	845	6 696
31.12.2009	28 455	28 455	-	1 888	11	-	234	996	7 080
Saarland									
31.12.1960	63	63	-	179	-	-	-	208	60
31.12.1961	57	57	-	197	-	-	-	229	52
31.12.1962	129	129	-	210	-	-	-	269	118
31.12.1963	179	179	-	215	-	-	-	243	162
31.12.1964	248	248	-	220	-	-	1	264	223
31.12.1965	325	325	-	225	-	-	8	274	289
31.12.1966	384	384	-	99	-	-	15	316	340
31.12.1967	428	428	-	102	-	-	18	329	378
31.12.1968	443	443	-	114	-	-	9	360	392
31.12.1969	428	428	-	127	-	-	4	394	379
31.12.1970	456	456	-	99	-	-	-	408	404
31.12.1971	469	469	-	99	-	-	13	482	418
31.12.1972	541	541	-	100	-	-	-	489	483
31.12.1973	587	587	-	102	-	-	-	505	526
31.12.1974	676	676	-	105	-	-	-	509	610
31.12.1975	879	879	-	110	-	-	-	509	799
31.12.1976	1 069	1 069	-	111	-	-	-	514	978
31.12.1977	1 176	1 176	-	113	-	-	-	540	1 084
31.12.1978	1 284	1 284	-	114	-	-	-	494	1 192
31.12.1979	1 502	1 502	-	115	-	-	-	524	1 403
31.12.1980	1 728	1 728	-	115	-	-	-	512	1 618
31.12.1981	2 013	2 013	-	117	-	-	-	614	1 891
31.12.1982	2 510	2 510	-	118	-	-	-	670	2 367
31.12.1983	3 003	3 003	-	109	-	-	-	666	2 850

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1984	3 398	3 398	-	112	-	-	-	657	3 231
31.12.1985	3 769	3 769	-	115	-	-	-	670	3 595
31.12.1986	4 107	4 107	-	115	-	-	141	646	3 936
31.12.1987	4 547	4 547	-	115	-	-	121	550	4 309
31.12.1988	4 942	4 942	-	117	-	-	169	518	4 693
31.12.1989	5 408	5 408	-	118	-	-	151	550	5 124
31.12.1990	5 913	5 913	-	119	-	-	43	437	5 526
31.12.1991	6 265	6 265	-	120	-	-	147	442	5 830
31.12.1992	6 839	6 839	-	122	-	-	127	344	6 339
31.12.1993	7 415	7 415	-	120	-	-	30	394	6 837
31.12.1994	7 116	7 116	-	118	-	-	90	438	6 570
31.12.1995	6 938	6 938	-	115	-	-	175	574	6 407
31.12.1996	6 849	6 849	-	112	-	-	24	567	6 323
31.12.1997	6 613	6 613	-	110	-	-	39	517	6 108
31.12.1998	6 390	6 390	-	105	-	-	12	488	5 933
31.12.1999	6 360	6 360	-	105	-	-	-	444	5 930
31.12.2000	6 130	6 130	-	82	-	-	18	498	5 732
31.12.2001	6 151	6 151	-	84	-	-	0	505	5 765
31.12.2002	6 537	6 537	-	80	-	-	56	1 205	6 138
31.12.2003	6 973	6 973	-	74	-	-	39	1 256	6 562
31.12.2004	7 371	7 371	-	68	-	-	73	1 281	6 961
31.12.2005	8 102	8 102	-	63	-	-	83	1 311	7 698
31.12.2006	8 736	8 736	-	57	-	-	97	1 398	8 344
31.12.2006 ⁴⁾	8 736	8 736	-	57	-	-	97	1 398	8 344
31.12.2007	9 143	9 143	-	52	-	-	81	1 408	8 795
31.12.2008	9 494	9 494	-	46	-	-	164	1 447	9 184
31.12.2009	10 593	10 593	-	42	-	-	140	1 488	10 330
Sachsen									
31.12.1991	51	51	-	-	-	-	48	405	11
31.12.1992	2 482	2 482	-	-	-	-	1 008	311	532
31.12.1993	4 788	4 788	-	-	-	-	716	1 528	1 035
31.12.1994	5 568	5 568	-	-	-	-	964	1 377	1 212
31.12.1995	7 457	7 457	-	-	-	-	594	792	1 630
31.12.1996	8 572	8 572	-	-	-	-	76	3 190	1 881
31.12.1997	9 288	9 288	-	-	-	-	19	2 804	2 047
31.12.1998	9 822	9 822	-	-	-	-	-	2 368	2 179
31.12.1999	9 830	9 830	-	-	-	-	-	6 796	2 196
31.12.2000	10 071	10 071	-	-	-	-	-	7 770	2 266
31.12.2001	10 201	10 201	-	2	-	-	-	7 761	2 315
31.12.2002	10 679	10 679	-	6	-	-	-	7 852	2 446
31.12.2003	11 343	11 343	-	12	-	-	-	8 145	2 617
31.12.2004	11 824	11 824	-	19	-	-	-	7 997	2 745
31.12.2005	12 086	12 086	-	26	-	-	-	6 966	2 822
31.12.2006	11 557	11 557	-	35	-	-	-	6 068	2 712
31.12.2006 ⁴⁾	11 557	11 557	-	35	-	-	-	6 068	2 712
31.12.2007	10 555	10 555	-	509	-	-	-	6 401	2 493
31.12.2008	8 415	8 415	-	1 169	-	-	-	6 067	2 001
31.12.2009	6 889	6 889	-	1 910	-	-	-	5 209	1 649
Sachsen-Anhalt									
31.12.1991	478	478	-	-	-	-	332	20	168
31.12.1992	2 546	2 546	-	-	-	54	148	209	906
31.12.1993	4 522	4 522	-	-	-	46	41	499	1 621
31.12.1994	5 900	5 900	-	-	-	15	320	1 259	2 131
31.12.1995	7 330	7 330	-	-	-	15	613	1 612	2 665
31.12.1996	9 592	9 592	-	-	-	-	-	2 215	3 512
31.12.1997	10 750	10 750	-	-	-	-	123	1 614	3 960
31.12.1998	11 861	11 861	-	-	-	-	-	1 538	4 409
31.12.1999	12 782	12 782	-	-	-	-	-	1 514	4 798
31.12.2000	13 577	13 577	-	-	-	-	-	1 335	5 154
31.12.2001	14 444	14 444	-	-	-	-	-	1 666	5 556
31.12.2002	15 677	15 677	-	-	-	-	-	1 950	6 111
31.12.2003	16 662	16 662	-	-	-	-	-	1 985	6 570
31.12.2004	18 006	18 006	-	-	-	-	-	1 902	7 172
31.12.2005	19 223	19 223	-	-	-	-	-	1 871	7 740
31.12.2006	19 303	19 303	-	-	-	-	-	1 830	7 857
31.12.2006 ⁴⁾	19 303	19 303	-	-	-	-	-	1 830	7 857
31.12.2007	20 082	20 082	-	-	-	-	-	1 739	8 269
31.12.2008	19 808	19 808	-	-	-	-	-	1 860	8 259
31.12.2009	19 812	19 812	-	-	-	-	-	2 074	8 368
Schleswig-Holstein									
31.03.1950	280	80	200	22	-	-	-	-	110
31.03.1955	299	78	221	387	-	-	-	-	132
31.03.1956	298	81	217	446	-	-	-	-	132
31.03.1957	314	99	215	461	-	-	-	-	139
31.03.1958	269	118	151	488	-	-	-	-	119
31.03.1959	292	144	149	541	-	-	-	-	128
31.12.1960	344	199	145	593	-	-	-	299	149
31.12.1961	311	169	142	609	-	-	-	312	134
31.12.1962	292	152	140	621	-	-	-	215	125
31.12.1963	296	157	138	633	-	-	-	225	125
31.12.1964	333	197	136	631	-	-	32	304	139

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1965	425	289	135	632	-	-	22	382	175
31.12.1966	504	371	133	626	-	-	16	433	205
31.12.1967	608	477	131	615	-	-	-	372	244
31.12.1968	722	593	129	614	-	-	-	318	287
31.12.1969	765	640	126	603	-	-	-	313	301
31.12.1970	864	742	122	595	-	-	-	361	336
31.12.1971	984	865	120	579	-	-	81	448	389
31.12.1972	1 252	1 135	117	565	-	-	-	463	490
31.12.1973	1 404	1 289	115	561	-	-	-	472	546
31.12.1974	1 635	1 523	112	556	4	-	-	442	633
31.12.1975	2 157	2 047	109	553	4	-	-	479	835
31.12.1976	2 630	2 524	106	550	4	-	-	451	1 018
31.12.1977	2 936	2 833	104	545	4	-	-	466	1 135
31.12.1978	3 304	3 203	101	535	4	-	-	441	1 276
31.12.1979	3 586	3 489	98	529	3	-	37	417	1 383
31.12.1980	4 103	4 009	94	529	3	-	46	425	1 575
31.12.1981	4 652	4 561	91	533	3	-	120	470	1 778
31.12.1982	5 309	5 222	87	534	3	-	46	453	2 027
31.12.1983	5 910	5 826	84	511	3	-	29	461	2 258
31.12.1984	6 494	6 414	80	543	3	-	48	473	2 483
31.12.1985	6 932	6 855	77	554	3	-	-	479	2 652
31.12.1986	7 377	7 304	73	568	1	-	-	571	2 823
31.12.1987	8 132	8 063	69	583	1	-	41	570	3 183
31.12.1988	8 714	8 650	65	592	1	-	5	562	3 405
31.12.1989	9 033	8 973	60	597	1	-	165	513	3 514
31.12.1990	9 707	9 651	56	584	1	-	-	477	3 713
31.12.1991	10 150	10 099	52	582	1	-	-	488	3 853
31.12.1992	10 707	10 660	47	583	1	-	-	371	4 024
31.12.1993	11 624	11 581	42	582	1	-	-	348	4 329
31.12.1994	12 086	12 049	37	576	1	-	-	392	4 478
31.12.1995	12 914	12 914	-	567	-	-	-	348	4 756
31.12.1996	13 568	13 568	-	564	-	-	-	368	4 969
31.12.1997	14 268	14 268	-	554	-	-	85	408	5 189
31.12.1998	14 690	14 690	-	545	-	-	47	416	5 322
31.12.1999	15 041	15 041	-	533	-	-	79	445	5 430
31.12.2000	15 490	15 490	-	511	0	-	-	517	5 570
31.12.2001	16 147	16 147	-	502	0	-	-	904	5 777
31.12.2002	17 231	17 231	-	485	0	-	238	1 310	6 133
31.12.2003	18 585	18 585	-	469	0	-	-	1 332	6 596
31.12.2004	19 594	19 594	-	446	0	-	-	1 198	6 935
31.12.2005	20 918	20 918	-	428	-	-	-	1 339	7 394
31.12.2006	21 765	21 765	-	409	-	-	-	1 283	7 686
31.12.2006 ^{a)}	21 765	21 765	-	409	-	-	-	1 283	7 686
31.12.2007	22 029	22 029	-	392	-	-	-	1 167	7 772
31.12.2008	22 372	22 372	-	380	-	-	-	1 321	7 891
31.12.2009	25 422	25 422	-	365	-	-	173	429	8 983
Thüringen									
31.12.1991	690	690	-	-	-	-	-	-	266
31.12.1992	1 626	1 626	-	-	-	-	-	112	637
31.12.1993	2 991	2 991	-	-	-	-	256	686	1 179
31.12.1994	4 814	4 814	-	-	13	-	225	1 247	1 907
31.12.1995	6 007	6 007	-	-	22	-	89	1 661	2 393
31.12.1996	7 195	7 195	-	-	24	-	351	2 207	2 882
31.12.1997	8 241	8 241	-	-	44	-	502	2 840	3 316
31.12.1998	9 217	9 217	-	-	256	-	195	3 297	3 731
31.12.1999	10 122	10 122	-	-	15	-	269	3 805	4 121
31.12.2000	10 888	10 888	-	-	58	-	182	4 020	4 460
31.12.2001	11 594	11 594	-	-	115	-	414	4 152	4 787
31.12.2002	12 176	12 176	-	-	116	-	890	1 886	5 068
31.12.2003	13 073	13 073	-	-	116	-	830	2 003	5 486
31.12.2004	14 060	14 060	-	-	116	-	894	1 973	5 945
31.12.2005	15 052	15 052	-	-	125	-	696	1 924	6 418
31.12.2006	15 805	15 805	-	-	126	-	200	1 740	6 803
31.12.2006 ^{a)}	15 805	15 805	-	-	126	-	200	1 740	6 803
31.12.2007	15 704	15 704	-	-	452	-	63	2 223	6 826
31.12.2008	15 319	15 319	-	-	417	-	80	1 663	6 724
31.12.2009	15 707	15 707	-	-	117	-	-	1 650	6 959
Berlin									
31.03.1955	481	154	326	447	-	-	-	-	218
31.03.1956	534	207	327	542	-	-	-	-	240
31.03.1957	538	208	330	654	-	-	-	-	242
31.03.1958	561	234	327	513	-	-	-	-	252
31.03.1959	607	284	324	587	-	-	-	-	276
31.12.1960	642	327	314	927	-	-	-	62	292
31.12.1961	665	356	309	1 070	-	-	-	64	304
31.12.1962	650	351	298	1 229	1	-	-	80	298
31.12.1963	513	219	294	1 925	1	-	-	139	236
31.12.1964	565	277	288	2 190	1	-	-	170	258
31.12.1965	627	349	279	2 438	1	-	29	206	285
31.12.1966	687	416	270	2 575	1	-	41	244	314
31.12.1967	832	567	265	2 717	1	-	21	283	383
31.12.1968	1 045	785	260	2 814	2	-	-	377	486
31.12.1969	1 148	895	254	2 865	2	-	36	851	538

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten 1)	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1970	1 216	969	247	2 898	2	-	69	1 138	571
31.12.1971	1 456	1 214	242	2 904	1	-	94	1 479	694
31.12.1972	1 626	1 390	237	2 900	2	-	28	1 925	785
31.12.1973	1 842	1 618	224	2 910	34	-	-	2 255	897
31.12.1974	2 037	1 818	219	2 927	33	36	41	2 701	1 003
31.12.1975	2 401	2 186	215	2 904	34	38	58	3 199	1 198
31.12.1976	2 747	2 538	209	2 930	32	11	71	3 720	1 397
31.12.1977	2 977	2 773	203	2 940	36	11	15	3 605	1 536
31.12.1978	3 118	2 919	198	2 859	35	12	-	3 674	1 626
31.12.1979	3 146	2 953	193	2 882	31	13	-	3 792	1 652
31.12.1980	3 392	3 205	187	2 902	28	13	65	3 804	1 786
31.12.1981	3 670	3 489	181	2 934	25	-	81	3 920	1 941
31.12.1982	4 011	3 836	175	2 940	21	-	-	4 242	2 135
31.12.1983	4 221	4 053	168	2 962	17	-	-	4 443	2 269
31.12.1984	4 379	4 217	162	2 989	16	-	-	4 988	2 365
31.12.1985	4 585	4 430	155	3 013	15	-	-	5 343	2 475
31.12.1986	4 601	4 453	148	3 028	15	-	-	5 621	2 462
31.12.1987	4 827	4 686	141	3 018	10	-	45	5 834	2 394
31.12.1988	5 164	5 030	133	2 995	9	-	137	5 995	2 524
31.12.1989	5 650	5 525	126	2 961	39	-	62	6 159	2 706
31.12.1990	6 425	6 307	118	2 872	38	-	-	6 197	2 993
31.12.1991	8 095	7 986	110	2 720	38	-	-	6 040	2 355
31.12.1992	10 514	10 413	101	2 555	37	-	-	6 185	3 044
31.12.1993	13 649	13 556	93	2 404	35	-	-	6 144	3 932
31.12.1994	16 193	16 109	84	2 262	82	-	-	11 660	4 656
31.12.1995	21 547	21 547	-	2 153	180	-	168	9 117	6 209
31.12.1996	24 895	24 895	-	2 017	169	-	2 247	9 466	7 180
31.12.1997	27 120	27 120	-	1 880	159	-	2 344	10 911	7 869
31.12.1998	29 421	29 421	-	1 791	947	-	2 026	11 497	8 610
31.12.1999	31 506	31 506	-	1 725	993	-	1 581	10 562	9 286
31.12.2000	33 453	33 453	-	1 483	915	-	2 252	10 208	9 888
31.12.2001	38 350	38 350	-	1 428	912	-	2 604	9 746	11 332
31.12.2002	44 647	44 647	-	1 369	842	-	1 489	30 931	13 172
31.12.2003	48 727	48 727	-	1 312	787	-	1 710	29 801	14 368
31.12.2004	53 876	53 876	-	1 252	621	-	189	29 842	15 907
31.12.2005	57 380	57 380	-	1 200	497	-	-	29 030	16 919
31.12.2006	58 995	58 995	-	1 148	402	-	-	28 429	17 354
31.12.2006 a)	58 995	58 995	-	1 148	402	-	-	28 429	17 354
31.12.2007	56 645	56 645	-	1 100	331	1 933	507	27 763	16 634
31.12.2008	55 961	55 961	-	1 042	292	2 072	2	27 098	16 340
31.12.2009	58 821	58 821	-	1 002	248	719	2	26 988	17 140
Bremen									
31.03.1950	129	19	109	1	-	-	-	-	233
31.03.1955	199	85	115	44	-	-	-	-	320
31.03.1956	220	103	117	55	-	-	-	-	341
31.03.1957	267	155	113	63	-	-	-	-	403
31.03.1958	251	175	75	71	-	-	-	-	370
31.03.1959	246	172	74	79	-	-	-	-	357
31.12.1960	219	148	71	99	-	-	-	550	312
31.12.1961	203	134	69	102	-	-	3	586	285
31.12.1962	194	127	68	111	-	-	-	619	271
31.12.1963	197	130	67	115	-	-	-	659	274
31.12.1964	218	152	66	119	-	-	7	723	299
31.12.1965	262	197	65	122	-	-	5	758	355
31.12.1966	305	241	64	123	-	-	2	786	409
31.12.1967	359	297	62	120	-	-	5	805	479
31.12.1968	405	344	61	122	-	-	1	830	538
31.12.1969	411	352	59	119	-	-	-	852	544
31.12.1970	431	374	58	119	-	-	4	892	570
31.12.1971	518	462	56	122	-	-	-	943	703
31.12.1972	660	606	54	123	-	-	3	962	896
31.12.1973	710	657	53	125	-	-	2	886	970
31.12.1974	947	896	52	131	-	3	4	988	1 304
31.12.1975	1 294	1 244	50	140	1	-	6	1 045	1 795
31.12.1976	1 652	1 603	49	152	1	-	5	875	2 316
31.12.1977	1 946	1 899	47	144	1	-	15	1 033	2 754
31.12.1978	2 245	2 199	46	142	1	-	27	1 039	3 203
31.12.1979	2 595	2 551	44	142	1	-	39	1 046	3 725
31.12.1980	3 015	2 973	42	139	1	-	89	1 124	4 341
31.12.1981	3 440	3 400	40	154	1	-	185	1 105	4 972
31.12.1982	3 866	3 828	39	155	1	-	183	1 107	5 611
31.12.1983	4 284	4 247	37	165	-	-	257	1 132	6 278
31.12.1984	4 710	4 675	35	189	-	-	361	1 189	7 013
31.12.1985	5 175	5 142	33	201	-	-	122	1 275	7 800
31.12.1986	5 656	5 625	31	206	-	-	63	1 323	8 602
31.12.1987	6 125	6 096	29	166	-	-	16	1 495	9 278
31.12.1988	6 482	6 455	27	223	-	-	47	1 516	9 815
31.12.1989	6 850	6 825	25	172	-	-	55	1 537	10 298
31.12.1990	7 370	7 347	22	173	-	-	-	1 613	10 857
31.12.1991	7 821	7 800	20	173	-	-	-	1 592	11 449
31.12.1992	8 412	8 394	18	175	-	-	-	1 558	12 291
31.12.1993	8 793	8 778	15	180	-	-	-	1 423	12 849
31.12.1994	8 649	8 636	13	177	-	-	131	1 557	12 679
31.12.1995	8 620	8 620	-	177	-	-	-	1 809	12 679
31.12.1996	8 519	8 519	-	172	-	-	70	2 349	12 551
31.12.1997	8 666	8 666	-	171	-	-	-	2 034	12 817

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1998	8 494	8 494	-	163	-	-	-	2 043	12 664
31.12.1999	8 062	8 062	-	157	-	207	-	2 450	12 103
31.12.2000	8 522	8 522	-	153	-	152	-	2 452	12 881
31.12.2001	8 894	8 894	-	152	-	147	-	1 772	13 465
31.12.2002	9 584	9 584	-	149	-	134	-	1 790	14 505
31.12.2003	10 606	10 606	-	146	-	112	-	1 920	16 003
31.12.2004	11 270	11 270	-	144	-	89	104	1 989	17 013
31.12.2005	12 303	12 303	-	141	-	67	160	1 906	18 564
31.12.2006	13 384	13 384	-	136	-	46	109	1 939	20 149
31.12.2006 ⁴⁾	13 384	13 384	-	136	-	46	109	1 939	20 149
31.12.2007	14 305	14 305	-	133	-	13	210	1 783	21 577
31.12.2008	15 277	15 277	-	126	-	-	-	1 658	23 085
31.12.2009	16 011	16 011	-	121	-	-	71	1 820	24 256
Hamburg									
31.03.1950	513	76	437	1	-	-	-	-	324
31.03.1955	637	120	517	162	1	-	-	-	368
31.03.1956	663	124	539	168	1	-	-	-	377
31.03.1957	682	148	533	216	2	-	-	-	382
31.03.1958	634	210	425	255	2	-	-	-	351
31.03.1959	671	246	425	275	2	-	-	-	369
31.12.1960	640	224	416	302	3	-	-	520	350
31.12.1961	666	257	409	358	4	-	-	564	361
31.12.1962	673	270	403	376	5	-	-	629	365
31.12.1963	709	310	399	390	6	-	-	644	383
31.12.1964	810	421	389	391	8	-	1	631	437
31.12.1965	950	569	382	390	8	-	-	664	563
31.12.1966	1 078	705	373	388	9	-	-	667	582
31.12.1967	1 225	862	363	360	9	-	-	720	666
31.12.1968	1 309	957	352	361	11	-	-	768	717
31.12.1969	1 252	916	336	357	12	-	-	870	689
31.12.1970	1 421	1 095	325	356	12	-	-	985	784
31.12.1971	1 712	1 394	318	351	12	-	61	1 129	957
31.12.1972	2 029	1 717	311	352	12	-	-	1 232	1 144
31.12.1973	2 253	1 950	303	364	13	-	-	1 374	1 282
31.12.1974	2 697	2 401	296	366	13	-	-	1 448	1 548
31.12.1975	3 489	3 200	289	367	13	-	-	1 135	2 022
31.12.1976	3 883	3 602	281	378	13	-	-	1 297	2 274
31.12.1977	3 878	3 605	273	380	14	-	-	1 343	2 297
31.12.1978	3 950	3 686	264	382	14	-	-	1 300	2 362
31.12.1979	4 174	3 919	255	380	19	-	-	1 299	2 517
31.12.1980	4 298	4 052	246	378	19	-	-	-	2 607
31.12.1981	4 598	4 361	237	383	19	-	-	1 209	2 803
31.12.1982	5 246	5 019	227	388	21	120	347	1 384	3 218
31.12.1983	5 955	5 738	217	395	24	95	352	1 443	3 681
31.12.1984	7 033	6 826	207	419	24	13	-	1 498	4 395
31.12.1985	7 323	7 127	196	447	24	-	-	1 622	4 617
31.12.1986	7 747	7 563	184	473	22	188	-	1 679	4 916
31.12.1987	8 223	8 050	173	512	21	215	148	1 687	5 167
31.12.1988	8 823	8 662	161	515	21	112	-	1 673	5 531
31.12.1989	8 949	8 801	149	528	12	152	-	1 617	5 570
31.12.1990	9 271	9 136	136	520	-	75	-	1 617	5 653
31.12.1991	9 824	9 701	123	508	9	805	-	1 495	5 916
31.12.1992	10 418	10 309	109	495	17	1 121	189	1 442	6 219
31.12.1993	11 776	11 681	95	482	77	748	131	514	6 920
31.12.1994	12 858	12 777	81	471	93	542	323	1 495	7 547
31.12.1995	13 356	13 356	-	456	14	179	357	2 329	7 825
31.12.1996	14 314	14 314	-	429	13	251	806	2 827	8 378
31.12.1997	14 629	14 629	-	409	13	315	666	4 088	8 571
31.12.1998	14 929	14 929	-	391	9	318	892	4 923	8 778
31.12.1999	15 666	15 666	-	377	9	469	803	5 510	9 206
31.12.2000	16 626	16 626	-	363	9	667	583	5 319	9 732
31.12.2001	17 624	17 624	-	354	8	676	1 222	5 651	10 251
31.12.2002	18 183	18 183	-	339	4	379	998	6 358	10 535
31.12.2003	19 355	19 355	-	327	4	938	1 790	7 770	11 176
31.12.2004	20 359	20 359	-	311	3	293	1 434	9 031	11 721
31.12.2005	21 162	21 162	-	303	3	181	115	10 604	12 173
31.12.2006	21 604	21 604	-	287	3	647	58	10 858	12 367
31.12.2006 ⁴⁾	21 604	21 604	-	287	3	647	58	10 858	12 367
31.12.2007	21 619	21 619	-	270	3	-	33	10 002	12 282
31.12.2008	21 618	21 618	-	258	2	753	33	8 957	12 223
31.12.2009	23 879	23 879	-	240	2	-	187	16 143	13 429
Insgesamt									
31.03.1950	6 040	493	5 548	49	-	-	-	-	120
31.03.1955 ²⁾	7 799	1 413	6 387	3 732	1	-	-	-	148
31.03.1956	8 090	1 677	6 412	4 300	1	-	-	-	152
31.03.1957	8 358	1 993	6 365	5 047	7	-	-	-	155
31.03.1958	7 517	2 534	4 982	5 543	7	-	-	-	138
31.03.1959	7 786	2 892	4 895	6 311	7	-	-	-	141
31.12.1960 ³⁾	7 783	2 963	4 819	8 125	8	-	-	3 613	140
31.12.1961	7 473	2 745	4 729	8 480	9	-	3	4 046	132
31.12.1962	7 253	2 596	4 657	8 937	11	-	-	4 381	127
31.12.1963	7 037	2 436	4 602	9 853	12	-	-	4 830	122
31.12.1964	7 609	3 098	4 510	10 269	13	-	70	5 433	130

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes *)

1.4 Schuldenstand der Länder nach Arten

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1965	8 687	4 245	4 442	10 855	14	-	290	6 272	147
31.12.1966	9 943	5 583	4 360	10 864	15	-	488	6 992	167
31.12.1967	12 264	7 977	4 287	10 706	15	-	183	7 501	205
31.12.1968	13 447	9 255	4 192	10 876	24	-	19	8 135	223
31.12.1969	13 187	9 132	4 056	10 850	24	-	39	9 395	217
31.12.1970	14 015	10 065	3 950	10 745	24	-	163	10 456	228
31.12.1971	16 389	12 524	3 865	10 685	22	-	472	12 218	267
31.12.1972	18 838	15 054	3 783	10 677	22	-	39	11 570	305
31.12.1973	20 117	16 425	3 692	10 811	55	-	2	12 785	325
31.12.1974	24 051	20 439	3 611	10 971	58	328	75	14 903	388
31.12.1975	33 856	30 332	3 524	11 142	59	82	191	16 059	548
31.12.1976	41 743	38 314	3 430	11 396	59	11	221	16 552	678
31.12.1977	45 822	42 490	3 333	11 537	63	12	30	16 877	746
31.12.1978	52 071	48 838	3 233	11 550	60	320	27	16 683	849
31.12.1979	59 190	56 060	3 131	11 761	58	324	172	15 715	965
31.12.1980	69 501	66 476	3 024	12 030	51	289	914	15 238	1 129
31.12.1981	83 025	80 108	2 917	12 497	48	240	1 272	16 359	1 346
31.12.1982	95 660	92 855	2 805	12 881	47	322	1 657	16 642	1 552
31.12.1983	107 321	104 631	2 690	13 186	46	291	967	16 593	1 747
31.12.1984	117 156	114 585	2 571	13 698	44	372	675	17 443	1 915
31.12.1985	125 872	123 423	2 449	14 250	43	440	522	17 922	2 063
31.12.1986	133 887	131 565	2 322	14 754	42	766	1 187	17 805	2 193
31.12.1987	144 319	142 127	2 191	15 115	36	471	1 163	17 921	2 362
31.12.1988	153 574	151 518	2 056	15 545	35	373	1 092	17 936	2 500
31.12.1989	157 263	155 346	1 916	15 687	53	715	1 112	17 693	2 537
31.12.1990	166 906	165 133	1 772	15 751	40	1 007	1 096	17 400	2 640
31.12.1991	178 059	176 436	1 623	15 731	48	1 493	2 000	17 603	2 227
31.12.1992	196 342	194 873	1 469	15 658	55	2 267	2 822	18 239	2 437
31.12.1993	219 135	217 825	1 310	15 538	112	1 591	2 657	20 550	2 699
31.12.1994	235 542	234 387	1 155	15 354	205	777	5 190	30 276	2 893
31.12.1995	257 336	257 336	-	14 849	257	367	4 386	31 180	3 152
31.12.1996	279 864	279 864	-	14 599	259	537	6 145	39 582	3 418
31.12.1997	299 744	299 744	-	14 298	274	1 119	4 610	47 504	3 653
31.12.1998	314 765	314 765	-	13 983	1 229	757	4 008	52 148	3 837
31.12.1999	322 672	322 672	-	13 902	1 062	1 344	4 657	58 348	3 931
31.12.2000	333 187	333 187	-	13 158	1 021	1 617	4 886	60 117	4 054
31.12.2001	357 684	357 684	-	12 970	1 069	2 236	6 813	60 553	4 344
31.12.2002	384 773	384 773	-	12 513	995	1 509	7 350	82 069	4 665
31.12.2003	414 952	414 952	-	12 060	978	1 484	8 714	84 107	5 029
31.12.2004	442 922	442 922	-	11 469	794	720	5 700	83 971	5 369
31.12.2005	468 214	468 214	-	11 039	665	731	3 125	86 636	5 678
31.12.2006	479 454	479 454	-	10 479	562	1 299	2 333	84 367	5 821
31.12.2006 ⁴⁾	480 440	480 440	-	12 563	562	1 299	2 343	84 367	5 833
31.12.2007	482 065	482 065	-	12 545	799	2 728	2 410	83 283	5 860
31.12.2008	480 063	480 063	-	12 993	723	3 594	3 205	89 979	5 845
31.12.2009	523 837	523 837	-	17 893	378	1 870	2 908	112 106	6 399

*) Einschl. Extrahaushalte; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse;
zur eingeschränkten Vergleichbarkeit siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 6.

¹⁾ Siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 8.

²⁾ Ab 1955 einschl. Berlin (West).

³⁾ Ab 1960 einschl. Saarland.

⁴⁾ Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG zum Sektor Staat zählen.

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
Baden-Württemberg									
31.03.1950	34	34	-	12	1	-	-	-	5
31.03.1955	372	372	-	86	6	-	-	-	53
31.03.1956	507	507	-	98	7	-	-	-	71
31.03.1957	609	609	-	115	7	-	-	-	84
31.03.1958	765	765	-	123	8	-	-	-	103
31.03.1959	838	838	-	128	7	-	-	-	112
31.12.1960	932	932	-	145	7	169	-	575	122
31.12.1961	1 031	1 031	-	150	9	209	6	639	132
31.12.1962	1 209	1 209	-	160	10	184	7	757	152
31.12.1963	1 337	1 337	-	216	11	185	7	946	165
31.12.1964	1 625	1 625	-	236	12	180	11	1 027	198
31.12.1965	2 012	2 012	-	248	15	177	24	1 102	240
31.12.1966	2 275	2 275	-	243	15	173	31	1 398	267
31.12.1967	2 384	2 384	-	241	13	169	28	1 488	279
31.12.1968	2 429	2 429	-	232	13	199	21	1 527	281
31.12.1969	2 567	2 567	-	228	13	213	11	1 573	291
31.12.1970	2 803	2 803	-	220	12	229	25	1 638	311
31.12.1971	3 322	3 322	-	216	15	245	35	1 738	368
31.12.1972	3 817	3 817	-	221	18	253	28	1 857	419
31.12.1973	4 421	4 421	-	225	15	229	38	2 140	480
31.12.1974	4 658	4 658	-	283	15	24	92	2 077	504
31.12.1975	5 267	5 267	-	285	14	15	153	2 095	573
31.12.1976	5 410	5 410	-	327	14	14	113	2 191	592
31.12.1977	5 428	5 428	-	331	12	15	65	2 126	595
31.12.1978	5 594	5 594	-	329	11	18	74	2 160	613
31.12.1979	5 885	5 885	-	358	11	18	57	2 167	643
31.12.1980	6 219	6 219	-	405	12	17	76	2 149	673
31.12.1981	6 801	6 801	-	425	13	19	137	2 147	733
31.12.1982	7 388	7 388	-	446	14	18	174	2 225	796
31.12.1983	7 628	7 628	-	442	14	18	122	2 209	824
31.12.1984	7 668	7 668	-	456	16	20	102	2 188	830
31.12.1985	7 690	7 690	-	481	17	20	85	2 168	831
31.12.1986	7 301	7 301	-	491	18	19	56	2 181	785
31.12.1987	7 225	7 225	-	480	19	18	57	2 302	778
31.12.1988	7 292	7 292	-	560	18	19	51	2 330	778
31.12.1989	7 310	7 310	-	705	19	21	63	2 640	770
31.12.1990	7 380	7 380	-	835	32	26	120	2 551	759
31.12.1991	7 593	7 593	-	793	41	38	173	3 079	768
31.12.1992 ³⁾	8 045	8 045	-	713	46	50	262	2 852	798
31.12.1992 ⁴⁾	7 824	7 824	-	697	45	50	192	2 852	777
31.12.1993	8 418	8 418	-	607	61	97	241	3 224	825
31.12.1994	9 279	9 279	-	545	114	122	209	2 907	905
31.12.1995	8 674	8 674	-	462	93	126	216	3 529	843
31.12.1996	8 549	8 549	-	553	117	99	341	3 191	826
31.12.1997	8 224	8 224	-	603	145	135	288	3 291	791
31.12.1998	7 843	7 843	-	632	159	133	305	3 339	754
31.12.1999	7 711	7 711	-	608	123	149	193	3 853	738
31.12.2000	7 392	7 392	-	620	136	155	200	3 778	704
31.12.2001	7 607	7 607	-	634	154	257	333	3 814	720
31.12.2002	6 981	6 981	-	692	160	173	366	3 865	657
31.12.2003	7 072	7 072	-	802	168	354	367	17 133	662
31.12.2004	6 961	6 961	-	886	331	447	262	4 195	650
31.12.2005	6 977	6 977	-	886	239	442	265	5 607	650
31.12.2006	7 037	7 037	-	713	121	419	213	7 269	655
31.12.2007	6 560	6 560	-	673	154	423	101	10 219	610
31.12.2008	6 032	6 032	-	593	274	266	97	5 492	561
31.12.2009	6 144	6 144	-	500	312	202	155	4 506	572
Bayern									
31.03.1950	24	24	-	8	2	-	-	-	3
31.03.1955	359	359	-	73	5	-	-	-	40
31.03.1956	438	438	-	108	4	-	-	-	48
31.03.1957	516	516	-	155	4	-	-	-	56
31.03.1958	619	619	-	189	5	-	-	-	67
31.03.1959	730	730	-	214	7	-	-	-	78
31.12.1960	1 013	1 013	-	194	7	88	-	32	107
31.12.1961	1 169	1 169	-	214	17	102	3	43	122
31.12.1962	1 395	1 395	-	232	15	125	4	46	144
31.12.1963	1 603	1 603	-	301	14	123	4	54	164
31.12.1964	1 974	1 974	-	333	13	85	8	54	199
31.12.1965	2 376	2 376	-	366	14	95	8	60	236
31.12.1966	2 714	2 714	-	390	14	108	10	61	266
31.12.1967	2 992	2 992	-	415	17	114	10	59	291
31.12.1968	3 305	3 305	-	463	16	126	6	71	320
31.12.1969	3 571	3 571	-	487	18	148	8	73	341
31.12.1970	3 899	3 899	-	515	19	164	14	79	366
31.12.1971	4 576	4 576	-	539	19	193	20	86	430
31.12.1972	5 197	5 197	-	565	21	205	26	140	484
31.12.1973	5 895	5 895	-	592	18	146	22	199	545
31.12.1974	6 311	6 311	-	624	21	153	57	199	582

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1975	6 915	6 915	-	639	24	147	73	213	639
31.12.1976	7 266	7 266	-	750	25	127	67	239	673
31.12.1977	7 428	7 428	-	758	20	117	56	254	687
31.12.1978	7 351	7 351	-	735	16	97	46	232	680
31.12.1979	7 320	7 320	-	757	15	72	43	295	675
31.12.1980	7 332	7 332	-	780	16	51	48	244	673
31.12.1981	7 521	7 521	-	783	19	47	68	275	687
31.12.1982	7 845	7 845	-	784	19	72	104	291	716
31.12.1983	8 151	8 151	-	755	16	158	128	335	743
31.12.1984	8 130	8 130	-	781	17	85	40	348	741
31.12.1985	7 885	7 885	-	817	16	78	74	366	719
31.12.1986	7 914	7 914	-	907	22	74	70	403	720
31.12.1987	8 226	8 226	-	959	27	73	41	798	754
31.12.1988	8 477	8 477	-	991	21	65	42	463	771
31.12.1989	8 584	8 584	-	1 305	30	65	38	537	773
31.12.1990	8 857	8 857	-	1 420	38	80	123	499	781
31.12.1991	9 542	9 542	-	1 357	35	80	188	526	828
31.12.1992 ³⁾	10 480	10 480	-	1 403	34	84	222	682	898
31.12.1992 ⁴⁾	10 225	10 225	-	1 378	33	61	73	682	876
31.12.1993	10 723	10 723	-	1 005	43	71	144	919	907
31.12.1994	11 482	11 482	-	894	89	73	177	701	966
31.12.1995	12 408	12 408	-	819	109	81	206	1 148	1 038
31.12.1996	13 218	13 218	-	822	112	70	319	1 561	1 100
31.12.1997	13 592	13 592	-	872	107	90	494	1 592	1 127
31.12.1998	13 834	13 834	-	831	99	89	213	1 783	1 146
31.12.1999	13 994	13 994	-	820	85	71	255	1 994	1 155
31.12.2000	13 808	13 808	-	804	242	72	412	2 436	1 133
31.12.2001	13 906	13 906	-	818	293	40	435	2 515	1 133
31.12.2002	14 572	14 572	-	779	264	70	276	3 347	1 179
31.12.2003	15 655	15 655	-	851	295	80	373	2 979	1 263
31.12.2004	16 187	16 187	-	799	135	89	334	3 158	1 303
31.12.2005	15 946	15 946	-	957	180	85	262	3 561	1 280
31.12.2006	15 239	15 239	-	952	191	94	242	3 270	1 221
31.12.2007	14 652	14 652	-	916	182	99	235	3 818	1 172
31.12.2008	13 704	13 704	-	867	168	101	242	2 948	1 095
31.12.2009	13 759	13 759	-	786	123	113	232	2 825	1 101
Brandenburg									
31.12.1991	720	720	-	65	6	1	30	1 961	281
31.12.1992 ³⁾	1 091	1 091	-	69	7	-	41	1 121	432
31.12.1992 ⁴⁾	1 091	1 091	-	62	7	-	24	1 119	432
31.12.1993	1 955	1 955	-	15	-	-	31	643	768
31.12.1994	2 550	2 550	-	8	22	-	35	774	1 007
31.12.1995	3 039	3 039	-	20	29	2	44	715	1 198
31.12.1996	3 203	3 203	-	33	22	2	75	760	1 258
31.12.1997	3 286	3 286	-	47	15	2	104	684	1 283
31.12.1998	3 322	3 322	-	44	31	3	129	686	1 287
31.12.1999	3 366	3 366	-	40	37	-	147	754	1 298
31.12.2000	1 820	1 820	-	29	193	1	187	754	700
31.12.2001	1 803	1 803	-	43	106	1	282	743	694
31.12.2002	1 797	1 797	-	40	125	1	230	708	695
31.12.2003	1 790	1 790	-	36	172	0	341	712	695
31.12.2004	1 817	1 817	-	27	183	4	565	700	707
31.12.2005	1 679	1 679	-	24	170	1	661	695	655
31.12.2006	1 647	1 647	-	24	165	1	748	671	645
31.12.2007	1 639	1 639	-	27	107	1	766	627	645
31.12.2008	1 606	1 606	-	30	83	1	609	545	635
31.12.2009	1 519	1 519	-	41	70	-	618	524	604
Hessen									
31.03.1950	4	4	-	3	1	-	-	-	1
31.03.1955	261	261	-	22	6	-	-	-	58
31.03.1956	357	357	-	27	5	-	-	-	79
31.03.1957	397	397	-	32	4	-	-	-	86
31.03.1958	539	539	-	39	4	-	-	-	116
31.03.1959	638	638	-	44	3	-	-	-	136
31.12.1960	798	798	-	57	2	22	-	166	167
31.12.1961	927	927	-	60	2	30	2	182	191
31.12.1962	1 104	1 104	-	64	2	46	2	197	225
31.12.1963	1 316	1 316	-	92	3	46	2	190	264
31.12.1964	1 561	1 561	-	104	3	45	6	223	309
31.12.1965	1 932	1 932	-	109	4	50	6	269	376
31.12.1966	2 138	2 138	-	118	6	51	8	227	410
31.12.1967	2 285	2 285	-	122	7	48	3	216	435
31.12.1968	2 379	2 379	-	131	7	54	3	208	449
31.12.1969	2 453	2 453	-	137	8	58	6	215	456
31.12.1970	2 615	2 615	-	161	7	67	17	222	479
31.12.1971	3 232	3 232	-	145	8	78	21	334	592
31.12.1972	3 808	3 808	-	147	8	86	25	341	691
31.12.1973	4 337	4 337	-	156	7	101	21	388	780
31.12.1974	4 185	4 185	-	610	7	15	47	473	750
31.12.1975	4 630	4 630	-	693	6	11	80	356	832

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1976	4 986	4 986	-	834	5	44	151	363	900
31.12.1977	5 202	5 202	-	911	9	17	185	366	939
31.12.1978	5 460	5 460	-	940	8	7	142	367	985
31.12.1979	5 627	5 627	-	973	10	6	139	346	1 012
31.12.1980	5 893	5 893	-	1 040	10	67	157	350	1 055
31.12.1981	6 362	6 362	-	1 088	9	93	411	438	1 135
31.12.1982	7 067	7 067	-	1 120	9	81	344	464	1 261
31.12.1983	7 276	7 276	-	1 139	9	89	283	469	1 303
31.12.1984	7 441	7 441	-	1 151	8	13	223	449	1 341
31.12.1985	7 513	7 513	-	1 240	10	12	153	473	1 359
31.12.1986	7 645	7 645	-	1 303	10	13	99	859	1 382
31.12.1987	7 910	7 910	-	1 327	11	13	76	902	1 436
31.12.1988	8 071	8 071	-	1 429	11	16	100	918	1 457
31.12.1989	8 523	8 523	-	1 220	10	14	91	934	1 524
31.12.1990	8 833	8 833	-	1 211	3	15	199	804	1 546
31.12.1991	9 286	9 286	-	1 196	4	14	378	833	1 603
31.12.1992 ³⁾	9 889	9 889	-	1 189	3	17	303	1 241	1 683
31.12.1992 ⁴⁾	9 757	9 757	-	1 183	3	17	264	1 241	1 660
31.12.1993	10 338	10 338	-	1 181	1	11	280	839	1 737
31.12.1994	10 389	10 389	-	1 164	3	9	343	897	1 740
31.12.1995	10 433	10 433	-	1 143	2	18	649	1 047	1 741
31.12.1996	9 837	9 837	-	1 147	52	20	533	1 187	1 635
31.12.1997	9 427	9 427	-	1 151	104	22	672	2 041	1 563
31.12.1998	9 289	9 289	-	1 197	102	26	815	2 061	1 540
31.12.1999	8 607	8 607	-	1 215	104	15	828	2 082	1 424
31.12.2000	8 375	8 375	-	1 236	103	16	877	2 099	1 383
31.12.2001	8 269	8 269	-	1 208	95	17	876	2 043	1 362
31.12.2002	8 312	8 312	-	1 247	174	10	1 045	2 411	1 366
31.12.2003	8 352	8 352	-	1 299	210	9	1 507	2 423	1 372
31.12.2004	8 476	8 476	-	1 329	211	8	2 139	2 424	1 392
31.12.2005	8 549	8 549	-	1 354	206	19	2 668	2 617	1 403
31.12.2006	8 460	8 460	-	1 365	199	29	3 212	2 773	1 392
31.12.2007	8 278	8 278	-	1 378	184	49	3 132	3 098	1 364
31.12.2008	7 951	7 951	-	1 414	184	47	3 206	3 079	1 310
31.12.2009	8 503	8 503	-	1 302	432	27	3 748	3 254	1 403
Mecklenburg-Vorpommern									
31.12.1991	439	439	-	3	-	2	25	179	230
31.12.1992 ³⁾	774	774	-	7	-	3	109	289	411
31.12.1992 ⁴⁾	773	773	-	7	-	1	99	289	410
31.12.1993	1 180	1 180	-	7	-	-	71	634	637
31.12.1994	1 612	1 612	-	22	3	1	76	1 096	878
31.12.1995	2 139	2 139	-	55	2	1	56	1 246	1 170
31.12.1996	2 326	2 326	-	80	1	-	67	1 282	1 278
31.12.1997	2 472	2 472	-	108	34	1	34	1 169	1 361
31.12.1998	2 555	2 555	-	149	48	7	33	1 145	1 417
31.12.1999	2 654	2 654	-	178	47	4	31	1 120	1 479
31.12.2000	2 092	2 092	-	208	39	0	56	975	1 173
31.12.2001	2 092	2 092	-	256	45	0	151	887	1 183
31.12.2002	2 129	2 129	-	285	89	0	62	840	1 215
31.12.2003	2 104	2 104	-	329	73	0	143	826	1 211
31.12.2004	2 056	2 056	-	353	59	0	224	2 020	1 191
31.12.2005	1 998	1 998	-	352	46	0	197	628	1 167
31.12.2006	1 822	1 822	-	440	43	0	477	638	1 071
31.12.2007	1 755	1 755	-	495	40	0	547	517	1 040
31.12.2008	1 616	1 616	-	539	37	0	497	493	966
31.12.2009	1 525	1 525	-	541	38	0	485	458	920
Niedersachsen									
31.03.1950	18	18	-	6	1	-	-	-	3
31.03.1955	218	218	-	38	5	-	-	-	34
31.03.1956	311	311	-	48	3	-	-	-	48
31.03.1957	384	384	-	60	3	-	-	-	59
31.03.1958	488	488	-	73	3	-	-	-	75
31.03.1959	569	569	-	86	3	-	-	-	87
31.12.1960	760	760	-	112	3	29	-	43	115
31.12.1961	871	871	-	124	3	26	2	46	130
31.12.1962	1 030	1 030	-	142	3	47	1	50	153
31.12.1963	1 153	1 153	-	215	4	52	2	68	171
31.12.1964	1 378	1 378	-	253	6	45	2	68	202
31.12.1965	1 644	1 644	-	279	7	57	4	90	239
31.12.1966	1 875	1 875	-	300	9	64	3	108	269
31.12.1967	2 024	2 024	-	325	10	60	12	141	290
31.12.1968	2 179	2 179	-	364	10	52	4	148	311
31.12.1969	2 362	2 362	-	396	10	51	4	165	334
31.12.1970	2 574	2 574	-	428	11	64	8	177	361
31.12.1971	2 977	2 977	-	460	10	72	12	200	416
31.12.1972	3 537	3 537	-	496	12	66	6	238	491
31.12.1973	4 013	4 013	-	552	9	62	7	256	554
31.12.1974	4 485	4 485	-	677	10	36	27	284	618
31.12.1975	5 036	5 036	-	751	11	31	43	258	694
31.12.1976	5 533	5 533	-	813	9	25	24	391	765

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Müll. EUR									
31.12.1977	5 769	5 769	-	804	13	22	14	402	798
31.12.1978	5 947	5 947	-	819	12	27	22	319	823
31.12.1979	6 204	6 204	-	808	10	24	27	354	859
31.12.1980	6 522	6 522	-	855	10	7	32	356	900
31.12.1981	7 075	7 075	-	870	10	6	75	343	974
31.12.1982	7 597	7 597	-	879	10	9	105	365	1 046
31.12.1983	7 730	7 730	-	897	9	9	86	394	1 066
31.12.1984	7 653	7 653	-	891	9	7	83	421	1 058
31.12.1985	7 676	7 676	-	855	9	5	54	435	1 066
31.12.1986	7 837	7 837	-	840	9	5	69	510	1 089
31.12.1987	7 959	7 959	-	808	10	3	56	440	1 111
31.12.1988	8 008	8 008	-	823	9	5	45	525	1 117
31.12.1989	8 018	8 018	-	844	5	5	25	476	1 111
31.12.1990	8 339	8 339	-	683	5	5	72	487	1 136
31.12.1991	8 719	8 719	-	649	6	14	64	457	1 174
31.12.1992 ³⁾	9 114	9 114	-	614	6	15	115	546	1 212
31.12.1992 ⁴⁾	9 016	9 016	-	605	5	15	79	546	1 199
31.12.1993	9 249	9 249	-	573	7	12	89	660	1 215
31.12.1994	9 379	9 379	-	547	11	12	108	623	1 221
31.12.1995	9 397	9 397	-	511	28	10	269	598	1 213
31.12.1996	9 345	9 345	-	483	69	17	551	797	1 199
31.12.1997	9 197	9 197	-	462	84	24	884	983	1 174
31.12.1998	8 887	8 887	-	447	109	21	1 188	1 253	1 132
31.12.1999	8 501	8 501	-	436	91	15	1 355	1 393	1 079
31.12.2000	8 270	8 270	-	433	125	26	1 408	1 550	1 045
31.12.2001	7 890	7 890	-	393	115	29	1 809	1 597	994
31.12.2002	7 949	7 949	-	362	133	34	2 038	1 838	997
31.12.2003	8 008	8 008	-	353	378	35	2 879	1 792	1 002
31.12.2004	7 931	7 931	-	347	97	51	3 537	1 851	991
31.12.2005	7 737	7 737	-	371	107	44	4 032	1 837	966
31.12.2006	7 628	7 628	-	338	112	39	4 496	1 922	954
31.12.2007	7 479	7 479	-	325	131	20	4 165	1 944	936
31.12.2008	7 299	7 299	-	326	138	40	4 093	1 705	916
31.12.2009	7 511	7 511	-	319	238	21	4 538	1 793	945
Nordrhein-Westfalen									
31.03.1950	17	17	-	10	2	-	-	-	1
31.03.1955	624	624	-	187	12	-	-	-	43
31.03.1956	764	764	-	213	6	-	-	-	51
31.03.1957	944	944	-	246	6	-	-	-	62
31.03.1958	1 202	1 202	-	291	7	-	-	-	78
31.03.1959	1 379	1 379	-	343	7	-	-	-	88
31.12.1960	1 734	1 734	-	404	11	205	-	154	110
31.12.1961	1 914	1 914	-	426	12	245	6	173	119
31.12.1962	2 193	2 193	-	450	16	342	5	210	136
31.12.1963	2 479	2 479	-	555	40	371	7	243	152
31.12.1964	2 922	2 922	-	607	44	397	10	275	177
31.12.1965	3 483	3 483	-	658	42	431	14	304	209
31.12.1966	4 021	4 021	-	692	47	456	12	333	239
31.12.1967	4 425	4 425	-	744	54	463	12	381	263
31.12.1968	4 803	4 803	-	803	52	462	12	400	285
31.12.1969	5 166	5 166	-	988	54	486	10	446	303
31.12.1970	5 657	5 657	-	1 087	59	502	13	484	329
31.12.1971	6 849	6 849	-	1 103	65	540	19	555	401
31.12.1972	8 182	8 182	-	1 102	66	556	19	836	477
31.12.1973	8 953	8 953	-	1 051	66	590	34	803	520
31.12.1974	9 515	9 515	-	969	75	65	42	1 027	552
31.12.1975	10 944	10 944	-	995	80	61	138	1 289	637
31.12.1976	12 041	12 041	-	1 063	96	52	162	1 489	705
31.12.1977	13 150	13 150	-	1 081	88	60	153	1 626	771
31.12.1978	14 090	14 090	-	1 107	100	39	182	1 579	828
31.12.1979	15 142	15 142	-	1 109	96	37	93	1 832	891
31.12.1980	16 394	16 394	-	1 054	93	20	129	1 637	962
31.12.1981	17 460	17 460	-	1 027	87	17	271	1 901	1 024
31.12.1982	18 550	18 550	-	1 030	89	17	348	1 881	1 091
31.12.1983	18 942	18 942	-	995	86	26	307	2 447	1 121
31.12.1984	19 318	19 318	-	964	83	32	280	2 034	1 152
31.12.1985	19 653	19 653	-	963	81	48	329	2 113	1 178
31.12.1986	20 111	20 111	-	1 036	80	46	383	2 319	1 207
31.12.1987	20 854	20 854	-	1 055	97	44	366	2 255	1 248
31.12.1988	21 322	21 322	-	1 157	81	48	315	1 903	1 270
31.12.1989	21 876	21 876	-	1 150	77	54	221	2 072	1 292
31.12.1990	22 676	22 676	-	1 107	118	59	237	2 564	1 316
31.12.1991	23 709	23 709	-	1 054	121	55	188	2 808	1 361
31.12.1992 ³⁾	24 962	24 962	-	1 043	129	64	296	2 066	1 419
31.12.1992 ⁴⁾	24 870	24 870	-	999	129	64	234	2 066	1 414
31.12.1993	26 795	26 795	-	911	109	72	488	2 307	1 512
31.12.1994	27 022	27 022	-	907	110	85	991	3 280	1 520
31.12.1995	27 653	27 653	-	891	110	87	1 559	4 554	1 550
31.12.1996	27 882	27 882	-	855	508	137	1 440	5 733	1 557
31.12.1997	27 904	27 904	-	835	501	151	1 786	4 889	1 553
31.12.1998	27 487	27 487	-	868	514	181	1 995	6 559	1 530

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.1999	28 365	28 365	-	856	135	195	1 993	9 391	1 577
31.12.2000	28 337	28 337	-	829	133	177	2 235	7 246	1 575
31.12.2001	28 178	28 178	-	794	734	175	3 102	7 576	1 563
31.12.2002	28 132	28 132	-	788	151	202	4 161	6 702	1 558
31.12.2003	28 594	28 594	-	763	793	425	6 820	8 439	1 582
31.12.2004	28 392	28 392	-	730	987	376	8 468	7 899	1 571
31.12.2005	28 676	28 676	-	677	931	299	10 543	8 400	1 588
31.12.2006	23 891	23 891	-	423	384	149	12 518	8 363	1 324
31.12.2007	23 310	23 310	-	390	275	116	13 744	7 858	1 294
31.12.2008	23 310	23 310	-	358	594	112	14 606	7 529	1 297
31.12.2009	23 052	23 052	-	354	218	4	17 240	7 470	1 288
Rheinland-Pfalz									
31.03.1950	5	5	-	3	-	-	-	-	2
31.03.1955	106	106	-	45	2	-	-	-	33
31.03.1956	156	156	-	52	2	-	-	-	48
31.03.1957	184	184	-	60	1	-	-	-	55
31.03.1958	236	236	-	68	1	-	-	-	71
31.03.1959	281	281	-	74	1	-	-	-	83
31.12.1960	359	359	-	84	3	26	-	61	106
31.12.1961	428	428	-	86	2	29	1	65	124
31.12.1962	495	495	-	94	3	29	1	73	143
31.12.1963	572	572	-	109	3	30	1	76	164
31.12.1964	704	704	-	115	3	25	3	88	199
31.12.1965	932	932	-	121	5	24	1	90	261
31.12.1966	1 119	1 119	-	123	5	22	4	89	310
31.12.1967	1 234	1 234	-	127	6	20	4	101	341
31.12.1968	1 356	1 356	-	136	7	19	6	128	373
31.12.1969	1 515	1 515	-	143	7	19	7	123	414
31.12.1970	1 774	1 774	-	149	8	20	7	104	482
31.12.1971	2 022	2 022	-	151	7	22	28	107	551
31.12.1972	2 337	2 337	-	150	6	21	26	152	634
31.12.1973	2 603	2 603	-	150	6	20	29	359	704
31.12.1974	2 691	2 691	-	177	6	16	67	320	728
31.12.1975	2 815	2 815	-	168	14	15	89	196	766
31.12.1976	2 955	2 955	-	185	11	9	75	201	808
31.12.1977	2 975	2 975	-	177	8	6	69	199	816
31.12.1978	3 035	3 035	-	168	6	3	62	208	835
31.12.1979	3 168	3 168	-	171	5	3	57	211	872
31.12.1980	3 301	3 301	-	174	4	3	61	214	907
31.12.1981	3 557	3 557	-	159	3	4	92	221	977
31.12.1982	3 753	3 753	-	173	4	4	77	225	1 031
31.12.1983	3 869	3 869	-	168	3	4	79	227	1 065
31.12.1984	3 907	3 907	-	164	3	5	43	231	1 077
31.12.1985	3 979	3 979	-	171	3	6	36	276	1 100
31.12.1986	3 974	3 974	-	201	3	6	52	331	1 101
31.12.1987	3 979	3 979	-	217	3	5	44	373	1 096
31.12.1988	3 720	3 720	-	187	4	3	33	373	1 022
31.12.1989	3 702	3 702	-	189	5	3	21	409	1 010
31.12.1990	3 670	3 670	-	178	5	4	25	436	984
31.12.1991	3 731	3 731	-	181	4	8	31	450	986
31.12.1992 ³⁾	3 905	3 905	-	188	4	6	38	494	1 014
31.12.1992 ⁴⁾	3 827	3 827	-	175	4	6	37	494	993
31.12.1993	4 070	4 070	-	180	4	8	90	330	1 043
31.12.1994	4 209	4 209	-	170	6	9	231	728	1 069
31.12.1995	4 060	4 060	-	69	5	8	353	814	1 025
31.12.1996	4 066	4 066	-	67	5	8	340	921	1 021
31.12.1997	4 157	4 157	-	61	4	6	509	979	1 037
31.12.1998	4 068	4 068	-	69	4	9	614	1 120	1 012
31.12.1999	4 174	4 174	-	72	4	8	583	1 156	1 036
31.12.2000	4 282	4 282	-	69	4	6	777	1 176	1 063
31.12.2001	4 372	4 372	-	70	3	9	1 060	1 216	1 082
31.12.2002	4 500	4 500	-	71	3	12	1 393	1 294	1 111
31.12.2003	4 670	4 670	-	61	3	13	1 907	1 303	1 151
31.12.2004	4 733	4 733	-	59	3	12	2 324	1 337	1 166
31.12.2005	4 802	4 802	-	54	3	11	2 756	1 285	1 183
31.12.2006	4 923	4 923	-	60	3	14	3 026	1 405	1 214
31.12.2007	4 892	4 892	-	45	2	12	3 286	1 400	1 208
31.12.2008	4 878	4 878	-	51	4	8	3 694	1 489	1 208
31.12.2009	5 013	5 013	-	84	4	5	4 630	1 625	1 247
Saarland									
31.12.1960	78	78	-	57	-	2	-	48	73
31.12.1961	104	104	-	59	-	2	-	58	96
31.12.1962	130	130	-	57	-	4	-	74	119
31.12.1963	138	138	-	64	-	5	-	111	125
31.12.1964	174	174	-	63	-	6	-	154	156
31.12.1965	212	212	-	61	-	6	-	184	189
31.12.1966	239	239	-	59	-	7	1	190	211
31.12.1967	267	267	-	57	-	6	-	201	236
31.12.1968	291	291	-	58	-	7	-	193	257
31.12.1969	319	319	-	60	-	8	1	186	282

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Müll. EUR									
31.12.1970	363	363	-	61	-	10	2	169	322
31.12.1971	416	416	-	58	-	10	4	165	371
31.12.1972	490	490	-	58	-	8	6	193	437
31.12.1973	581	581	-	58	-	8	6	218	521
31.12.1974	608	608	-	63	-	8	7	252	549
31.12.1975	648	648	-	68	-	3	18	259	589
31.12.1976	741	741	-	75	-	8	40	287	678
31.12.1977	812	812	-	70	-	1	55	290	748
31.12.1978	905	905	-	71	-	1	79	237	841
31.12.1979	998	998	-	72	-	1	95	121	933
31.12.1980	1 096	1 096	-	69	-	1	100	203	1 026
31.12.1981	1 197	1 197	-	65	-	2	94	203	1 125
31.12.1982	1 262	1 262	-	60	-	1	125	218	1 190
31.12.1983	1 321	1 321	-	55	-	1	125	243	1 253
31.12.1984	1 378	1 378	-	51	-	1	104	252	1 311
31.12.1985	1 418	1 418	-	50	-	1	112	243	1 352
31.12.1986	1 452	1 452	-	48	-	1	139	239	1 392
31.12.1987	1 531	1 531	-	43	-	1	124	286	1 451
31.12.1988	1 560	1 560	-	44	-	1	142	279	1 481
31.12.1989	1 561	1 561	-	36	-	1	143	269	1 479
31.12.1990	1 567	1 567	-	42	-	1	102	295	1 464
31.12.1991	1 560	1 560	-	41	-	1	88	294	1 452
31.12.1992 ³⁾	1 611	1 611	-	37	-	2	107	281	1 493
31.12.1992 ⁴⁾	1 602	1 602	-	37	-	2	104	281	1 485
31.12.1993	1 649	1 649	-	34	-	2	73	284	1 520
31.12.1994	1 687	1 687	-	31	-	1	99	141	1 557
31.12.1995	1 751	1 751	-	28	25	1	135	322	1 617
31.12.1996	1 705	1 705	-	25	26	1	221	490	1 574
31.12.1997	1 681	1 681	-	22	-	1	288	328	1 553
31.12.1998	1 684	1 684	-	12	1	1	379	308	1 563
31.12.1999	1 728	1 728	-	10	17	2	448	292	1 611
31.12.2000	1 848	1 848	-	16	1	2	546	319	1 728
31.12.2001	952	952	-	8	0	2	649	315	892
31.12.2002	931	931	-	12	1	1	735	339	874
31.12.2003	913	913	-	15	1	1	838	296	859
31.12.2004	892	892	-	12	1	4	979	309	842
31.12.2005	889	889	-	13	1	5	1 027	281	845
31.12.2006	960	960	-	13	2	16	1 060	307	917
31.12.2007	956	956	-	14	2	4	1 159	548	919
31.12.2008	1 032	1 032	-	14	26	5	1 240	311	999
31.12.2009	992	992	-	14	2	3	1 385	291	967
Sachsen									
31.12.1991	1 780	1 780	-	65	104	-	78	268	377
31.12.1992 ³⁾	2 238	2 238	-	100	8	1	196	1 511	480
31.12.1992 ⁴⁾	2 230	2 230	-	77	8	1	157	1 511	478
31.12.1993	3 651	3 651	-	51	17	1	81	2 024	789
31.12.1994	4 919	4 919	-	57	76	1	301	1 820	1 070
31.12.1995	5 413	5 413	-	79	69	3	145	1 755	1 183
31.12.1996	5 745	5 745	-	61	104	5	121	1 508	1 261
31.12.1997	6 220	6 220	-	51	111	26	168	1 510	1 371
31.12.1998	6 243	6 243	-	38	135	36	120	1 459	1 385
31.12.1999	6 104	6 104	-	44	214	180	137	1 599	1 364
31.12.2000	6 134	6 134	-	46	176	179	96	1 455	1 380
31.12.2001	6 038	6 038	-	10	156	94	95	1 391	1 370
31.12.2002	5 835	5 835	-	12	175	100	113	1 413	1 336
31.12.2003	5 633	5 633	-	12	198	124	220	1 482	1 300
31.12.2004	5 589	5 589	-	14	140	121	111	1 214	1 298
31.12.2005	5 387	5 387	-	17	123	89	120	1 333	1 258
31.12.2006	4 508	4 508	-	12	118	90	141	1 263	1 058
31.12.2007	4 270	4 270	-	10	109	54	112	1 084	1 008
31.12.2008	3 994	3 994	-	7	132	26	49	1 062	950
31.12.2009	3 698	3 698	-	6	116	19	67	1 027	885
Sachsen-Anhalt									
31.12.1991	620	620	-	1	-	-	28	78	217
31.12.1992 ³⁾	1 532	1 532	-	2	-	-	64	350	545
31.12.1992 ⁴⁾	1 530	1 530	-	1	-	-	38	350	545
31.12.1993	2 389	2 389	-	5	-	-	27	542	856
31.12.1994	2 978	2 978	-	22	31	1	50	589	1 075
31.12.1995	3 579	3 579	-	22	35	1	42	538	1 301
31.12.1996	3 866	3 866	-	8	121	-	46	479	1 415
31.12.1997	4 268	4 268	-	10	52	2	47	506	1 572
31.12.1998	4 704	4 704	-	122	29	1	58	515	1 749
31.12.1999	4 984	4 984	-	145	27	3	66	519	1 871
31.12.2000	3 258	3 258	-	31	44	-	76	457	1 237
31.12.2001	3 304	3 304	-	30	40	0	92	458	1 271
31.12.2002	3 339	3 339	-	26	326	0	132	455	1 301
31.12.2003	3 376	3 376	-	25	35	0	272	399	1 332
31.12.2004	3 389	3 389	-	24	34	-	549	390	1 350
31.12.2005	3 293	3 293	-	23	41	0	801	391	1 326
31.12.2006	3 185	3 185	-	22	55	1	958	356	1 296

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.2007	3 035	3 035	-	19	114	1	974	332	1 250
31.12.2008	2 899	2 899	-	28	34	0	977	284	1 209
31.12.2009	2 785	2 785	-	21	31	0	982	266	1 176
Schleswig-Holstein									
31.03.1950	4	4	-	15	-	-	-	-	2
31.03.1955	75	75	-	56	2	-	-	-	33
31.03.1956	93	93	-	61	2	-	-	-	41
31.03.1957	116	116	-	67	2	-	-	-	51
31.03.1958	147	147	-	74	1	-	-	-	65
31.03.1959	174	174	-	81	2	-	-	-	76
31.12.1960	230	230	-	85	2	9	-	12	100
31.12.1961	272	272	-	92	2	12	-	11	117
31.12.1962	315	315	-	97	2	27	1	11	134
31.12.1963	347	347	-	132	3	28	-	10	147
31.12.1964	409	409	-	147	2	20	1	10	171
31.12.1965	474	474	-	158	3	17	3	14	196
31.12.1966	513	513	-	160	5	19	5	20	209
31.12.1967	565	565	-	162	4	18	1	29	227
31.12.1968	574	574	-	170	4	16	1	63	228
31.12.1969	631	631	-	174	3	16	1	75	248
31.12.1970	709	709	-	174	3	24	1	85	276
31.12.1971	841	841	-	175	4	27	1	101	332
31.12.1972	981	981	-	185	4	26	2	115	384
31.12.1973	1 124	1 124	-	182	4	21	1	118	437
31.12.1974	1 005	1 005	-	286	3	5	1	131	389
31.12.1975	1 044	1 044	-	283	3	4	2	150	404
31.12.1976	1 088	1 088	-	289	3	2	2	145	421
31.12.1977	1 095	1 095	-	299	3	3	6	151	423
31.12.1978	1 118	1 118	-	295	2	2	6	143	432
31.12.1979	1 139	1 139	-	297	2	1	5	148	439
31.12.1980	1 159	1 159	-	340	2	1	9	187	445
31.12.1981	1 188	1 188	-	347	2	1	28	208	454
31.12.1982	1 239	1 239	-	359	3	3	43	157	473
31.12.1983	1 272	1 272	-	378	2	2	38	151	486
31.12.1984	1 286	1 286	-	388	2	2	42	142	492
31.12.1985	1 303	1 303	-	392	2	2	56	141	498
31.12.1986	1 383	1 383	-	393	2	2	75	177	529
31.12.1987	1 527	1 527	-	404	1	3	97	362	598
31.12.1988	1 644	1 644	-	415	1	2	37	217	642
31.12.1989	1 722	1 722	-	414	2	2	12	208	670
31.12.1990	1 782	1 782	-	449	2	1	35	1 165	682
31.12.1991	1 905	1 905	-	466	2	2	48	265	723
31.12.1992 ³⁾	1 988	1 988	-	478	3	3	87	272	747
31.12.1992 ⁴⁾	1 969	1 969	-	476	3	3	87	272	740
31.12.1993	2 102	2 102	-	508	3	12	60	281	783
31.12.1994	2 182	2 182	-	515	232	12	63	249	808
31.12.1995	2 248	2 248	-	586	3	21	25	402	828
31.12.1996	2 329	2 329	-	606	2	20	56	423	853
31.12.1997	2 404	2 404	-	623	6	38	43	509	874
31.12.1998	2 351	2 351	-	642	4	44	43	552	852
31.12.1999	2 463	2 463	-	532	4	36	32	586	889
31.12.2000	2 335	2 335	-	516	27	42	18	604	840
31.12.2001	2 371	2 371	-	509	4	30	48	706	848
31.12.2002	2 318	2 318	-	517	2	26	96	707	825
31.12.2003	2 375	2 375	-	501	4	23	267	695	843
31.12.2004	2 422	2 422	-	479	5	26	436	424	857
31.12.2005	2 505	2 505	-	428	12	29	550	374	885
31.12.2006	2 497	2 497	-	445	15	45	521	350	882
31.12.2007	2 361	2 361	-	471	24	86	496	329	833
31.12.2008	2 229	2 229	-	458	21	32	447	616	786
31.12.2009	2 335	2 335	-	440	11	28	520	534	825
Thüringen									
31.12.1991	450	450	-	208	1	-	248	96	174
31.12.1992 ³⁾	1 254	1 254	-	196	1	-	77	298	491
31.12.1992 ⁴⁾	1 251	1 251	-	193	3	-	52	298	490
31.12.1993	2 499	2 499	-	303	-	-	58	327	985
31.12.1994	3 741	3 741	-	59	26	1	61	434	1 482
31.12.1995	4 132	4 132	-	31	28	2	79	389	1 646
31.12.1996	4 381	4 381	-	36	58	3	68	434	1 755
31.12.1997	3 096	3 096	-	21	69	2	54	330	1 246
31.12.1998	3 170	3 170	-	15	74	1	26	308	1 283
31.12.1999	3 165	3 165	-	15	82	-	40	323	1 289
31.12.2000	3 107	3 107	-	13	108	0	64	366	1 273
31.12.2001	3 045	3 045	-	13	103	0	83	361	1 257
31.12.2002	3 019	3 019	-	17	121	0	74	341	1 257
31.12.2003	2 955	2 955	-	17	116	8	99	358	1 240
31.12.2004	2 944	2 944	-	17	109	1	79	301	1 245
31.12.2005	2 832	2 832	-	16	100	7	82	289	1 208
31.12.2006	2 730	2 730	-	13	105	1	103	211	1 175
31.12.2007	2 611	2 611	-	5	116	0	110	207	1 135

1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes ¹⁾

1.5 Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände nach Arten und Ländern

Stichtag	Kreditmarkt- schulden im weiteren Sinne	Davon		Schulden bei öffentlichen Haushalten ¹⁾	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Innere Schulden	Kassenver- stärkungs- kredite	Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewähr- leistungen	Nachrichtlich: Kreditmarkt- schulden in EUR je Einwohner
		Kreditmarkt- schulden im engeren Sinne	Ausgleichs- forderungen u. ä.						
Mill. EUR									
31.12.2008	2 458	2 458	-	13	110	1	99	194	1 079
31.12.2009	2 275	2 275	-	84	108	0	99	160	1 008
Insgesamt									
31.03.1950	106	106	-	56	6	-	-	-	2
31.03.1955	2 016	2 016	-	509	36	-	-	-	42
31.03.1956	2 626	2 626	-	607	29	-	-	-	54
31.03.1957	3 151	3 151	-	735	26	-	-	-	64
31.03.1958	3 995	3 995	-	857	29	-	-	-	80
31.03.1959	4 608	4 608	-	971	29	-	-	-	91
31.12.1960 ²⁾	5 904	5 904	-	1 138	33	550	-	1 091	116
31.12.1961	6 717	6 717	-	1 210	47	654	18	1 217	130
31.12.1962	7 873	7 873	-	1 294	51	804	19	1 417	150
31.12.1963	8 945	8 945	-	1 684	77	839	21	1 697	168
31.12.1964	10 748	10 748	-	1 857	83	804	41	1 898	200
31.12.1965	13 066	13 066	-	2 000	89	857	58	2 114	240
31.12.1966	14 893	14 893	-	2 086	100	900	72	2 427	271
31.12.1967	16 176	16 176	-	2 193	110	899	67	2 615	293
31.12.1968	17 316	17 316	-	2 358	107	935	51	2 739	311
31.12.1969	18 583	18 583	-	2 612	112	1 000	47	2 855	329
31.12.1970	20 394	20 394	-	2 796	120	1 081	86	2 959	362
31.12.1971	24 234	24 234	-	2 846	127	1 187	139	3 287	426
31.12.1972	28 350	28 350	-	2 924	134	1 220	137	3 872	495
31.12.1973	31 928	31 928	-	2 967	126	1 179	157	4 480	555
31.12.1974	33 458	33 458	-	3 689	138	323	340	4 766	581
31.12.1975	37 298	37 298	-	3 882	151	288	597	4 817	650
31.12.1976	40 019	40 019	-	4 335	163	280	634	5 308	701
31.12.1977	41 858	41 858	-	4 431	152	241	602	5 415	734
31.12.1978	43 500	43 500	-	4 466	156	193	614	5 243	763
31.12.1979	45 482	45 482	-	4 544	149	162	516	5 475	797
31.12.1980	47 917	47 917	-	4 718	147	168	614	5 341	836
31.12.1981	51 160	51 160	-	4 763	144	188	1 176	5 737	891
31.12.1982	54 703	54 703	-	4 852	147	203	1 319	5 826	952
31.12.1983	56 188	56 188	-	4 829	140	307	1 168	6 476	981
31.12.1984	56 780	56 780	-	4 846	139	165	917	6 064	995
31.12.1985	57 116	57 116	-	4 967	137	171	899	6 214	1 004
31.12.1986	57 617	57 617	-	5 220	143	165	942	7 020	1 012
31.12.1987	59 210	59 210	-	5 293	167	159	863	7 717	1 042
31.12.1988	60 094	60 094	-	5 606	146	159	765	7 008	1 052
31.12.1989	61 295	61 295	-	5 864	148	165	614	7 544	1 064
31.12.1990	63 104	63 104	-	5 927	202	191	913	8 800	1 074
31.12.1991	70 053	70 053	-	6 079	322	214	1 565	11 294	945
31.12.1992 ³⁾	76 882	76 882	-	6 040	241	245	1 918	12 003	1 028
31.12.1992 ⁴⁾	75 963	75 963	-	5 891	241	219	1 441	12 001	1 016
31.12.1993	85 018	85 018	-	5 382	246	287	1 731	13 013	1 129
31.12.1994	91 429	91 429	-	4 941	723	325	2 745	14 241	1 210
31.12.1995	94 927	94 927	-	4 715	537	361	3 778	17 057	1 253
31.12.1996	96 454	96 454	-	4 777	1 197	380	4 178	18 766	1 269
31.12.1997	95 927	95 927	-	4 866	1 234	499	5 371	18 811	1 258
31.12.1998	95 437	95 437	-	5 066	1 309	552	5 919	21 087	1 252
31.12.1999	95 815	95 815	-	4 972	970	677	6 108	25 063	1 255
31.12.2000	91 061	91 061	-	4 849	1 331	677	6 950	23 214	1 191
31.12.2001	89 829	89 829	-	4 785	1 852	654	9 015	23 621	1 173
31.12.2002	89 815	89 815	-	4 849	1 724	630	10 719	24 230	1 171
31.12.2003	91 498	91 498	-	5 065	2 445	1 074	16 033	38 837	1 192
31.12.2004	91 788	91 788	-	5 076	2 295	1 137	20 007	26 222	1 197
31.12.2005	91 271	91 271	-	5 173	2 160	1 033	23 961	27 297	1 190
31.12.2006	84 526	84 526	-	4 820	1 514	897	27 717	28 798	1 104
31.12.2007	81 799	81 799	-	4 768	1 440	865	28 828	31 980	1 070
31.12.2008	79 007	79 007	-	4 697	1 806	639	29 857	25 748	1 036
31.12.2009	79 110	79 110	-	4 492	1 703	422	34 700	24 732	1 041

¹⁾ Einschl. Extrahaushalte; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse;
zur eingeschränkten Vergleichbarkeit siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 6.

¹⁾ Siehe Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen, Punkt 8.

²⁾ Ab 1960 einschl. Saarland.

³⁾ Bis 1992 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

⁴⁾ Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

2 Schulden der Kernhaushalte nach Körperschaftsgruppen

2.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/Gv.
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten	
Mill. EUR						
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne						
Kreditmarktschulden im engeren Sinne	1 548 615	969 219	503 009	405 536	97 473	76 386
Wertpapiersschulden ¹⁾	1 206 216	956 346	249 652	196 945	52 707	219
Anleihen	574 073	573 959	0	0	-	114
Bundesschatzbriefe	9 402	9 402	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	109 333	109 333	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	72 210	72 210	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	814	814	-	-	-	-
Bundesobligationen	163 675	163 675	-	-	-	-
Landesobligationen/ -schatzanweisungen	247 135	-	247 135	194 428	52 707	-
Sonstige Wertpapiersschulden	29 574	26 952	2 517	2 517	0	105
Direkte Darlehen (von)	342 398	12 874	253 358	208 592	44 766	76 167
Inländ. Banken u. Sparkassen	222 202	1 665	147 594	121 778	25 816	72 944
Inländ. Bausparkassen	1 639	30	1 315	1 263	52	294
Inländ. Versicherungsunternehmen	90 804	10 303	80 389	66 281	14 108	112
Der Bundesagentur für Arbeit	50	-	1	1	-	49
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	2 304	-	2 038	1 691	347	266
Sonstigen Sozialversicherungen	759	552	205	205	-	2
Sonstigen inländ. Stellen	8 198	107	5 752	2 907	2 844	2 339
Ausländischen Stellen	16 441	217	16 064	14 466	1 599	160
EUR-Schulden	16 343	217	16 064	14 465	1 599	63
Fremdwährungsschulden ²⁾	98	-	1	1	-	97
Ausgleichsforderungen u. ä. der (s)	4 515	4 515	-	-	-	-
Deutschen Bundesbank	4 440	4 440	-	-	-	-
Banken und Sparkassen	-	-	-	-	-	-
Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-
Postgiro-(Postsparkassen-) ämter	-	-	-	-	-	-
Ankaufsfonds d. Deutschen Bundesbank	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Gläubiger	75	75	-	-	-	-
Zusammen	1 553 129	973 734	503 009	405 536	97 473	76 386
Schulden bei öffentlichen Haushalten						
beim Bund	9 525	-	9 066	7 718	1 349	459
bei Ländern	5 067	-	2 466	2 466	-	2 601
bei Gemeinden/Gv.	328	-	-	-	-	328
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	1 005	-	11	-	11	995
Zusammen	15 926	-	11 543	10 184	1 359	4 383
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte						
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	267	-	14	0	14	254
Restkaufgelder	170	-	-	-	-	170
Leasingverträge	1 638	-	364	127	237	1 274
Zusammen	2 076	-	378	127	251	1 698
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite						
Innere Darlehen	1 128	-	719	-	719	408
Innere Kassenkredite	1 150	-	1 150	1 150	-	-
Kassenverstärkungskredite	54 539	17 549	2 337	2 250	86	34 653
Zusammen	56 817	17 549	4 206	3 400	806	35 061
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen						
Haftungssumme insgesamt	467 496	331 484	112 106	67 155	44 951	23 906

¹⁾ Ohne Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten.

²⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

2 Schulden der Kernhaushalte nach Körperschaftsgruppen

2.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/Gv.
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten	
			Mill. EUR			
Schuldenaufnahmen						
Wertpapiersschulden	397 741	339 174	58 461	45 071	13 390	105
Anleihen	55 736	55 736	-	-	-	0
Bundesschatzbriefe	1 106	1 106	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	64 000	64 000	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	176 975	175 201	1 774	1 774	-	-
Finanzierungsschätze	693	693	-	-	-	-
Bundesobligationen	36 000	36 000	-	-	-	-
Landesobligationen/ -schatzanweisungen	56 233	-	56 233	42 843	13 390	-
Sonstige Wertpapiersschulden	6 996	6 437	454	454	-	105
Direkte Darlehen (von)	47 327	43	37 534	30 724	6 810	9 750
Inländ. Banken u. Sparkassen	27 065	-	17 537	14 593	2 943	9 528
Inländ. Bausparkassen	35	-	-	-	-	35
Inländ. Versicherungsunternehmen	18 085	6	18 078	14 322	3 756	1
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	-	-	-	0
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	711	-	708	662	46	4
Sonstigen Sozialversicherungen	69	-	69	69	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	1 146	37	933	928	5	177
Ausländischen Stellen	216	-	211	151	60	5
EUR-Schulden	211	-	211	151	60	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	5	-	-	-	-	5
Kreditmarktschulden zusammen	445 067	339 217	95 996	75 796	20 200	9 855
beim Bund	17	-	0	0	-	17
bei Ländern	1 213	-	986	986	-	227
bei Gemeinden/Gv.	25	-	-	-	-	25
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	27	-	-	-	-	27
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 283	-	986	986	-	297
Sonstige Schuldenzugänge						
Kreditmarktschulden im engeren Sinne	42 756	31 251	10 989	9 082	1 908	516
Wertpapiersschulden	31 601	30 990	611	611	-	-
Direkte Darlehen (von)	11 155	261	10 379	8 471	1 908	516
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	10 658	261	9 894	8 072	1 822	503
Sonstigen inländ. Stellen	347	-	335	274	61	12
Ausländischen Stellen	150	-	150	125	25	0
Ausgleichsforderungen u.ä.	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	42 756	31 251	10 989	9 082	1 908	516
Schulden bei öffentlichen Haushalten	125	-	-	-	-	125

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

2 Schulden der Kernhaushalte nach Körperschaftsgruppen

2.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/Gv.
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten	
Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	445 067	339 217	95 996	75 796	20 200	9 855
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 283	-	986	986	-	297
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr						
Wertpapiersschulden	186 068	176 940	9 128	6 678	2 450	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	176 757	174 983	1 774	1 774	-	-
Finanzierungsschätze	520	520	-	-	-	-
Landesobligationen/ -schatzanweisungen	7 310	-	7 310	4 860	2 450	-
Sonstige Wertpapiersschulden	1 481	1 437	44	44	-	-
Direkte Darlehen (von)	5 765	-	3 773	2 642	1 131	1 993
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	5 747	-	3 773	2 642	1 131	1 974
Sozialversicherungen	0	-	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	18	-	0	-	0	18
Ausländischen Stellen	0	-	-	-	-	0
Kreditmarktschulden zusammen	191 834	176 940	12 901	9 320	3 581	1 993
Schulden bei öffentlichen Haushalten	539	-	537	537	-	2
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre						
Wertpapiersschulden	93 936	64 392	29 545	21 330	8 215	-
Bundesschatzanweisungen	64 000	64 000	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	174	174	-	-	-	-
Landesobligationen/ -schatzanweisungen	29 269	-	29 269	21 054	8 215	-
Sonstige Wertpapiersschulden	493	218	275	275	-	-
Direkte Darlehen (von)	4 414	43	3 811	3 224	587	560
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	4 198	6	3 639	3 053	587	552
Sozialversicherungen	0	-	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	215	37	171	171	-	8
Ausländischen Stellen	1	-	-	-	-	1
Kreditmarktschulden zusammen	98 350	64 434	33 355	24 553	8 802	560
Schulden bei öffentlichen Haushalten	7	-	1	1	-	6
Laufzeit 5 Jahre und mehr						
Wertpapiersschulden	117 736	97 842	19 788	17 063	2 725	105
Anleihen	55 736	55 736	-	-	-	0
Bundesschatzbriefe	1 106	1 106	-	-	-	-
Bundesobligationen	36 000	36 000	-	-	-	-
Landesobligationen/ -schatzanweisungen	19 653	-	19 653	16 928	2 725	-
Sonstige Wertpapiersschulden	5 240	5 000	135	135	-	105
Direkte Darlehen (von)	37 148	-	29 951	24 859	5 092	7 197
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	35 240	-	28 202	23 221	4 981	7 037
Sozialversicherungen	780	-	777	731	46	4
Sonstigen inländ. Stellen	913	-	761	756	5	152
Ausländischen Stellen	215	-	211	151	60	4
Kreditmarktschulden zusammen	154 884	97 842	49 739	41 922	7 817	7 302
Schulden bei öffentlichen Haushalten	737	-	448	448	-	289

2 Schulden der Kernhaushalte nach Körperschaftsgruppen

2.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/Gv.
			zusammen	Flächenländer	Stadstaaten	
Mill. EUR						
Schuldentilgungen						
Kreditmarktschulden im engeren Sinne	337 059	254 097	72 746	57 172	15 574	10 215
Wertpapierschulden	298 656	253 521	45 036	35 698	9 337	100
Anleihen	47 350	45 750	1 500	1 500	-	100
Bundesschatzbriefe	1 285	1 285	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	56 000	56 000	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	112 207	110 224	1 983	1 983	-	-
Finanzierungsschätze	2 145	2 145	-	-	-	-
Bundesobligationen/ Landesobligationen/ -schatzanweisungen	36 000	36 000	-	-	-	-
	40 775	-	40 775	31 438	9 337	-
Sonstige Wertpapierschulden	2 895	2 116	778	778	-	-
Direkte Darlehen (von)	38 402	577	27 711	21 474	6 237	10 115
Inländ. Banken u. Sparkassen	34 563	444	24 354	18 962	5 392	9 766
Inländ. Bausparkassen	36	-	0	-	0	36
Inländ. Versicherungsunternehmen	1 702	96	1 591	1 398	193	15
Der Bundesagentur für Arbeit	6	-	0	0	-	6
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	124	-	80	80	-	44
Sonstigen Sozialversicherungen	1	-	0	0	-	1
Sonstigen inländ. Stellen	894	37	621	405	216	236
Ausländischen Stellen	1 077	-	1 064	629	435	13
EUR-Schulden	1 072	-	1 064	629	435	9
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	-	-	-	-	4
Ausgleichsforderungen u. ä.	1	1	-	-	-	-
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	337 060	254 099	72 746	57 172	15 574	10 215
beim Bund	478	-	385	321	63	94
bei Ländern	802	-	579	579	-	223
bei Gemeinden/Gv.	30	-	-	-	-	30
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	79	-	-	-	-	79
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 388	-	964	900	63	425
Sonstige Schuldenabgänge						
Kreditmarktschulden im engeren Sinne	85 971	75 804	9 577	7 645	1 933	590
Wertpapierschulden	75 555	75 518	37	37	-	-
Direkte Darlehen (von)	10 416	286	9 540	7 608	1 933	590
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	8 731	262	7 924	6 077	1 848	545
Sonstigen inländ. Stellen	511	24	442	442	-	45
Ausländischen Stellen	1 174	-	1 174	1 089	85	-
Ausgleichsforderungen u. ä.	1	1	-	-	-	-
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	85 972	75 805	9 577	7 645	1 933	590
Schulden bei öffentlichen Haushalten	65	-	28	28	0	36

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Flächenländer							
		zusammen	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen
Mill. EUR									
Kreditmarktschulden									
Wertpapiersschulden ¹⁾	249 652	196 945	14 084	9 640	10 052	21 551	4 760	24 135	67 645
Anleihen	0	0	0	0	-	0	-	-	-
Bundesschatzbriefe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	247 135	194 428	14 084	9 640	7 535	21 551	4 760	24 135	67 645
Sonstige Wertpapiersschulden	2 517	2 517	-	-	2 517	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	253 358	208 592	27 605	17 928	7 381	11 855	5 145	27 326	52 300
Inländ. Banken u. Sparkassen	147 594	121 778	15 270	11 626	5 533	7 040	3 562	18 193	27 833
Inländ. Bausparkassen	1 315	1 263	535	60	50	230	5	60	228
Inländ. Versicherungsunternehmen	80 389	66 281	8 174	5 539	1 546	4 130	1 036	7 943	15 287
Der Bundesagentur für Arbeit	1	1	-	-	-	-	-	1	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	2 038	1 691	592	-	-	225	-	117	84
Sonstigen Sozialversicherungen	205	205	60	-	124	-	-	16	-
Sonstigen inländ. Stellen	5 752	2 907	-	15	-	-	192	74	2 027
Ausländischen Stellen	16 064	14 466	2 974	688	128	230	350	922	6 840
EUR-Schulden	16 064	14 465	2 974	687	128	230	350	922	6 840
Fremdwährungsschulden ²⁾	1	1	-	1	-	-	-	-	-
Zusammen	503 009	405 536	41 689	27 567	17 433	33 406	9 905	51 461	119 944
Schulden bei öffentlichen Haushalten									
beim Bund	9 066	7 718	1 313	1 404	-	591	-	827	2 796
bei Ländern	2 466	2 466	-	-	-	-	-	-	556
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	11	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	11 543	10 184	1 313	1 404	-	591	-	827	3 352
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte									
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	14	0	-	-	-	-	-	0	-
Restkaufgelder	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Leasingverträge	364	127	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	378	127	-	-	-	-	-	0	-
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite									
Innere Darlehen	719	-	-	-	-	-	-	-	-
Innere Kassenkredite	1 150	1 150	-	-	-	-	-	1 150	-
Kassenverstärkungskredite	2 337	2 250	-	-	0	830	-	-	1 068
Zusammen	4 206	3 400	-	-	0	830	-	1 150	1 068
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen									
Haftungssumme insgesamt	112 106	67 155	25 604	8 391	1 616	815	1 540	4 992	12 350

¹⁾ Ohne Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten.

²⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	noch: Flächenländer					Stadtstaaten				
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	zusammen	Berlin	Bremen	Hamburg
Mill. EUR										
Kreditmarktschulden										
Wertpapierschulden ¹⁾	15 612	2 253	1 069	11 156	10 011	4 977	52 707	35 158	8 992	8 558
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzbriefe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	15 612	2 253	1 069	11 156	10 011	4 977	52 707	35 158	8 992	8 558
Sonstige Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	0	-	0	-
Direkte Darlehen (von)	11 360	8 314	5 820	8 656	14 173	10 730	44 766	23 663	7 019	14 084
Inländ. Banken u. Sparkassen	6 456	5 124	3 634	4 170	6 621	6 716	25 816	13 998	4 909	6 909
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	10	40	45	52	20	7	25
Inländ. Versicherungsunternehmen	3 568	2 990	1 947	3 753	6 792	3 576	14 108	8 639	1 672	3 797
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	111	88	-	100	104	271	347	-	-	347
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	363	102	30	22	66	16	2 844	197	42	2 606
Ausländischen Stellen	862	10	210	601	550	101	1 599	810	389	400
EUR-Schulden	862	10	210	601	550	101	1 599	810	389	400
Fremdwährungsschulden ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	26 972	10 567	6 889	19 812	24 184	15 707	97 473	58 821	16 011	22 641
Schulden bei öffentlichen Haushalten										
beim Bund	380	42	-	-	365	-	1 349	990	121	237
bei Ländern	-	-	1 910	-	-	-	-	-	-	-
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	11	11	-	-
Zusammen	380	42	1 910	-	365	-	1 359	1 001	121	237
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte										
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	-	-	-	-	-	-	14	11	-	2
Restkaufgelder	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Leasingverträge	11	-	-	-	-	117	237	237	-	-
Zusammen	11	-	-	-	-	117	251	248	-	2
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite										
Innere Darlehen	-	-	-	-	-	-	719	719	-	-
Innere Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kassenverstärkungskredite	212	140	-	-	-	-	86	2	71	14
Zusammen	212	140	-	-	-	-	806	721	71	14
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen										
Haftungssumme insgesamt	996	1 488	5 209	2 074	429	1 650	44 951	26 988	1 820	16 143

¹⁾ Ohne Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten.

²⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Flächenländer							
		zusammen	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
		Mill. EUR							
Schuldenaufnahmen									
Wertpapiersschulden	58 461	45 071	3 250	2 462	2 494	4 901	520	5 835	14 469
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzbriefe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	1 774	1 774	-	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	56 233	42 843	3 250	2 462	2 040	4 901	520	5 835	14 469
Sonstige Wertpapiersschulden	454	454	-	-	454	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	37 534	30 724	3 087	5 612	905	1 785	993	1 627	9 030
Inländ. Banken u. Sparkassen	17 537	14 593	2 231	3 489	545	410	413	480	4 020
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	18 078	14 322	851	2 113	293	1 184	428	1 046	4 299
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	708	662	5	-	-	186	-	76	24
Sonstigen Sozialversicherungen	69	69	-	-	64	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	933	928	-	-	-	-	153	-	649
Ausländischen Stellen	211	151	-	10	3	5	-	25	38
EUR-Schulden	211	151	-	10	3	5	-	25	38
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	95 996	75 796	6 337	8 074	3 399	6 686	1 513	7 462	23 499
beim Bund	0	0	-	0	-	-	-	-	-
bei Ländern	986	986	-	-	-	-	-	-	71
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	986	986	-	0	-	-	-	-	71
Sonstige Schuldenzugänge									
Kreditmarktschulden	10 989	9 082	350	449	50	1 378	264	3 135	134
Wertpapiersschulden	611	611	-	-	-	0	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	10 379	8 471	350	449	50	1 378	264	3 135	134
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	9 894	8 072	310	424	50	1 328	264	2 986	89
Sonstigen inländ. Stellen	335	274	40	-	-	-	-	149	45
Ausländischen Stellen	150	125	-	25	-	50	-	-	-
Zusammen	10 989	9 082	350	449	50	1 378	264	3 135	134
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	noch: Flächenländer						Stadtstaaten			
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	zusammen	Berlin	Bremen	Hamburg
Mill. EUR										
Schuldenaufnahmen										
Wertpapiersschulden	5 183	530	-	2 076	3 103	248	13 390	7 470	4 370	1 550
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzbriefe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	1 774	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	5 183	530	-	302	3 103	248	13 390	7 470	4 370	1 550
Sonstige Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 185	1 334	185	1 995	1 157	1 830	6 810	3 734	1 370	1 706
Inländ. Banken u. Sparkassen	404	386	175	615	477	949	2 943	1 383	915	646
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	670	864	-	1 253	600	722	3 756	2 352	456	949
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	50	62	-	100	15	144	46	-	-	46
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	62	22	10	22	-	10	5	-	0	5
Ausländischen Stellen	-	-	-	5	65	-	60	-	-	60
EUR-Schulden	-	-	-	5	65	-	60	-	-	60
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	6 368	1 864	185	4 071	4 260	2 078	20 200	11 204	5 740	3 256
beim Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
bei Ländern	-	-	915	-	-	-	-	-	-	-
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	915	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Schuldenzugänge										
Kreditmarktschulden	617	199	11	-	1 951	545	1 908	353	427	1 128
Wertpapiersschulden	575	-	-	-	36	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	42	199	11	-	1 915	545	1 908	353	427	1 128
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	42	199	1	-	1 849	531	1 822	352	427	1 043
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	26	14	61	1	-	60
Ausländischen Stellen	-	-	10	-	40	-	25	-	-	25
Zusammen	617	199	11	-	1 951	545	1 908	353	427	1 128
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Flächenländer							
		zusammen	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
		Mill. EUR							
Kreditmarktschulden	95 996	75 796	6 337	8 074	3 399	6 686	1 513	7 462	23 499
Schulden bei öffentlichen Haushalten	986	986	-	0	-	-	-	-	71
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr									
Wertpapierschulden	9 128	6 678	-	-	669	300	-	-	2 637
Unverzinsliche Schatzanweisungen	1 774	1 774	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatz- anweisungen	7 310	4 860	-	-	625	300	-	-	2 637
Sonstige Wertpapierschulden	44	44	-	-	44	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	3 773	2 642	1 996	570	25	-	-	-	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	3 773	2 642	1 996	570	25	-	-	-	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	0	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	12 901	9 320	1 996	570	694	300	-	-	2 637
Schulden bei öffentlichen Haushalten	537	537	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre									
Wertpapierschulden	29 545	21 330	-	727	1 430	2 986	270	1 750	8 957
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatz- anweisungen	29 269	21 054	-	727	1 155	2 986	270	1 750	8 957
Sonstige Wertpapierschulden	275	275	-	-	275	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	3 811	3 224	-	315	411	200	3	10	1 542
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	3 639	3 053	-	315	411	200	-	10	1 382
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	171	171	-	-	-	-	3	-	160
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	33 355	24 553	-	1 042	1 841	3 186	273	1 760	10 498
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1	1	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr									
Wertpapierschulden	19 788	17 063	3 250	1 735	395	1 615	250	4 085	2 875
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatz- anweisungen	19 653	16 928	3 250	1 735	260	1 615	250	4 085	2 875
Sonstige Wertpapierschulden	135	135	-	-	135	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	29 951	24 859	1 091	4 727	469	1 585	990	1 617	7 489
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	28 202	23 221	1 086	4 717	402	1 394	840	1 516	6 938
Sozialversicherungen	777	731	5	-	64	186	-	76	24
Sonstigen inländ. Stellen	761	756	-	-	-	-	150	-	489
Ausländischen Stellen	211	151	-	10	3	5	-	25	38
Kreditmarktschulden zusammen	49 739	41 922	4 341	6 462	864	3 200	1 240	5 702	10 363
Schulden bei öffentlichen Haushalten	448	448	-	0	-	-	-	-	71

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	noch: Flächenländer						Stadtstaaten			
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	zusammen	Berlin	Bremen	Hamburg
	Mill. EUR									
Kreditmarktschulden	6 368	1 864	185	4 071	4 260	2 078	20 200	11 204	5 740	3 256
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	915	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr										
Wertpapierschulden	950	100	-	1 774	-	248	2 450	750	1 500	200
Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	1 774	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	950	100	-	-	-	248	2 450	750	1 500	200
Sonstige Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	11	-	-	40	-	-	1 131	125	756	250
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	11	-	-	40	-	-	1 131	125	756	250
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	-	0	-	0	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	961	100	-	1 814	-	248	3 581	875	2 256	450
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	537	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre										
Wertpapierschulden	3 476	50	-	100	1 583	-	8 215	5 365	2 400	450
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	3 476	50	-	100	1 583	-	8 215	5 365	2 400	450
Sonstige Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	193	88	177	10	125	150	587	568	19	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	193	82	175	10	125	150	587	568	19	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	6	2	-	-	0	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	3 669	138	177	110	1 708	150	8 802	5 933	2 419	450
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr										
Wertpapierschulden	757	380	-	202	1 520	-	2 725	1 355	470	900
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	757	380	-	202	1 520	-	2 725	1 355	470	900
Sonstige Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	981	1 246	8	1 945	1 032	1 679	5 092	3 042	595	1 456
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	870	1 168	-	1 818	952	1 521	4 981	3 042	595	1 345
Sozialversicherungen	50	62	-	100	15	149	46	-	-	46
Sonstigen inländ. Stellen	62	16	8	22	-	10	5	-	-	5
Ausländischen Stellen	-	-	-	5	65	-	60	-	-	60
Kreditmarktschulden zusammen	1 738	1 626	8	2 147	2 552	1 679	7 817	4 397	1 065	2 356
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	377	-	-	-	-	-	-	-

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Flächenländer							
		zusammen	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen
		Mill. EUR							
Schuldentilgungen									
Wertpapiersschulden	45 036	35 698	2 650	827	2 533	2 856	740	4 400	10 649
Anleihen	1 500	1 500	-	-	-	-	-	1 500	-
Bundesschatzbriefe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	1 983	1 983	-	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatz- anweisungen	40 775	31 438	2 650	827	1 855	2 856	740	2 900	10 649
Sonstige Wertpapiersschulden	778	778	-	-	678	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	27 711	21 474	3 703	1 796	567	980	783	1 810	6 020
Inländ. Banken u. Sparkassen	24 354	18 962	3 572	1 626	567	951	650	1 609	4 749
Inländ. Bausparkassen	0	-	-	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	1 591	1 398	71	145	-	24	100	130	484
Der Bundesagentur für Arbeit	0	0	-	-	-	-	-	0	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	80	80	60	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	0	0	-	-	-	-	-	0	-
Sonstigen inländ. Stellen	621	405	-	-	-	-	8	70	298
Ausländischen Stellen	1 064	629	-	25	-	5	25	-	489
EUR-Schulden	1 064	629	-	25	-	5	25	-	489
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	72 746	57 172	6 353	2 623	3 101	3 835	1 523	6 210	16 669
beim Bund	385	321	56	53	-	31	-	44	98
bei Ländern	579	579	-	-	-	-	-	-	-
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	964	900	56	53	-	31	-	44	98
Sonstige Schuldenabgänge									
Kreditmarktschulden	9 577	7 645	350	449	50	1 378	264	3 135	134
Wertpapiersschulden	37	37	-	-	-	0	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	9 540	7 608	350	449	50	1 378	264	3 135	134
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	7 924	6 077	275	424	50	884	264	2 251	115
Sonstigen inländ. Stellen	442	442	-	-	-	424	-	9	-
Ausländischen Stellen	1 174	1 089	75	25	-	70	-	875	19
Zusammen	9 577	7 645	350	449	50	1 378	264	3 135	134
Schulden bei öffentlichen Haushalten	28	28	-	18	-	-	-	10	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

3 Schulden der Länder-Kernhaushalte

3.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	noch: Flächenländer						Stadtstaaten			
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	zusammen	Berlin	Bremen	Hamburg
	Mill. EUR									
Schuldentilgungen										
Wertpapiersschulden	4 156	275	159	3 775	1 652	1 026	9 337	4 905	3 542	890
Anleihen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzbriefe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	1 983	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsschätze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesobligationen/-schatzanweisungen	4 156	275	159	1 692	1 652	1 026	9 337	4 905	3 542	890
Sonstige Wertpapiersschulden	-	-	-	100	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 537	516	1 146	293	1 658	664	6 237	3 440	1 439	1 357
Inländ. Banken u. Sparkassen	1 271	495	1 088	260	1 478	643	5 392	3 237	1 079	1 076
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	0	-	0	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	236	-	50	33	125	-	193	18	175	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	-	-	-	-	20	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	0	21	8	-	-	0	216	-	5	211
Ausländischen Stellen	30	-	-	-	55	-	435	185	180	70
EUR-Schulden	30	-	-	-	55	-	435	185	180	70
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	5 693	791	1 306	4 068	3 311	1 690	15 574	8 345	4 982	2 247
beim Bund	18	5	-	-	15	-	63	41	5	17
bei Ländern	-	-	579	-	0	-	-	-	-	-
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	18	5	579	-	15	-	63	41	5	17
Sonstige Schuldenabgänge										
Kreditmarktschulden	42	199	11	-	1 089	545	1 933	353	452	1 128
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	42	199	11	-	1 052	545	1 933	353	452	1 128
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	42	199	11	-	1 027	536	1 848	353	452	1 043
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	9	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	25	-	85	-	-	85
Zusammen	42	199	11	-	1 089	545	1 933	353	452	1 128
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	0	-	-	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

4 Schulden der Länder und der Gemeinden/Gv.

4.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Körperschaftsgruppe	Insgesamt	Flächenländer							
			Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz
			Mill. EUR							
Kreditmarktschulden										
Wertpapiersschulden ¹⁾	Land	249 652	14 084	9 640	10 052	21 551	4 760	24 135	67 645	15 612
	Gem./Gv.	219	-	-	-	-	0	105	114	-
	Zusammen	249 871	14 084	9 640	10 052	21 551	4 761	24 240	67 759	15 612
Anleihen	Land	0	0	0	-	0	-	-	-	-
	Gem./Gv.	114	-	-	-	-	0	-	114	-
	Zusammen	114	0	0	-	0	0	-	114	-
Sonstige Wertpapiere	Land	249 652	14 084	9 640	10 052	21 551	4 760	24 135	67 645	15 612
	Gem./Gv.	105	-	-	-	-	-	105	-	-
	Zusammen	249 757	14 084	9 640	10 052	21 551	4 760	24 240	67 645	15 612
Direkte Darlehen (von)										
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	Land	229 298	23 979	17 225	7 129	11 400	4 603	26 196	43 348	10 024
	Gem./Gv.	73 350	5 186	12 667	1 482	7 709	1 477	6 858	22 263	4 601
	Zusammen	302 648	29 164	29 892	8 611	19 109	6 081	33 054	65 611	14 625
Sonstigen inländ. Stellen	Land	7 996	652	15	124	225	192	207	2 111	474
	Gem./Gv.	2 657	198	315	31	321	33	325	595	288
	Zusammen	10 652	849	330	155	546	225	533	2 707	762
Ausländischen Stellen	Land	16 064	2 974	688	128	230	350	922	6 840	862
	Gem./Gv.	160	32	69	1	45	3	2	5	-
	Zusammen	16 224	3 006	757	129	275	353	924	6 846	862
Kreditmarktschulden	Land	503 009	41 689	27 567	17 433	33 406	9 905	51 461	119 944	26 972
	Gem./Gv.	76 386	5 415	13 052	1 514	8 075	1 513	7 290	22 978	4 889
	Zusammen	579 395	47 104	40 619	18 947	41 480	11 418	58 750	142 922	31 861
Schulden bei öffentlichen Haushalten										
Schulden bei öffentlichen Haushalten	Land	11 543	1 313	1 404	-	591	-	827	3 352	380
	Gem./Gv.	4 383	488	750	41	1 283	538	311	352	84
	Zusammen	15 926	1 802	2 154	41	1 874	538	1 138	3 704	464
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte										
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Land	378	-	-	-	-	-	0	-	11
	Gem./Gv.	1 698	311	120	70	432	38	238	217	4
	Zusammen	2 076	311	120	70	432	38	238	217	15
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite										
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite	Land	4 206	-	-	0	830	-	1 150	1 068	212
	Gem./Gv.	35 061	354	301	618	3 774	485	4 555	17 243	4 633
	Zusammen	39 267	354	301	618	4 604	485	5 705	18 311	4 845
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen										
Haftungssumme insgesamt	Land	112 106	25 604	8 391	1 616	815	1 540	4 992	12 350	996
	Gem./Gv.	23 906	3 831	2 763	524	3 254	458	1 793	7 470	1 625
	Zusammen	136 012	29 435	11 154	2 140	4 068	1 999	6 785	19 819	2 621

4.2 Schuldenstand am 31.12.2009 in EUR je Einwohner

Kreditmarktschulden	Land	6 145	3 879	2 206	6 930	5 513	5 979	6 477	6 703	6 711
	Gem./Gv.	1 005	504	1 044	602	1 333	913	918	1 284	1 217
	Zusammen	7 078	4 383	3 250	7 531	6 845	6 892	7 394	7 988	7 928

¹⁾ Ohne Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten.

4 Schulden der Länder und Gemeinden/Gv.

4.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Körperschaftsgruppe	noch: Flächenländer					Stadtstaaten			
		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	zusammen	Berlin	Bremen	Hamburg
		Mill. EUR								
Kreditmarktschulden										
Wertpapierschulden ¹⁾	Land	2 253	1 069	11 156	10 011	4 977	52 707	35 158	8 992	8 558
	Gem./Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Zusammen	2 253	1 069	11 156	10 011	4 977	52 707	35 158	8 992	8 558
Anleihen	Land	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gem./Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Zusammen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Wertpapiere	Land	2 253	1 069	11 156	10 011	4 977	52 707	35 158	8 992	8 558
	Gem./Gv.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Zusammen	2 253	1 069	11 156	10 011	4 977	52 707	35 158	8 992	8 558
Direkte Darlehen (von)										
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	Land	8 114	5 580	7 933	13 453	10 337	39 976	22 657	6 588	10 731
	Gem./Gv.	983	3 351	2 783	1 826	2 163	-	-	-	-
	Zusammen	9 096	8 932	10 716	15 279	12 500	39 976	22 657	6 588	10 731
Sonstigen inländ. Stellen	Land	190	30	122	170	292	3 191	197	42	2 953
	Gem./Gv.	8	53	0	395	94	-	-	-	-
	Zusammen	198	83	122	566	386	3 191	197	42	2 953
Ausländischen Stellen	Land	10	210	601	550	101	1 599	810	389	400
	Gem./Gv.	-	1	-	0	3	-	-	-	-
	Zusammen	10	211	601	550	104	1 599	810	389	400
Kreditmarktschulden	Land	10 567	6 889	19 812	24 184	15 707	97 473	58 821	16 011	22 641
	Gem./Gv.	991	3 405	2 783	2 221	2 260	-	-	-	-
	Zusammen	11 558	10 295	22 595	26 405	17 967	97 473	58 821	16 011	22 641
Schulden bei öffentlichen Haushalten										
Schulden bei öffentlichen Haushalten	Land	42	1 910	-	365	-	1 359	1 001	121	237
	Gem./Gv.	14	6	21	411	84	-	-	-	-
	Zusammen	55	1 916	21	776	84	1 359	1 001	121	237
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte										
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Land	-	-	-	-	117	251	248	-	2
	Gem./Gv.	2	115	31	11	108	-	-	-	-
	Zusammen	2	115	31	11	224	251	248	-	2
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite										
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite	Land	140	-	-	-	-	806	721	71	14
	Gem./Gv.	1 388	82	982	545	100	-	-	-	-
	Zusammen	1 528	82	982	545	100	806	721	71	14
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen										
Haftungssumme insgesamt	Land	1 488	5 209	2 074	429	1 650	44 951	26 988	1 820	16 143
	Gem./Gv.	287	943	266	534	160	-	-	-	-
	Zusammen	1 775	6 152	2 339	963	1 809	44 951	26 988	1 820	16 143

4.2 Schuldenstand am 31.12.2009 in EUR je Einwohner

Kreditmarktschulden	Land	10 304	1 649	8 368	8 545	6 959	16 606	17 140	24 256	12 733
	Gem./Gv.	966	815	1 176	785	1 001	-	-	-	-
	Zusammen	11 270	2 464	9 543	9 330	7 960	16 606	17 140	24 256	12 733

¹⁾ Ohne Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Kreditmarktschulden							
Wertpapierschulden	219	-	-	-	-	0	105
Direkte Darlehen (von)	76 167	5 415	13 052	1 514	8 075	1 513	7 185
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	42 330	3 033	7 224	653	4 340	746	4 057
Sonst. inländ. Kreditinstituten	30 614	2 118	5 351	827	3 334	730	2 755
Inländ. Bausparkassen	294	28	77	3	20	1	38
Inländ. Versicherungsunternehmen	112	6	16	-	15	0	7
Der Bundesagentur für Arbeit	49	0	1	5	-	6	1
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	266	90	31	-	110	-	0
Sonstigen Sozialversicherungen	2	0	0	-	0	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	2 339	107	283	26	211	27	324
Ausländischen Stellen	160	32	69	1	45	3	2
EUR-Schulden	63	3	3	1	45	3	2
Fremdwährungsschulden ¹⁾	97	29	66	-	-	-	-
Zusammen	76 386	5 415	13 052	1 514	8 075	1 513	7 290
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	459	178	157	-	4	2	1
bei Ländern	2 601	86	161	41	1 141	535	25
bei Gemeinden/Gv.	328	2	7	-	10	0	251
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	995	223	424	0	128	1	34
Zusammen	4 383	488	750	41	1 283	538	311
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	254	139	33	-	11	0	18
Restkaufgelder	170	14	30	0	4	0	27
Leasingverträge	1 274	158	57	70	418	38	193
Zusammen	1 698	311	120	70	432	38	238
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	350	182	101	-	5	0	19
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	58	20	1	-	22	-	2
Innere Schulden zusammen	408	202	102	-	27	0	21
Kassenverstärkungskredite	34 653	153	199	618	3 747	484	4 534
Zusammen	35 061	354	301	618	3 774	485	4 555
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	23 906	3 831	2 763	524	3 254	458	1 793

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapiersschulden	114	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	22 864	4 889	991	3 405	2 783	2 221	2 260
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	12 976	2 426	693	1 848	2 220	789	1 325
Sonst. inländ. Kreditinstituten	9 149	2 144	289	1 496	561	1 036	825
Inländ. Bausparkassen	100	2	-	8	2	1	13
Inländ. Versicherungsunternehmen	38	29	-	-	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	2	-	-	26	-	0	8
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	34	0	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	0	-	-	-	-	1
Sonstigen inländ. Stellen	559	288	8	27	0	395	85
Ausländischen Stellen	5	-	-	1	-	0	3
EUR-Schulden	2	-	-	1	-	0	3
Fremdwährungsschulden ¹⁾	3	-	-	-	-	-	-
Zusammen	22 978	4 889	991	3 405	2 783	2 221	2 260
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	76	4	3	-	-	28	7
bei Ländern	218	25	2	1	17	337	13
bei Gemeinden/Gv.	30	8	0	1	3	14	3
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	29	47	8	4	0	33	62
Zusammen	352	84	14	6	21	411	84
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	44	0	-	6	-	-	4
Restkaufgelder	46	3	1	7	5	5	27
Leasingverträge	127	1	1	102	25	7	76
Zusammen	217	4	2	115	31	11	108
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	3	2	3	9	0	26	0
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	1	3	-	9	-	-	-
Innere Schulden zusammen	4	5	3	19	0	26	0
Kassenverstärkungskredite	17 240	4 628	1 385	64	982	519	99
Zusammen	17 243	4 633	1 388	82	982	545	100
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	7 470	1 625	287	943	266	534	160

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	105	-	-	-	-	0	105
Direkte Darlehen (von)	9 750	578	2 053	171	1 085	149	1 208
Inländ. Banken und Sparkassen	9 528	569	1 977	170	1 077	139	1 178
Inländ. Bausparkassen	35	0	32	1	-	-	1
Inländ. Versicherungsunternehmen	1	-	-	-	-	-	1
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	0	-	-	0	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	4	0	4	-	0	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	177	4	40	1	8	10	28
Ausländischen Stellen	5	5	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	5	5	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	9 855	578	2 053	171	1 085	149	1 313
beim Bund	17	4	12	-	0	-	-
bei Ländern	227	0	8	2	108	42	-
bei Gemeinden/Gv.	25	0	-	-	1	0	20
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	27	5	8	0	7	0	1
Schulden bei öffentlichen Haushalten	297	9	28	2	117	42	21
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	516	13	52	2	40	29	75
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	503	13	51	2	38	29	73
Sonstigen inländ. Stellen	12	-	1	-	2	0	2
Ausländischen Stellen	0	0	0	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	516	13	52	2	40	29	75
Schulden bei öffentlichen Haushalten	125	5	0	13	2	2	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	2 737	525	99	444	270	297	133
Inländ. Banken und Sparkassen	2 725	500	99	442	270	260	123
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	0	0	0
Inländ. Versicherungsunternehmen	1	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	12	25	-	3	-	36	10
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	2 737	525	99	444	270	297	133
beim Bund	-	-	-	-	-	1	-
bei Ländern	17	9	-	0	-	31	9
bei Gemeinden/Gv.	-	0	0	-	-	2	2
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	0	4	1	0	-	1	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	17	13	1	0	-	35	11
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	113	94	9	22	7	37	22
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	111	94	9	22	7	32	22
Sonstigen inländ. Stellen	2	0	-	-	-	5	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	113	94	9	22	7	37	22
Schulden bei öffentlichen Haushalten	2	25	-	-	-	2	75

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	9 855	578	2 053	171	1 085	149	1 313
Schulden bei öffentlichen Haushalten	297	9	28	2	117	42	21
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 993	42	709	4	92	21	258
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	1 974	42	708	4	92	11	258
Sozialversicherungen	0	-	0	-	-	0	-
Sonstigen inländ. Stellen	18	0	1	-	0	10	-
Ausländischen Stellen	0	0	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 993	42	709	4	92	21	258
Schulden bei öffentlichen Haushalten	2	-	1	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	560	18	248	3	11	4	29
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	552	17	248	3	9	4	29
Sozialversicherungen	0	0	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	8	-	1	-	2	-	-
Ausländischen Stellen	1	1	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	560	18	248	3	11	4	29
Schulden bei öffentlichen Haushalten	6	0	1	-	-	1	0
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	105	-	-	-	-	0	105
Direkte Darlehen (von)	7 197	518	1 095	164	982	124	922
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	7 037	510	1 053	163	976	124	893
Sozialversicherungen	4	-	4	-	0	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	152	4	39	1	6	0	28
Ausländischen Stellen	4	4	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	7 302	518	1 095	164	982	124	1 027
Schulden bei öffentlichen Haushalten	289	9	27	2	117	41	21

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	2 737	525	99	444	270	297	133
Schulden bei öffentlichen Haushalten	17	13	1	0	-	35	11
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	695	47	-	30	32	59	2
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	695	47	-	30	32	53	2
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	6	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	695	47	-	30	32	59	2
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	131	32	4	44	18	12	7
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	131	32	4	44	18	8	5
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	4	1
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	131	32	4	44	18	12	7
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	2	-	0	-	2	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 910	446	96	369	220	225	125
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	1 899	421	96	367	220	200	116
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	12	25	-	3	-	25	9
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 910	446	96	369	220	225	125
Schulden bei öffentlichen Haushalten	17	10	1	0	-	33	11

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	100	0	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	10 115	693	2 083	265	644	218	1 101
Inländ. Banken und Sparkassen	9 766	653	2 053	262	585	211	1 074
Inländ. Bausparkassen	36	7	9	0	2	0	5
Inländ. Versicherungsunternehmen	15	5	2	-	0	0	2
Der Bundesagentur für Arbeit	6	0	0	0	-	1	0
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	44	19	5	-	8	-	0
Sonstigen Sozialversicherungen	1	0	0	-	0	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	236	9	14	2	43	6	21
Ausländischen Stellen	13	1	0	0	7	0	0
EUR-Schulden	9	0	0	0	7	0	0
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	1	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	10 215	693	2 083	265	644	218	1 101
beim Bund	94	65	16	-	0	0	0
bei Ländern	223	7	10	4	99	38	3
bei Gemeinden/Gv.	30	0	1	-	1	0	23
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	79	24	21	0	5	0	9
Schulden bei öffentlichen Haushalten	425	97	47	4	106	38	35
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	590	60	42	1	19	29	80
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	545	33	39	1	19	24	80
Sonstigen inländ. Stellen	45	27	2	-	0	5	0
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	590	60	42	1	19	29	80
Schulden bei öffentlichen Haushalten	36	0	1	-	8	1	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.1 Nach Ländern

5.1.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	100	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	3 116	388	76	641	374	253	262
Inländ. Banken und Sparkassen	3 020	373	76	626	374	218	241
Inländ. Bausparkassen	8	1	-	1	1	1	2
Inländ. Versicherungsunternehmen	5	2	-	-	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	1	-	-	3	-	0	1
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	13	0	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	0	-	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	65	13	0	12	0	35	17
Ausländischen Stellen	5	-	-	0	-	0	0
EUR-Schulden	1	-	-	0	-	0	0
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	3 116	388	76	741	374	253	262
beim Bund	9	0	0	-	-	2	1
bei Ländern	16	2	0	0	0	42	0
bei Gemeinden/Gv.	2	0	0	0	0	1	0
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	4	5	1	0	0	8	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	32	8	1	1	1	53	1
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	99	148	1	0	12	26	73
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	99	144	1	0	12	25	68
Sonstigen inländ. Stellen	0	3	-	0	-	1	6
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	99	148	1	0	12	26	73
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	1	-	0	7	4	14

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.2 Nach Körperschaftsgruppen/Größenklassen

5.2.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Bezirksverbände	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					
					zusammen	Gemeinden von... bis unter ... Einwohnern				Ämter
						unter 10 000	10 000 – 20 000	20 000 – 50 000	50 000 und mehr	
Mill. EUR										
Kreditmarktschulden										
Wertpapierschulden	219	-	114	-	105	0	-	-	105	-
Direkte Darlehen (von)	76 167	24 460	13 075	1 068	37 564	12 237	6 791	9 845	7 383	1 308
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	42 330	13 003	8 964	558	19 805	6 134	3 640	5 620	3 770	641
Sonst. inländ. Kreditinstituten	30 614	10 416	3 464	491	16 244	5 642	2 854	3 766	3 398	585
Inländ. Bausparkassen	294	123	69	-	102	35	12	9	44	2
Inländ. Versicherungsunternehmen	112	71	7	-	34	12	10	4	2	6
Der Bundesagentur für Arbeit	49	9	1	0	38	31	5	2	-	0
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	266	137	39	18	71	17	13	19	21	0
Sonstigen Sozialversicherungen	2	0	0	-	2	1	0	0	0	0
Sonstigen inländ. Stellen	2 339	640	526	0	1 173	347	236	408	109	74
Ausländischen Stellen	160	60	5	-	95	17	22	17	39	-
EUR-Schulden	63	-	1	-	61	10	6	7	38	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	97	60	4	-	34	7	16	9	1	-
Zusammen	76 386	24 460	13 189	1 068	37 669	12 237	6 791	9 845	7 488	1 308
Schulden bei öffentlichen Haushalten										
beim Bund	459	213	78	2	166	62	42	36	25	1
bei Ländern	2 601	725	579	28	1 270	544	264	312	114	35
bei Gemeinden/Gv.	328	1	102	28	198	35	41	62	13	47
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	995	515	160	-	319	154	81	66	9	9
Zusammen	4 383	1 454	919	58	1 953	795	428	475	161	93
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte										
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	254	27	17	-	209	25	99	47	38	-
Restkaufgelder	170	12	29	-	129	22	16	72	19	0
Leasingverträge	1 274	635	466	0	173	28	40	50	54	1
Zusammen	1 698	675	512	0	511	76	155	168	111	1
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite										
Mittel von Sonderrücklagen	350	50	260	-	41	20	7	1	11	1
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	58	16	26	-	16	1	9	4	2	-
Innere Schulden zusammen	408	66	286	-	57	21	16	5	14	1
Kassenverstärkungskredite	34 653	18 246	5 734	-	10 672	1 017	1 607	2 830	4 329	889
Zusammen	35 061	18 312	6 020	-	10 729	1 038	1 623	2 835	4 343	890
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen										
Haftungssumme insgesamt	23 906	12 532	2 567	80	8 728	1 016	1 262	3 406	3 013	32

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.2 Nach Körperschaftsgruppen/Größenklassen

5.2.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Bezirksverbände	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					
					zusammen	Gemeinden von ... bis unter ... Einwohnern				Ämter
						unter 10 000	10 000 – 20 000	20 000 – 50 000	50 000 und mehr	

Mill. EUR

Schuldenaufnahmen

Wertpapiersschulden	105	-	-	-	105	0	-	-	105	-
Direkte Darlehen (von)	9 750	4 071	1 293	161	4 224	1 317	644	1 090	1 077	96
Inländ. Banken und Sparkassen	9 528	4 029	1 231	158	4 109	1 278	609	1 065	1 070	88
Inländ. Bausparkassen	35	-	29	-	6	4	1	1	1	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	1	-	-	-	1	0	1	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	-	-	0	0	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	4	-	-	3	1	1	0	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	177	42	33	-	102	34	29	25	6	8
Ausländischen Stellen	5	-	-	-	5	-	5	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	5	-	-	-	5	-	5	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	9 855	4 071	1 293	161	4 329	1 317	644	1 090	1 182	96
beim Bund	17	4	0	-	12	4	5	3	-	-
bei Ländern	227	58	48	1	120	41	29	39	6	5
bei Gemeinden/Gv.	25	-	12	-	13	2	4	4	1	4
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	27	4	2	-	22	14	6	1	0	1
Schulden bei öffentlichen Haushalten	297	66	62	1	168	61	43	47	7	9

Sonstige Schuldenzugänge

Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	516	161	42	-	312	103	20	87	87	14
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	503	161	41	-	302	97	18	86	87	14
Sonstigen inländ. Stellen	12	1	2	-	10	6	3	2	0	-
Ausländischen Stellen	0	-	-	-	0	0	0	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	516	161	42	-	312	103	20	87	87	14
Schulden bei öffentlichen Haushalten	125	96	5	-	24	3	4	17	0	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.2 Nach Körperschaftsgruppen/Größenklassen

5.2.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Bezirksverbände	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					Ämter
					zusammen	Gemeinden von ... bis unter ... Einwohnern				
						unter 10 000	10 000 – 20 000	20 000 – 50 000	50 000 und mehr	
Mill. EUR										
Kreditmarktschulden zusammen	9 855	4 071	1 293	161	4 329	1 317	644	1 090	1 182	96
Schulden bei öffentlichen Haushalten	297	66	62	1	168	61	43	47	7	9
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr										
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 993	1 595	106	46	245	87	24	75	57	2
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	1 974	1 585	106	46	237	86	22	71	57	2
Sozialversicherungen	0	-	-	-	0	0	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	18	10	0	-	8	1	2	4	-	-
Ausländischen Stellen	0	-	-	-	0	-	0	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 993	1 595	106	46	245	87	24	75	57	2
Schulden bei öffentlichen Haushalten	2	-	-	-	2	0	1	-	-	0
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre										
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	560	286	23	-	251	93	43	73	37	5
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	552	286	23	-	243	92	38	72	37	5
Sozialversicherungen	0	-	-	-	0	0	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	8	0	-	-	8	1	5	1	-	1
Ausländischen Stellen	1	-	-	-	1	-	1	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	560	286	23	-	251	93	43	73	37	5
Schulden bei öffentlichen Haushalten	6	1	0	-	4	2	1	-	0	2
Laufzeit 5 Jahre und mehr										
Wertpapierschulden	105	-	-	-	105	0	-	-	105	-
Direkte Darlehen (von)	7 197	2 191	1 163	115	3 727	1 136	577	943	983	89
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	7 037	2 159	1 130	112	3 636	1 104	551	923	976	82
Sozialversicherungen	4	-	-	3	1	1	0	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	152	32	33	-	87	32	22	20	6	7
Ausländischen Stellen	4	-	-	-	4	-	4	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	7 302	2 191	1 163	115	3 832	1 136	577	943	1 088	89
Schulden bei öffentlichen Haushalten	289	65	61	1	162	59	41	47	7	7

5 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

5.2 Nach Körperschaftsgruppen/Größenklassen

5.2.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Bezirksverbände	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					
					zusammen	Gemeinden von ... bis unter ... Einwohnern				Ämter
						unter 10 000	10 000 – 20 000	20 000 – 50 000	50 000 und mehr	

Mill. EUR

Schuldentilgungen

Wertpapiersschulden	100	100	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	10 115	4 421	1 331	260	4 103	1 362	658	1 062	912	108
Inländ. Banken und Sparkassen	9 766	4 304	1 282	254	3 925	1 317	627	1 004	874	103
Inländ. Bausparkassen	36	11	6	-	18	6	3	3	6	0
Inländ. Versicherungsunternehmen	15	5	1	-	9	2	2	1	4	1
Der Bundesagentur für Arbeit	6	1	0	0	4	3	1	0	-	0
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	44	18	7	6	13	3	2	3	5	0
Sonstigen Sozialversicherungen	1	0	0	-	0	0	0	0	0	0
Sonstigen inländ. Stellen	236	77	34	0	124	28	23	50	19	4
Ausländischen Stellen	13	5	0	-	8	2	0	0	5	-
EUR-Schulden	9	5	0	-	3	1	0	0	1	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	-	-	-	4	0	-	0	4	-
Kreditmarktschulden zusammen	10 215	4 521	1 331	260	4 103	1 362	658	1 062	912	108
beim Bund	94	76	4	0	14	6	3	3	2	0
bei Ländern	223	48	58	4	113	48	25	23	12	4
bei Gemeinden/Gv.	30	0	8	2	20	4	4	6	1	5
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	79	43	12	-	24	10	7	6	0	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	425	167	81	6	171	69	40	37	16	10

Sonstige Schuldenabgänge

Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	590	212	80	3	295	69	44	21	148	14
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	545	175	78	3	289	66	44	18	148	13
Sonstigen inländ. Stellen	45	38	2	-	5	2	0	2	0	1
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	590	212	80	3	295	69	44	21	148	14
Schulden bei öffentlichen Haushalten	36	15	1	-	20	16	3	1	0	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

6 Schulden der kreisfreien Städte

6.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	24 460	1 150	5 194	179	1 940	427	584
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	13 003	622	2 772	111	802	253	264
Sonst. inländ. Kreditinstituten	10 416	482	2 234	63	983	148	310
Inländ. Bausparkassen	123	18	3	-	10	-	4
Inländ. Versicherungsunternehmen	71	1	2	-	15	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	9	-	0	-	-	-	0
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	137	17	2	-	105	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	0	-	-	-	0	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	640	10	121	6	24	26	6
Ausländischen Stellen	60	-	60	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	60	-	60	-	-	-	-
Zusammen	24 460	1 150	5 194	179	1 940	427	584
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	213	84	43	-	0	-	0
bei Ländern	725	51	69	13	194	182	2
bei Gemeinden/Gv.	1	0	0	-	-	-	0
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	515	45	323	-	19	-	6
Zusammen	1 454	181	436	13	213	182	8
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	27	-	14	-	0	-	0
Restkaufgelder	12	2	3	-	-	-	2
Leasingverträge	635	123	8	10	277	6	92
Zusammen	675	125	25	10	278	6	95
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	50	15	32	-	-	-	-
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	16	16	-	-	-	-	0
Innere Schulden zusammen	66	31	32	-	-	-	0
Kassenverstärkungskredite	18 246	-	77	345	812	362	420
Zusammen	18 312	31	109	345	812	362	420
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	12 532	1 291	1 799	147	1 936	195	641

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

6 Schulden der kreisfreien Städte
6.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	10 559	1 673	-	1 005	524	801	422
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	6 116	749	-	501	389	236	188
Sonst. inländ. Kreditinstituten	4 072	758	-	497	134	512	221
Inländ. Bausparkassen	89	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	31	21	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	2	-	-	7	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	12	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	0	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	237	146	-	-	-	52	13
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	10 559	1 673	-	1 005	524	801	422
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	66	0	-	-	-	12	7
bei Ländern	128	7	-	-	0	79	1
bei Gemeinden/Gv.	0	-	-	-	-	0	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	10	27	-	-	-	27	57
Zusammen	205	33	-	-	0	118	65
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	13	-	-	-	-	-	-
Restkaufgelder	5	1	-	-	-	-	-
Leasingverträge	93	0	-	21	-	0	3
Zusammen	111	2	-	21	-	0	3
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	2	-	-	-	-	-	0
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Innere Schulden zusammen	2	-	-	-	-	-	0
Kassenverstärkungskredite	12 609	2 854	-	-	405	324	40
Zusammen	12 611	2 854	-	-	405	324	40
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	4 002	1 389	-	582	147	354	49

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

6 Schulden der kreisfreien Städte

6.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	4 071	153	1 254	27	108	45	284
Inländ. Banken und Sparkassen	4 029	153	1 234	27	108	34	284
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	42	0	20	-	-	10	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	4 071	153	1 254	27	108	45	284
beim Bund	4	-	3	-	-	-	-
bei Ländern	58	-	2	2	18	24	-
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	4	-	1	-	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	66	-	6	2	18	24	-
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	161	-	17	-	-	13	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	161	-	17	-	-	13	-
Sonstigen inländ. Stellen	1	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	161	-	17	-	-	13	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	96	-	0	-	-	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

6 Schulden der kreisfreien Städte

6.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 630	206	-	172	50	116	27
Inländ. Banken und Sparkassen	1 630	195	-	172	50	116	27
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	11	-	-	-	1	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 630	206	-	172	50	116	27
beim Bund	-	-	-	-	-	1	-
bei Ländern	4	3	-	-	-	3	1
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	2	-	-	-	1	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	4	5	-	-	-	5	1
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	22	63	-	-	-	25	21
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	22	63	-	-	-	24	21
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	1	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	22	63	-	-	-	25	21
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	25	-	-	-	-	71

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

6 Schulden der kreisfreien Städte

6.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	MILL. EUR						
Kreditmarktschulden	4 071	153	1 254	27	108	45	284
Schulden bei öffentlichen Haushalten	66	-	6	2	18	24	-
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 595	-	679	-	-	10	230
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	1 585	-	679	-	-	-	230
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	10	-	-	-	-	10	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 595	-	679	-	-	10	230
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	286	-	198	-	5	-	1
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	286	-	198	-	5	-	1
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	0	-	0	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	286	-	198	-	5	-	1
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1	-	-	-	-	-	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	2 191	153	376	27	103	34	53
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	2 159	153	356	27	103	34	53
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	32	0	20	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	2 191	153	376	27	103	34	53
Schulden bei öffentlichen Haushalten	65	-	6	2	18	24	-

6 Schulden der kreisfreien Städte

6.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	1 630	206	-	172	50	116	27
Schulden bei öffentlichen Haushalten	4	5	-	-	-	5	1
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	601	20	-	-	4	50	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	601	20	-	-	4	50	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	601	20	-	-	4	50	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	54	15	-	-	8	-	4
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	54	15	-	-	8	-	4
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	54	15	-	-	8	-	4
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	1	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	976	171	-	172	37	66	23
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	976	160	-	172	37	66	23
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	11	-	-	-	1	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	976	171	-	172	37	66	23
Schulden bei öffentlichen Haushalten	4	5	-	-	-	4	1

6 Schulden der kreisfreien Städte

6.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	MILL. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	100	0	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	4 421	285	1 231	36	145	69	273
Inländ. Banken und Sparkassen	4 304	275	1 226	35	106	64	270
Inländ. Bausparkassen	11	3	1	-	1	-	1
Inländ. Versicherungsunternehmen	5	0	0	-	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	1	-	0	-	-	-	0
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	18	6	1	-	6	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	0	-	-	-	0	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	77	1	3	0	27	5	2
Ausländischen Stellen	5	-	-	-	5	-	-
EUR-Schulden	5	-	-	-	5	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	4 521	285	1 231	36	145	69	273
beim Bund	76	58	8	-	0	-	0
bei Ländern	48	0	5	2	16	5	0
bei Gemeinden/Gv.	0	0	-	-	-	-	0
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	43	10	14	-	1	-	8
Schulden bei öffentlichen Haushalten	167	68	27	2	17	5	8
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	212	26	0	-	0	17	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	175	-	0	-	0	12	-
Sonstigen inländ. Stellen	38	26	-	-	-	5	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	212	26	0	-	0	17	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	15	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

6 Schulden der kreisfreien Städte

6.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldentilgungen							
- Wertpapierschulden	-	-	-	100	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 810	124	-	207	78	112	51
Inländ. Banken und Sparkassen	1 772	118	-	207	78	105	48
Inländ. Bausparkassen	7	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	4	1	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	1	-	-	1	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	4	-	-	-	-	-	-
- Sonstigen Sozialversicherungen	-	0	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	23	5	-	-	-	6	4
- Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
- EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
- Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 810	124	-	307	78	112	51
beim Bund	9	0	-	-	-	1	1
bei Ländern	7	0	-	-	0	12	-
bei Gemeinden/Gv.	0	-	-	-	-	0	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	2	1	-	-	-	7	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	18	1	-	-	0	20	1
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	10	62	-	-	3	24	70
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	10	62	-	-	3	24	64
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	0	6
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	10	62	-	-	3	24	70
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	-	-	-	-	1	14

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter

7.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapierschulden	105	-	-	-	-	0	105
Direkte Darlehen (von)	37 564	3 152	5 659	1 172	3 497	734	4 364
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	19 805	1 697	2 889	432	1 799	267	2 221
Sonst. inländ. Kreditinstituten	16 244	1 318	2 614	713	1 573	456	1 911
Inländ. Bausparkassen	102	11	23	3	5	1	32
Inländ. Versicherungsunternehmen	34	4	8	-	0	0	7
Der Bundesagentur für Arbeit	38	0	0	5	-	5	0
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	71	40	14	-	1	-	0
Sonstigen Sozialversicherungen	2	0	0	-	0	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	1 173	50	106	19	75	1	191
Ausländischen Stellen	95	32	5	1	45	3	2
EUR-Schulden	61	3	3	1	45	3	2
Fremdwährungsschulden ¹⁾	34	29	2	-	-	-	-
Zusammen	37 669	3 152	5 659	1 172	3 497	734	4 469
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	166	62	72	-	4	2	1
bei Ländern	1 270	25	70	23	596	193	20
bei Gemeinden/Gv.	198	1	4	-	10	0	154
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	319	94	93	0	92	1	9
Zusammen	1 953	182	239	23	701	196	184
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	209	139	19	-	10	0	4
Restkaufgelder	129	13	27	0	4	0	11
Leasingverträge	173	3	18	10	11	9	32
Zusammen	511	155	65	11	24	9	47
Innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	41	6	11	-	5	0	3
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	16	4	1	-	8	-	2
Innere Darlehen zusammen	57	10	12	-	13	0	5
Kassenverstärkungskredite	10 672	131	108	110	1 176	19	2 304
Zusammen	10 729	142	121	110	1 189	19	2 309
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	8 728	1 995	583	363	617	253	908

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter

7.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	10 156	2 282	809	1 944	1 485	979	1 331
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	5 572	1 141	540	1 028	1 165	339	715
Sonst. inländ. Kreditinstituten	4 239	1 043	270	864	318	381	544
Inländ. Bausparkassen	12	2	-	8	2	1	4
Inländ. Versicherungsunternehmen	6	8	-	-	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	-	19	-	0	8
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	16	0	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	0	-	-	-	-	1
Sonstigen inländ. Stellen	305	88	-	23	0	258	57
Ausländischen Stellen	5	-	-	1	-	0	2
EUR-Schulden	2	-	-	1	-	0	2
Fremdwährungsschulden ¹⁾	3	-	-	-	-	-	-
Zusammen	10 156	2 282	809	1 944	1 485	979	1 331
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	8	4	3	-	-	11	0
bei Ländern	70	16	2	0	15	228	12
bei Gemeinden/Gv.	1	8	0	1	3	14	1
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	3	15	1	4	-	2	5
Zusammen	83	42	7	5	19	254	18
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	31	0	-	2	-	-	4
Restkaufgelder	42	2	1	7	0	5	17
Leasingverträge	16	0	1	55	1	5	12
Zusammen	88	2	2	64	1	9	33
Innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	0	2	3	-	0	10	0
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	1	0	-	0	-	-	-
Innere Darlehen zusammen	1	3	3	0	0	10	0
Kassenverstärkungskredite	4 324	786	1 315	40	252	78	30
Zusammen	4 325	788	1 318	40	252	87	30
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	2 889	226	272	345	87	81	111

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter

7.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	105	-	-	-	-	0	105
Direkte Darlehen (von)	4 224	357	629	135	512	73	726
Inländ. Banken und Sparkassen	4 109	349	612	134	507	73	705
Inländ. Bausparkassen	6	0	3	1	-	-	1
Inländ. Versicherungsunternehmen	1	-	-	-	-	-	1
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	0	-	-	0	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	1	0	1	-	0	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	102	4	13	1	5	0	19
Ausländischen Stellen	5	5	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	5	5	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	4 329	357	629	135	512	73	831
beim Bund	12	4	8	-	0	-	-
bei Ländern	120	0	6	0	63	3	-
bei Gemeinden/Gv.	13	0	-	-	1	0	10
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	22	4	8	-	7	0	1
Schulden bei öffentlichen Haushalten	168	9	22	0	71	3	10
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	312	13	27	2	39	16	71
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	302	13	26	2	37	16	71
Sonstigen inländ. Stellen	10	-	1	-	2	0	0
Ausländischen Stellen	0	0	0	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	312	13	27	2	39	16	71
Schulden bei öffentlichen Haushalten	24	-	0	13	2	1	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter

7.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	919	226	85	206	144	123	87
Inländ. Banken und Sparkassen	907	220	85	204	144	92	77
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	0	0	0
Inländ. Versicherungsunternehmen	1	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	12	6	-	3	-	31	10
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	919	226	85	206	144	123	87
beim Bund	-	-	-	-	-	-	-
bei Ländern	12	4	-	-	-	24	8
bei Gemeinden/Gv.	-	0	0	-	-	2	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	1	-	0	-	0	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	12	5	0	0	-	26	8
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	91	30	1	5	7	9	0
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	89	30	1	5	7	4	0
Sonstigen inländ. Stellen	2	0	-	-	-	5	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	91	30	1	5	7	9	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	2	0	-	-	-	2	4

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter

7.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	4 329	357	629	135	512	73	831
Schulden bei öffentlichen Haushalten	168	9	22	0	71	3	10
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	245	37	24	4	27	4	28
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	237	37	23	4	27	4	28
Sozialversicherungen	0	-	0	-	-	0	-
Sonstigen inländ. Stellen	8	0	1	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	0	0	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	245	37	24	4	27	4	28
Schulden bei öffentlichen Haushalten	2	-	1	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	251	15	49	2	3	4	25
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	243	14	49	2	1	4	25
Sozialversicherungen	0	0	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	8	-	1	-	2	-	-
Ausländischen Stellen	1	1	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	251	15	49	2	3	4	25
Schulden bei öffentlichen Haushalten	4	0	1	-	-	1	0
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	105	-	-	-	-	0	105
Direkte Darlehen (von)	3 727	305	556	129	483	66	673
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	3 636	297	544	128	479	66	654
Sozialversicherungen	1	-	1	-	0	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	87	3	11	1	4	0	19
Ausländischen Stellen	4	4	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	3 832	305	556	129	483	66	778
Schulden bei öffentlichen Haushalten	162	8	20	0	71	3	10

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter
7.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	919	226	85	206	144	123	87
Schulden bei öffentlichen Haushalten	12	5	0	0	-	26	8
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	49	27	-	20	16	9	2
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	49	27	-	20	16	3	2
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	6	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	49	27	-	20	16	9	2
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	77	17	4	37	9	7	2
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	77	17	4	37	9	3	1
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	4	1
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	77	17	4	37	9	7	2
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	2	-	0	-	1	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	793	182	81	150	120	107	83
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	782	176	81	147	120	87	75
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	12	6	-	3	-	20	9
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	793	182	81	150	120	107	83
Schulden bei öffentlichen Haushalten	12	3	0	0	-	26	8

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter

7.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	MILL. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	4 103	288	627	200	263	97	628
Inländ. Banken und Sparkassen	3 925	266	612	198	252	96	609
Inländ. Bausparkassen	18	4	3	0	1	0	4
Inländ. Versicherungsunternehmen	9	4	1	-	0	0	2
Der Bundesagentur für Arbeit	4	0	0	0	-	1	0
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	13	6	2	-	0	-	0
Sonstigen Sozialversicherungen	0	0	0	-	0	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	124	6	8	1	8	0	14
Ausländischen Stellen	8	1	0	0	2	0	0
EUR-Schulden	3	0	0	0	2	0	0
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	1	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	4 103	288	627	200	263	97	628
beim Bund	14	6	7	-	0	0	0
bei Ländern	113	1	4	2	48	24	3
bei Gemeinden/Gv.	20	0	0	-	1	0	15
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	24	8	6	0	4	0	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	171	15	17	2	53	24	19
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	295	17	29	1	18	10	80
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	289	17	27	1	18	10	80
Sonstigen inländ. Stellen	5	0	2	-	0	0	0
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	295	17	29	1	18	10	80
Schulden bei öffentlichen Haushalten	20	0	1	-	8	0	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

7 Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter

7.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	952	192	63	344	194	93	162
Inländ. Banken und Sparkassen	899	186	63	331	193	70	150
Inländ. Bausparkassen	1	1	-	1	1	1	1
Inländ. Versicherungsunternehmen	2	1	-	-	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	-	2	-	0	1
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	4	0	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	0	-	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	41	5	-	9	0	22	9
Ausländischen Stellen	5	-	-	0	-	0	-
EUR-Schulden	1	-	-	0	-	0	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	952	192	63	344	194	93	162
beim Bund	1	0	0	-	-	1	0
bei Ländern	6	2	0	0	0	24	0
bei Gemeinden/Gv.	0	0	0	0	0	1	0
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	2	1	0	0	-	0	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	10	4	0	1	1	26	1
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	90	34	1	0	7	2	4
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	89	32	1	0	7	2	3
Sonstigen inländ. Stellen	0	2	-	-	-	1	0
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	90	34	1	0	7	2	4
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	1	-	0	7	2	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

8 Schulden der Landkreise

8.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapierschulden	114	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	13 075	1 113	2 042	162	2 594	351	2 238
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	8 964	714	1 484	110	1 698	225	1 573
Sonst. inländ. Kreditinstituten	3 464	318	438	50	775	126	535
Inländ. Bausparkassen	69	-	52	-	5	-	3
Inländ. Versicherungsunternehmen	7	1	6	-	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	1	-	0	0	-	0	0
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	39	33	4	-	2	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	0	0	0	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	526	47	55	1	112	-	127
Ausländischen Stellen	5	-	4	-	-	-	-
EUR-Schulden	1	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	-	4	-	-	-	-
Zusammen	13 189	1 113	2 042	162	2 594	351	2 238
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	78	32	41	-	0	-	0
bei Ländern	579	9	16	5	344	160	3
bei Gemeinden/Gv.	102	0	2	-	0	-	97
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	160	84	8	0	17	-	18
Zusammen	919	126	68	5	362	160	119
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	17	0	0	-	-	-	13
Restkaufgelder	29	-	0	-	0	-	13
Leasingverträge	466	32	30	49	130	23	69
Zusammen	512	32	31	49	130	23	95
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	260	161	57	-	-	-	16
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	26	-	-	-	14	-	0
Innere Schulden zusammen	286	161	57	-	14	-	16
Kassenverstärkungskredite	5 734	21	15	164	1 759	103	1 810
Zusammen	6 020	182	72	164	1 774	103	1 826
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	2 567	545	378	14	701	10	244

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

8 Schulden der Landkreise
8.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	MILL. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapierschulden	114	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 306	908	182	456	774	442	507
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	868	517	154	318	666	214	422
Sonst. inländ. Kreditinstituten	421	337	19	134	109	142	59
Inländ. Bausparkassen	-	0	-	-	-	-	9
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	0	-	0	0
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	17	54	8	4	-	85	15
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	1
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	1
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	1 420	908	182	456	774	442	507
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	0	0	-	-	-	5	-
bei Ländern	4	3	0	1	2	30	-
bei Gemeinden/Gv.	1	0	-	-	-	0	2
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	16	5	7	-	0	4	-
Zusammen	20	8	7	1	2	39	2
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	0	-	-	4	-	-	-
Restkaufgelder	-	0	-	-	5	0	10
Leasingverträge	17	0	-	27	25	2	61
Zusammen	18	0	-	31	30	2	72
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	-	-	-	9	-	16	-
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	-	3	-	9	-	-	-
Innere Schulden zusammen	-	3	-	18	-	16	-
Kassenverstärkungskredite	307	989	70	24	326	118	30
Zusammen	307	991	70	42	326	134	30
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	502	10	15	15	31	99	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

8 Schulden der Landkreise

8.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 293	67	157	9	465	31	198
Inländ. Banken und Sparkassen	1 231	67	121	9	462	31	189
Inländ. Bausparkassen	29	-	29	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	33	1	7	-	3	-	9
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 293	67	157	9	465	31	198
beim Bund	0	-	0	-	-	-	-
bei Ländern	48	-	0	-	27	14	-
bei Gemeinden/Gv.	12	-	-	-	-	-	10
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	2	0	-	0	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	62	0	0	0	27	14	10
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	42	0	8	-	1	0	3
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	41	0	8	-	1	0	2
Sonstigen inländ. Stellen	2	-	-	-	-	-	2
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	42	0	8	-	1	0	3
Schulden bei öffentlichen Haushalten	5	5	-	-	0	0	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

8 Schulden der Landkreise

8.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	43	89	14	67	75	57	19
Inländ. Banken und Sparkassen	43	81	14	67	75	52	19
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	8	-	-	-	5	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	43	89	14	67	75	57	19
beim Bund	-	-	-	-	-	-	-
bei Ländern	-	2	-	0	-	4	-
bei Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-	-	2
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	0	-	1	-	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	2	1	0	-	4	2
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	-	1	8	18	-	3	0
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	-	1	8	18	-	3	0
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	-	1	8	18	-	3	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

8 Schulden der Landkreise

8.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	1 293	67	157	9	465	31	198
Schulden bei öffentlichen Haushalten	62	0	0	0	27	14	10
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	106	5	6	-	66	8	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	106	5	6	-	65	8	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	0	-	-	-	0	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	106	5	6	-	66	8	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	23	3	1	1	3	-	3
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	23	3	1	1	3	-	3
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	23	3	1	1	3	-	3
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	-	-	-	-	-	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 163	60	150	9	396	24	196
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	1 130	59	143	9	393	24	187
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	33	1	7	-	3	-	9
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 163	60	150	9	396	24	196
Schulden bei öffentlichen Haushalten	61	0	0	0	27	14	10

8 Schulden der Landkreise

8.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	43	89	14	67	75	57	19
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	2	1	0	-	4	2
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	-	-	-	11	12	-	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar-	-	-	-	11	12	-	-
kassen und Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	-	-	-	11	12	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	-	-	-	8	1	5	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar-	-	-	-	8	1	5	-
kassen und Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	-	-	-	8	1	5	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	0	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	43	89	14	48	63	52	19
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar-	43	81	14	48	63	47	19
kassen und Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	8	-	-	-	5	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	43	89	14	48	63	52	19
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	2	1	0	-	3	2

8 Schulden der Landkreise

8.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	MILL. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1 331	121	204	29	234	52	200
Inländ. Banken und Sparkassen	1 282	112	196	28	225	52	194
Inländ. Bausparkassen	6	-	5	-	0	-	1
Inländ. Versicherungsunternehmen	1	0	1	-	-	-	0
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	0	0	-	0	0
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	7	6	0	-	1	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	0	0	0	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	34	2	2	0	7	-	5
Ausländischen Stellen	0	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	0	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1 331	121	204	29	234	52	200
beim Bund	4	2	2	-	0	-	0
bei Ländern	58	5	0	1	35	9	0
bei Gemeinden/Gv.	8	0	0	-	0	-	8
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	12	6	0	0	1	-	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	81	14	3	1	35	9	8
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	80	16	9	-	-	2	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	78	16	9	-	-	2	-
Sonstigen inländ. Stellen	2	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	80	16	9	-	-	2	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1	-	0	-	-	1	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

8 Schulden der Landkreise

8.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	118	71	13	90	103	49	49
Inländ. Banken und Sparkassen	117	68	13	87	103	42	43
Inländ. Bausparkassen	-	0	-	-	-	-	1
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	0	-	0	0
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	0
Sonstigen inländ. Stellen	0	3	0	2	-	7	4
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	0
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	0
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	118	71	13	90	103	49	49
beim Bund	0	0	-	-	-	0	-
bei Ländern	0	0	0	-	-	6	-
bei Gemeinden/Gv.	0	0	-	-	-	0	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	0	3	1	-	0	0	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	3	1	-	0	7	-
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	-	51	-	0	1	0	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	-	49	-	-	1	0	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	2	-	0	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	-	51	-	0	1	0	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	0	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

9 Fälligkeiten der am 31.12.2009 bestehenden Kreditmarktschulden *)

9.1 Schulden der Kernhaushalte nach Körperschaftsgruppen und Ländern

Körperschaftsgruppen/ Länder	Insgesamt	Davon					
		in 2010	in 2011	in 2012	in 2013	in 2014	nach 2014
Mill. EUR							
Kernhaushalte zusammen							
Insgesamt	1 591 040	294 400	213 031	148 010	141 791	136 877	656 930
Bund ¹⁾	1010 365	214 645	141 781	88 250	90 362	87 444	387 882
Länder	504 288	74 755	66 885	55 424	47 099	45 251	214 874
Gemeinden/Gv.	76 386	5 000	4 365	4 336	4 330	4 182	54 173
Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände							
Insgesamt	580 675	79 755	71 250	59 760	51 429	49 433	269 048
Flächenländer	483 202	63 911	57 939	48 875	41 713	40 599	230 165
Baden-Württemberg	47 104	6 063	3 518	3 324	3 138	3 407	27 655
Bayern	40 619	4 261	3 086	3 613	3 128	2 735	23 795
Brandenburg	19 022	2 971	2 947	3 205	1 858	1 656	6 384
Hessen	41 480	4 441	4 592	4 728	4 408	3 280	20 032
Mecklenburg-Vorpommern	11 418	1 442	1 122	1 116	1 345	1 569	4 825
Niedersachsen	58 750	7 070	6 390	5 564	4 482	6 820	28 424
Nordrhein-Westfalen	142 922	21 649	20 285	15 591	12 912	9 382	63 103
Rheinland-Pfalz	33 008	6 269	6 858	3 960	2 400	3 358	10 163
Saarland	11 558	846	745	889	648	1 043	7 387
Sachsen	10 295	1 650	1 439	823	1 206	1 103	4 074
Sachsen-Anhalt	22 595	1 898	1 689	1 757	2 284	1 872	13 094
Schleswig-Holstein	26 463	3 266	3 142	2 639	2 354	2 659	12 403
Thüringen	17 967	2 083	2 128	1 666	1 551	1 714	8 825
Stadtstaaten	97 473	15 845	13 311	10 885	9 716	8 834	38 883
Berlin	58 821	8 497	7 118	6 875	5 798	5 498	25 035
Bremen	16 011	3 919	3 286	1 807	830	840	5 329
Hamburg	22 641	3 429	2 906	2 203	3 088	2 496	8 519
Länder							
Insgesamt	504 288	74 755	66 885	55 424	47 099	45 251	214 874
Flächenländer	406 816	58 910	53 574	44 539	37 383	36 417	175 992
Baden-Württemberg	41 689	5 657	3 156	2 973	2 766	3 066	24 070
Bayern	27 567	3 374	2 256	2 812	2 347	1 924	14 855
Brandenburg	17 508	2 853	2 849	3 115	1 767	1 562	5 362
Hessen	33 406	3 837	4 141	4 300	3 969	2 855	14 303
Mecklenburg-Vorpommern	9 905	1 355	1 031	1 026	1 253	1 490	3 750
Niedersachsen	51 461	6 648	5 984	5 152	4 093	6 437	23 146
Nordrhein-Westfalen	119 944	20 366	19 211	14 462	11 789	8 279	45 837
Rheinland-Pfalz	28 119	5 906	6 580	3 695	2 117	3 116	6 706
Saarland	10 567	780	681	826	584	984	6 713
Sachsen	6 889	1 390	1 203	582	974	883	1 857
Sachsen-Anhalt	19 812	1 724	1 516	1 579	2 109	1 718	11 166
Schleswig-Holstein	24 241	3 091	2 989	2 492	2 206	2 526	10 938
Thüringen	15 707	1 928	1 978	1 527	1 408	1 578	7 289
Stadtstaaten	97 473	15 845	13 311	10 885	9 716	8 834	38 883
Berlin	58 821	8 497	7 118	6 875	5 798	5 498	25 035
Bremen	16 011	3 919	3 286	1 807	830	840	5 329
Hamburg	22 641	3 429	2 906	2 203	3 088	2 496	8 519
Gemeinden und Gemeindeverbände							
Insgesamt	76 386	5 000	4 365	4 336	4 330	4 182	54 173
Baden-Württemberg	5 415	405	361	351	371	341	3 584
Bayern	13 052	888	829	802	781	811	8 941
Brandenburg	1 514	118	98	91	90	95	1 022
Hessen	8 075	603	451	428	439	425	5 729
Mecklenburg-Vorpommern	1 513	87	91	90	92	79	1 074
Niedersachsen	7 290	422	406	411	390	383	5 278
Nordrhein-Westfalen	22 978	1 283	1 074	1 129	1 123	1 103	17 266
Rheinland-Pfalz	4 889	363	278	266	283	242	3 457
Saarland	991	67	64	63	64	59	675
Sachsen	3 405	260	236	241	231	220	2 217
Sachsen-Anhalt	2 783	174	174	178	175	155	1 928
Schleswig-Holstein	2 221	175	153	147	148	133	1 465
Thüringen	2 260	155	151	139	143	136	1 536

¹⁾ Kreditmarktschulden im engeren Sinne, einschl. Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten.

¹⁾ Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Ausgleichsfonds "Steinkohle", Erblastentilgungsfonds und des Fonds "Deutsche Einheit".

9 Fälligkeiten der am 31.12.2009 bestehenden Kreditmarktschulden *)

9.2 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Körperschaftsgruppen und Ländern

Körperschaftsgruppen/ Länder	Insgesamt	Davon					
		in 2010	in 2011	in 2012	in 2013	in 2014	nach 2014
Mill. EUR							
Kreisfreie Städte							
Insgesamt	24 460	1 527	1 285	1 273	1 273	1 234	17 866
Baden-Württemberg	1 150	75	74	68	63	58	813
Bayern	5 194	288	269	273	282	275	3 808
Brandenburg	179	16	15	14	14	13	107
Hessen	1 940	219	105	89	105	89	1 333
Mecklenburg-Vorpommern	427	19	29	26	26	16	311
Niedersachsen	584	36	34	34	33	33	413
Nordrhein-Westfalen	10 559	538	482	508	470	496	8 065
Rheinland-Pfalz	1 673	159	102	84	104	82	1 141
Saarland	-	-	-	-	-	-	-
Sachsen	1 005	60	60	61	63	61	700
Sachsen-Anhalt	524	36	37	40	38	36	336
Schleswig-Holstein	801	60	56	53	52	50	529
Thüringen	422	22	22	23	23	23	310
Landkreise							
Insgesamt	13 189	990	793	775	805	812	9 014
Baden-Württemberg	1 113	74	73	70	78	75	744
Bayern	2 042	137	130	122	126	170	1 358
Brandenburg	162	15	11	10	9	8	109
Hessen	2 594	186	160	154	148	156	1 789
Mecklenburg-Vorpommern	351	16	16	19	18	16	266
Niedersachsen	2 238	129	130	121	121	111	1 625
Nordrhein-Westfalen	1 420	199	65	67	81	96	912
Rheinland-Pfalz	908	58	51	58	57	41	643
Saarland	182	12	12	12	12	11	122
Sachsen	456	52	40	38	38	33	256
Sachsen-Anhalt	774	45	46	48	49	38	548
Schleswig-Holstein	442	37	27	26	35	27	289
Thüringen	507	29	29	31	34	29	354
Kreisangehörige Gemeinden							
Insgesamt	36 361	2 337	2 145	2 144	2 112	1 995	25 628
Baden-Württemberg	3 152	256	215	214	230	209	2 028
Bayern	5 659	449	418	395	364	354	3 679
Brandenburg	1 139	84	69	64	65	71	786
Hessen	3 497	196	184	183	184	178	2 573
Mecklenburg-Vorpommern	713	50	44	45	46	44	484
Niedersachsen	3 988	225	211	226	203	207	2 916
Nordrhein-Westfalen	10 156	500	478	504	526	465	7 682
Rheinland-Pfalz	1 576	103	83	82	82	76	1 149
Saarland	809	54	51	51	52	48	553
Sachsen	1 944	148	136	142	131	126	1 260
Sachsen-Anhalt	1 473	91	90	89	87	80	1 036
Schleswig-Holstein	932	75	66	65	58	53	615
Thüringen	1 322	104	98	85	85	84	866
Bezirksverbände, Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden							
Insgesamt	2 377	146	143	143	139	140	1 665
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-
Bayern	156	14	12	12	10	12	95
Brandenburg	33	3	3	2	2	2	21
Hessen	44	2	2	2	2	2	34
Mecklenburg-Vorpommern	21	2	2	2	1	2	13
Niedersachsen	481	32	30	31	33	31	324
Nordrhein-Westfalen	842	47	48	49	46	45	607
Rheinland-Pfalz	732	42	42	41	40	43	524
Saarland	-	-	-	-	-	-	-
Sachsen	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen-Anhalt	12	1	1	1	1	1	8
Schleswig-Holstein	47	4	3	3	3	3	31
Thüringen	9	1	0	0	0	0	7

*) Einschl. Wertpapiere im Eigenbestand der Emittenten.

10 Schulden des öffentlichen Sektors am 31.12.2009

Körperschaftsgruppe/Schuldart	Insgesamt	Öffentlicher Gesamthaushalt			übrige FEU *)
		zusammen	Kernhaushalte	Extrahaushalte	
Mill. Euro					
Insgesamt	2 344 114	1 659 186	1 569 055	90 131	684 928
Kreditmarktschulden	2 177 199	1 636 213	1 553 129	83 084	540 986
Schulden bei öffentlichen Haushalten	166 915	22 973	15 926	7 048	143 942
Bund	1 504 811	1 033 855	973 734	60 121	470 956
Kreditmarktschulden	1 396 365	1 033 266	973 734	59 533	363 099
Schulden bei öffentlichen Haushalten	108 445	588	-	588	107 857
Länder zusammen	839 304	625 332	595 321	30 010	213 972
Kreditmarktschulden	780 834	602 946	579 395	23 551	177 887
Schulden bei öffentlichen Haushalten	58 470	22 385	15 926	6 459	36 085
Baden-Württemberg	95 988	64 389	48 905	15 483	31 600
Kreditmarktschulden	89 867	62 559	47 104	15 456	27 308
Schulden bei öffentlichen Haushalten	6 121	1 829	1 802	28	4 292
Bayern	62 907	43 517	42 773	744	19 390
Kreditmarktschulden	57 336	41 327	40 619	708	16 009
Schulden bei öffentlichen Haushalten	5 571	2 190	2 154	36	3 381
Brandenburg	26 348	19 011	18 988	23	7 337
Kreditmarktschulden	25 580	18 952	18 947	5	6 628
Schulden bei öffentlichen Haushalten	768	60	41	18	709
Hessen	69 268	43 801	43 355	447	25 467
Kreditmarktschulden	60 058	41 908	41 480	428	18 150
Schulden bei öffentlichen Haushalten	9 210	1 893	1 874	19	7 317
Mecklenburg-Vorpommern	17 577	11 973	11 957	16	5 604
Kreditmarktschulden	16 577	11 430	11 418	12	5 147
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 000	543	538	5	457
Niedersachsen	75 793	60 154	59 888	266	15 639
Kreditmarktschulden	73 211	58 973	58 750	222	14 238
Schulden bei öffentlichen Haushalten	2 582	1 181	1 138	44	1 401
Nordrhein-Westfalen	194 650	153 584	146 626	6 958	41 066
Kreditmarktschulden	179 362	145 113	142 922	2 191	34 249
Schulden bei öffentlichen Haushalten	15 289	8 472	3 704	4 768	6 817
Rheinland-Pfalz	46 277	35 440	32 325	3 115	10 838
Kreditmarktschulden	39 641	33 468	31 861	1 606	6 174
Schulden bei öffentlichen Haushalten	6 636	1 972	464	1 508	4 664
Saarland	17 625	11 641	11 614	27	5 984
Kreditmarktschulden	16 767	11 585	11 558	27	5 181
Schulden bei öffentlichen Haushalten	858	55	55	-	803
Sachsen	22 590	12 504	12 211	293	10 086
Kreditmarktschulden	18 613	10 587	10 295	293	8 025
Schulden bei öffentlichen Haushalten	3 977	1 916	1 916	0	2 061
Sachsen-Anhalt	28 255	22 617	22 615	2	5 638
Kreditmarktschulden	28 047	22 596	22 595	2	5 451
Schulden bei öffentlichen Haushalten	208	21	21	-	188
Schleswig-Holstein	30 899	28 562	27 181	1 381	2 337
Kreditmarktschulden	29 846	27 756	26 405	1 351	2 090
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 052	805	776	30	247
Thüringen	23 416	18 066	18 051	14	5 350
Kreditmarktschulden	23 010	17 981	17 967	14	5 028
Schulden bei öffentlichen Haushalten	406	84	84	-	322
Berlin	70 864	59 822	59 822	-	11 042
Kreditmarktschulden	69 373	58 821	58 821	-	10 552
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 491	1 002	1 001	1	489
Bremen	18 165	16 132	16 132	-	2 033
Kreditmarktschulden	17 706	16 011	16 011	-	1 695
Schulden bei öffentlichen Haushalten	459	121	121	-	338
Hamburg	39 918	24 119	22 879	1 241	15 799
Kreditmarktschulden	35 840	23 879	22 641	1 238	11 961
Schulden bei öffentlichen Haushalten	2 841	240	237	3	2 600

*) Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nicht zu den Extrahaushalten zählen.

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapierschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	2 724	729	708	5	428	12	221
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	1 753	578	436	2	299	6	130
Sonst. inländ. Kreditinstituten	864	144	252	3	125	5	83
Inländ. Bausparkassen	2	0	2	-	0	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	0	0	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	-	-	-	0	-
Öffentlichen Zusatzversorgungs- einrichtungen	8	0	8	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	89	2	10	-	2	-	8
Ausländischen Stellen	6	4	-	-	1	-	-
EUR-Schulden	1	-	-	-	1	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	4	4	-	-	-	-	-
Zusammen	2 724	729	708	5	428	12	221
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	19	4	8	-	0	-	-
bei Ländern	46	1	13	-	8	3	1
bei Gemeinden/Gv.	12	0	3	-	1	0	6
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	32	7	12	-	10	0	1
Zusammen	110	11	36	-	19	3	8
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	3	0	2	-	-	-	-
Restkaufgelder	0	0	-	-	0	-	-
Leasingverträge	2	0	0	0	0	0	0
Zusammen	5	0	3	0	0	0	0
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	14	0	11	-	0	-	-
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	0	-	-	-	-	0	-
Innere Schulden zusammen	14	0	11	-	0	0	-
Kassenverstärkungskredite	48	3	33	-	2	0	4
Zusammen	61	3	44	-	2	0	4
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	826	675	62	-	-	-	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.1 Schuldenstand am 31.12.2009

Art der Schulden	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	74	124	1	293	2	113	14
Inländ. Sparkassen u. Girozentralen	43	86	1	127	0	38	6
Sonst. inländ. Kreditinstituten	29	18	0	161	2	35	7
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	0	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	0	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	0	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	2	19	-	4	-	40	2
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	74	124	1	293	2	113	14
Schulden bei öffentlichen Haushalten							
beim Bund	-	0	-	-	-	7	-
bei Ländern	2	0	-	-	-	19	-
bei Gemeinden/Gv.	0	0	-	0	-	2	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	0	0	-	0	-	2	-
Zusammen	2	0	-	0	-	29	-
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte							
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	-	-	-	-	-	-	-
Restkaufgelder	-	-	-	-	-	-	-
Leasingverträge	1	-	-	0	-	-	0
Zusammen	1	-	-	0	-	-	0
Innere Schulden, Kassenverstärkungskredite							
Mittel von Sonderrücklagen	-	-	-	-	-	3	-
Mittel von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Innere Schulden zusammen	-	-	-	-	-	3	-
Kassenverstärkungskredite	-	2	-	3	-	1	-
Zusammen	-	2	-	3	-	3	-
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen							
Haftungssumme insgesamt	-	-	4	84	-	-	0

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	468	267	88	2	24	3	15
Inländ. Banken und Sparkassen	456	265	88	2	24	3	15
Inländ. Bausparkassen	0	-	0	-	-	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	0	-	0	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	9	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	2	2	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	2	2	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	468	267	88	2	24	3	15
beim Bund	1	0	-	-	-	-	-
bei Ländern	3	-	3	-	-	0	-
bei Gemeinden/Gv.	7	0	1	-	-	-	5
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	3	0	1	-	1	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	15	1	5	-	1	0	5
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	15	2	6	-	2	-	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	13	2	6	-	2	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	1	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	15	2	6	-	2	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	0	-	-	0	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.2 Schuldenzugänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldenaufnahmen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1	25	-	23	0	18	1
Inländ. Banken und Sparkassen	1	25	-	22	0	9	1
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	0	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	1	-	8	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1	25	-	23	0	18	1
beim Bund	-	-	-	-	-	1	-
bei Ländern	-	0	-	-	-	0	-
bei Gemeinden/Gv.	-	0	-	-	-	-	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	1	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	3	-
Sonstige Schuldenzugänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	-	4	-	-	-	1	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	-	4	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	1	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	-	4	-	-	-	1	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	468	267	88	2	24	3	15
Schulden bei öffentlichen Haushalten	15	1	5	-	1	0	5
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	17	1	8	-	-	-	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar-	16	1	8	-	-	-	-
kassen und Versicherungsunternehmen							
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	0	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	17	1	8	-	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1	0	0	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	22	3	6	-	1	0	0
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar-	19	1	6	-	1	0	0
kassen und Versicherungsunternehmen							
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	1	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	2	2	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	22	3	6	-	1	0	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	-	0	-	-	-	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	430	263	74	2	23	3	15
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar-	421	263	74	2	23	3	15
kassen und Versicherungsunternehmen							
Sozialversicherungen	0	-	0	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	8	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	430	263	74	2	23	3	15
Schulden bei öffentlichen Haushalten	14	0	5	-	1	0	5

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.3 Schuldenaufnahmen nach Laufzeit und Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Kreditmarktschulden	1	25	-	23	0	18	1
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	3	-
Laufzeit bis einschl. 1 Jahr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	-	5	-	2	-	0	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	-	5	-	1	-	0	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	0	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	-	5	-	2	-	0	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	-	-
Laufzeit über 1 Jahr bis unter 5 Jahre							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	0	6	-	5	-	-	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	0	6	-	5	-	-	-
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	1	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	0	6	-	5	-	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	-	-	-	-	-	-
Laufzeit 5 Jahre und mehr							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	1	14	-	16	0	17	1
Inländ. Banken, Sparkassen, Bauspar- kassen und Versicherungsunternehmen	1	14	-	16	0	9	1
Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	8	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	1	14	-	16	0	17	1
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	0	-	-	-	3	-

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
	Mill. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	246	51	79	1	40	2	9
Inländ. Banken und Sparkassen	235	51	76	1	40	2	8
Inländ. Bausparkassen	0	0	0	-	0	-	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	0	0	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	0	-	-	-	-	0	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	1	0	1	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	9	0	2	-	0	-	0
Ausländischen Stellen	0	0	-	-	0	-	-
EUR-Schulden	0	-	-	-	0	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	0	0	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	246	51	79	1	40	2	9
beim Bund	2	1	0	-	0	-	0
bei Ländern	7	0	0	-	0	3	0
bei Gemeinden/Gv.	3	2	0	-	0	0	0
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	3	1	1	-	1	0	0
Schulden bei öffentlichen Haushalten	15	4	2	-	1	3	1
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	11	1	6	-	2	-	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	11	1	6	-	2	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	0	-	-	-	-	-	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	11	1	6	-	2	-	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	7	-	0	-	-	-	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

11. Nachrichtlich: Schulden der Zweckverbände nach Ländern

11.4 Schuldenabgänge nach Art der Schulden 2009

Art der Schulden	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
	Mill. EUR						
Schuldentilgungen							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	7	11	0	34	0	10	1
Inländ. Banken und Sparkassen	6	10	0	31	0	8	1
Inländ. Bausparkassen	-	-	-	-	-	0	-
Inländ. Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-
Der Bundesagentur für Arbeit	-	-	-	0	-	-	-
Öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	-	0	-	-	-	-	-
Sonstigen Sozialversicherungen	-	-	-	-	-	-	-
Sonstigen inländ. Stellen	0	1	-	4	-	2	0
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
EUR-Schulden	-	-	-	-	-	-	-
Fremdwährungsschulden ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	7	11	0	34	0	10	1
beim Bund	-	-	-	-	-	0	-
bei Ländern	0	-	-	-	-	3	-
bei Gemeinden/Gv.	0	-	-	0	-	0	-
bei sonstigen öffentlichen Haushalten	0	-	-	-	-	0	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	0	-	-	0	-	4	-
Sonstige Schuldenabgänge							
Wertpapiersschulden	-	-	-	-	-	-	-
Direkte Darlehen (von)	0	1	-	-	-	0	-
Inländ. Banken, Sparkassen, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen	0	1	-	-	-	0	-
Sonstigen inländ. Stellen	-	-	-	-	-	0	-
Ausländischen Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Kreditmarktschulden zusammen	0	1	-	-	-	0	-
Schulden bei öffentlichen Haushalten	-	6	-	0	-	0	-

¹⁾ Zu festen Paritäten umgerechnet.

12 Internationale Übersicht

Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes^{*)}

Land	Jahr											
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
EU27 ¹⁾	66,4	65,8	61,9	61,0	60,4	61,8	62,2	62,7	61,4	58,8	61,6	73,6
EU16 ²⁾	72,9	71,7	69,2	68,2	68,0	69,1	69,5	70,1	68,3	66,0	69,4	78,7
Belgien	117,4	113,7	107,9	106,6	103,5	98,5	94,2	92,1	88,1	84,2	89,8	96,7
Bulgarien	79,6	79,3	74,3	67,3	53,6	45,9	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	14,8
Dänemark	60,8	57,4	51,5	48,7	48,3	45,8	44,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6
Deutschland	60,3	60,9	59,7	58,8	60,4	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	66,0	73,2
Estland	5,5	6,0	5,1	4,8	5,7	5,6	5,0	4,6	4,5	3,8	4,6	7,2
Finnland	48,2	45,5	43,8	42,3	41,4	44,4	44,4	41,8	39,7	35,2	34,2	44,0
Frankreich	59,4	58,9	57,3	56,9	58,8	62,9	64,9	66,4	63,7	63,8	67,5	77,6
Griechenland	94,5	94,0	103,4	103,7	101,7	97,4	98,6	100,0	97,8	95,7	99,2	115,1
Irland	53,6	48,5	37,8	35,6	32,2	31,0	29,7	27,6	24,9	25,0	43,9	64,0
Italien	114,9	113,7	109,2	108,8	105,7	104,4	103,8	105,8	106,5	103,5	106,1	115,8
Lettland	9,6	12,5	12,3	14,0	13,5	14,6	14,9	12,4	10,7	9,0	19,5	36,1
Litauen	16,6	22,8	23,7	23,1	22,3	21,1	19,4	18,4	18,0	16,9	15,6	29,3
Luxemburg	7,1	6,4	6,2	6,3	6,3	6,1	6,3	6,1	6,5	6,7	13,7	14,5
Malta	53,4	57,1	55,9	62,1	60,1	69,3	72,1	70,2	63,7	61,9	63,7	69,1
Niederlande	65,7	61,1	53,8	50,7	50,5	52,0	52,4	51,8	47,4	45,5	58,2	60,9
Österreich	64,8	67,2	66,5	67,1	66,5	65,5	64,8	63,9	62,2	59,5	62,6	66,5
Polen	38,9	39,6	36,8	37,6	42,2	47,1	45,7	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0
Portugal	52,1	51,4	50,5	52,9	55,6	56,9	58,3	63,6	64,7	63,6	66,3	76,8
Rumänien	16,6	21,7	22,5	25,7	24,9	21,5	18,7	15,8	12,4	12,6	13,3	23,7
Schweden	69,1	64,8	53,6	54,4	52,6	52,3	51,3	51,0	45,7	40,8	38,3	42,3
Slowakei	34,5	47,9	50,3	48,9	43,4	42,4	41,5	34,2	30,5	29,3	27,7	35,7
Slowenien	.	.	.	26,8	28,0	27,5	27,2	27,0	26,7	23,4	22,6	35,9
Spanien	64,1	62,3	59,3	55,5	52,5	48,7	46,2	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2
Tschechische Republik	15,0	16,4	18,5	24,9	28,2	29,8	30,1	29,7	29,4	29,0	30,0	35,4
Ungarn	59,9	59,8	55,0	52,0	55,6	58,4	59,1	61,8	65,6	65,9	72,9	78,3
Vereinigtes Königreich	46,7	43,7	41,0	37,7	37,5	38,7	40,6	42,2	43,5	44,7	52,0	68,1
Zypern	51,2	51,8	48,7	52,1	64,6	68,9	70,2	69,1	64,6	58,3	48,4	56,2
Türkei	.	.	.	104,4	93,0	85,1	59,2	52,3	46,1	38,8	.	.
Kanada	93,9	89,5	81,9	81,0	77,9	73,4	70,7
Vereinigte Staaten	67,7	64,1	58,2	57,9	60,2	62,5	63,4
Japan	112,2	125,7	134,1	142,3	149,5	157,6	164,0

^{*)} Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag (auf Basis des ESVG 95). Quelle: Eurostat Strukturindikatoren im April 2010.

¹⁾ Mitgliedstaaten zum 31.12.2009 insgesamt.

²⁾ EU-16 ohne Bulgarien, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechische Republik, Ungarn und Vereinigtes Königreich.

**Bevölkerung in den Ländern Deutschlands
am 30. Juni 2009**

Land	Einwohner
Baden- Württemberg	10 747 905
Bayern	12 497 082
Brandenburg	2 515 679
Hessen	6 059 581
Mecklenburg- Vorpommern	1 656 761
Niedersachsen	7 945 244
Nordrhein- Westfalen	17 893 212
Rheinland- Pfalz	4 018 855
Saarland	1 025 531
Sachsen	4 177 393
Sachsen- Anhalt	2 367 554
Schleswig- Holstein	2 830 118
Thüringen	2 257 063
Berlin	3 431 681
Bremen	660 083
Hamburg	1 778 120
Insgesamt	81 861 862
Flächenländer	75 991 978
Stadtstaaten	5 869 884

Länderumfrage Jugendhilfelastenausgleich für Leistungen nach §§ 27 bis 41 SGB VIII

Hessen	Nach einer Vorverteilung auf die verschiedenen Gruppen der Jugendhilfeträger nach der Ausgabenhöhe, werden die zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb der Gruppen nach der Zahl der Jugendlichen verteilt.
Sachsen	Keine landesrechtliche Regelung im Landesjugendhilfegesetz. Die Träger erbringen die Leistungen nach §§ 27 ff SGB VIII in eigener Zuständigkeit und Verantwortung
Baden Württemberg	Kein Jugendhilfelastenausgleich. Der Landkreistag hat die Einbeziehung der Jugendhilfelasten in den Sozialhilfelastenausgleich gefordert. Dies wurde bisher abgelehnt
Brandenburg	Keine landesrechtliche Regelung zum Ausgleich der Kosten nach §§ 27 bis 41 SGB VIII.
Mecklenburg-Vorpommern	Kein Jugendhilfelastenausgleich (Auch kein Soz. Hilfeausgleich). Es wurde alles in die Schlüsselzuweisungen umgeschichtet. Bestrebungen aus den Reihen des Landtages Vorwegabzug für soziale Leistungen einzuführen
Nordrhein-Westfalen	Keine Zuweisung von Landesmitteln an die Kommunen.
Bayern	Keine Regelung im Kommunalen Finanzausgleich. Der Staat und die Bezirke leisten Festbeträge zu den Kosten der Erziehungshilfe in Heimen an die örtlichen Träger.
Schleswig-Holstein	Ursprünglich prozentuale Beteiligung an bestimmten Kosten. Seit 2007 Umsetzung der Mittel in die Schlüsselzuweisungen für die kreisfreien Städte und die Landkreise.
Sachsen-Anhalt	Ergänzungszuweisung für die Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 27 bis 35 SGB VIII. Die Verteilung auf die einzelnen Kreisfreien Städte und Landkreise erfolgt im Verhältnis der Zahl der jungen Menschen im Sinne des § 7 Nr. 4 SGB VIII.
Rheinland-Pfalz	Keine Regelung im Landesfinanzausgleich. Originäre Landesmittel werden nach den Ausgaben auf die Träger verteilt.
Niedersachsen	Keine Besondere Finanzzuweisung mehr. Die Mittel der bis 1998 bestehenden Finanzzuweisung wurden in die allgemeinen Finanzzuweisungen überführt.
Saarland	
Thüringen	

Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe 2003-2008
 1 Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII nach Ländern
 1 000 EUR

Jahr	Art des Leistungsbereich	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Oberste Bundesbehörde
2003	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	607 643	38 404	73 604	62 287	7 490	11 757	14 265	50 805	40 033	44 661	143 076	23 365	14 007	44 615	8 143	19 138	9 478	2 517
2004	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	647 083	38 994	79 100	60 333	8 308	12 734	9 889	54 825	45 619	47 846	143 591	25 174	13 826	56 414	16 276	20 635	10 009	3 511
2005	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	646 277	41 895	83 126	37 364	12 043	13 128	9 430	59 840	74 057	53 371	88 939	26 284	14 416	65 455	23 065	24 264	12 229	7 372
2006	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	1 436 076	44 749	93 138	768 182	16 502	12 876	9 520	63 845	85 021	56 757	86 589	34 247	14 514	72 911	31 048	24 493	16 848	4 838
2007	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	1 445 837	47 675	77 557	731 426	19 671	13 633	10 142	63 039	85 874	61 137	108 673	39 344	14 435	82 284	34 310	34 461	18 876	3 300
2008	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	1 677 119	48 917	85 135	840 719	22 351	15 051	10 315	79 224	55 102	66 182	202 109	41 561	18 216	94 211	36 806	37 054	19 896	4 271
	Veränderung 2008 zu 2003 in Prozent	176,00	27,38	15,67	1249,75	198,43	28,01	-27,69	55,94	37,64	48,19	41,26	77,88	30,05	111,17	352,02	93,62	109,91	69,66

Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe 2003-2008
 2 Nach Einrichtungsarten in den Ländern
 2.5 Reine Ausgaben
 1 000 EUR

Jahr	Art des Leistungsbereich	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Oberste Bundesbehörde
2003	Tageseinrichtungen für Kinder	9 442 980	1 098 006	467 531	751 839	416 087	83 946	298 111	808 789	188 611	786 975	2 213 487	698 732	112 713	592 936	378 887	241 877	301 835	2 618
2004	Tageseinrichtungen für Kinder	9 576 022	1 242 111	464 832	742 107	393 320	90 124	331 649	809 300	189 629	757 158	2 192 297	713 867	115 190	592 047	344 429	273 059	322 241	2 663
2005	Tageseinrichtungen für Kinder	9 729 325	1 319 909	466 566	742 846	394 113	93 858	322 657	829 948	214 098	753 407	2 188 615	743 452	119 885	612 339	335 087	269 932	320 101	2 512
2006	Tageseinrichtungen für Kinder	9 006 955	1 325 749	648 804	9 880	395 624	90 810	333 404	836 692	218 508	754 892	2 119 529	558 536	126 276	662 293	331 935	281 385	310 040	2 596
2007	Tageseinrichtungen für Kinder	10 411 272	1 384 960	1 397 950	9 026	409 842	91 733	359 003	1 032 451	220 559	904 022	2 254 644	570 010	121 165	708 769	330 365	296 672	317 338	2 763
2008	Tageseinrichtungen für Kinder	11 326 585	1 484 823	1 685 780	1 094	473 534	100 342	400 048	1 084 237	183 870	933 597	2 426 716	618 005	140 006	774 465	366 466	317 206	333 404	2 993
	Veränderung 2008 zu 2003 in Prozent	19,95	35,23	260,57	-99,85	13,81	19,53	34,19	34,06	-2,51	18,63	9,63	-11,55	24,21	30,62	-3,28	31,14	10,46	14,34

Jahr	Gesamt	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Oberste Bundesbehörde
2003		10 050 623	1 136 409	541 135	814 126	423 576	95 703	312 376	859 594	228 644	831 636	2 356 563	722 097	126 719	637 550	387 029	261 015	311 313	5 135
2004		10 223 105	1 281 105	543 932	802 440	401 628	102 858	341 538	864 125	235 247	805 003	2 335 889	739 041	129 016	648 461	360 705	293 694	332 250	6 174
2005		10 375 603	1 361 804	549 692	780 210	406 156	106 986	332 087	889 787	288 155	806 778	2 277 554	769 736	134 301	677 794	358 153	294 195	332 330	9 884
2006		10 443 031	1 370 498	741 942	778 062	412 125	103 687	342 924	900 537	303 530	811 649	2 206 119	592 783	140 790	735 203	362 983	305 878	326 887	7 434
2007		11 857 109	1 432 635	1 475 507	740 453	429 513	105 366	369 145	1 095 490	306 434	965 159	2 363 317	609 354	135 599	791 053	364 674	331 133	336 214	6 063
2008		13 003 704	1 533 740	1 770 914	841 813	495 885	115 393	410 363	1 163 460	238 971	999 780	2 628 824	659 566	158 222	868 676	403 273	354 260	353 299	7 264
	Veränderung 2008 zu 2003 in Prozent	29,38	34,96	227,26	3,40	17,07	20,57	31,37	35,35	4,52	20,22	11,55	-8,66	24,86	36,25	4,20	35,72	13,49	41,45

Zuschussbedarf nach Aufgabenkategorien in den niedersächsischen Kommunen 2004 bis 2008

Zusammenfassung

Gebietskörperschaftsgruppe	Jahr	Gesamtzuschussbedarf ¹⁾	davon:								Einzelpläne 8 Teil B und 9	Gesamthaushalt (Summe 0 bis 9)		
			Aufgaben des übertr. Wirkungskreises			Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben		Freiwillige Aufgaben		Sonstige Kosten		insgesamt	o. Abw. d. Vj.	
			Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €		Anteil in %	Mio. €	Mio. €
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Gemeinden und Gemeindeverbände	2004	8.216,8	639,4	7,8	5.654,2	68,8	791,4	9,6	1.131,8	13,8	-5.652,6	2.564,2	733,3	
	2005	8.161,6	588,2	7,2	5.636,0	69,1	846,0	10,4	1.091,5	13,4	-5.076,3	3.085,3	364,5	
	2006	8.375,9	596,2	7,1	5.843,6	69,8	803,8	9,6	1.132,3	13,5	-5.499,4	2.876,5	266,2	
	2007	8.613,2	555,1	6,4	6.089,4	70,7	797,4	9,3	1.171,2	13,6	-6.523,0	2.090,1	-554,7	
	2008	9.215,6	539,3	5,9	6.517,3	70,7	905,9	9,8	1.253,1	13,6	-7.236,2	1.979,5	-137,2	
	2006 bis 2008	8.734,9	563,5	6,5	6.150,1	70,4	835,7	9,6	1.185,5	13,6	-6.419,5	2.315,4	-141,9	
davon:														
Kreisfreie Städte	2004	1.170,0	94,5	8,1	785,8	67,2	173,9	14,9	115,7	9,9	-961,0	208,9	40,1	
	2005	1.183,5	88,9	7,5	825,1	69,7	183,7	15,5	85,8	7,2	-906,8	276,7	9,6	
	2006	1.199,1	92,2	7,7	837,9	69,9	163,3	13,6	105,8	8,8	-1.065,3	133,9	-47,8	
	2007	1.282,8	87,1	6,8	938,9	73,2	158,7	12,4	98,1	7,6	-1.312,8	-30,0	-112,8	
	2008	1.336,1	86,7	6,5	1.005,3	75,2	170,3	12,7	73,8	5,5	-1.262,3	73,9	-113,7	
	2006 bis 2008	1.272,7	88,7	7,0	927,3	72,9	164,1	12,9	92,6	7,3	-1.213,4	59,3	-91,4	
Landkreise und kreisangehörige Gemeinden (einschl. Samtgemeinden)	2004	7.046,8	544,9	7,7	4.868,4	69,1	617,4	8,8	1.016,0	14,4	-4.691,5	2.355,3	693,2	
	2005	6.978,1	499,3	7,2	4.810,8	68,9	662,2	9,5	1.005,7	14,4	-4.169,5	2.808,6	354,9	
	2006	7.176,8	504,0	7,0	5.005,7	69,7	640,6	8,9	1.026,5	14,3	-4.434,1	2.742,7	314,0	
	2007	7.330,4	468,0	6,4	5.150,5	70,3	638,7	8,7	1.073,1	14,6	-5.210,3	2.120,1	-441,9	
	2008	7.879,5	452,6	5,7	5.512,0	70,0	735,7	9,3	1.179,3	15,0	-5.973,9	1.905,6	-23,5	
	2006 bis 2008	7.462,2	474,8	6,4	5.222,8	70,0	671,7	9,0	1.093,0	14,6	-5.206,1	2.256,1	-50,5	
davon:														
Landkreise	2004	3.484,4	237,3	6,8	2.910,5	83,5	91,3	2,6	245,4	7,0	-2.500,2	984,3	388,7	
	2005	3.568,9	235,3	6,6	2.932,1	82,2	150,5	4,2	251,1	7,0	-2.342,5	1.226,4	278,6	
	2006	3.618,2	235,5	6,5	2.984,3	82,5	144,7	4,0	253,6	7,0	-2.305,0	1.313,2	280,4	
	2007	3.675,6	205,5	5,6	3.074,8	83,7	118,6	3,2	276,7	7,5	-2.587,2	1.088,4	-131,5	
	2008	3.882,8	199,3	5,1	3.214,3	82,8	142,1	3,7	327,1	8,4	-2.870,4	1.012,3	24,8	
	2006 bis 2008	3.725,5	213,5	5,7	3.091,1	83,0	135,2	3,6	285,8	7,7	-2.587,5	1.138,0	57,9	
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. Samtgemeinden)	2004	3.562,3	307,7	8,6	1.957,9	55,0	526,1	14,8	770,7	21,6	-2.191,4	1.371,0	304,5	
	2005	3.409,2	264,0	7,7	1.878,8	55,1	511,8	15,0	754,6	22,1	-1.826,9	1.582,3	76,3	
	2006	3.558,5	268,4	7,5	2.021,4	56,8	495,8	13,9	772,9	21,7	-2.129,1	1.429,4	33,6	
	2007	3.654,8	262,5	7,2	2.075,8	56,8	520,1	14,2	796,5	21,8	-2.623,1	1.031,7	-310,4	
	2008	3.996,7	253,2	6,3	2.297,7	57,5	593,6	14,9	852,2	21,3	-3.103,5	893,2	-48,3	
	2006 bis 2008	3.736,7	261,4	7,0	2.131,6	57,0	536,5	14,4	807,2	21,6	-2.618,6	1.118,1	-108,4	

¹⁾ Als Gesamtzuschussbedarf wird die Summe der Zuschussbedarfe der Einzelpläne 0 bis 7 einschl. 8 Teil A festgelegt. Der Einteilung der kommunalen Aufgaben in Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, freiwillige Aufgaben sowie sonstige Aufgaben liegt eine Absprache aus dem Jahr 2008 zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie dem LSKN zugrunde. Die Einteilung gilt ab dem Jahr 2004, vergleichbare Angaben für die Vorjahre liegen nicht vor. - 2) Im Jahr 2006 begann die Umstellung der kommunalen Haushalte auf die Doppik. 2008 hatten 3 kreisfreie Städte, 14 Landkreise, 46 Einheitsgemeinden und 16 Samtgemeinden (einschl. Mitgliedsgemeinden) doppische Ergebnisse an den LSKN geliefert. Diese Haushalte wurden vom LSKN auf den kamerale Gliederungs- bzw. Gruppierungsplan umgesetzt. Allerdings ist der Produktrahmen weniger differenziert als der Gliederungsplan, so dass einige Abschnitte und Unterabschnitte in diesen Kommunen nicht besetzt sind. Zudem entfällt der Abschnitt Abwicklung der Vorjahre, selbst wenn die Kommunen in den Vorjahren Defizite aufwiesen. Insgesamt wird im Übergangszeitraum die Vergleichbarkeit gestört.

Zusätzliche kommunale Aufgaben im Zeitraum von 2003 bis 2009

Vorschrift	Zusätzliche Aufgaben	Zuständigkeit	Kostenausgleich
1. Nds. Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest vom 10.03.2003 geändert durch VO vom 26.11.2004 vgl. Nr. 15	Entgegennahme von Anzeigen und tierärztlichen Berichten, zusätzliche Bußgeldverfahren	Landkreise, kreisfreie Städte, Region Hannover auch für die Landeshauptstadt Hannover	üWK ¹
2. Verordnung über das Einleiten von Abwasser aus Abfallverbrennungsanlagen vom 29.04.2003	Ergänzung der wasserrechtlichen Erlaubnisse, Entgegennahme von Anzeigen und Berichten in Fällen der Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde für die Einleitungserlaubnis	Untere Wasserbehörden (§ 127 NWG): Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte	üWK ¹
3. Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht (AllG-ZustVO-Kom) vom 25.06.2003	§ 1 Abs. 1 Nr. 22: Aufgaben der zuständigen Behörden nach § 4 Satz 1 Nr. 2 des Fischetikettierungsgesetzes	Landkreise, kreisfreie Städte	üWK ¹
4. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten vom 14.08.2003 (jetzt ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz Nr.. 8.1.15.4 und 8.1)	a) § 7 Abs. 1: Überwachung zeitlicher Betriebsbeschränkungen nach der 32. BImSchV (Maschinenlärm-Verordnung) b) Erstellung von Schall- Immissionsplänen gemäß § 47 a Abs.1 BImSchG (ersetzt durch § 47 e BImSchG)	Gemeinden Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte	üWK ¹
5. Gesetz zur Änderung des Nds. Deichgesetzes und des Nds. Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz vom 21.11.2003	Erlaubnis für besondere Bauwerke innerhalb der Grenzen des Deichs (§ 15 Abs. 1 NDeichG)F	Deichbehörde (§ 30 NDeichG): Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte	üWK ¹
6. Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen durch Verbrennen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 02.01.2004 – BrennVO-	Bestimmung von Brenntagen für die Beseitigung pflanzlicher Abfälle, Entgegennahme von Anzeigen, Regelungen zum Nachbarschutz, bei Unzulässigkeit Untersagung der Verbrennung Gemeinde	Gemeinden (§ 2 BrennVO)	üWK ¹
7. Gesetz zur Änderung naturschutzrechtlicher Vorschriften vom 19.02.2004 Jetzt §§ 6, 7 NAGB NatSchG	Festsetzung von Ersatzzahlungen bei unmöglichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 12 b NNatG, sofern die untere Naturschutzbehörde den Eingriff in den Naturhaushalt genehmigt	Landkreise, kreisfreie Städte	üWK ¹
8. Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes vom 19.02.2004	Beiträge zu Maßnahmeprogrammen und Bewirtschaftungsplänen und Beteiligung der Öffentlichkeit an der Vorbereitung daran; Verzeichnis der Schutzgebiete nach § 184 b NWG (Jetzt §§ 117, 118 NWG)	Untere Wasserbehörden: Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte	üWK ¹

¹ Der Kostenausgleich erfolgt über die Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises im Kommunalen Finanzausgleich gemäß § 12 des Niedersächsischen Gesetzes über den Kommunalen Finanzausgleich in der Fassung vom 14. September 2007, Nds. GVBl. S. 466.

Vorschrift	Zusätzliche Aufgaben	Zuständigkeit	Kostenausgleich
9. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Region Hannover vom 24.06.2004	Erweiterung der Zuständigkeit der Region für die Förderung der Ausbildung im Ausland (§ 9 Nr. 7 b)	Region Hannover	§ 14 des Gesetzes über die Region Hannover ²
10. Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten vom 18.11.2004	Erteilung und Rückgabe der Fahrerkarten nach § 4 a Fahrpersonalgesetz (jetzt Nr. 4.3.1 a) der Anlagen zu § 1 Abs. 1 ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz)	Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte, selbständige. Gemeinden	üWK ¹
11. § 7 Nr. 9 der Verordnung über sachliche Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten vom 01.12.2004	Ahndung von Zuwiderhandlungen nach § 14 des Adoptionsvermittlungsgesetzes	Landkreise und Gemeinden mit Jugendamt	üWK ¹
12. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr vom 07.12.2004	a) § 2 Nr. 11: Aufgaben nach § 4 des EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes in Bezug auf Lebensmittel b) § 2 Nr. 16: Beglaubigung von Bescheinigungen für das Mitführen von Betäubungsmitteln nach dem Schengen-Übereinkommen	Landkreise, kreisfreie Städte Landkreise, kreisfreie Städte	üWK ¹
13. Gesetz zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung in den Bereichen Wald und Jagd vom 16.12.2004	Jetzt § 25 Abs. 4 Satz 2 NJagdG: Genehmigung der Abschusspläne der Anstalt Nds. Landesforsten	Jagdbehörde (§ 26 NJagdG): Landkreise, kreisfreie Städte	üWK ¹
14. Nds. Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 vom 11.03.2005	Verfolgung und Ahndung neuer Ordnungswidrigkeitstatbestände	Landkreise, kreisfreie Städte	üWK ¹
15. Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest vom 08.09.2005 Vgl. Nr. 1	a) Ausnahmezulassungen für Vorgaben an Ausläufe b) Verfolgung und Ahndung neuer Ordnungswidrigkeitstatbestände	Landkreise, kreisfreie Städte, Region Hannover auch für die Landeshauptstadt Hannover	üWK ¹ üWK ¹
16. Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes vom 23.03.2006	Begründung einer Auffangzuständigkeit der unteren Abfallbehörden und Übertragung der Aufgaben nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetzes	Landkreise und die kreisfreien Städte sowie die Städte Celle, Cuxhaven, Göttingen, Hildesheim und Lüneburg	Kostendeckung durch Erhebung von Gebühren
17. Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes vom 25.11.2009	Übertragung der Aufgaben nach dem Batteriegesetz auf die unteren Abfallbehörden	Landkreise, kreisfreie Städte sowie die Städte Celle, Cuxhaven, Göttingen, Hildesheim und Lüneburg	Kostendeckung durch Erhebung von Gebühren

² Der Kostenausgleich erfolgt gemäß § 14 des Gesetzes über die Region Hannover in der Fassung vom 05. Juni 2001, Nds. GVBl. S. 348, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Oktober 2010, Nds. GVBl. S. 462.

Vorschrift	Zusätzliche Aufgaben	Zuständigkeit	Kostenausgleich
18. Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes (NROG) vom 26.04.2007	Strategische Umweltprüfung nach § 4 NROG durch die Träger der Regionalplanung	Landkreise und die kreisfreien Städte für ihr Gebiet	Kein erheblicher Mehraufwand
19. Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes vom 17.07.2006	Das Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule enthält Änderungen der Aufgaben der Schulträger	Gemeinden als Schulträger der Grundschulen, im übrigen Landkreise und kreisfreie Städte	Kein gesonderter Kostenausgleich.
20. Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts	<p>a) Nr. 8.1.1.14: Aufstellung, Überprüfung und Überarbeitung von Lärmaktionsplänen gem. § 47 d Abs. 1 und 5 BImSchG³</p> <p>b) Nr. 8.1.1.9 Aufstellung von Luftreinhalteplänen gem. § 47 Abs. 1,2,3 BImSchG³</p> <p>c) Nr. 8.9.4: Festsetzung erstattungsfähiger Aufwendungen gem. § 10 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm</p> <p>d) Nr. 8.1: Genehmigung von Biogasanlagen der Nrn. 1.4 und 8.6 (der Spalten 1 und 2) des Anhangs der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV - in der Fassung vom 14. März 1997 (BGBl. I S. 504), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470), die einem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gartenbaulichen oder gewerblich tierhaltenden Betrieb zuzurechnen sind, soweit die Zuständigkeit auf Antrag von der obersten Immissionsschutzbehörde übertragen wurde.</p> <p>e) Nr. 11.7: Aufgaben nach den Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz</p>	<p>Gemeinden</p> <p>Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte, selbständige Gemeinden</p> <p>Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte, und Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörden obliegen</p> <p>Landkreise, kreisfreie Städte und große selbständige Städte</p> <p>Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte, und Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörden obliegen</p>	<p>Kein gesonderter Kostenausgleich für die unter a)-c) und e) genannten Aufgaben wegen Unerheblichkeit</p> <p>Kostendeckung durch Erhebung von Gebühren</p>

³ Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung vom 26. September 2002, BGBl. I S. 3830, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. August 2009, BGBl. I S. 2723.

Vorschrift	Zusätzliche Aufgaben	Zuständigkeit	Kostenausgleich
21. Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)	Durchführung der Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gem. § 1 Abs. 1 Nr. 4 b) AllgZustVO-Kom ⁴	Landkreise, kreisfreie Städte	Kostenausgleich gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 NFVG ⁵ 8,9 Mio. Euro jährlich
22. Niedersächsische Hafenerordnung vom 25. Januar 2007 ⁶	Zusätzliche Aufgaben der Kommunen als Hafenbetreiber im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2005/44/EG über harmonisierte Binnenschiffahrtswirtschaftsdienste	Gemeinden, die einen Binnenhafen betreiben	Kein erheblicher Mehraufwand
23. Niedersächsische Verordnung über die Anforderungen an Binnenschiffe (NBinSchVO) vom 26. November 2009, Nds. GVBl. S. 450	Erteilung des Gemeinschaftszeugnisses für Binnenschiffe auf der Grundlage der Richtlinie 2006/87/EG	Landkreise, kreisfreie Städte und große selbständige Städte mit ständigen Liegeplätzen von Binnenschiffen	Kein erheblicher Mehraufwand aufgrund geringer Fallzahlen
24. Hafensicherheitsgesetz vom 16. Februar 2009, Nds. GVBl. S. 15	Aufgaben der Kommunen als Hafenbehörden zur Umsetzung der Richtlinie 2005/65/EG zur Gefahrenabwehr im Gesamthafenbereich, Erstellung von Risikobewertungen für die betroffenen Häfen und Pläne zur Gefahrenabwehr	Kommunen, die Hafenbehörden sind. Das ist in den Häfen Papenburg, Leer, Wilhelmshaven (kommunaler Teil) und Oldenburg der Fall.	Kein erheblicher Mehraufwand für die betroffenen vier Kommunen
25. Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (NBGG) vom 25. November 2007, Nds. GVBl. S. 661	Verpflichtung der Kommunen zur Umsetzung der Gleichstellung behinderter Menschen durch die barrierefreie Gestaltung von Baumaßnahmen, Aufwendungen für die Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken, die Schaffung barrierefreier Informationstechniken und die Einrichtung von Beiräten für Menschen mit Behinderungen	Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte, Gemeinden	Kostenausgleich gem. § 14 NBGG 1,5 Mio. Euro jährlich Evaluierung bis 31.12.2010
26. Niedersächsischen UVP-Gesetzes vom 30. April 2007 ⁷	Durchführung von Strategischen Umweltprüfungen, Umsetzung der EG-Richtlinie zur Einführung einer strategischen Umweltprüfung	Kommunen als Planungsträger	Kein gesonderter Kostenausgleich.
27. Nds. Nichtraucherschutzgesetz (Nds. NiRSG) vom 12. Juli 2007 ⁸	Verfolgung und Ahndung neuer Ordnungswidrigkeitstatbestände	Gemeinden	Mehrkosten werden durch zusätzliche Einnahmen aus Bußgeldern kompensiert.
28. Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung (NSchIG) vom 17. Dezember 2009, Nds. GVBl. S. 482	Aufgabenerweiterung der gemeindlichen Schiedsämter aufgrund von obligatorisch vorgesehenen Schlichtungsversuchen	Gemeinden	Kein erheblicher Mehraufwand

⁴ Allgemeine Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht vom 14. Dezember 2004, Nds. GVBl. S. 589, zuletzt geändert durch Verordnung vom 26.07.2010, Nds. GVBl. S. 297

⁵ Niedersächsisches Finanzverteilungsgesetz vom 13. September 2007, Nds. GVBl. S. 307, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2010, Nds. GVBl. S. 59.

⁶ Niedersächsische Hafenerordnung vom 25. Januar 2007, Nds. GVBl. S. 62, zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.11.2010, Nds. GVBl. S. 527

⁷ Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 30. April 2007, Nds. GVBl. S. 179, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Februar 2010, Nds. GVBl. S. 122.

⁸ Nds. Nichtraucherschutzgesetz vom 12. Juli 2007, Nds. GVBl. S. 337, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 2008, Nds. GVBl. S. 380.

Vorschrift	Zusätzliche Aufgaben	Zuständigkeit	Kostenausgleich
29. Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Gesundheits- und Sozialrechts (ZustVO-GuS) ⁹	Zuständigkeit für die Rücknahme der Erlaubnis nach § 3 Abs. 1 der 1. DVO zum Heilpraktikergesetz	Landkreise	Kein erheblicher Mehraufwand
30. Gesetz zur Neuordnung der Wohnraumförderung (NWofG) vom 29. Oktober 2009, Nds. GVBl. S. 403	Aufgaben der Wohnraumförderung	Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte und selbständige Gemeinden	Kostenausgleich gem. § 4 Abs. 3 Nr. 1 NFVG ⁵ 6,44 Mio. Euro jährlich
31. Niedersächsisches Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner (NEAG) vom 16. Dezember 2009, Nds. GVBl. S. 481	Aufgaben des einheitlichen Ansprechpartners nach der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt	Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte	Evaluation und Prüfung eines Kostenausgleichs bis 31.12.2011
32. Gesetz zur Verbesserung der Gesundheit und des Schutzes von Kindern (NFrüherkUG) vom 28. Oktober 2009, Nds. GVBl. S. 400	Zusätzliche Aufgaben der Kommunen durch die Datenübermittlung der Meldebehörden gem. § 2 des Nds. Meldegesetzes	Gemeinden	Kein erheblicher Mehraufwand
33. Badegewässerverordnung (BadegewVO) vom 10. April 2008, Nds. GVBl. S. 105	Erstellung und Aktualisierung von Badegewässerprofilen, Umsetzung der Richtlinie 2006/7/EG über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung	Landkreise und kreisfreie Städte	Prüfung der Notwendigkeit eines Kostenausgleichs nach Ende der Badesaison 2009
34. Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011 ¹⁰ (Nds. AG ZensusG 2011)	Örtliche Erhebungsstellen zur Aus- und Durchführung des Zensus 2011	Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern, im übrigen Landkreise	Kostenausgleich gem. § 7 Nds. AG ZensusG 2011 18,3 Mio. Euro insgesamt

⁹ Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Gesundheits- und Sozialrechts vom 01. Dezember 2004, Nds. GVBl. S. 526, zuletzt geändert durch Verordnung vom 01. Juli 2007, Nds. GVBl. S. 292.

¹⁰ Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011 vom 06. Oktober 2010, Nds. GVBl. S. 458.

Steuereinnahmen, steuerinduzierte Einnahmen, Förderabgabe, steuerähnl. Abgaben und Gebühren ¹⁾

- Beträge in Mio. Euro -

Gemeinden/Gv	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ²⁾
Grundsteuer A	61,1	62,5	63,1	63,2	63,2	63,5	63,7
Grundsteuer B	962,8	1 000,6	1 026,7	1 035,1	1 056,5	1 075,4	1 093,3
Gewerbsteuer (brutto)	1 947,2	2 306,2	2 634,8	3 010,0	3 078,5	3 369,0	2 637,9
Gewerbsteuerumlage	- 670,7	- 489,3	- 546,2	- 599,8	- 593,6	- 598,9	- 465,7
Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer	1 766,1	1 638,1	1 589,9	1 763,4	2 011,0	2 311,1	2 133,1
Gemeindeanteil a.d. Umsatzsteuer	219,7	222,1	226,1	233,4	264,2	273,1	278,5
Übrige Steuern	70,4	71,6	72,2	70,3	69,5	74,6	79,2
Steuerähnliche Abgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Kommunaler Anteil Grunderwerbsteuer							
" Feuerschutzsteuer	25,4	25,6	25,2	22,7	24,7	26,7	17,9
" Spielbankabgabe	9,2	4,2	0,2	-	-	-	-
Zusammen	4 391,2	4 841,7	5 092,1	5 598,3	5 974,2	6 594,5	5 838,2
+ Kommunaler Finanzausgleich	2 226,0	2 348,0	2 299,7	2 315,4	3 074,7	2 931,5	3 044,2
Insgesamt (netto)	6 617,2	7 189,7	7 391,8	7 913,7	9 048,9	9 526,1	8 882,4
+ Gebühren und ähnl. Entgelte	1 531,2	1 510,2	1 482,6	1 478,4	1 464,6	1 456,5	1 425,7
Zusammen	8 148,3	8 699,8	8 874,4	9 392,1	10 513,5	10 982,6	10 308,1

1) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik. - 2) Kassenergebnisse.

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:	
			Freiwillige Aufgaben	Anteil in %												
1.000 €	1.000 €			1.000 €	1.000 €			1.000 €	1.000 €			1.000 €	1.000 €			
kreisfreie Städte																
101000	Braunschweig,Stadt	280.270	31.267	11,2	270.741	26.555	9,8	244.533	31.479	12,9	342.826	42.523	12,4	286.000	40.807	14,3
102000	Salzgitter, Stadt	133.011	14.282	10,7	102.658	9.000	8,8	114.464	8.882	7,8	99.102	8.932	9,0	111.403	11.167	10,0
103000	Wolfsburg, Stadt	166.974	42.330	25,4	157.100	49.435	31,5	176.822	33.590	19,0	149.190	18.359	12,3	197.680	26.284	13,3
401000	Delmenhorst, Stadt	50.672	8.106	16,0	94.775	8.687	9,2	91.517	7.029	7,7	102.862	9.072	8,8	102.952	8.912	8,7
402000	Emden, Stadt	66.857	8.449	12,6	66.152	5.243	7,9	62.737	6.579	10,5	69.796	8.185	11,7	79.629	10.947	13,7
403000	Oldenburg (Oldb), Stadt	181.347	22.321	12,3	172.741	22.524	13,0	197.216	24.081	12,2	189.228	24.239	12,8	200.135	24.388	12,2
404000	Osnabrück, Stadt	191.631	35.390	18,5	219.857	48.672	22,1	209.233	39.513	18,9	223.609	35.752	16,0	241.749	36.790	15,2
405000	Wilhelmshaven, Stadt	99.207	11.798	11,9	99.458	13.595	13,7	102.611	12.105	11,8	106.154	11.632	11,0	116.599	10.992	9,4
	Zusammen	1.169.969	173.944	14,9	1.183.482	183.712	15,5	1.199.132	163.258	13,6	1.282.767	158.693	12,4	1.336.148	170.288	12,7
Landkreise																
151000	Gifhorn	71.585	1.485	2,1	80.732	3.479	4,3	83.866	4.896	5,8	85.197	4.322	5,1	82.042	2.869	3,5
152000	Göttingen	93.800	3.859	4,1	98.785	4.667	4,7	106.261	5.774	5,4	117.084	5.737	4,9	117.645	5.533	4,7
153000	Goslar	84.491	-1.222	-1,4	80.899	1.649	2,0	81.615	1.418	1,7	85.045	1.431	1,7	89.637	1.709	1,9
154000	Helmstedt	66.147	-83	-0,1	57.822	2.077	3,6	61.213	1.633	2,7	58.724	1.717	2,9	67.582	1.764	2,6
155000	Northeim	76.261	-1.918	-2,5	80.231	872	1,1	82.315	968	1,2	82.714	987	1,2	90.547	2.282	2,5
156000	Osterode am Harz	42.845	-637	-1,5	48.378	813	1,7	56.507	664	1,2	51.125	849	1,7	53.927	2.008	3,7
157000	Peine	77.748	-160	-0,2	77.327	2.413	3,1	76.464	1.967	2,6	80.066	2.115	2,6	85.418	2.659	3,1
158000	Wolfenbüttel	67.194	-1.022	-1,5	70.686	2.064	2,9	67.400	788	1,2	67.087	832	1,2	73.616	1.169	1,6
241000	Hannover	633.295	41.554	6,6	707.324	44.353	6,3	645.797	41.502	6,4	607.556	13.527	2,2	637.218	17.861	2,8
251000	Diepholz	112.590	1.746	1,6	102.194	5.418	5,3	99.518	2.451	2,5	105.692	4.195	4,0	113.570	5.660	5,0
252000	Hameln-Pyrmont	99.808	412	0,4	100.956	4.291	4,3	105.258	3.986	3,8	106.061	6.048	5,7	109.996	5.196	4,7
254000	Hildesheim	136.885	2.227	1,6	130.856	4.732	3,6	139.384	4.985	3,6	156.077	4.166	2,7	136.670	4.465	3,3
255000	Holzminden	42.970	-280	-0,7	41.944	967	2,3	44.768	1.242	2,8	46.289	856	1,8	50.813	2.338	4,6
256000	Nienburg (Weser)	64.404	-1.009	-1,6	65.918	588	0,9	71.066	572	0,8	71.533	-1.382	-1,9	73.141	1.820	2,5
257000	Schaumburg	98.385	5.456	5,5	94.834	4.493	4,7	103.311	3.566	3,5	100.574	3.555	3,5	103.107	4.421	4,3
351000	Celle	104.532	913	0,9	101.725	4.772	4,7	101.627	3.643	3,6	109.707	3.393	3,1	114.857	3.966	3,5
352000	Cuxhaven	109.528	1.309	1,2	110.692	3.278	3,0	110.285	3.466	3,1	112.528	3.522	3,1	117.158	3.197	2,7
353000	Harburg	112.326	2.241	2,0	120.433	3.815	3,2	113.298	3.417	3,0	124.920	4.475	3,6	125.771	7.149	5,7
354000	Lüchow-Dannenberg	33.181	1.449	4,4	34.575	1.198	3,5	36.430	-664	-1,8	37.253	999	2,7	45.197	1.176	2,6
355000	Lüneburg	91.288	2.872	3,1	95.134	2.470	2,6	99.892	3.706	3,7	96.494	2.551	2,6	109.106	3.114	2,9
356000	Osterholz	50.458	1.502	3,0	51.128	2.391	4,7	52.528	2.798	5,3	54.809	4.257	7,8	55.141	2.646	4,8
357000	Rotenburg (Wümme)	83.538	1.130	1,4	81.424	2.559	3,1	73.219	2.262	3,1	81.877	2.263	2,8	86.941	4.445	5,1
358000	Soltau-Fallingb.ostel	75.958	225	0,3	68.275	945	1,4	77.943	886	1,1	76.456	-235	-0,3	89.377	1.497	1,7
359000	Stade	104.698	2.451	2,3	96.697	3.903	4,0	107.807	3.926	3,6	105.625	3.401	3,2	105.613	4.204	4,0
360000	Uelzen	57.279	1.460	2,5	58.905	2.543	4,3	61.813	5.957	9,6	60.397	3.371	5,6	61.083	2.470	4,0
361000	Verden	65.359	1.295	2,0	65.140	2.266	3,5	70.183	2.080	3,0	71.333	2.024	2,8	70.331	2.317	3,3
451000	Ammerland	41.689	951	2,3	42.620	1.652	3,9	50.440	1.491	3,0	51.768	1.609	3,1	59.817	2.277	3,8
452000	Aurich	92.287	1.955	2,1	92.573	3.875	4,2	93.726	2.347	2,5	98.622	2.148	2,2	96.948	3.632	3,7
453000	Clöppenburg	58.519	3.526	6,0	62.838	2.511	4,0	65.200	3.446	5,3	65.832	3.128	4,8	75.445	3.530	4,7
454000	Emsland	114.864	8.027	7,0	135.923	8.530	6,3	128.581	9.996	7,8	132.846	10.585	8,0	185.051	9.582	5,2
455000	Friesland	46.975	1.477	3,1	45.264	2.115	4,7	54.182	1.842	3,4	54.248	2.357	4,3	56.047	2.223	4,0
456000	Grafschaft Bentheim	62.271	2.351	3,8	65.863	3.645	5,5	63.787	4.415	6,9	65.792	3.995	6,1	71.943	5.110	7,1
457000	Leer	78.545	-156	-0,2	81.949	3.299	4,0	85.507	2.090	2,4	87.350	2.579	3,0	90.322	2.482	2,7
458000	Oldenburg	47.783	497	1,0	49.824	1.662	3,3	49.452	1.133	2,3	60.072	1.287	2,1	60.516	1.642	2,7
459000	Osnabrück	145.765	3.062	2,1	134.021	4.933	3,7	152.027	5.029	3,3	155.828	6.262	4,0	159.162	6.134	3,9
460000	Vechta	54.448	1.839	3,4	55.968	2.991	5,3	62.631	2.807	4,5	61.153	2.642	4,3	66.225	2.940	4,4
461000	Wesermarsch	57.225	161	0,3	52.584	1.301	2,5	54.286	1.243	2,3	58.764	1.923	3,3	64.131	3.372	5,3
462000	Wittmund	27.521	367	1,3	26.453	939	3,6	28.633	1.024	3,6	31.138	1.152	3,7	31.643	1.241	3,9
	Zusammen	3.484.443	91.312	2,6	3.568.893	150.469	4,2	3.618.220	144.749	4,0	3.675.634	118.641	3,2	3.882.751	142.098	3,7

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:		Gesamtzuschuss- bedarf ¹⁾	darunter:	
		1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %
Kreisangehörige Gemeinden																
151009	Gifhorn, Stadt	23.845	3.277	13,7	22.481	2.503	11,1	21.547	2.960	13,7	19.645	3.720	18,9	21.045	3.245	15,4
151025	Sassenburg	3.094	154	5,0	2.693	173	6,4	3.078	259	8,4	3.456	247	7,1	4.759	259	5,4
151040	Wittingen, Stadt	4.178	906	21,7	4.247	894	21,1	9.392	1.074	11,4	8.752	978	11,2	5.285	1.185	22,4
151401	SG Boldecker Land	3.771	202	5,3	3.455	164	4,7	2.317	247	10,7	3.655	112	3,1	3.778	670	17,7
151402	SG Brome	5.332	387	7,3	5.976	301	5,0	5.188	339	6,5	5.000	260	5,2	6.660	453	6,8
151403	SG Hankensbuettel	3.523	430	12,2	4.294	477	11,1	3.948	366	9,3	4.328	485	11,2	4.338	498	11,5
151404	SG Isenbuettel	5.310	327	6,2	4.989	441	8,8	5.287	415	7,9	6.189	861	13,9	7.529	720	9,6
151405	SG Meinersen	5.993	325	5,4	6.545	359	5,5	5.276	388	7,4	10.040	457	4,5	11.050	523	4,7
151406	SG Papenteich	9.411	835	8,9	9.385	1.449	15,4	9.091	865	9,5	9.530	1.175	12,3	10.285	852	8,3
151407	SG Wesendorf	4.459	377	8,4	4.300	455	10,6	5.256	1.140	21,7	5.506	731	13,3	5.701	840	14,7
152001	Adelebsen Fl.	2.749	98	3,6	2.521	85	3,4	2.655	303	11,4	2.077	84	4,1	2.568	33	1,3
152004	Bovenden Fl.	5.376	743	13,8	5.220	757	14,5	5.863	548	9,3	6.573	694	10,6	6.860	922	13,4
152007	Duderstadt, Stadt	10.602	944	8,9	10.189	1.350	13,3	10.542	647	6,1	11.384	771	6,8	14.488	1.331	9,2
152009	Friedland	3.951	289	7,3	3.282	462	14,1	3.572	850	23,8	3.422	269	7,9	4.325	793	18,3
152011	Gleichen	2.784	139	5,0	2.879	148	5,1	3.045	151	4,9	3.012	141	4,7	4.232	209	4,9
152012	Goettingen, Stadt	127.822	17.106	13,4	114.203	17.616	15,4	118.169	20.586	17,4	122.005	20.051	16,4	118.141	15.968	13,5
152016	Hann.Muenden, Stadt	16.535	3.449	20,9	13.540	2.170	16,0	15.310	2.581	16,9	15.463	2.197	14,2	16.241	2.044	12,6
152021	Rosdorf	5.470	449	8,2	5.836	405	6,9	5.025	456	9,1	5.320	567	10,7	5.929	545	9,2
152026	Staufenberg	3.332	237	7,1	4.691	52	1,1	2.553	102	4,0	2.489	67	2,7	-673	44	-6,5
152401	SG Dransfeld	4.478	800	17,9	3.685	254	6,9	4.347	453	10,4	4.265	594	13,9	5.081	975	19,2
152402	SG Gieboldehausen	5.363	452	8,4	5.093	476	9,3	4.801	549	11,4	4.948	298	6,0	5.511	613	11,1
152403	SG Radolfshausen	2.648	136	5,1	2.638	55	2,1	2.421	149	6,2	1.925	47	2,4	3.286	71	2,2
153002	Bad Harzburg, Stadt	8.857	1.257	14,2	9.373	1.264	13,5	8.330	1.217	14,6	9.474	1.753	18,5	11.875	2.158	18,2
153003	Braunlage, Stadt	3.311	457	13,8	2.946	332	11,3	2.975	183	6,2	2.969	184	6,2	3.071	166	5,4
153005	Goslar, Stadt	27.120	6.326	23,3	31.747	6.349	20,0	30.180	4.957	16,4	29.531	1.283	4,3	32.032	3.019	9,4
153007	Langelsheim, Stadt	5.766	614	10,7	5.237	595	11,4	4.664	540	11,6	4.974	517	10,4	5.931	499	8,4
153008	Liebenburg	4.361	691	15,8	3.581	614	17,1	3.213	403	12,6	3.696	492	13,3	3.989	604	15,2
153010	St.Andreasberg/St.	1.659	349	21,0	1.508	305	20,2	1.343	250	18,6	1.337	198	14,8	1.306	124	9,5
153012	Seesen, Stadt	9.622	1.398	14,5	9.207	1.368	14,9	7.896	1.100	13,9	7.740	1.014	13,1	9.045	1.481	16,4
153013	Vienenburg, Stadt	5.630	837	14,9	4.257	739	17,4	4.327	718	16,6	4.303	727	16,9	5.103	764	15,0
153401	SG Lutter Am Bbge.	2.346	58	2,5	2.196	52	2,4	1.713	72	4,2	1.674	64	3,8	1.720	50	2,9
153402	SG Oberharz	11.998	2.353	19,6	10.591	1.953	18,4	11.528	1.805	15,7	12.422	1.585	12,8	10.995	1.491	13,6
154003	Bueddenstedt	2.482	612	24,7	2.191	789	36,0	2.617	611	23,3	2.451	853	34,8	2.287	611	26,7
154010	Helmstedt, Stadt	14.906	3.273	22,0	15.559	2.710	17,4	13.561	2.458	18,1	13.711	2.203	16,1	14.562	2.773	19,0
154013	Koenigsutter Am Elm	8.343	1.520	18,2	8.612	1.516	17,6	8.751	1.623	18,5	9.102	1.567	17,2	8.213	1.136	13,8
154014	Lehre	5.010	780	15,6	4.706	800	17,0	5.450	712	13,1	6.628	773	11,7	4.705	511	10,8
154019	Schoeningen, Stadt	6.804	1.508	22,2	6.309	1.368	21,7	5.584	1.363	24,4	5.665	1.455	25,7	6.185	1.381	22,3
154401	SG Grasleben	3.632	1.664	45,8	2.370	290	12,2	1.806	-39	-2,2	1.899	177	9,3	2.654	203	7,7
154402	SG Heeseberg	1.504	122	8,1	2.175	101	4,6	1.824	72	4,0	1.813	158	8,7	1.848	91	4,9
154403	SG Nord-Elm	2.814	250	8,9	2.812	280	10,0	2.072	346	16,7	2.293	364	15,9	2.319	645	27,8
154404	SG Velpke	5.442	263	4,8	4.921	268	5,4	5.068	239	4,7	4.233	211	5,0	5.077	194	3,8
155001	Bad Gandersheim St.	7.244	2.345	32,4	6.429	1.954	30,4	5.794	1.751	30,2	6.493	1.619	24,9	5.638	1.429	25,3
155002	Bodenfelde Fl.	1.154	42	3,7	1.161	93	8,0	1.179	42	3,5	1.217	33	2,7	1.420	34	2,4
155003	Dassel, Stadt	4.365	377	8,6	4.526	373	8,2	4.922	468	9,5	4.270	364	8,5	5.212	471	9,0
155004	Einbeck, Stadt	15.910	2.271	14,3	15.548	2.299	14,8	17.892	2.229	12,5	15.473	2.400	15,5	15.661	1.612	10,3
155005	Hardeggen, Stadt	3.857	640	16,6	2.932	370	12,6	4.004	304	7,6	3.127	273	8,7	3.164	261	8,2
155006	Kalefeld	2.643	159	6,0	2.721	129	4,7	2.553	176	6,9	2.327	172	7,4	2.560	141	5,5
155007	Katlenburg-Lindau	2.950	285	9,7	2.565	303	11,8	2.748	517	18,8	2.585	88	3,4	3.236	64	2,0
155008	Kreiensen	3.253	268	8,2	3.083	272	8,8	3.101	268	8,7	3.061	242	7,9	3.135	247	7,9
155009	Moringen, Stadt	2.615	184	7,0	3.089	436	14,1	3.381	91	2,7	3.738	57	1,5	2.231	99	4,4
155010	Noerten-Hardenberg F	3.230	286	8,9	2.950	579	19,6	2.430	322	13,3	2.572	287	11,2	3.517	357	10,1
155011	Northeim, Stadt	19.525	2.537	13,0	18.000	2.726	15,1	17.568	2.442	13,9	16.934	2.632	15,5	15.218	2.171	14,3
155012	Uslar, Stadt	7.855	1.598	20,3	7.115	1.440	20,2	8.130	1.581	19,4	6.522	1.568	24,0	7.197	1.655	23,0
156002	Bad Lauterberg Harz	5.053	758	15,0	4.355	212	4,9	4.480	277	6,2	4.264	175	4,1	6.579	1.669	25,4
156003	Bad Sachsa, Stadt	3.331	618	18,6	3.256	841	25,8	3.169	1.172	37,0	3.285	521	15,9	3.964	761	19,2
156009	Herzberg Am Harz St	6.239	826	13,2	5.483	814	14,8	6.011	869	14,5	6.099	762	12,5	6.634	824	12,4
156011	Osterode A H St.	12.323	2.455	19,9	12.348	2.251	18,2	14.095	2.413	17,1	13.754	1.373	10,0	9.870	1.360	13,8
156401	SG Bad Grund	5.739	1.812	31,6	4.000	580	14,5	4.267	526	12,3	3.724	322	8,6	4.296	308	7,2
156402	SG Hattorf Am Harz	2.780	371	13,4	3.284	1.031	31,4	3.254	701	21,5	2.571	485	18,9	2.829	115	4,1
156403	SG Walkenried	2.727	67	2,5	2.792	285	10,2	3.043	375	12,3	3.176	398	12,5	4.062	198	4,9
157001	Edemissen	4.869	253	5,2	4.299	201	4,7	5.742	385	6,7	4.914	359	7,3	5.370	530	9,9

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben	Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben									
		bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾		
1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %		
157002	Hohenhameln	3.598	238	6,6	4.001	539	13,5	3.941	878	22,3	5.378	1.197	22,3	5.021	777	15,5
157003	Ilsede	6.291	839	13,3	5.616	655	11,7	5.322	783	14,7	4.750	462	9,7	5.584	578	10,4
157004	Lahstedt	4.076	607	14,9	4.401	629	14,3	4.232	602	14,2	4.546	438	9,6	5.076	466	9,2
157005	Lengede	6.474	2.323	35,9	4.871	997	20,5	3.562	596	16,7	5.188	994	19,2	4.717	702	14,9
157006	Peine, Stadt	21.232	1.037	4,9	21.476	1.204	5,6	23.753	1.489	6,3	33.110	2.076	6,3	32.036	1.959	6,1
157007	Vechelde	6.106	841	13,8	5.641	613	10,9	6.798	604	8,9	6.866	999	14,5	8.627	1.029	11,9
157008	Wendeburg	4.021	245	6,1	3.365	245	7,3	3.389	281	8,3	3.555	377	10,6	4.891	328	6,7
158006	Cremlingen	4.598	765	16,6	5.321	1.963	36,9	4.846	756	15,6	5.167	854	16,5	5.370	735	13,7
158037	Wolfenbuettel St.	30.338	5.207	17,2	30.203	7.970	26,4	34.760	4.467	12,9	31.146	3.847	12,4	30.966	3.979	12,8
158401	SG Asse	4.813	301	6,2	4.338	222	5,1	4.775	327	6,9	3.856	266	6,9	4.869	238	4,9
158402	SG Baddeckenstedt	4.308	167	3,9	4.207	148	3,5	3.835	156	4,1	3.998	73	1,8	4.582	165	3,6
158403	SG Oderwald	3.608	169	4,7	2.510	257	10,2	2.938	145	4,9	2.733	154	5,6	3.591	151	4,2
158404	SG Schladen	4.028	747	18,6	3.613	683	18,9	3.133	657	21,0	3.045	698	22,9	3.818	849	22,2
158405	SG Schoepfenstedt	5.322	884	16,6	5.055	841	16,6	4.972	785	15,8	4.845	703	14,5	4.859	764	15,7
158406	SG Sickte	3.762	457	12,2	4.037	264	6,6	3.250	294	9,0	3.682	332	9,0	5.287	300	5,7
251007	Bassum, Stadt	5.977	687	11,5	5.334	1.083	20,3	5.490	523	9,5	5.964	1.092	18,3	7.504	1.553	20,7
251012	Diepholz, Stadt	7.519	1.539	20,5	8.263	1.490	18,0	7.117	1.252	17,6	6.601	912	13,8	8.114	1.979	24,4
251037	Stuhr	11.714	1.632	13,9	15.548	1.077	6,9	19.610	2.012	10,3	15.423	189	1,2	14.397	2.021	14,0
251040	Sulingen, Stadt	6.319	2.070	32,8	4.255	915	21,5	4.271	984	23,0	5.452	1.266	23,2	2.361	1.338	56,7
251041	Syke, Stadt	3.469	2.164	62,4	8.594	1.935	22,5	10.087	1.904	18,9	10.419	2.037	19,5	10.813	887	8,2
251042	Twistringen, Stadt	5.772	477	8,3	4.576	432	9,4	3.804	666	17,5	5.125	829	16,2	5.654	820	14,5
251044	Wagenfeld	2.452	298	12,2	2.768	203	7,3	2.653	224	8,5	2.460	206	8,4	3.160	402	12,7
251047	Weyhe	12.206	1.472	12,1	12.363	711	5,8	13.457	1.162	8,6	14.714	1.438	9,8	19.203	3.893	20,3
251401	SG Altes Amt Lemfoerde	3.006	533	17,7	2.599	602	23,2	3.385	666	19,7	3.847	670	17,4	5.442	611	11,2
251402	SG Barnstorf	5.250	565	10,8	4.836	503	10,4	5.918	616	10,4	6.232	693	11,1	6.375	706	11,1
251403	SG Bruchhsn.Vilsen	5.706	954	16,7	7.549	663	8,8	5.599	871	15,6	6.415	887	13,8	10.595	1.488	14,0
251404	SG Kirchdorf	2.634	330	12,5	3.651	296	8,1	2.447	308	12,6	2.892	453	15,7	3.577	342	9,6
251405	SG Rehden	3.175	152	4,8	3.088	340	11,0	3.955	292	7,4	2.553	107	4,2	3.245	324	10,0
251406	SG Schwaförden	2.038	103	5,0	1.893	49	2,6	2.629	83	3,2	2.067	110	5,3	307	97	31,7
251407	SG Siedenburg	1.671	220	13,2	1.571	156	10,0	1.648	347	21,1	1.612	149	9,2	1.868	155	8,3
252001	Aerzen Flecken	4.061	645	15,9	4.398	627	14,3	4.401	688	15,6	4.936	713	14,4	4.942	759	15,4
252002	Bad Muender, Stadt	8.637	1.401	16,2	8.306	1.706	20,5	7.545	1.253	16,6	7.961	1.489	18,7	8.865	1.465	16,5
252003	Bad Pyrmont, Stadt	9.291	2.051	22,1	10.888	1.670	15,3	9.806	1.319	13,5	10.211	2.000	19,6	10.319	1.733	16,8
252004	Coppenbruegge Fl.	2.311	400	17,3	2.898	618	21,3	2.439	315	12,9	3.010	464	15,4	2.966	388	13,1
252005	Emmerthal	6.865	999	14,6	6.668	1.083	16,2	7.570	1.099	14,5	7.968	1.148	14,4	5.338	693	13,0
252006	Hamelin, Stadt	31.035	7.609	24,5	34.896	8.707	25,0	38.175	8.795	23,0	38.587	8.548	22,2	41.496	9.258	22,3
252007	Hess.Oldendorf St.	8.214	919	11,2	6.450	517	8,0	8.439	636	7,5	9.471	724	7,6	9.064	1.036	11,4
252008	Salzhemmendorf Fl.	3.219	258	8,0	2.574	271	10,5	2.968	408	13,8	3.054	370	12,1	3.812	346	9,1
241001	Hannover, Stadt	526.360	85.031	16,2	505.322	84.800	16,8	494.581	77.204	15,6	520.213	89.138	17,1	550.954	99.869	18,1
241002	Barsinghausen, Stadt	17.266	1.566	9,1	17.110	1.469	8,6	17.050	906	5,3	17.835	1.684	9,4	19.638	1.759	9,0
241003	Burgdorf, Stadt	15.905	2.604	16,4	14.322	2.195	15,3	14.334	2.009	14,0	14.896	1.560	10,5	17.870	2.043	11,4
241004	Burgwedel	13.298	1.014	7,6	12.647	3.046	24,1	10.906	1.010	9,3	10.801	1.252	11,6	14.944	1.481	9,9
241005	Garbsen, Stadt	32.875	5.505	16,7	28.596	5.176	18,1	31.425	5.261	16,7	31.447	5.702	18,1	34.207	5.417	15,8
241006	Gehrden, Stadt	9.367	994	10,6	6.952	898	12,9	6.629	809	12,2	6.814	897	13,2	7.996	1.000	12,5
241007	Hemmingen, Stadt	12.826	923	7,2	10.473	1.321	12,6	10.366	1.475	14,2	10.208	1.208	11,8	14.710	1.588	10,8
241008	Isernhagen	11.842	2.108	17,8	14.927	2.071	13,9	14.393	1.856	12,9	11.832	1.837	15,5	16.435	2.342	14,2
241009	Laatzen, Stadt	21.500	2.983	13,9	20.240	2.741	13,5	20.454	2.883	14,1	21.370	2.970	13,9	27.200	3.295	12,1
241010	Langenhagen, Stadt	38.651	4.561	11,8	32.562	4.967	15,3	39.350	5.727	14,6	51.268	3.208	6,3	14.967	4.394	29,4
241011	Lehrte, Stadt	25.983	4.343	16,7	24.813	4.130	16,6	25.740	4.128	16,0	24.944	4.015	16,1	29.291	4.165	14,2
241012	Neustadt A Rbge St	23.386	2.176	9,3	21.511	1.971	9,2	18.351	1.855	10,1	23.045	1.940	8,4	23.936	2.009	8,4
241013	Pattensen, Stadt	5.880	861	14,6	5.955	664	11,2	8.857	784	8,9	8.154	850	10,4	9.393	873	9,3
241014	Ronnenberg, Stadt	11.420	906	7,9	11.918	1.026	8,6	11.618	1.194	10,3	12.268	1.107	9,0	13.060	1.073	8,2
241015	Seelze, Stadt	18.837	1.801	9,6	19.370	1.718	8,9	22.617	3.613	16,0	19.042	2.048	10,8	25.324	4.502	17,8
241016	Sehnde, Stadt	10.292	995	9,7	11.487	1.053	9,2	11.348	912	8,0	11.515	1.128	9,8	15.174	1.261	8,3
241017	Springe, Stadt	15.101	2.084	13,8	16.095	2.260	14,0	14.360	2.107	14,7	14.612	2.299	15,7	16.702	2.340	14,0
241018	Uetze	11.403	1.672	14,7	8.909	-1.102	-12,4	12.307	645	5,2	11.661	1.128	9,7	11.129	1.797	16,1
241019	Wedemark	14.581	1.429	9,8	14.089	1.231	8,7	15.697	1.294	8,2	17.250	1.336	7,7	18.359	1.441	7,8
241020	Wennigsen(Deister)	5.565	604	10,9	5.950	583	9,8	6.403	571	8,9	6.773	599	8,8	6.918	851	12,3
241021	Wunstorf, Stadt	18.043	1.509	8,4	19.400	2.065	10,6	19.673	2.126	10,8	20.635	2.238	10,8	24.816	3.779	15,2
254002	Alfeld Leine, Stadt	14.055	1.447	10,3	11.372	1.277	11,2	9.791	1.301	13,3	9.107	1.290	14,2	12.675	2.403	19,0
254003	Algermissen	2.841	254	8,9	2.959	266	9,0	2.989	373	12,5	3.018	373	12,4	3.808	392	10,3
254005	Bad Salzdetfurth St	5.979	992	16,6	4.369	925	21,2	5.257	958	18,2	4.969	1.019	20,5	6.127	883	14,4
254008	Bockernem, Stadt	5.064	213	4,2	3.354	322	9,6	3.288	333	10,1	2.530	295	11,6	3.039	394	13,0

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:	
		bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %
		1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %
254011	Diekholzen	2.090	225	10,8	2.246	203	9,0	2.309	259	11,2	2.491	198	7,9	2.129	260	12,2
254014	Elze, Stadt	3.509	438	12,5	3.606	466	12,9	3.190	386	12,1	2.896	378	13,0	3.935	583	14,8
254017	Giesen	3.243	180	5,6	4.897	271	5,5	3.497	270	7,7	5.514	276	5,0	5.160	366	7,1
254020	Harsum	3.482	248	7,1	4.038	434	10,7	3.682	268	7,3	3.872	251	6,5	5.526	263	4,8
254021	Hildesheim, Stadt	81.475	14.003	17,2	63.549	14.343	22,6	69.605	13.917	20,0	92.887	13.559	14,6	97.978	14.617	14,9
254022	Holle	2.767	49	1,8	2.365	94	4,0	2.706	109	4,0	2.889	135	4,7	3.330	126	3,8
254026	Nordstemmen	4.612	640	13,9	5.206	636	12,2	5.531	608	11,0	5.297	520	9,8	5.714	558	9,8
254028	Sarstedt, Stadt	7.014	1.589	22,7	10.235	5.052	49,4	7.619	969	12,7	5.887	1.132	19,2	7.544	1.426	18,9
254029	Schellerten	2.186	340	15,6	2.224	405	18,2	2.177	312	14,3	2.456	266	10,8	3.024	450	14,9
254032	Soehle	2.863	53	1,9	2.539	187	7,4	2.813	452	16,1	3.086	403	13,1	3.401	337	9,9
254401	SG Freden(Leine)	2.155	78	3,6	2.037	79	3,9	1.876	89	4,7	1.993	72	3,6	2.340	116	4,9
254402	SG Gronau(Leine)	5.264	1.383	26,3	5.181	791	15,3	4.788	967	20,2	4.994	844	16,9	7.036	1.308	18,6
254403	SG Lamspringe	2.150	299	13,9	2.099	290	13,8	2.731	300	11,0	2.267	324	14,3	2.024	289	14,3
254404	SG Sibbesse	2.241	296	13,2	2.277	392	17,2	2.461	267	10,9	2.037	271	13,3	2.330	254	10,9
254405	SG Duingen	1.673	363	21,7	1.393	88	6,3	1.751	236	13,5	1.746	216	12,4	2.112	210	10,0
255008	Delligsen Fl.	3.568	492	13,8	3.802	419	11,0	3.466	496	14,3	3.098	459	14,8	4.436	476	10,7
255023	Holzminde, Stadt	9.492	1.893	19,9	9.376	1.935	20,6	9.915	2.276	23,0	10.530	3.228	30,7	10.801	1.974	18,3
255401	SG Bevern	2.290	364	15,9	2.219	287	12,9	1.929	283	14,7	2.209	360	16,3	2.735	382	14,0
255402	SG Bodenwerder	4.484	618	13,8	3.943	612	15,5	3.426	-257	-7,5	3.453	-344	-10,0	5.423	846	15,6
255403	SG Boffzen	3.574	376	10,5	3.395	356	10,5	3.739	420	11,2	3.300	388	11,8	3.944	458	11,6
255405	SG Eschershausen	2.395	155	6,5	2.106	126	6,0	2.308	273	11,8	2.262	206	9,1	2.479	154	6,2
255406	SG Polle	1.691	133	7,9	1.664	188	11,3	1.773	180	10,1	1.442	211	14,7	2.141	126	5,9
255407	SG, Stadtoldendorf	4.154	406	9,8	4.227	482	11,4	4.498	437	9,7	4.208	464	11,0	5.424	576	10,6
256022	Nienburg-/Weser St.	19.476	3.859	19,8	20.166	4.040	20,0	18.614	4.473	24,0	17.333	4.590	26,5	16.593	2.585	15,6
256025	Rehburg-Loccum St	2.589	545	21,0	3.227	520	16,1	3.515	849	24,1	3.928	797	20,3	4.613	835	18,1
256030	Steyerberg Fl.	2.786	615	22,1	2.775	466	16,8	3.332	449	13,5	2.330	481	20,6	3.130	502	16,0
256032	Stolzenau	2.903	385	13,3	2.795	360	12,9	2.779	389	14,0	2.661	360	13,5	3.270	510	15,6
256401	SG Eyrstrup	2.079	206	9,9	2.753	116	4,2	1.710	157	9,2	2.334	139	5,9	2.177	186	8,5
256402	SG Heemsen	2.182	160	7,4	2.209	164	7,4	2.059	156	7,6	2.002	112	5,6	2.696	205	7,6
256403	SG Grafschaft Hoya	3.613	312	8,6	4.054	510	12,6	3.543	288	8,1	3.899	258	6,6	3.479	288	8,3
256404	SG Landesbergen	3.079	308	10,0	3.512	450	12,8	4.555	577	12,7	3.535	377	10,7	4.078	404	9,9
256405	SG Liebenau	2.616	177	6,8	2.378	209	8,8	2.487	239	9,6	2.790	318	11,4	2.721	312	11,5
256406	SG Marklohe	3.726	461	12,4	2.981	169	5,7	3.582	287	8,0	2.915	213	7,3	2.905	196	6,8
256407	SG Steimbke	1.889	-318	-16,8	2.734	245	9,0	2.893	263	9,1	2.719	194	7,1	3.239	454	14,0
256408	SG Uchte	4.911	615	12,5	5.012	753	15,0	5.957	748	12,6	5.182	564	10,9	5.946	405	6,8
257003	Auetal	2.197	238	10,9	-3.673	179	-4,9	2.721	167	6,1	2.602	174	6,7	3.534	235	6,7
257009	Bueckeburg, Stadt	9.311	1.091	11,7	9.733	1.036	10,6	8.814	1.043	11,8	10.134	1.302	12,8	9.328	634	6,8
257028	Obernkirchen, Stadt	4.434	567	12,8	4.706	494	10,5	4.017	632	15,7	3.549	361	10,2	4.316	279	6,5
257031	Rinteln, Stadt	13.109	1.138	8,7	14.871	1.886	12,7	16.135	1.926	11,9	16.316	1.620	9,9	14.496	1.054	7,3
257035	Stadthagen, Stadt	7.533	1.261	16,7	10.896	1.401	12,9	10.399	1.087	10,5	10.805	998	9,2	13.990	1.427	10,2
257401	SG Eilsen	2.376	159	6,7	2.354	155	6,6	2.795	121	4,3	2.476	250	10,1	3.399	271	8,0
257402	SG Lindhorst	2.216	238	10,7	2.537	294	11,6	2.691	496	18,4	2.715	362	13,3	3.508	152	4,3
257403	SG Nenndorf	3.660	860	23,5	5.901	1.085	18,4	5.239	525	10,0	5.664	649	11,5	8.336	891	10,7
257404	SG Niedernwoehren	2.982	255	8,5	2.906	102	3,5	3.080	112	3,7	3.477	141	4,0	3.224	144	4,5
257405	SG Nienstaedt	3.189	182	5,7	3.708	150	4,0	3.776	238	6,3	3.673	232	6,3	4.052	228	5,6
257406	SG Rodenberg	5.623	420	7,5	5.782	590	10,2	7.237	705	9,7	6.621	729	11,0	6.145	279	4,5
257407	SG Sachsenhagen	3.286	264	8,0	3.099	213	6,9	3.446	241	7,0	3.612	272	7,5	3.685	290	7,9
351004	Bergen, Stadt	5.601	999	17,8	5.682	687	12,1	5.412	180	3,3	5.937	783	13,2	5.316	589	11,1
351006	Celle, Stadt	40.479	6.509	16,1	39.323	4.922	12,5	40.554	2.107	5,2	40.357	4.235	10,5	58.274	10.642	18,3
351010	Fassberg	2.674	473	17,7	2.976	821	27,6	2.832	364	12,8	2.944	516	17,5	3.108	301	9,7
351012	Hambühren	3.842	421	11,0	4.203	390	9,3	4.387	459	10,5	4.288	427	10,0	4.466	455	10,2
351013	Hermannsburg	2.896	613	21,2	2.572	405	15,7	2.536	452	17,8	2.620	361	13,8	2.340	214	9,1
351020	Unterluess	1.817	250	13,8	1.853	242	13,0	2.215	246	11,1	1.893	253	13,3	1.610	168	10,4
351023	Wietze	2.578	249	9,6	2.735	320	11,7	2.847	260	9,1	2.451	221	9,0	2.824	244	8,6
351024	Winsen(Aller)	4.479	679	15,2	4.725	646	13,7	4.774	748	15,7	4.819	690	14,3	4.386	715	16,3
351401	SG Eschede	2.229	156	7,0	2.403	127	5,3	2.388	100	4,2	2.239	118	5,3	2.169	101	4,6
351402	SG Flotwedel	4.609	380	8,3	4.612	984	21,3	4.772	259	5,4	4.681	263	5,6	4.365	114	2,6
351403	SG Lachendorf	4.967	468	9,4	4.339	290	6,7	4.849	204	4,2	3.807	231	6,1	4.335	241	5,6
351404	SG Wathlingen	8.210	1.406	17,1	8.386	1.403	16,7	7.317	1.049	14,3	6.349	859	13,5	6.031	604	10,0
351501	Lohheide, Grf. Bezirk	284	39	13,6	323	39	11,9	273	41	14,9	207	38	18,2	39	48	123,0
352011	Cuxhaven, Stadt	52.212	7.847	15,0	44.344	9.438	21,3	48.805	9.537	19,5	52.564	16.767	31,9	47.259	9.938	21,0
352030	Langen	4.666	903	19,4	7.393	671	9,1	7.979	619	7,8	8.177	674	8,2	9.318	839	9,0
352032	Loxstedt	5.311	589	11,1	6.174	771	12,5	6.474	831	12,8	6.265	680	10,9	8.745	660	7,6

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben	Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben									
		bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾		
1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %		
352040	Nordholz	373	308	82,6	1.130	333	29,4	3.498	418	11,9	3.436	206	6,0	3.526	304	8,6
352050	Schiffdorf	5.355	310	5,8	5.097	93	1,8	5.893	228	3,9	4.965	296	6,0	6.288	332	5,3
352401	SG Am Dobrock	5.474	1.157	21,1	4.816	790	16,4	4.046	1.031	25,5	4.319	581	13,5	5.537	1.280	23,1
352402	SG Bederkesa	6.208	3.154	50,8	6.371	2.134	33,5	5.568	1.940	34,8	5.536	1.215	21,9	5.720	1.810	31,6
352403	SG Beverstedt	6.519	741	11,4	6.596	223	3,4	5.240	436	8,3	5.579	362	6,5	6.236	398	6,4
352404	SG Boerde Lamstedt	3.776	513	13,6	3.233	327	10,1	3.120	291	9,3	3.531	296	8,4	3.105	271	8,7
352405	SG Hadeln	4.485	1.910	42,6	3.236	755	23,3	4.631	1.174	25,3	3.815	734	19,2	5.242	2.390	45,6
352406	SG Hagen	6.099	416	6,8	5.154	337	6,5	5.153	388	7,5	5.530	247	4,5	6.287	527	8,4
352407	SG Hemmoor	5.381	610	11,3	5.490	551	10,0	4.766	506	10,6	4.627	498	10,8	4.965	418	8,4
352408	SG Land Wursten	3.643	1.993	54,7	5.709	852	14,9	5.339	1.266	23,7	6.761	992	14,7	5.735	835	14,6
352409	SG Sietland	2.873	122	4,3	2.766	154	5,6	3.106	410	13,2	2.459	54	2,2	2.501	229	9,2
353005	Buchholz I D Nordh.	14.055	1.197	8,5	17.650	2.060	11,7	21.122	2.295	10,9	19.554	2.112	10,8	22.205	3.721	16,8
353026	Neu Wulmstorf	7.968	3.153	39,6	7.742	1.363	17,6	8.396	1.404	16,7	8.514	1.290	15,2	11.077	1.490	13,5
353029	Rosengarten	5.964	270	4,5	3.723	299	8,0	2.591	332	12,8	4.338	415	9,6	5.706	442	7,7
353031	Seevetal	19.898	3.029	15,2	23.424	6.679	28,5	19.085	2.980	15,6	21.452	2.888	13,5	26.805	2.604	9,7
353032	Stelle	3.952	286	7,2	3.343	298	8,9	3.385	296	8,7	4.175	301	7,2	4.198	335	8,0
353040	Winsen(Luhe) St.	15.162	3.194	21,1	15.514	4.589	29,6	13.270	1.850	13,9	16.515	2.471	15,0	15.881	1.953	12,3
353401	SG Elbmarsch	4.267	340	8,0	4.208	605	14,4	4.027	502	12,5	4.121	446	10,8	3.994	247	6,2
353402	SG Hanstedt	5.175	199	3,8	4.365	482	11,1	4.243	563	13,3	4.294	351	8,2	5.212	632	12,1
353403	SG Hollenstedt	3.321	303	9,1	3.537	277	7,8	3.997	241	6,0	3.946	273	6,9	5.007	193	3,9
353404	SG Jesteburg	3.858	354	9,2	4.225	583	13,8	5.167	1.288	24,9	4.538	290	6,4	5.535	432	7,8
353405	SG Salzhäusen	5.766	525	9,1	3.604	467	13,0	4.285	509	11,9	4.210	604	14,3	5.899	802	13,6
353406	SG Tostedt	9.138	530	5,8	9.476	624	6,6	9.922	565	5,7	9.925	521	5,3	13.545	868	6,4
354403	SG Gartow	1.747	-343	-19,6	1.204	-734	-61,0	1.692	-770	-45,5	1.214	-847	-69,8	1.803	-426	-23,6
354406	SG Elbtalau	8.268	1.006	12,2	6.692	822	12,3	3.628	1.114	30,7	9.366	1.224	13,1	9.489	1.080	11,4
354407	SG Luechow	12.320	1.646	13,4	10.129	1.150	11,4	10.207	838	8,2	9.522	1.120	11,8	11.122	1.626	14,6
355001	Adendorf	3.661	616	16,8	3.935	575	14,6	3.258	596	18,3	3.960	713	18,0	5.895	739	12,5
355009	Bleckede, Stadt	3.143	362	11,5	3.329	372	11,2	2.946	576	19,5	2.845	230	8,1	4.097	483	11,8
355022	Lueneburg, Stadt	59.611	7.057	11,8	46.564	4.325	9,3	46.072	6.491	14,1	55.592	8.558	15,4	54.500	9.895	18,2
355049	Amt Neuhaus	2.771	-86	-3,1	1.809	154	8,5	2.691	366	13,6	2.438	279	11,5	2.994	165	5,5
355401	SG Amelinghausen	2.369	529	22,3	2.465	677	27,5	2.689	33	1,2	2.635	272	10,3	3.731	411	11,0
355402	SG Bardowick	5.574	986	17,7	1.983	508	25,6	5.904	445	7,5	5.005	355	7,1	6.127	481	7,8
355403	SG Dahlenburg	2.327	322	13,8	2.372	184	7,8	3.532	390	11,1	2.922	628	21,5	3.325	367	11,0
355404	SG Gellersen	3.625	368	10,2	3.413	216	6,3	4.514	568	12,6	3.841	333	8,7	4.485	277	6,2
355405	SG Ilmenau	4.720	225	4,8	3.554	109	3,1	1.792	100	5,6	3.636	91	2,5	3.860	90	2,3
355406	SG Ostheide	2.142	182	8,5	2.882	389	13,5	3.919	933	23,8	3.232	266	8,2	4.276	468	10,9
355407	SG Schamebeck	4.522	452	10,0	5.840	237	4,1	3.581	107	3,0	4.549	176	3,9	5.863	192	3,3
356002	Grasberg	3.153	110	3,5	2.793	-9	-0,3	3.045	63	2,1	2.958	90	3,0	3.363	139	4,1
356005	Lilienthal	13.686	1.103	8,1	10.785	648	6,0	10.691	567	5,3	11.296	580	5,1	11.791	738	6,3
356007	Osterr.Scharmb. St.	16.601	1.023	6,2	17.671	847	4,8	16.308	1.007	6,2	16.629	1.988	12,0	17.441	932	5,3
356008	Ritterhude	7.488	796	10,6	7.688	903	11,7	3.435	586	17,1	8.841	1.361	15,4	9.003	775	8,6
356009	Schwanewede	9.165	706	7,7	10.781	1.458	13,5	7.260	-1.493	-20,6	9.395	627	6,7	9.749	780	8,0
356011	Worpswede	3.617	474	13,1	3.753	428	11,4	3.471	586	16,9	4.306	522	12,1	4.921	722	14,7
356401	SG Hambergen	4.247	480	11,3	3.876	469	12,1	4.026	404	10,0	4.105	439	10,7	5.048	505	10,0
357008	Bremervoerde, Stadt	7.802	1.308	16,8	8.724	1.528	17,5	10.483	1.546	14,7	9.172	1.438	15,7	9.791	1.709	17,5
357016	Gnarrenburg	2.113	173	8,2	2.060	186	9,0	2.077	214	10,3	2.466	256	10,4	3.007	304	10,1
357039	Rotenburg/W. St.	10.551	1.972	18,7	8.976	1.703	19,0	9.766	1.564	16,0	11.915	2.005	16,8	12.428	1.804	14,5
357041	Scheessel	5.817	852	14,6	5.480	806	14,7	4.865	584	12,0	4.052	601	14,8	5.311	655	12,3
357051	Visselhoevede St.	3.487	714	20,5	3.185	604	19,0	4.351	475	10,9	3.113	502	16,1	4.017	674	16,8
357401	SG Bothel	2.816	612	21,7	2.408	458	19,0	2.934	419	14,3	3.414	563	16,5	5.417	898	16,6
357402	SG Fintel	1.596	148	9,3	1.738	139	8,0	1.978	160	8,1	2.128	173	8,1	2.819	190	6,7
357403	SG Geestequelle	1.729	83	4,8	1.744	131	7,5	1.861	131	7,0	1.982	135	6,8	2.548	143	5,6
357404	SG Selsingen	2.983	238	8,0	2.640	199	7,5	2.801	248	8,8	3.080	221	7,2	3.230	345	10,7
357405	SG Sittensen	3.884	417	10,7	4.205	695	16,5	5.168	827	16,0	3.950	517	13,1	5.413	547	10,1
357406	SG Sottrum	3.631	750	20,7	4.666	452	9,7	4.400	576	13,1	3.909	410	10,5	6.691	461	6,9
357407	SG Tarmstedt	3.764	335	8,9	3.499	339	9,7	3.137	374	11,9	2.915	441	15,1	3.722	331	8,9
357408	SG Zeven	12.143	2.580	21,2	8.876	1.756	19,8	8.679	1.980	22,8	11.079	3.447	31,1	12.695	2.762	21,8
358002	Bispingen	1.064	49	4,6	1.497	325	21,7	-1.091	321	-29,4	2.772	411	14,8	2.567	407	15,9
358004	Bomlitz	4.127	822	19,9	4.328	505	11,7	4.127	887	21,5	4.020	769	19,1	4.441	853	19,2
358008	Fallingb. St.	7.226	2.138	29,6	5.310	1.733	32,6	4.637	1.318	28,4	5.175	1.531	29,6	5.962	1.640	27,5
358016	Munster, Stadt	6.367	1.207	19,0	6.494	1.181	18,2	6.799	1.123	16,5	6.668	878	13,2	9.092	2.253	24,8
358017	Neuenkirchen	1.876	94	5,0	1.142	87	7,6	2.418	288	11,9	3.011	193	6,4	2.283	195	8,5
358019	Schneverdingen	6.143	249	4,1	6.054	628	10,4	6.216	427	6,9	7.664	721	9,4	8.295	857	10,3

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben	Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben	Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben	Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben	Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben
		bedarf ¹⁾	1.000 €		1.000 €	Anteil in %		bedarf ¹⁾	1.000 €		1.000 €	Anteil in %		bedarf ¹⁾	1.000 €	
358021	Soltau, Stadt	12.194	1.807	14,8	10.637	1.913	18,0	10.833	1.942	17,9	11.264	1.879	16,7	13.648	2.250	16,5
358022	Walsrode, Stadt	12.506	2.220	17,7	8.714	1.956	22,4	11.487	1.709	14,9	9.746	1.421	14,6	11.816	1.541	13,0
358023	Wietzenhagen	1.851	91	4,9	1.465	89	6,1	1.360	78	5,7	1.480	83	5,6	1.670	89	5,4
358401	SG Ahlden	2.381	220	9,3	1.590	168	10,6	2.258	496	22,0	3.139	199	6,3	1.993	114	5,7
358402	SG Rethem/Aller.	2.511	572	22,8	3.563	1.349	37,9	1.760	-245	-13,9	2.443	204	8,3	1.846	181	9,8
358403	SG Schwarmstedt	4.774	688	14,4	3.216	423	13,2	4.759	574	12,1	4.401	538	12,2	6.083	756	12,4
358501	Osterheide, Gfr. Bezirk	124	26	20,7	52	-38	-73,1	-17	-17	104,2	-48	15	-31,9	92	33	36,1
359010	Buxtehude, Stadt	23.181	2.138	9,2	23.216	1.266	5,5	20.433	1.111	5,4	17.276	1.240	7,2	21.767	3.676	16,9
359013	Drochtersen	4.825	364	7,5	3.816	420	11,0	3.992	484	12,1	4.293	410	9,6	6.075	989	16,3
359028	Jork	3.710	240	6,5	3.760	253	6,7	4.675	247	5,3	5.110	490	9,6	6.065	1.042	17,2
359038	Stade, Stadt	31.830	6.119	19,2	29.576	5.388	18,2	32.651	8.815	27,0	28.040	3.944	14,1	28.431	3.640	12,8
359401	SG Apensen	3.145	192	6,1	2.584	284	11,0	2.710	214	7,9	3.124	196	6,3	4.618	172	3,7
359402	SG Fredenbeck	4.904	319	6,5	2.807	335	11,9	5.145	513	10,0	4.173	271	6,5	4.878	532	10,9
359403	SG Harsefeld	6.615	893	13,5	5.239	939	17,9	7.430	1.194	16,1	10.077	1.081	10,7	10.272	975	9,5
359404	SG Himmelpforten	2.923	259	8,9	2.508	457	18,2	3.236	258	8,0	3.701	433	11,7	4.299	265	6,2
359405	SG Horneburg	4.660	473	10,2	4.026	468	11,6	4.143	796	19,2	4.143	542	13,1	4.925	849	17,2
359406	SG Luehe	3.942	382	9,7	3.553	268	7,6	3.178	144	4,5	3.856	359	9,3	4.871	506	10,4
359407	SG Nordkehdingen	2.722	225	8,3	3.020	240	7,9	2.577	217	8,4	2.596	276	10,7	2.838	303	10,7
359408	SG Oldendorf	2.039	120	5,9	1.861	126	6,8	2.390	171	7,2	3.226	114	3,5	2.766	115	4,2
360004	Bienenbüttel	3.556	551	15,5	2.791	437	15,6	3.026	581	19,2	2.726	362	13,3	3.060	480	15,7
360025	Uelzen, Stadt	18.976	2.871	15,1	23.711	2.854	12,0	21.384	3.253	15,2	23.267	3.057	13,1	22.617	3.140	13,9
360401	SG Bevensen	5.669	689	12,1	5.248	939	17,9	4.869	1.120	23,0	6.275	1.927	30,7	6.872	1.427	20,8
360402	SG Bodenteich	3.430	886	25,8	3.652	982	26,9	2.912	280	9,6	2.917	499	17,1	3.526	464	13,2
360403	SG Altes Amt Ebstorf	5.980	1.988	33,2	4.608	1.350	29,3	3.649	636	17,4	3.727	637	17,1	4.439	744	16,8
360404	SG Rosche	2.879	248	8,6	2.498	206	8,3	3.545	79	2,2	3.840	64	1,7	3.148	107	3,4
360405	SG Suderburg	2.985	278	9,3	2.393	235	9,8	2.645	242	9,1	2.577	213	8,3	2.154	231	10,7
360406	SG Wrestedt	2.861	259	9,0	2.486	183	7,4	2.844	198	7,0	2.591	202	7,8	3.074	177	5,8
361001	Achim, Stadt	13.486	389	2,9	13.509	-18	-0,1	19.500	85	0,4	20.355	552	2,7	11.368	890	7,8
361003	Doerwerden	4.946	265	5,4	4.417	254	5,7	3.320	157	4,7	2.156	256	11,9	4.208	149	3,5
361005	Kirchlinteln	4.601	501	10,9	5.193	498	9,6	4.518	332	7,4	4.326	416	9,6	4.427	415	9,4
361006	Langwedel Flecken	5.608	688	12,3	4.293	616	14,4	5.261	1.308	24,9	7.009	2.716	38,7	5.080	417	8,2
361008	Ottersberg Flecken	4.408	528	12,0	4.249	517	12,2	6.538	631	9,6	5.240	468	8,9	9.340	455	4,9
361009	Oyten	6.125	316	5,2	4.668	125	2,7	5.846	208	3,6	7.120	-330	-4,6	5.473	1.794	32,8
361012	Verden(Aller)Stadt	16.942	2.460	14,5	17.563	2.259	12,9	18.763	2.562	13,7	18.359	2.676	14,6	18.142	2.761	15,2
361401	SG Thedinghausen	5.682	341	6,0	6.040	425	7,0	6.394	371	5,8	5.475	119	2,2	6.105	200	3,3
451001	Apn	4.397	130	3,0	4.602	246	5,3	4.388	288	6,6	4.375	243	5,6	5.764	560	9,7
451002	Bad Zwischenahn	12.731	728	5,7	13.387	945	7,1	12.823	1.155	9,0	18.072	1.552	8,6	12.946	1.118	8,6
451004	Edeweicht	7.700	470	6,1	6.629	315	4,8	11.576	603	5,2	11.184	249	2,2	10.668	157	1,5
451005	Rastede	7.981	2.003	25,1	5.445	2.415	44,4	9.308	2.113	22,7	8.178	2.639	32,3	10.848	3.453	31,8
451007	Westerstede, Stadt	11.177	1.303	11,7	10.979	1.616	14,7	13.145	1.401	10,7	12.942	1.279	9,9	13.290	1.562	11,8
451008	Wiefelstede	7.492	2.124	28,4	5.798	578	10,0	5.541	432	7,8	7.918	668	8,4	7.945	1.140	14,4
452001	Aurich, Stadt	19.269	3.908	20,3	23.002	6.248	27,2	23.289	4.565	19,6	23.606	3.306	14,0	36.987	15.030	40,6
452002	Baltrum	903	453	50,2	1.167	721	61,8	648	183	28,1	628	188	30,0	700	257	36,7
452006	Grossefehn	5.814	395	6,8	4.330	303	7,0	6.294	971	15,4	4.143	174	4,2	5.329	692	13,0
452007	Grosseheide	2.781	95	3,4	2.654	76	2,8	2.461	75	3,1	2.943	93	3,1	2.869	119	4,1
452011	Hinte	2.383	127	5,3	2.610	73	2,8	4.244	180	4,2	3.235	229	7,1	4.588	241	5,2
452012	Ihlow	5.875	893	15,2	-1.262	701	-55,6	5.829	584	10,0	5.814	625	10,7	5.943	652	11,0
452013	Juist	1.750	725	41,4	1.099	501	45,6	1.948	688	35,3	1.152	407	35,3	1.284	546	42,6
452014	Krummhoern	6.714	226	3,4	7.820	261	3,3	6.911	863	12,5	6.574	207	3,1	7.988	145	1,8
452019	Norden, Stadt	12.579	497	4,0	12.365	702	5,7	13.237	856	6,5	-6.793	625	-9,2	13.383	786	5,9
452020	Norderney, Stadt	3.600	517	14,4	4.241	644	15,2	2.716	3	0,1	4.673	1.654	35,4	3.380	0	0,0
452023	Suedbrookmerland	7.396	468	6,3	6.510	560	8,6	6.529	687	10,5	3.954	444	11,2	9.436	831	8,8
452025	Wiesmoor	5.889	1.180	20,0	2.969	1.043	35,1	4.660	847	18,2	3.586	860	24,0	6.392	2.016	31,5
452401	SG Brookmerland	5.290	131	2,5	4.262	172	4,0	4.406	136	3,1	4.069	317	7,8	4.413	170	3,8
452027	SG Dornum	3.778	998	26,4	3.160	574	18,2	2.592	-57	-2,2	3.491	691	19,8	5.418	1.102	20,3
452403	SG Hage	6.547	410	6,3	2.575	398	15,4	5.275	583	11,0	5.017	804	16,0	6.199	675	10,9
453001	Barsel	4.686	545	11,6	5.377	505	9,4	4.704	413	8,8	4.508	512	11,4	5.342	411	7,7
453002	Boesel	3.686	475	12,9	2.623	448	17,1	2.811	368	13,1	3.111	420	13,5	3.039	469	15,4
453003	Cappeln (Oldb)	2.303	278	12,1	2.273	277	12,2	2.204	280	12,7	2.131	279	13,1	-178	240	-134,8
453004	Cloppenburg, Stadt	9.828	1.842	18,7	9.553	2.303	24,1	9.839	2.645	26,9	9.714	2.939	30,3	13.186	2.659	20,2
453005	Emstek	6.082	890	14,6	5.761	734	12,7	8.202	790	9,6	7.799	850	10,9	10.364	924	8,9
453006	Essen (Oldb.)	3.353	382	11,4	3.230	315	9,8	3.495	514	14,7	3.641	525	14,4	4.376	527	12,0
453007	Friesoythe, Stadt	7.849	2.026	25,8	6.496	1.531	23,6	7.569	1.033	13,6	8.549	1.178	13,8	10.382	1.365	13,2

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:		Gesamtzuschuss-	darunter:	
		bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %	bedarf ¹⁾	Freiwillige Aufgaben	Anteil in %
	1.000 €	1.000 €		1.000 €	1.000 €		1.000 €	1.000 €		1.000 €	1.000 €		1.000 €	1.000 €		
453008	Garrel	3.932	796	20,2	3.734	581	15,6	4.419	405	9,2	5.740	707	12,3	5.086	542	10,7
453009	Lastrup	3.247	463	14,3	2.122	317	14,9	3.874	799	20,6	2.736	755	27,6	3.717	369	9,9
453010	Lindern (Oldb)	1.432	-108	-7,5	1.479	197	13,3	1.747	156	8,9	1.972	166	8,4	1.693	155	9,2
453011	Loeningen, Stadt	4.896	874	17,9	5.210	1.010	19,4	7.189	1.029	14,3	5.754	1.157	20,1	4.688	1.069	22,8
453012	Molbergen	2.053	119	5,8	2.835	109	3,8	2.810	104	3,7	3.142	60	1,9	3.165	138	4,4
453013	Saterland	4.263	870	20,4	2.040	849	41,6	5.829	375	6,4	6.457	584	9,0	7.160	919	12,8
454010	Emsbueren	3.989	786	19,7	3.320	655	19,7	4.005	-111	-2,8	4.978	481	9,7	5.296	1.120	21,2
454014	Geeste	4.992	1.119	22,4	5.453	1.381	25,3	3.530	201	5,7	4.489	522	11,6	4.798	578	12,0
454018	Haren(Ems), Stadt	8.883	1.083	12,2	8.965	1.481	16,5	9.175	1.338	14,6	11.883	1.052	8,9	9.489	1.531	16,1
454019	Haseluenne, Stadt	4.009	904	22,5	4.365	949	21,7	5.550	960	17,3	6.350	1.490	23,5	9.806	1.022	10,4
454032	Lingen(Ems)Stadt	33.541	9.796	29,2	29.932	7.813	26,1	35.644	9.486	26,6	35.378	8.986	25,4	42.145	12.581	29,9
454035	Meppen, Stadt	15.336	3.566	23,3	16.351	4.627	28,3	16.288	3.839	23,6	17.748	4.801	27,1	16.312	5.196	31,9
454041	Papenburg, Stadt	13.408	4.157	31,0	14.488	3.616	25,0	16.355	5.159	31,5	16.230	5.075	31,3	15.170	3.808	25,1
454044	Rhede(Ems)	1.124	-109	-9,7	600	304	50,7	1.344	153	11,4	923	94	10,1	2.208	33	1,5
454045	Salzbergen	3.471	404	11,6	3.472	288	8,3	4.021	697	17,3	5.623	1.087	19,3	4.155	386	9,3
454054	Twist	3.136	476	15,2	3.809	780	20,5	4.736	924	19,5	3.824	847	22,1	4.813	1.164	24,2
454401	SG Doerpen	9.183	1.304	14,2	6.979	1.261	18,1	7.159	749	10,5	5.436	1.229	22,6	7.262	878	12,1
454402	SG Freren	4.337	500	11,5	3.397	156	4,6	4.067	272	6,7	4.691	841	17,9	5.296	1.079	20,4
454403	SG Herzlake	3.463	251	7,3	4.222	887	21,0	6.252	706	11,3	2.761	306	11,1	4.838	380	7,8
454404	SG Lathen	4.153	127	3,1	3.910	51	1,3	3.576	34	0,9	3.510	-407	-11,6	6.064	495	8,2
454405	SG Lengerich	2.723	167	6,1	3.096	199	6,4	3.509	203	5,8	2.766	220	7,9	3.913	186	4,8
454406	SG Nordhuemling	4.861	887	18,3	3.679	212	5,8	4.244	210	4,9	3.945	237	6,0	4.390	413	9,4
454407	SG Soegel	7.225	629	8,7	4.509	487	10,8	5.535	490	8,9	4.360	487	11,2	7.110	836	11,8
454408	SG Spelle	4.329	178	4,1	4.794	604	12,6	6.655	1.490	22,4	6.465	806	12,5	6.430	1.165	18,1
454409	SG Werite	5.442	1.242	22,8	5.624	560	10,0	7.285	1.116	15,3	4.955	1.022	20,6	8.652	1.100	12,7
455007	Jever, Stadt	6.679	907	13,6	6.933	1.123	16,2	7.207	769	10,7	6.741	1.251	18,6	7.925	1.332	16,8
455014	Sande	4.087	735	18,0	4.532	686	15,1	4.323	598	13,8	4.327	637	14,7	4.486	785	17,5
455015	Schortens	7.664	1.063	13,9	8.357	1.730	20,7	7.656	819	10,7	8.423	921	10,9	9.514	1.597	16,8
455020	Wangerland	5.234	975	18,6	4.712	894	19,0	5.498	1.049	19,1	6.085	1.151	18,9	5.159	1.025	19,9
455021	Wangeroorde Nordseeb	1.646	546	33,2	1.747	1.131	64,7	1.894	1.265	66,8	1.990	1.433	72,0	2.279	1.563	68,6
455025	Bockhorn	3.457	234	6,8	2.879	230	8,0	3.130	300	9,6	2.915	390	13,4	3.395	395	11,6
455026	Varel, Stadt	14.223	5.022	35,3	12.386	2.958	23,9	4.821	3.993	82,8	13.578	3.399	25,0	13.569	3.266	24,1
455027	Zetel	4.150	506	12,2	4.230	633	15,0	4.473	556	12,4	4.658	726	15,6	4.106	668	16,3
456001	Bad Bentheim, Stadt	5.474	864	15,8	5.928	809	13,6	6.786	641	9,4	7.556	831	11,0	10.012	2.789	27,9
456015	Nordhorn, Stadt	20.717	2.294	11,1	26.414	5.992	22,7	30.338	5.346	17,6	29.476	4.819	16,3	30.798	5.742	18,6
456025	Wietmarschen	4.148	612	14,8	3.306	378	11,4	5.100	26	0,5	6.159	222	3,6	5.491	1.448	26,4
456401	SG Emlichheim	4.674	798	17,1	4.682	726	15,5	6.455	1.320	20,5	4.951	1.061	21,4	5.795	761	13,1
456402	SG Neuenhaus	4.826	1.095	22,7	4.897	854	17,4	7.652	1.308	17,1	6.691	1.685	25,2	6.723	1.121	16,7
456403	SG Schuettorf	6.433	872	13,6	6.512	706	10,8	8.113	1.230	15,2	6.994	961	13,7	8.355	1.724	20,6
456404	SG Uelsen	3.598	287	8,0	4.013	660	16,4	4.582	664	14,5	4.752	630	13,3	5.867	1.057	18,0
457002	Borkum, Stadt	2.808	438	15,6	4.950	481	9,7	3.205	432	13,5	4.080	1.645	40,3	3.663	506	13,8
457012	Jemgum	1.518	235	15,5	1.603	105	6,6	1.267	164	12,9	1.054	129	12,2	1.828	144	7,9
457013	Leer Ostfriesl.Stadt	16.503	2.445	14,8	16.628	2.252	13,5	19.595	2.865	14,6	17.946	2.733	15,2	22.179	3.734	16,8
457014	Moormerland	6.611	300	4,5	7.309	412	5,6	8.058	367	4,5	7.929	450	5,7	9.176	654	7,1
457017	Osthauderfehn	4.509	238	5,3	3.356	821	24,5	2.835	206	7,3	2.822	163	5,8	3.590	308	8,6
457018	Rhauderfehn	5.326	673	12,6	5.419	619	11,4	6.560	624	9,5	6.872	628	9,1	6.055	652	10,8
457020	Uplengen	3.556	353	9,9	3.432	356	10,4	3.419	219	6,4	3.588	484	13,5	4.004	545	13,6
457021	Weener, Stadt	5.675	885	15,6	5.739	813	14,2	6.030	1.061	17,6	5.477	1.090	19,9	7.305	1.137	15,6
457022	Westoverledingen	7.043	593	8,4	5.937	570	9,6	6.260	444	7,1	7.031	595	8,5	6.977	847	12,1
457024	SG Bunde	2.375	669	28,2	2.706	467	17,3	2.794	1.105	39,5	2.150	159	7,4	2.773	1.034	37,3
457402	SG Hesel	3.213	572	17,8	3.371	468	13,9	3.113	502	16,1	2.948	365	12,4	3.500	477	13,6
457403	SG Juemme	2.172	147	6,8	1.922	160	8,3	1.853	97	5,2	1.931	170	8,8	2.376	185	7,8
458003	Doettingen	3.097	230	7,4	3.788	526	13,9	4.025	193	4,8	4.455	204	4,6	4.995	282	5,6
458005	Ganderkesee	14.379	1.833	12,7	15.329	935	6,1	15.383	1.345	8,7	15.101	1.775	11,8	17.550	2.175	12,4
458007	Grossenkneten	6.027	519	8,6	8.933	577	6,5	9.549	1.626	17,0	7.999	786	9,8	7.953	1.202	15,1
458009	Hatten	5.026	508	10,1	5.858	1.122	19,1	5.510	1.139	20,7	5.568	1.052	18,9	6.784	526	7,8
458010	Hude (Oldb)	7.121	1.626	22,8	7.117	1.209	17,0	7.486	1.063	14,2	6.318	896	14,2	8.036	953	11,9
458013	Wardenburg	6.310	536	8,5	7.570	557	7,4	7.623	587	7,7	8.881	606	6,8	9.923	725	7,3
458014	Wildeshausen, Stadt	4.220	886	21,0	4.197	729	17,4	5.792	1.073	18,5	7.620	1.476	19,4	9.398	1.502	16,0
458401	SG Harpstedt	5.598	961	17,2	3.940	391	9,9	5.105	577	11,3	4.109	498	12,1	6.429	597	9,3
459003	Bad Essen	7.007	1.459	20,8	6.621	1.127	17,0	7.279	1.226	16,8	6.267	1.238	19,8	7.815	1.082	13,8
459004	Bad Iburg, Stadt	4.523	1.039	23,0	4.401	998	22,7	4.704	1.023	21,7	4.806	1.020	21,2	4.370	717	16,4
459005	Bad Laer	3.181	828	26,0	3.035	673	22,2	3.524	413	11,7	3.586	509	14,2	3.712	577	15,5

Anteil der freiwilligen Aufgaben am Gesamtzuschussbedarf der niedersächsischen Kommunen von 2004 bis 2008

AGS	Name	2004			2005			2006 ²⁾			2007 ²⁾			2008 ²⁾		
		Gesamtzuschuss-		darunter: Freiwillige Aufgaben												
		bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾			bedarf ¹⁾		
1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %	1.000 €	1.000 €	Anteil in %		
459006	Bad Rothenfelde	3.005	559	18,6	3.487	755	21,6	3.694	551	14,9	3.558	803	22,6	3.459	811	23,5
459008	Belm	6.560	476	7,3	5.219	431	8,3	5.798	384	6,6	5.352	401	7,5	5.713	388	6,8
459012	Bissendorf	6.321	-33	-0,5	7.332	254	3,5	6.331	265	4,2	6.225	300	4,8	7.030	213	3,0
459013	Bohmte	5.261	981	18,7	5.186	1.054	20,3	5.767	991	17,2	6.334	971	15,3	6.125	895	14,6
459014	Bramsche, Stadt	13.787	2.318	16,8	15.416	2.891	18,8	16.206	2.923	18,0	14.195	2.340	16,5	16.934	2.723	16,1
459015	Dissen A.T.W., Stadt	4.031	467	11,6	3.183	562	17,7	4.770	782	16,4	4.584	734	16,0	5.444	515	9,5
459019	Georgsmarienhuette	16.710	2.924	17,5	15.947	2.084	13,1	15.853	2.353	14,8	16.825	2.500	14,9	23.735	9.079	38,3
459020	Hagen A.T.W.	3.706	668	18,0	4.160	489	11,7	4.003	450	11,3	6.120	1.495	24,4	5.006	478	9,6
459021	Hasbergen	4.438	80	1,8	4.170	82	2,0	4.185	298	7,1	3.916	228	5,8	5.230	680	13,0
459022	Hilte A.T.W.	5.794	1.063	18,3	4.696	532	11,3	4.907	547	11,2	4.734	391	8,3	4.699	368	7,8
459024	Melle, Stadt	20.648	5.088	24,6	20.216	3.943	19,5	22.220	3.984	17,9	23.353	6.494	27,8	25.569	3.297	12,9
459029	Ostercappeln	3.400	362	10,6	4.129	436	10,5	3.825	251	6,6	3.496	332	9,5	3.829	446	11,6
459033	Wallenhorst	9.013	707	7,8	9.729	668	6,9	10.873	656	6,0	10.821	977	9,0	12.132	1.312	10,8
459034	Glandorf	2.914	363	12,5	2.261	319	14,1	2.561	303	11,8	2.930	305	10,4	3.237	309	9,6
459401	SG Artland	12.856	2.277	17,7	12.346	1.933	15,7	12.807	1.689	13,2	11.870	1.488	12,5	13.990	2.278	16,3
459402	SG Bersenbrueck	11.904	855	7,2	13.122	834	6,4	15.850	1.282	8,1	13.927	1.434	10,3	15.900	1.074	6,8
459403	SG Fuerstenau	6.823	608	8,9	7.255	506	7,0	7.372	589	8,0	7.058	487	6,9	6.059	506	8,4
459404	SG Neuenkirchen	3.704	186	5,0	3.595	179	5,0	3.572	217	6,1	2.967	185	6,2	3.659	376	10,3
460001	Bakum	2.235	223	10,0	2.352	249	10,6	1.937	207	10,7	2.201	222	10,1	2.907	760	26,2
460002	Damme	6.574	978	14,9	6.042	659	10,9	8.425	598	7,1	6.994	957	13,7	8.137	799	9,8
460003	Dinklage	5.714	792	13,9	5.308	1.033	19,5	7.438	1.291	17,4	5.524	1.599	28,9	11.580	6.094	52,6
460004	Goldenstedt	2.655	269	10,1	3.964	351	8,9	3.668	364	9,9	4.884	456	9,3	4.699	638	13,6
460005	Holdorf	1.519	114	7,5	2.147	108	5,0	2.254	114	5,0	2.825	122	4,3	2.531	306	12,1
460006	Lohne (Oldb), Stadt	13.400	3.820	28,5	3.386	3.142	92,8	14.157	1.837	13,0	14.902	1.951	13,1	14.856	2.639	17,8
460007	Neuenkirchen-Vörden	4.231	1.634	38,6	1.574	-905	-57,5	3.660	269	7,3	3.320	427	12,9	3.034	336	11,1
460008	Steinfeld (Oldb)	3.234	400	12,4	3.780	700	18,5	3.717	875	23,6	3.837	660	17,2	4.791	1.518	31,7
460009	Vechta, Stadt	17.406	5.137	29,5	14.812	3.804	25,7	12.028	2.386	19,8	12.441	2.197	17,7	15.134	2.840	18,8
460010	Visbek	4.385	203	4,6	3.617	178	4,9	7.478	888	11,9	3.873	510	13,2	4.371	299	6,9
461001	Berne	4.666	717	15,4	3.623	310	8,6	3.527	306	8,7	4.408	218	5,0	3.845	-267	-6,9
461002	Brake (Unterw) St.	6.536	832	12,7	5.981	908	15,2	6.923	1.021	14,7	8.417	1.856	22,1	9.387	1.431	15,2
461003	Butjadingen	2.843	495	17,4	2.591	339	13,1	2.805	639	22,8	2.740	487	17,8	2.598	188	7,3
461004	Eisfleth, Stadt	3.245	340	10,5	3.908	580	14,8	3.968	714	18,0	3.666	692	18,9	2.628	542	20,6
461005	Jade	2.178	75	3,4	2.106	142	6,7	2.362	135	5,7	2.234	209	9,4	1.945	143	7,3
461006	Lemwerder	3.922	171	4,3	4.764	450	9,4	4.908	941	19,2	4.785	677	14,1	6.725	2.837	42,2
461007	Nordenham, Stadt	14.312	2.640	18,4	13.805	2.298	16,6	14.536	2.757	19,0	14.707	2.711	18,4	12.381	2.852	23,0
461008	Ovelgoenne	2.073	209	10,1	2.546	145	5,7	2.088	144	6,9	2.146	148	6,9	1.923	129	6,7
461009	Stadland	3.244	331	10,2	2.994	294	9,8	3.187	230	7,2	2.782	270	9,7	3.927	659	16,8
462005	Friedeburg	4.274	290	6,8	4.525	86	1,9	4.018	312	7,8	4.866	469	9,6	6.138	441	7,2
462007	Langeoog	1.318	708	53,7	1.162	225	19,3	708	221	31,2	3.336	2.935	88,0	2.115	1.477	69,8
462014	Spiekeroog	233	62	26,5	452	-1	-0,2	499	3	0,6	587	40	6,9	907	22	2,4
462019	Wittmund, Stadt	8.253	1.363	16,5	7.791	1.809	23,2	7.358	830	11,3	6.937	928	13,4	8.157	949	11,6
462401	SG Esens	6.391	701	11,0	5.588	370	6,6	6.695	333	5,0	6.001	432	7,2	9.217	654	7,1
462402	SG Holtriem	3.286	159	4,8	2.954	104	3,5	3.408	356	10,5	3.295	502	15,2	3.511	383	10,9
	Zusammen	3.562.345	526.109	14,8	3.409.206	511.776	15,0	3.558.537	495.815	13,9	3.654.784	520.099	14,2	3.996.719	593.556	14,9
	Niedersachsen	8.216.757	791.365	9,6	8.161.581	845.957	10,4	8.375.888	803.823	9,6	8.613.186	797.433	9,3	9.215.617	905.943	9,8

¹⁾ Als Gesamtzuschussbedarf wird die Summe der Zuschussbedarfe der Einzelpläne 0 bis 7 einschl. 8 Teil A festgelegt. Der Einteilung der kommunalen Aufgaben in Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches, pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, freiwillige Aufgaben sowie sonstige Aufgaben liegt eine Absprache aus dem Jahr 2008 zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie dem LSKN zugrunde. Die Einteilung gilt ab dem Jahr 2004, vergleichbare Angaben für die Vorjahre liegen nicht vor. - 2) Im Jahr 2006 begann die Umstellung der kommunalen Haushalte auf die Doppik. 2008 hatten 3 kreisfreie Städte, 14 Landkreise, 46 Einheitsgemeinden und 16 Samtgemeinden (einschl. Mitgliedsgemeinden) doppelte Ergebnisse an den LSKN geliefert. Diese Haushalte wurden vom LSKN auf den kalendarischen Gliederungs- bzw. Gruppierungsplan umgesetzt. Allerdings ist der Produktrahmen weniger differenziert als der Gliederungsplan, so dass einige Abschnitte und Unterabschnitte in diesen Kommunen nicht besetzt sind. Zudem entfällt der Abschnitt Abwicklung der Vorjahre, selbst wenn die Kommunen in den Vorjahren Defizite aufwiesen. Insgesamt wird im Übergangszeitraum die Vergleichbarkeit gestört.